

## Werk

**Titel:** A-Z

**Jahr:** 1873

**PURL:** [https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?821040081|LOG\\_0006](https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?821040081|LOG_0006)

## Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.  
SUB Göttingen  
Platz der Göttinger Sieben 1  
37073 Göttingen

✉ [info@digizeitschriften.de](mailto:info@digizeitschriften.de)

Die römische Ziffer bezeichnet bezüglich der Entscheidungen des Tribunals den Jahrgang, bezüglich des Neuen Magazins und der Zeitschrift den Band.

Abkürzungen.

- T.-E. — Tribunals-Entscheidung.  
N. M. — Neues Magazin.  
Z. — Zeitschrift.  
S. — Seite.  
Nr. — Nummer.
- 

**Abänderung** der durch die Berufung angefochtenen Verfügung zum Nachtheile der berufenden Partei (reformatio in pejus). — Der Einfluß der Vorschrift des §. 426 der b. P.-O., insbesondere gegenüber den Ergebnissen der durch den §. 418 gestatteten Verstärkung der Be- und Gegenbeweisführung. (v. Düring) N. M. VIII. S. 342.

— — Reformatio in pejus. T.-E. III. Nr. 64.  
— — s. Berufungsanträge.

**Abbauerstellen.** Contracte über Abbauerstellen, welche auf zum Theil gutsherrnspflichtigen Grundstücken errichtet sind, unterliegen nicht den Beschränkungen und Formalitäten der Contracte über Meierhöfe; solche Stellen unterliegen zwar dem Verbote der Bersplitterung, nicht aber dem strengen Anerbenrechte. (Lüneburg) T.-E. VI. Nr. 88.

— — Eine von einem Meierhofe abgetrennte Abbauerstelle vererbt nach Meierrecht. (Bremen) Z. IV. S. 175. Nr. 116.

**Absindung.** Begriff derselben nach der Galenbergischen Meierordnung, Capitel VI. T.-E. I. Nr. 47.

— — Rechtliche Natur der Absindungen, insbesondere im Fürstenthume Lüneburg. T.-E. III. Nr. 47.

— — Absindungen von Meiergütern der Grafschaft Hoya. Z. III. S. 220.

— — von Meiergütern (Bremen—Verden); zu Cap. III. §. 4. der Pol.-Ord. von 1692. — Gutsherrlicher Consens. T.-E. II. Nr. 44. V. Nr. 76. sb. I. und II.

— — von Bauergütern im Bentheimischen. T.-E. IV. Nr. 50.

— — Zur Hildesheimischen Verordnung vom 9. April 1781 über Ablagen und Leibzuchten. T.-E. VI. Nr. 93.

— — aus früher eigenbehörigen Stätten. (Osnabrück). Z. I. S. 138. Nr. 25.

- Absindung. Auslobung bei nach Haßgenossenrecht eigenbehörigen Stellen. (Osnabrück) L.-E. VI. Nr. 126.
- — Reallastqualität der Absindungen bei eigenbehörigen Stätten. (Osnabrück) S. IV. S. 189. Nr. 124 sub. vii. S. V. S. 131. Nr. 213.
- — Auslobung von ehemals eigenbehörigen, in Folge der Ablösungsordnung frei gewordenen Höfen (Osnabrück). — Auslobungsanspruch der auf der Leibzucht geborenen Kinder. — Beerbung abgehender, noch nicht ausgelobter Kinder. — Ermittelung des Vermögens behuf der Absindung. — S. IV. S. 216. Nr. 132 sub a—f.
- — aus früher eigenbehörigen, in Folge der Ablösungsgesetze frei gewordenen Colonaten. — Verjährung des Absindungsanspruchs. S. IV. S. 228. Nr. 136.
- — Reallastqualität der Absindungen und Locirung im Concurre des Hofeswirths. N. M. VII. S. 194, 195. L.-E. VI. Nr. 102. (Bremen—Verden) Nr. 101. S. IV. S. 189. Nr. 124 sub. iii. (Hoya) sub. i. (Meppen) sub. ii. (Galenberg) sub. vi. (Lüneburg) sub. iv. und v. L.-E. III. Nr. 47.
- — Wirkung der Hofesabtretung bei Lebzeiten des Meiers bezüglich der Forderungen der Absindlinge. S. I. S. 137. Nr. 24.
- — Kinder, welche der Meier als Altentheiler, nach Abtretung des Hofes bekommt, haben keinen Anspruch auf eine von dem Hofeswirthe zu entrichtende Absindung. (Stromeyer) N. M. VII. S. 198.
- — Haben die Kinder des Interimswirths gesetzlich ein Recht auf eine Absindung aus dem Hofe oder dem Allodialnachlasse des verstorbenen Meiers? (Stromeyer) N. M. VII. S. 323.
- — Welche Vermögensteile sind im Lüneburg'schen bei der Feststellung von Absindungen in Anschlag zu bringen? (Stromeyer) N. M. VII. S. 128.
- — Von der Berücksichtigung des zur Ablösung von Hofeslasten verwandten Allodialvermögens bei der Festsetzung von Absindungen im Lüneburg'schen. (Stromeyer) N. M. VII. S. 133. L.-E. V. Nr. 69.
- — Berücksichtigung der aussstehenden Forderungen und der Inhaberpapiere eines Meiers bei Ermittelung der Absindungen. S. II. S. 54. Nr. 59.
- — Fälligkeitstermin der Absindungen. L.-E. III. Nr. 49, (cf. 47.)
- — Fälligkeit und Verzinsung der Absindungen im Lüneburg'schen. (Stromeyer) N. M. VII. S. 179, 183.
- — Verjährung der Klage auf Ausmittelung der Absindung aus freien Stätten. (Osnabrück) L.-E. VI. Nr. 118. —

bei ehemals eigenbehörigen Colonaten. (Bentheim). §. IV.  
S. 228. Nr. 136.

Absindung. Die Verjährung der Absindungsklage beginnt mit dem Zeitpunkte, in welchem die Feststellung der Absindung gefordert werden kann. — v. Nr. 71. — Verjährungsfrist bei festgestellten Absindungen. VII. Nr. 10.

— — Wenn bei der Feststellung der Absindung eines Meierkindes der Zeitpunkt der Verheirathung als Fälligkeitstermin festgesetzt ist, so kann die Absindung vor der Verheirathung, selbst beim Verlassen des Hofs für immer, nicht gefordert werden. (Stromeyer) N. M. VII. S. 184.

— — aus freien Bauerhöfen, insbesondere Verzinsung. (Osnabrück) L.-E. VI. Nr. 127.

— — Verzinsung der Absindungen von ehemals eigenbehörigen Höfen. (Osnabrück) §. IV. S. 216. Nr. 132. sb. g.

— — Ist im Lüneburgischen bei der Feststellung der Absindungen der Bestand des Allodiums zur Zeit der Hof-Annahme oder der zur Todeszeit des Erblassers zu Grunde zu legen? (Stromeyer) N. M. VII. S. 163.

— — Zeitpunkt, welcher für die Ermittelung der Absindungen maßgebend ist. (Bremen) L.-E. V. Nr. 70. (Hoya) VI. Nr. 120. (Galenberg) VII. Nr. 96. §. IV. S. 200. Nr. 126.

— — Feststellung derselben durch den Vater oder durch Vertrag des Anerben mit seinen Geschwistern oder durch das Gericht. (Stromeyer) N. M. VII. S. 166.

— — Feststellung der Absindung eines Meierkindes durch einseitige Verfügung des Vaters. (Bremen) §. IV. S. 201. Nr. 127a. sb. i.

— — Ansechtung der im väterlichen Testamente festgestellten Absindung durch den Anerben. §. IV. S. 201. Nr. 127a. sb. ii.

— — Die Vorschrift (Cap. XXIII. §. 2 der Pol.-Ord.), daß Ehestiftungen und sonstige Verträge, worin Absindungen festgestellt sind, bei der Obrigkeit angemeldet werden sollen, ist aufgehoben. (Stromeyer) N. M. VII. S. 173.

— — Ist zur Feststellung der Absindungen im Lüneburgischen gutsherrlicher Consens bei Strafe der Nichtigkeit erforderlich? (Stromeyer) N. M. VII. S. 174.

— — Alle Verträge über Absindungen bedürfen im Hildesheimischen der gerichtlichen und gutsherrlichen Mitwirkung. L.-E. V. Nr. 78.

— — Die Ermittelung und Feststellung der Auslobungen von ehemals eigenbehörigen Höfen im Fürstenthum Osnabrück ge-

- hört ungeachtet der Verordnung vom 16. September 1867 zunächst vor die Obrigkeit. §. III. S. 111. Nr. 200.
- Absindung.** Müssen Absindlinge die väterliche Erbschaft antreten, oder gilt auch bei Absindungen der Rechtsatz: „Der Todte erbt den Lebendigen“? (Stromeyer) N. M. VII. S. 186. (cf. §. IV. S. 200 Nr. 126.)
- — Durch die Annahme einer Absindung werden die Kinder regelmäig mit ihren gesamten Erbansprüchen rücksichtlich des älterlichen Nachlasses ausgeschlossen. T.-E. III. Nr. 12.
- — Ist ein Meierkind durch die erhaltene Absindung völlig vom Allodialvermögen des Vaters abgesondert? (Stromeyer) N. M. VII. S. 168.
- — Wirkung der Absindung der Meierkinder rücksichtlich der Succession in das Vermögen des Meiers. T.-E. VI. Nr. 119.
- — Verzicht auf die Succession mittels Annahme der Absindung. (Lüneburg—Hoya). T.-E. VI. Nr. 111. (Lüneburg) Nr. 116.
- — Einfluß der Annahme einer Absindung auf das Anerbenrecht. (Hoya). T.-E. I. Nr. 48. V. Nr. 65. (Dsnabrück). VI. Nr. 117 sb. I. und II.
- — In wie weit fällt der Anspruch der abzusindenden Kinder des Meiers an den Hof zurück, wenn jene das Fälligwerden der Absindung nicht erlebt haben? (Stromeyer) N. M. VII. S. 187. T.-E. I. Nr. 28. (Lüneburg) V. Nr. 67, 68. §. IV. S. 203. Nr. 127 b.
- — Verzicht der Frauen auf zu erwartende Absindungen aus Bauerhöfen. (Verordnung vom 28. December 1821). §. I. S. 94. Nr. 7.
- Abgaben** s. Communalabgaben. — Gewerbeberechtigungen.
- Ablage** s. Absindung.
- Ablehnung** s. Eidliche Ablehnung.
- Ablösung.** Haben Veräußerungen oder Verpfändungen unabgelöster, ganzer Meierhöfe, insoweit sie nach den älteren Vorschriften als ungültig zu betrachten waren, durch die Ablösungsgesetze von 1831 und 1833 Rechtsbestand bekommen? N. M. IX. S. 182.
- — von Meiergütern. — Voraussetzungen des §. 6. der Verordnung vom 10. November 1831. §. II. S. 365.
- — Begriff der nach der Verordnung vom 23. Juli 1833 (§. 2 und 3) vor der Obrigkeit zu errichtenden Verträge. T.-E. II. Nr. 17. IV. Nr. 20.
- — Majoratserbfolge bei abgelösten Höfen; zu §. 2 und 3 der Verordnung vom 23. Juli 1833. (Bremen) §. V. S. 130. Nr. 210.
- — Meierrechtliche Succession bei abgelösten Parcellen. T.-E.

VI. Nr. 112. — in abgelöste Streumeierländereien. §. IV.  
§. 174. Nr. 115.

**Ablösung.** Ueber die Mitwirkung der Verwaltungsbehörden bei den abgelöste Meiergüter u. s. w. betreffenden Verhandlungen auf Grund des §. 3 der Verordnung über die Verhältnisse der in Folge der Verordnung vom 10. November 1831 durch Ablösung frei gewordenen Güter u. s. w. vom 23. Juli 1833, und des Gesetzes, die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden hinsichtlich der sog. Höfecontracte betr., vom 17. Juni 1857. (Struckmann) §. IV. §. 47.

— — Fortbestand des Rottzehntens nach Ablösung des Hauptzehntens. (Bremen—Verden) L.-E. II. Nr. 41. §. V. §. 133. Nr. 214.

— — s. Meiergüter. Bauergüter. Gewerbeberechtigungen.

**Ablösungsgelder**; aus dem Allodium aufgewendete. — Von der Berücksichtigung derselben bei der Feststellung von Abfindungen im Lüneburgischen. (Stromeyer) N. M. VII. §. 133. L.-E. V. Nr. 69.

**Abmeierung** s. Meiergüter.

**Abrechnung** ist nicht ohne Weiteres als Klagegrund zu gebrauchen. L.-E. VI. Nr. 42.

— — Einfluß der Abrechnung auf die Klagenverjährung. L.-E. I. Nr. 64.

— — s. Rechnungsablage.

**Abschichtung** s. Gütergemeinschaft.

**Absicht.** Ueber die Relevanz der Behauptung, daß bei einem urkundlich vorliegenden Rechtsgeschäfte eine bestimmte Absicht zum Grunde gelegen habe. L.-E. III. Nr. 3.

**Absonderungsrecht.** Sind die Abfindungen der Meierkinder gleich Erbegeldern — jure separationis — vor allen Concursgläubigern als Masseschulden zu lociren? (Stromeyer) N. M. VII. §. 195. — L.-E. VI. Nr. 102. §. IV. §. 189. Nr. 124 sb. I.—III. cf. Abfindung.

— — s. Eigenthumsvorbehalt.

**Abstand** vom Processe ist bei nur eventueller Verhandlung zur Hauptsache einseitig zulässig. §. 174 der b. P.-O. L.-E. VI. Nr. 194.

**Abstimmung** der Richter und die Stimmenzählung in Strafsachen, unter Berücksichtigung des Inhalts der Schrift des Generalstaatsanwalts Dr. Schwarze in Dresden: „Das deutsche Schwurgericht und dessen Reform.“ (Grisebach) N. M. VII. §. 267.

**Abwesende** s. Vertragsschließung.

**Abwesenheitscurator.** Das Klagerecht eines Abwesenheitscurators umfaßt nicht die querela inofficiosae donationis. **Z.** III. **S.** 91. **Nr.** 87.

— — Ein curator absentis ist nicht befugt, eine bonorum possessio zu agnosciren. **Z.** III. **S.** 92. **Nr.** 88.

**Accrescenzrecht** s. Anwachungsrecht.

**Acten** s. Civilproceßacten.

**Actien.** Berechnung des Objects bei nach dem Nominalbetrage verkauften, noch nicht voll eingezahlten Actien. — Berechnung des Abzuges von Procenten unter pari. **L.-E.** VI. **Nr.** 52. cf. Lieferungskauf.

**Actuare.** Beziehung derselben zu den amtsgerichtlichen Geschäften. **Rescr.** vom 8. Januar 1872. **Z.** IV. **S.** 155.

**Adhäsion** s. Anschließung.

**Adjudication** s. Gerichtliche Ueberweisung.

**Administration** s. Verwaltungen.

**Adventitiengüter.** Zur Lehre von dem Verbote der Veräußerung von Adventitiengütern. (v. Bülow) **N.** **M.** IX. **S.** 166.

— — Nichtigkeit der Veräußerung von Adventitiengut. **L.-E.** VI. **Nr.** 77.

— — Beginn des den Kindern zustehenden gesetzlichen Pfandrechts für die bon. advent. **L.-E.** VI. **Nr.** 33.

— — Fortdauer der Dotalprivilegien gegen den Ehemann, welcher die dos als Adventitiengut seiner Kinder verwaltet. **L.-E.** IV. **Nr.** 37.

— — Vertretung des minderjährigen filius familias in Vermögensrechten, deren Missbrauch und Verwaltung dem Vater entzogen ist. **L.-E.** V. **Nr.** 49.

**Advocaten** als Vertreter der Parteien im obergerichtlichen Verfahren. (§§. 67, 103 der b. P.-D.) **L.-E.** III. **Nr.** 65. — — s. Proceßkosten.

**Aedilitisches Edict** s. Redhibition.

**Aenderung** s. Abänderung.

**Aerzte** s. Medicinalpersonen.

**Aerztliche Praxis.** Ueber das Verhältniß der Bestimmungen der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869, betreffend die Ausübung der Heilkunde zum §. 199 des Preuß. Str.-G.-B. **Z.** II. **S.** 145.

**Alimentation.** Alimentationsrecht der geschiedenen Ehefrau. **L.-E.** IV. **Nr.** 38 sub 1. **Z.** IV. **S.** 269. **Nr.** 156. **V.** **S.** 41. **Nr.** 176. **S.** 42. **Nr.** 177.

— — der Kinder, welche der geschiedenen Ehefrau zur Erziehung zugewiesen sind. **L.-E.** IV. **Nr.** 38 sub 2.

— — Der durch nachfolgende Ehe legitimirte Sohn muß, sofern er der Legitimation zugestimmt hat, den Vater alimentiren. **L.-E.** I. **Nr.** 39.

Allodiumsgesetz vom 13. April 1836; zum §. 28; Lehnstheilung unter gleichberechtigten Lehnstfolgern. T.-E. I. Nr. 55.

Allodium bei Meiergütern. — Der Anerbe hat kein ausschließliches Recht auf das Allodium des Hofs. 3. I. S. 119. Nr. 20.

— — Erfordernisse für den Ersatz der Allodien eines Meiergutes. (Bremen-Werden) 3. I. S. 141. Nr. 26.

— — Klage auf Herausgabe des Allodes, insbesondere des Inventars bei Meiergütern. (Hoya) 3. II. S. 358. (Bremen) N. V. S. 131. Nr. 211. (cf. N. M. VII. S. 131. T.-E. IV. Nr. 61 sb. c.)

— — Rechtliche Verhältnisse der allodialen, mit der Meierstelle bewirthschafsten Grundstücke. T.-E. VI. Nr. 99.

— — Allodialqualität der Ländereien, welche der Großvater des Colonen zugekauft und welche länger als 50 Jahre bei dem Hofe waren. — Zum Cap. II. §. 1 der Ned.-Ord. von 1699. (Lüneburg-Hoya). T.-E. VI. Nr. 121 sb. I. und II. (cf. V. Nr. 66.)

— — Welche Grundstücke sind bei Hoyaschen Meiergütern als allodiale zu betrachten? 3. II. S. 351.

— — In wie weit sind die Gebäude eines Meierhofes zum Allode zu rechnen? (Verord. vom 1. Juli 1699.) (Lüneburg-Hoya) Beweislast. T.-E. V. Nr. 66.

— — bei Lehnsgütern. — Klage eines Pfandgläubigers auf Herausgabe verpfändeter Lehnssallodien. T.-E. VII. Nr. 38.

Alluvion s. Anlandungen.

Amortisation s. Mortification.

Amtliche Genehmigung s. Bauergüter. Meiergüter.

Amtsehrenbeleidigung. Amtsverbrechen und Amtsehrenbeleidigung der Geistlichen. (Cap. 15, bezw. Art. 143 und 194 des Cr.-G.-B. von 1840.) (Braun) N. M VIII. S. 3.

— — Finden die Vorschriften des Art. 143 des Criminalgesetzbuchs von 1840 auch auf Beleidigungen Anwendung, welche Geistlichen während der Ausübung ihres Amtes oder in Beziehung auf dasselbe widerfahren? N. M. VII. S. 446.

Amtsgerichte. Competenz derselben bei Proceszen über Wegegerechtigkeiten; zu §. 4. des Gesetzes vom 31. März 1859, verschiedene Abänderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes betreffend. T.-E. VI. Nr. 151.

— — Ausstellung der Zeugnisse für die bei den Amtsgerichten beschäftigt gewesenen Auditoren für die Fälle, wo das Amtsgericht mit mehreren Amtsrichtern besetzt ist. Rescr. vom 14. Februar 1870. 3. II. S. 165.

— — s. Disciplinarstrafen. Verwaltungen.

**Amtsrichter.** Vertretung derselben in Behinderungsfällen. Min.-Rescr. vom 31. März 1866. N. M. VII. S. 311.

**Amtsverbrechen** und Amtsehrenbeleidigung der Geistlichen. (Cap. 15, bezw. Art. 143 und 194 des Cr.-G.-B. von 1840. (Braun) N. M. VIII. S. 3.

**Amtsversammlung.** Juristische Persönlichkeit derselben. — Proceßführung durch dieselbe, insbesondere als Vertreterin des Amts-Nebenanlage-Verbandes. T.-E. VII. Nr. 122.

**Anastasianisches Gesetz.** — Verzicht auf die Einrede aus der lex Anastasiana ist zulässig. T.-E. VI. Nr. 43.

— — Das Gesetz vom 2. Juli 1864 über die Aufhebung der lex Anastasiana. T.-E. VII. Nr. 46.

**Anatocismus** s. Binsen.

**Anbauer.** Die Classe der Anbauer in einer Gemeinde hat keine juristische Persönlichkeit. T.-E. VI. Nr. 2, 159.

**Anbauerstellen.** Auf dieselben ist das Asylrecht der Absindlinge nicht anwendbar. (Lüneburg) T.-E. IV. Nr. 58

**Auerbe.** Succession in Meiergüter aus der Person des vor Annahme der Stelle, jedoch nach seinem Vater verstorbenen Anerben. (Lüneburg-Hoya) T.-E. I. Nr. 41.

— — Successionsrecht der Kinder des Meiers und des vorverstorbenen Anerben. (Lüneburg-Hoya) T.-E. I. Nr. 2, 48. XI. Nr. 109.

— — Auswahl des Anerben durch den aufgeheiratheten Ehemann nach dem Tode der Frau. (Hildesheim) T.-E. VI. Nr. 114. (cf. B. I. S. 109. Nr. 15.)

— — Form der Bestimmung des Anerben. (Bremen-Verden) T.-E. VII. Nr. 101. (cf. (Galenberg) Nr. 89.)

— — Einrede der Untüchtigkeit des Anerben. T.-E. I. Nr. 9. (Hoya) B. II. S. 350. — T.-E. IV. Nr. 59. III. Nr. 15. V. Nr. 65. VI Nr. 105, 115. VII. Nr. 100. (Galenberg). Nr. 89.

— — Gründe der Ausschließung des Anerben. — Verurtheilung in die Strafe des Arbeitshauses. (Lüneburg) T.-E. IV. Nr. 56. — Kindesalter. VI. Nr. 115. — Minderjährigkeit. VII. Nr. 89.

— — Der Auerbe hat kein ausschließliches Recht auf das Allodium des Hofs B. I. S. 119. Nr. 20. — Recht des Anerben auf das Inventar. N. M. VII. S. 131. T.-E. IV. Nr. 61, sb. c. B. II. S. 358. V. S. 131. Nr. 211.

— — Rechte des Anerben auf vormals eigenbehörigen Stätten hinsichtlich der aus der Mark an die Stätte gekommenen und der „im Beschlusse liegenden“ Grundstücke. (Osnabrück) B. IV. S. 216. Nr. 132, sb. c u. d.

Auerbe. Feststellung der Absindungen durch Vertrag des Anerben mit seinen Geschwistern. (Stromeyer) N. M. VII. S. 171, sb. iv.

— — — Befugniß des Anerben, die durch den Vater testamentarisch festgestellte Absindung anzufechten. (Lüneburg) Z. IV. S. 201. Nr. 127 a. sb. II.

— — — Gutsherrliche Bemeierung eines Unberechtigten ist dem Anerben gegenüber wirkungslos. Z.-E. II. Nr. 57.

— — — s. Interimswirth.

Auerbenrecht bei Bauergütern im Bentheimischen. Z.-E. IV. Nr. 50. VII. Nr. 103, 104. Z. IV. S. 227. Nr. 135.

— — — bei freien Höfen in den Kirchspielen Ankum und Berge. (Osnabrück) Z.-E. IV. Nr. 3.

— — — bei einem im gemeinschaftlichen Eigenthume stehenden Meiergute. (Hoya) Z. IV. S. 31.

— — — Das strenge Auerbenrecht des älteren Sohnes erstreckt sich auf jedes der mehreren Meiergüter des Vaters, auch wenn das eine oder das andere derselben angekauft ist. — Successionsedict von 1702. (Lüneburg-Hoya) Z.-E. VII. Nr. 80. Z. I. S. 114. Nr. 18.

— — — Unentziehbare Auerbenrechte der Kinder des Colonen nach dem Successionsedict von 1702 ist nicht auf Seitenverwandte erstreckt. (Lüneburg) Z.-E. VI. Nr. 113.

— — — Unentziehbare Auerbenrechte der von den älteren Kindern eines Meiers abstammenden Descendenten entfernteren Grades. (Hoya) Z.-E. VI. Nr. 110.

— — — Für die Succession in Meiergüter besteht ein Auerbenrecht nur bei der Descendenten-Succession. (Hildesheim) Z.-E. VII. Nr. 98.

— — — In den Kirchspielen Scheessel, Stemmen und Schneverdingen gilt gewohnheitsrechtlich das strenge Auerbenrecht zu Gunsten des ältesten Sohnes. Z.-E. IV. Nr. 70.

— — — Bei Abbauerstellen, welche auf zum Theil gutsherrnpflichtigen Grundstücken errichtet sind, ist ein strenges Auerbenrecht nicht begründet. (Lüneburg) Z.-E. VI. Nr. 88. (cf. Z. IV. S. 175. Nr. 116.)

— — — Die Geltendmachung des Auerbenrechts kann erfolgen, sobald der bisherige Meier sich der Wirtschaft abthut. (Lüneburg) Z.-E. IV. Nr. 56, 59.

— — — Die Geltendmachung des Auerbenrechts seitens der Tochter ist von der Präsentation eines fähigen Reihemannes nicht abhängig. (Lüneburg) Z.-E. IV. Nr. 56.

— — — Einfluß der Annahme einer Absindung auf das Auerbenrecht. (Hoya) Z.-E. I. Nr. 48. V. Nr. 65. (Lüneburg-Hoya) VI. Nr. 111. (Lüneburg) Nr. 116. (Osnabrück) Nr. 117 sb. I. u. II.

- Anerbenrecht. Verzicht des Anerben auf das Anerbenrecht zu Gunsten eines entfernter Berechtigten. T.-E. I. Nr. 38. VI. Nr. 115.
- — Wirkung des Verzichts des Anerben auf das Anerbenrecht nach eröffneter Succession in das Meiergut. (Verden) T.-E. IV. Nr. 57.
- — Einrede des Verzichts auf das Anerbenrecht. T.-E. IV. Nr. 61 sb. b. V. Nr. 65 sb. 2.
- — Verzicht auf das Anerbenrecht an einer Meierstelle bedarf ebensowenig des gutsherrlichen Consenses, als bei abgelösten Meierstellen der obrigkeitlichen Genehmigung. (Lüneburg) B. II. S. 53. Nr. 58.
- — Verträge in fraudem des Anerbenrechts bei Bauergütern. T.-E. IV. Nr. 61. V. Nr. 65. VI. Nr. 90. VII. Nr. 90. B. IV. S. 181. Nr. 121.
- — Wann kann nach Lüneburg'schem Meierrechte der gesetzliche Anerbe auf Herausgabe des Hofses klagen, wenn dieser durch ein Rechtsgeschäft inter vivos einem jüngern Sohne von dem bisherigen Eigenthümer abgetreten ist? (Francke) B. I. S. 55.
- — Ein zwischen dem Meier und einem Dritten abgeschlossener, in's Leben getretener, aber nichtiger Uebergabecontract enthält an sich keine zur Klage berechtigende Verlezung des Rechts des Anerben. T.-E. III. Nr. 56. (cf. IV. Nr. 56, 59.)
- — Entziehung desselben durch Testament unter Anführung von Erbverlustursachen. B. I. S. 118. Nr. 19.
- — s. Erbrecht. Meiergüter.

Anerkennung s. Contracte.

Anerkennungsvertrag. Zur Lehre vom Anerkennungsvertrag. (Unger) N. M. VII. S. 293, 372. T.-E. VII. Nr. 48, sb. 1.

- — Neben den Anerkennungs-Vertrag und das constitutum debiti propriae. (Niederstadt) B. IV. S. 3.
- — Die Anwendbarkeit des Gesetzes vom 22. September 1850, die Einführung kurzer Verjährungsfristen für persönliche Klagen betreffend, auf Fälle, wo die ursprüngliche Schuld durch einen Anerkennungs-Vertrag neu begründet worden ist. (v. Düring) B. IV. S. 394.
- — Wirkung des const. deb. propr. auf verjährt Forderungen. T.-E. VII. Nr. 13 (cf. N. M. IX. S. 153.) — auf die Verjährungszeit. Nr. 14.
- — Unterbrechung der Klagenverjährung durch vertragsmäßige Anerkennung. T.-E. I. Nr. 19. VI. Nr. 9, 10, 11, 12.
- — Vertragsmäßige Anerkennung ist als Grundlage der Eigentumsklage zulässig. T.-E. V. Nr. 17.

Angestellte s. Staatsbeamte.

**Anklage.** Unter welchen Voraussetzungen kann die Staatsanwaltschaft verlangen, daß von dem Berufungsgerichte die That des Angeklagten aus einem anderen Gesichtspunkte als dem in der Anklage geltend gemachten beurtheilt und entschieden werde? (Twele) B. I. S. 189.

**Anklagekammer** s. Appellationsgericht zu Celle.

**Anlandungen.** Das Recht der Anlandungen in Folge künstlicher Wasserwerke. (v. Düring) B. I. S. 57.

**Anmeldung** der Berufung in Strafsachen ist nichtig, wenn sie zum Protocolle desselben Amtsrichters als Polizeirichter erfolgt, welcher in der Sache schon als Polizeianwalt fungirt hat. (§. 374 der Str.-P.-D. von 1867.) N. M. IX. S. 265.

— — der Berufung und der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Urtheile; zu §. 370 der Str.-P.-D. von 1867. B. IV. S. 97, sb. I. (cf. S. 306.)

— — auf die Edictalladung wider unbestimmte Gegner; §. 498 ff. der b. P.-D. — Substantiirung. T.-E. V. Nr. 138.

— — im Concurse; Einrede der Litigpendenz darauf gestügt. T.-E. IV. Nr. 75.

— — Ersegt die Anmeldung im Concurse eine obligationsmäßige Kündigung? T.-E. VII. Nr. 47. B. II. S. 24, Nr. 50, sb. I. u. II.

— — Die Anmeldung eines Anspruchs im Concurse-Edictaltermine unterbricht die Klagenverjährung. B. V. S. 16. Nr. 165.

— — s. Concursverfahren. Vorzugsrechte. Contracte. Bürgergüter. Hypotheken.

**Annulation** einer Ehe. — Folgen für das in derselben geborene Kind; zu Nr. 15 der Eheverordnung für Bremen und Verden vom 18. Mai 1753. T.-E. II. Nr. 40.

**Anschließung.** Anschließung an die Berufung. (§§. 402—404, 426 der b. P.-D.) N. M. VIII. S. 121.

— — Zulässigkeit der Anschließung gegen die vom Berufungskläger nicht angefochtenen Urtheile. T.-E. III. Nr. 73.

— — Zulässigkeit der Anschließung bei Unzulässigkeit der Berufung. T.-E. V. Nr. 133.

— — Die Anschließungsbeschwerden hinsichtlich eines der sofortigen Berufung unterliegenden Zwischenurtheils müssen mit demselben im entscheidenden Zusammenhange stehen; zu §§. 402—404 der b. P.-D. T.-E. V. Nr. 131.

— — Angebot von Beweisen in den Anschließungsanträgen. T.-E. VI. Nr. 190.

— — Zeitpunkt der Geltendmachung der Anschließungsbeschwerden; zu §. 403 der b. P.-D. T.-E. V. Nr. 132.

**Auschließung.** Zulässigkeit nachträglicher Auschließungsbeschwerden.

T.-E. VI. Nr. 196.

— — Der das Berufungsurtheil betreffende §. 422 der b. P.-D. ist auch auf die Auschließung anwendbar. T.-E. III. Nr. 71.

— — Der §. 422 der b. P.-D. und die Gegenad häftion. T.-E. V. Nr. 137.

— — Folgen des Einspruchs hinsichtlich der verhandelten Auschließungsbeschwerden. §§. 163 und 428 der b. P.-D. T.-E. II. Nr. 2.

— — Bei Nichtigkeitsbeschwerden (§. 438 der b. P.-D.) unzulässig. T.-E. II. Nr. 34.

**Anstoß** gegen eine rechtskräftige Entscheidung, s. Nichtigkeitsbeschwerde.

**Anticipirte Erbfolge** s. Erbrecht. Pflichttheil.

**Autrag** s. Strafantrag.

**Autretung** s. Erbschaftsantritung.

**Anwaltungsrecht** bei Erbverträgen. T.-E. VI. Nr. 81.

**Anwälte** und **Advocaten** in der Provinz Hannover. — Sind dieselben als öffentliche Beamte im Sinne des §. 102 des Preuß. Str.-G.-B. anzusehen? (v. Düring) B. I. S. 271.

**Anwalt.** Bedeutung des Ausdrucks „Anwalt“ in Nr. 6 des §. 6 des Gesetzes vom 8. Mai 1852, das Disciplinarverfahren gegen Richter betreffend. T.-E. III. Nr. 22.

— — s. Proceßkosten. Unterschrift.

**Anzeige** strafbarer Handlungen; zu den §§. 59 ff. und 125 der Str.-P.-D. von 1867. N. M. VIII. S. 296.

— — s. Insolvenzanzeige. Falsche Anschuldigung.

**Appellationsgericht** zu Celle. — Entscheidungen desselben in Strafsachen. (v. Düring) N. M. VIII. S. 408, 384. B. I. S. 422. II. S. 256.

— — Entscheidungen in Civilsachen. (v. Düring) N. M. IX. S. 274.

— — Plenarbeschuß vom 4. Mai 1868 in Betreff des Stempels bei Productionen von Urkunden im Proceß. N. M. IX. S. 133.

— — Verweisung der Ehesachen an den III. Senat. Min.-Rescr. vom 18. März 1869. B. III. S. 172.

— — s. Zuständigkeit.

**Aquae pluviae arcendae** actio und actio negatoria. T.-E. VII. Nr. 24.

**Aquilisches Gesetz** — Haftpflicht Mehrerer aus der lex Aquilia bei einer gleichzeitig zugefügten Mißhandlung. T.-E. VI. Nr. 58.

**Archivarische Urkunden**; zum §. 341 der b. P.-D. T.-E. VI. Nr. 179.

**Armenanwalt**, Armenrecht, s. Proceßkosten.

**Arrest** s. Sicherungsarrest.

**Arzeneihandel**; zum §. 367 Nr. 3 des Deutsch. St.-G.-B.; Begriff des verbotenen Handels mit Arzneien. 3. IV. S. 462.

**Ascendenten**. Höhe des Pflichttheils für Ascendenten. 3. V. S. 91. Nr. 195.

**Asylrecht** s. Meierkinder.

**Auctionen** s. Versteigerungen.

**Auditoren** s. Referendarien.

**Auffahrt**. Dingung derselben bei eigenbehörigen Höfen. (Lingen) T.-G. IV. Nr. 53.

**Aufheirathen**, s. Chemann. Meiergüter.

**Auftrag**. Haftung des Mandanten, wenn der Mandatar geheime Einschränkungen seiner Vollmacht unbeachtet lässt. T.-G. IV. Nr. 23.

— — Haftung des Stellvertreters bei Contracten für Dritte dem Mitcontrahenten gegenüber. T.-G. V. Nr. 25.

— — Haftung des Mandanten Dritten gegenüber aus Handlungen des Bevollmächtigten nach Revocation der Vollmacht. T.-G. VII. Nr. 52.

— — Umfang einer Generalvollmacht. T.-G. V. Nr. 31.

— — Verpflichtung des Mandatars zur Rechnungsablage. T.-G. V. Nr. 32.

— — Beginn der Klagenverjährung bei der Mandatsklage. 3. V. S. 11. Nr. 161.

— — Mündlicher Auftrag und Genehmigung nach Preußischem Recht. T.-G. IV. Nr. 36.

**Augmentum dotis** s. Brautschätz.

**Apporteurpapiere** s. Schuldverschreibungen.

**Ausbleiben** der Parteien im Falle des §. 370, Abs. 2 der b. P.-D. N. M. IX. S. 214.

— — eines von mehreren Beklagten; §§. 372, 373 der b. P.-D. N. M. IX. S. 316. 3. II. S. 5. Nr. 40.

— — Verfahren auf Ausbleiben nach Vervollständigung der Beweise in der Berufungsinstanz; (§§. 239 sb. 3, und 428 der b. P.-D.) T.-G. IV. Nr. 87.

**Auseinandersezungs-Behörde** s. Zuständigkeit.

**Auslagen** s. Proceßkosten. Honorar.

**Ausländer**. Ausländerqualität im Sinne des §. 54 der b. P.-D. (Kostencauktion.) T.-G. VII. Nr. 125.

— — Sicherungsarrest gegen einen Ausländer; zum §. 508 sb. 6 der b. P.-D. T.-G. VII. Nr. 138 sb. I. u. II.

— — im Sinne des §. 29 des Preuß. St.-G.-B. N. M. IX. S. 386.

— — s. Verjährungsgez. Behandlung.

**Ausland.** Bei Zwangsvollstreckungen im Auslande ist der Erlass eines Zahlungsgebots (§. 535 der b. P.-D.) nicht erforderlich. T.-E. IV. Nr. 85.

— — Beweiskraft ausländischer Protesturkunden. T.-E. VI. Nr. 67.

**Auslobung** s. Abfindung.

**Ausschließliche Gewerbeberechtigungen**, s. Gewerbeberechtigungen.

**Ausschlußbescheid.** Bedeutung der Edictalladung und des Ausschlußbescheides im Concurse für „bekannt gewesene“ Gläubiger; §§. 500", 626 sb. 4 der b. P.-D. (Francke) B. I. S. 51. (cf. B. IV. S. 404.)

— — im Concurse rücksichtlich dinglicher Rechte (Hypotheke) an Immobilien. T.-E. V. Nr. 140. B. I. S. 161. Nr. 39. sb. i. und v.

— — im Concurse rücksichtlich bekannter Forderungen. B. I. S. 161. Nr. 39 sb. II., IV., V.

— — im Subhastationsverfahren rücksichtlich bekannter Forderungen. B. I. S. 161. Nr. 39 sb. III.

— — Einrede der Präclusion. — Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen eine von einem ausländischen Gerichte erkannte Präclusion. T.-E. III. Nr. 71.

**Außerordentliche Verjährung** s. Verjährung.

**Aussetzung** des Verfahrens (zum §. 168 sb. 3 der b. P.-D.) durch den Tod der Partei. T.-E. VI. Nr. 162, 165.

— — Das Verfahren wird ausgesetzt durch die Anzeige des Todes der Partei an den Gegenanwalt; die Benennung der Erben der Partei ist dazu nicht erforderlich. B. II. S. 69. Nr. 67.

**Aussetzung** des Verfahrens durch Veränderung der proceßführenden Person beim Uebergange des flagbar gemachten Rechts. T.-E. VI. Nr. 166. — durch Verhängung der Concursuratel über eine der Parteien. B. III. S. 158. Nr. 110.

**Aussteuer** s. Brautschätz.

**Auswanderung.** Bedeutung derselben. B. II. S. 12. Nr. 41.

— — zum §. 360 des Deutsch. St.-G.-B.; Auswandern der Landwehrmänner und Reservisten ohne Erlaubniß. — Lauf der Verjährung. B. V. S. 309.

**Bannrechte** s. Gewerbeberechtigungen.

**Bäuerliche Verhältnisse.** Zum Entwurfe eines Gesetzes über die bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Hannover. B. II. S. 76, 179. III. S. 471. IV. S. 314.

— — Grundsätze des von einer Commission bearbeiteten Gesetzentwurfs, die Rechtsverhältnisse der Bauerhöfe in der Provinz Hannover betreffend. (Francke) B. I. S. 208.

— — Die l. 6 Cod. de sec. nupt. findet auch in bäuerlichen Verhältnissen Anwendung. T.-E. V. Nr. 46.

- Bauergüter. Das hofhörige Recht in der Twente; zum Bentheim'schen Particularrechte. (Kirchhoff) N. M. VII. S. 359.
- — Rechtsverhältnisse der früher eigenbehörigen Höfe in Emsbüren. T.-E. VI. Nr. 128.
- — Rechte des mahljährigen Colonen einer eigenbehörigen Stätte nach Wegfall des Anerben. (Osnabrück) T.-E. VII. Nr. 109.
- — Rechte des Anerben am Vermögen des Interimswirths. (Osnabrück.) — Rechte des Eigenbehörigen am neu acquirten Grundbesitze. Osnabrück'sche Eigenthumsordnung von 1722 Cap. VII. §. 7. bezw. Cap. XI. §. 2. T.-E. I. Nr. 36.
- — Besugniß des Gutsherrn und des eigenbehörigen Colonen zu bestimmen, nach welchen Rechtsgrundzügen das Colonat und dessen Bewohner zu beurtheilen seien. (Osnabrück) T.-E. IV. Nr. 63. 3. I. S. 105. Nr. 14.
- — Klage gegen den Hofsnachfolger auf einer eigenbehörigen Stätte wegen der von dem Mahljahrswirthe aufgenommenen Darlehne. (Osnabrück) T.-E. VII. Nr. 108.
- — Beweislast in Betreff der Freiheit oder Eigenbehörigkeit der Bauerhöfe. (Lingen) T.-E. IV. Nr. 54.
- — Folgen der Aufhebung der persönlichen Eigenbehörigkeit für die Eigenbehörigkeit des Colonates. T.-E. IV. Nr. 63.
- — Folgen einer theilweisen, vertragsmäßigen Aufhebung der Eigenbehörigkeit. (Osnabrück) 3. IV. S. 222. Nr. 133.
- — Ueber die rechtliche Natur der Mahljahre, ihre gesetzliche Dauer und die Wirkungen ihres Ablaufs nach Osnabrück'schem Provinzialrechte. (Kellinghausen) N. M. VII. S. 234.
- — Ueber die Vereinigung von Bauerhöfen mit einander oder mit Ritter- und anderen Gütern im Fürstenthum Lüneburg. (Schulze) N. M. VII. S. 214.
- — Die Untheilbarkeit der Bauergüter im Fürstenthum Grubenhagen schließt ein condominium pro indiviso nicht aus. T.-E. IV. Nr. 51.
- — Die gesetzlichen Verbote auf Veräußerung der Pertinenzen von Bauergütern sind bis auf den Beweis eines entgegengestehenden Gewohnheitsrechtes auch für das Fürstenthum Göttingen gültig. T.-E. III. Nr. 16.
- — Reunionsklage bei Bauergütern. (Göttingen) T.-E. III. Nr. 16. — (Bremen) Nr. 46. — (Calenberg) VI. Nr. 96. — (Lüneburg) VII. Nr. 86, (cf. Nr. 87). 3. II. S. 50. Nr. 57.
- — Die eheliche Gütergemeinschaft der Bauern auf vormals eigenbehörigen, in Folge der Ablösungsgesetze frei gewordenen Höfen im Fürstenthume Osnabrück. (Lodtmann) 3. III. S. 3, 327.

- — Eheliches Güterrecht auf vormalss eigenbehörigen, in Folge der Ablösungsgesetze frei gewordenen Stätten. (Osnabrück) B. IV. S. 213. Nr. 131.
- — Anwendbarkeit des Römischen Dotalrechts bei Brinkstätten im Fürstenthume Hildesheim. L.-E. IV. Nr. 66.
- — Vindication freier Bauergüter im Concurse des aufgeheiratheten Wirths durch die Ehefrau. L.-E. VI. N. 98. (Bremen) VII. Nr. 81.
- — Gewohnheitsrecht in der Grafschaft Diepholz bei eigenbehörigen Stellen, betreffend die Rechte der Ehefrau im Concurse des aufgeheiratheten Wirths. B. IV. S. 212. Nr. 129.
- — Auch bei gutsherrnfreien Bauergütern kann das von der Ehefrau Inserirte nicht zurückgesordert werden. (Hildesheim) B. III. S. 109. Nr. 99 a.
- — Rückforderung der Illaten der Frau bei ursprünglich freien Bauerhöfen. (Bremen) B. V. S. 125. Nr. 207 sb. 1. u. 2.
- — Ueber die Mitwirkung der Verwaltungsbehörden bei den abgelöste Meiergüter u. s. w. betreffenden Verhandlungen auf Grund des §. 3 der Verordnung über die Verhältnisse der in Folge der Verordnung vom 10. November 1831 durch Ablösung frei gewordenen Güter vom 23. Juli 1833, und des Gesetzes, die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden hinsichtlich der sog. Höfecontracte betreffend, vom 17. Juni 1857. (Struckmann) B. IV. S. 47.
- — Begriff der nach der Verordnung vom 23. Juli 1833 vor der Obrigkeit zu errichtenden Verträge. L.-E. II. Nr. 17.
- — Anerkennung der ungesetzlich ertheilten, obrigkeitlichen Bestätigungen von sog. Höfecontracten (Gesetz vom 17. Juni 1857) durch die Gerichte. L.-E. V. Nr. 79.
- — zum Cap. III. §. 4 der Brem. Pol.-Ord. von 1692; Guts-herrlicher, bezw. obrigkeitlicher Consens zu Ehestiftungen und sonstigen Dispositionen der Meierleute oder Erberen über das Bauergut. L.-E. II. Nr. 44. IV. Nr. 69. V. Nr. 76 sb. 1 u. 2. VI Nr. 104.
- — Regimineller Consens bei Parcellirung von Höfen im Fürstenthume Lüneburg. L.-E. VI. Nr. 87. VII. Nr. 87.
- — Die Vorschrift des Cap. 23 §. 2 der Pol.-Ord über Anmeldung der Ehestiftungen und sonstiger Verträge, in denen Abfindungen festgestellt werden, bei der Obrigkeit und Einverleibung in die Gerichtsbücher ist aufgehoben. (Stromeyer) N. M. VII. S. 173.
- — Die Ermittelung und Feststellung der Auslobungen von ehemals eigenbehörigen Höfen im Fürstenthume Osnabrück gehört ungeachtet der Verordnung vom 16. September 1867 zunächst vor die Obrigkeit. B. III. S. 111. Nr. 100.

Bauergüter; gutsherrnsfreie im sog. großen Freien (vormaligen Amts Isten im Lüneburgischen). Bei der Succession in solche ist nicht das römische Intestaterrecht maßgebend, vielmehr kommen dabei gewohnheitsrechtlich eigenthümliche Grundsätze zur Anwendung, welche denen des Lüneburgischen Meierrechts sehr nahe kommen. (Stromeyer) N.-M. VII. S. 345.

— — Von der Succession in freie Bauerhöfe des Fürstenthums Lüneburg, und zwar solche, welche niemals im gutsherrlichen Verbande gestanden oder vor der Emanirung der Ablösungsgesetze davon befreit worden sind. (Stromeyer) N.-M. VII. S. 332.

— — Rechte des Anerben und dessen Geschwister rücksichtlich der Succession in freie Bauergüter des Fürstenthums Lüneburg. — Hof. — Allodium. — Sonstiges Vermögen. T.-E. I. Nr. 31.

— — Nichtanwendbarkeit des Lüneburgischen Successionsedicts auf die nach 1702 frei gewordenen Höfe. T.-E. VII. S. 79. — Anwendbarkeit auf Erbenzinsgüter I. Nr. 9.

— — Erbfolge bei Höfen, die vor den Ablösungsgesetzen frei gekauft sind. (Osnabrück) B. I. S. 105. Nr. 14.

— — Succession in ursprünglich freie oder vor 1831 abgelöste Bauerhöfe. B. IV. S. 176. Nr. 117.

— — Succession bei freien Höfen in Wachendorf. (Arenberg-Meppen) T.-E. I. Nr. 16.

— — Majorat, wie dasselbe bei gutsherrnspflichtigen Bauergütern zur Anwendung kommt; zu den §§. 2 und 3 der Verordnung vom 23. Juli 1833. (Caldenberg) T.-E. II. Nr. 45. VI. Nr. 107. VII. Nr. 97. B. I. S. 123. Nr. 22. (Bremen) B. V. S. 130. Nr. 210. (Hildesheim) T.-E. VII. Nr. 98. (Osnabrück) Nr. 110.

— — Succession von frei gekauften Eigenbehörigen bei eigenbehörigen Höfen der Grafschaft Hoya. T.-E. I. Nr. 42.

— — Succession der Seitenverwandten bei vormals eigenbehörigen Stätten. (Osnabrück) T.-E. VII. Nr. 110. — bei gutsherrnspflichtigen Höfen. (Osnabrück) Nr. 111. — bei freien Stätten. (Osnabrück) B. I. S. 102. Nr. 13.

— — Vererbung der in Folge der Ablösungsgesetze frei gewordenen eigenbehörigen Höfe in der Seitenlinie. — Erbrecht der abgesunkenen oder auf eine andere Stätte geheiratheten Kinder. (Bentheim) B. IV. S. 230. Nr. 137.

— — Vererbung abgehender, noch nicht ausgelobter Kinder bei ehemals eigenbehörigen, in Folge der Ablösungsordnung frei gewordenen Höfen. (Osnabrück) B. IV. S. 216. Nr. 132.

— — Succession bei den vor Erlaß der Ablösungsgesetze abgelösten Stellen. (Osnabrück) B. I. S. 105 Nr. 14. V. S. 127. Nr. 208.

**Bauergüter.** Das Vorzugsrecht der Kinder erster Ehe bei der Succession in eigenbehörige Stätten. (Osnabrück) B. V. S. 128. Nr. 209.

— — Legitwillige Verfüungen, welche die Succession in Bauernhöfe zum Nachtheile des Anerben verändern, sind ohne gutscherrliche, bezw. obrigkeitliche Genehmigung ungültig. B. IV. S. 197. Nr. 125 sb. I.—III.

— — Auf freie Bauergüter und auf unbauerstellen ist das Asylrecht der Abfindlinge nicht anwendbar. (Lüneburg) L.-G. IV. Nr. 58.

— — Dingung der Aufsahrt bei eigenbehörigen Stellen. (Lingen) L.-G. IV. Nr. 53.

— — Wirkung der Verkoppelung auf die Ermittelung des Hofesbestandes. (Caleberg) L.-G. VI. Nr. 96.

— — Auf welche Güter ist die Münstersche Erbpachtordnung vom 21. September 1783 zu beziehen? B. IV. S. 235. Nr. 139.

— — s. Abbauerstellen. Abfindung. Interimswirth. Anerbe. Anerbenrecht.

**Baulast** s. Kirchenbaulast. Volksschulgesetz.

**Banten** s. Provocation.

**Beamte.** Sind auch die Anwälte und Advocaten in der Provinz Hannover als öffentliche Beamte im Sinne des §. 102 des Preuß. Str.-G.-B. anzusehen? (v. Düring) B. I. S. 271.

— — Zum §. 359 des Deutsch. Str.-G.-B. Öffentliche Beamte, B. IV. S. 460.

— — s. Staat. Staatsbeamte.

**Bedingung.** Conditio tacita. L.-G. VI. Nr. 55.

**Beeidigung** der Zeugen; zum §. 160 Abs. 1 und §. 90 der Str.-P.-D. von 1867. N.-M. VIII. S. 338. — zu den §§. 160 ff., 140. VIII. S. 339.

— — Befugniß der Polizeirichter, die im Ermittlungsverfahren zu vernehmenden Zeugen auch ohne ausdrücklichen Antrag der Kronanwaltschaft zu beeidigen. Reser. vom 23. August 1869. B. I. S. 287.

**Behändigung** der Berufungsanträge bei dem Vorhandensein eines Geschlechtsecurators. (Hadeln). (§§. 121 und 406 der b. P.-D.) L.-G. II. Nr. 54. VI. Nr. 197.

— — der Berufungsanträge an einen von mehreren Vormündern des Beklagten ist wirksam. (§. 121 und 406 der b. P.-D.) L.-G. IV. Nr. 77.

— — der Berufungsanträge an den Bürgermeister genügt, auch wenn ein Syndikus der Stadt angestellt ist. (§. 121 der b. P.-D.) L.-G. V. Nr. 109.

— — im Falle der Abwesenheit derjenigen Partei von ihrem bisherigen Wohnorte, der zu behändigen ist. (§. 122 der

- b. P.-D.) Resol. des Präsid. des App.-Ger. und der Kr.-Ob.-Anw. vom 2. Mai 1872. B. IV. S. 312.  
Behändigung an die Staatsanwaltschaft. (§. 124 der b. P.-D.); bei Berechnung der Frist des §. 189 sb. 2. entscheidet der Tag der Zustellung an den Ausländer selbst. N. M. IX. S. 77.
- — — an die Staatsanwaltschaft. (§. 124 der b. P.-D.) B. II. S. 5. Nr. 40.
- — — der Berufungsanträge an einen Ausländer. (§§. 124 und 406 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 197.
- — — der Berufungsanträge an Angehörige des Preußischen Staats, welche außerhalb der Provinz Hannover wohnen. (§§. 124 und 406 der b. P.-D.) B. I. S. 153. Nr. 33. III. S. 146. Nr. 103, S. 148. Nr. 104.
- — — an einen Ausländer bei Verweigerung der Rechtshilfe durch die ausländischen Behörden. (§. 125 der b. P.-D.) T.-E. II. Nr. 12.
- — — einer einfachen Abschrift des Urtheils genügt, um den Lauf der Berufungsfrist eintreten zu lassen. (§. 140 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 30.
- — — Die persönliche Behändigung eines Berufungsurtheils, welches das die Klage abweisende, erinstanzliche Urteil bestätigt und den Kläger in die Kosten verurtheilt, ist unnöthig. (§. 140 der b. P.-D.) N. M. IX. S. 131. T.-E. II. Nr. 27.
- — — an den Bevollmächtigten eines Abwesenden. (§. 140 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 162.
- — — an Streitgenossen, welche einen gemeinschaftlichen Vertreter nicht bestellt haben. (§§. 140, 33, 121 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 163.
- — — geschieht nur an den Bevollmächtigten wirksam, wenn die Partei auf persönliche Behändigung verzichtete. (§. 141 der b. P.-D.) T.-E. III. Nr. 82. IV. Nr. 78. B. II. S. 66. Nr. 66 sb. III.
- — — Verzicht auf die persönliche Behändigung. (§. 141 der b. P.-D.) — Form der Erklärung und Benachrichtigung der Gegenpartei. B. II. S. 66. Nr. 66 sb. I. u. II.
- — — Anwendbarkeit des §. 148 der b. P.-D. auf die Berufungsfrist. T.-E. III. Nr. 77.
- — — der Berufungsanträge an Streitgenossen. (§§. 406, 121, 33 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 11. II. Nr. 35. (cf. Nr. 16.) III. Nr. 88. (cf. V. Nr. 107.)
- — — der Berufungsanträge an den Anwalt oder die Partei. (§. 406 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 5, 7. III. Nr. 25.
- — — Folgen der durch den Anwalt geschehenen Behändigung

eines Urtheils für die eigene Partei. T.-G. III. Nr. 22.  
(cf. VII. Nr. 128).

**Behändigung.** Behändigung der Klaganträge unterbricht die Klagenverjährung. (§. 190 der b. P.-D.) T.-G. V. Nr. 110.

— — Diplomatische Vermittelung behuf Insinuationen in England, Frankreich und den Niederlanden. Rescr. vom 13. Januar 1869. B. I. S. 287.

— — in Strafsachen. Zustellung der Strafurtheile von Amts wegen nach der Anmeldung der Berufung; zum §. 370 der Str.-P.-D. von 1867. B. IV. S. 102. (cf. S. 308.)

**Behändigungsfrist.** Berechnung der Frist des §. 191 der b. P.-D. für die Behändigung der Gegenanträge. T.-G. VI. Nr. 168.

— — Zu den §§. 189, 369 der b. P.-D. Frist zwischen der Behändigung und dem Verhandlungstermine. (Müller) B. I. S. 412.

**Behändigungsurkunde.** Bedeutung der Vorschrift des §. 140, Abs. 3<sup>o</sup> der b. P.-D., daß in der Behändigungsurkunde die Behändigung an den Anwalt bezw. die Unwesenheit desselben bei Verkündigung des Urtheils zu erwähnen sei. T.-G. I. Nr. 33, 44. II. Nr. 22. VI. Nr. 164. (cf. Nr. 181.) VII. Nr. 128, B. V. S. 140. Nr. 218, S. 143. Nr. 219.

— — Inhalt der Behändigungsurkunde. (§. 130 der b. P.-D.) B. III. S. 148. Nr. 104.

**Behörden;** öffentliche. Editions- resp. Zeugnißpflicht derselben. (§§. 311, 319, 251 der b. P.-D.) T.-G. V. Nr. 121. (cf. Nr. 120). VI. Nr. 178.

**Beischlaf** s. Ehescheidung.

**Beispruchsrecht** ist bei Meiergütern und bei einem Mengekaufe zulässig. — Vizinität ist durch einen öffentlichen Weg nicht unbedingt ausgeschlossen. T.-G. VI. Nr. 130.

— — im Lande Hadeln. Vorgängige Teilbietung der zu veräußernden Immobilien. T.-G. VI. Nr. 133.

— — s. Retractrecht.

**Belagerungszustand** s. Kriegszustand.

**Belehnung** s. Lehn.

**Beleidigung** der Häupter fremder Staaten. (Art. 128 und 130 des Cr.-G.-B. von 1840.) (Kerckhoff) N. M. VII. S. 50.

— — Beleidigende Absicht; (§. 185 des Deutsch. Str.-G.-B.) B. V. S. 303.

— — Außerungen zur Wahrung berechtigter Interessen; Erklärungen eines gerichtlichen Zeugen. (§. 193 des Deutsch. Str.-G.-B.) B. V. S. 301, 303.

— — s. Amtsehrenbeleidigung.

**Bemeierung.** Bedeutung derselben. (Lüneburg) T.-G. VII. Nr. 93.

— — s. Meierbrief. Meiergüter. Anerbe. Erbrecht.

**Beneficium cessionis bonorum** s. Güterabtretung.

— — — competentiae s. Rechtswohlthat der Competenz.

— — — excussionis s. Einrede der Vorausklage.

— — — inventarii s. Rechtswohlthat des Inventars.

— — — novorum s. Nova in der Berufungsinstanz.

**Benennung** des Autor bei der Erbrechtsklage. T.-E. V. Nr. 55.

**Bentheim.** Bentheimsches Particularrecht; das hofhörige Recht in der Twente. (Kirchhoff) N. M. VII. S. 355.

— — — Der §. 400 der b. P.-D. und die Verordnung vom 28. August 1856, betreffend die standesherrlichen Verhältnisse des fürstlichen Hauses in der Grafschaft Bentheim. (Francke) B. III. S. 467.

— — — Gültigkeit der Verordnung vom 23. August 1814, betr. die bürgerliche transitorische Gesetzgebung für die Grafschaft Bentheim. T.-E. VII. Nr. 106, 107 sb. I. und II.

**Berechtigungseinrede** in Untersuchungen wegen Forst-, Feld-, Jagd- und Fischereifrevel. (§. 486 der Str.-P.-D. von 1867.) N. M. VIII. S. 333.

**Bergelohn** s. Strandungssachen.

**Berühmung** s. Provocation.

**Berufung.** Über Gemeinschaftlichkeit der Berufung. (§§. 402 bis 404, 426 der b. P.-D.) (Leonhardt) N. M. VIII. S. 121.

— — — Über die Concentration der Berufungen. (Leonhardt) N. M. VIII. S. 245.

— — — Der Einfluß der Vorschrift des §. 426 der b. P.-D., insbesondere gegenüber den Ergebnissen der durch den §. 418 gestatteten Verstärkung der Be- und Gegenbeweisführung. (v. Düring) N. M. VIII. S. 342.

— — — Verhältniß der Berufung zum Einspruch. (§. 166 der b. P.-D.) T.-E. III. Nr. 27. VI. Nr. 171.

— — — Unzulässigkeit der Berufung wegen Befolgung des angefochtenen Urtheils. T.-E. VI. Nr. 188.

— — — wegen Verwerfung einer verzögerten Einrede. (§§. 196, 395 sb. 3 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 24.

— — — Der §. 422 der b. P.-D. und die Gegenad häftion. T.-E. V. Nr. 137.

— — — gegen die Normirung des Manifestationseides. (§. 395 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 186 sb. I. u. II. B. V. S. 146. Nr. 221.

— — — Zulässigkeit der Berufung, wenn ein Editionseid durch Vereinbarung der Parteien normirt ist. (§. 394 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 129.

— — — nach Normirung von Editionseiden. (§§. 394, 395 der b. P.-D.) B. II. S. 72. Nr. 69.

— — — Zeitpunkt für die Verfolgung von Berufungsbeschwerden. B. II. S. 73 Nr. 70.

- Berufung. Über die obligatorische oder facultative Bedeutung des §. 346 der b. P.-D. bei der Erhebung der Berufung. T.-E. I. Nr. 6, 8.
- — im Falle des §. 346 der b. P.-D. bei nur theilweiser endlicher Entscheidung. T.-E. I. Nr. 6, 8, 50. III. Nr. 19, 30, 77. IV. Nr. 90.
- — bei in erster Instanz verfügter Ausscheidung von Streitpunkten. T.-E. I. Nr. 50.
- — Anwendbarkeit des §. 346 der b. P.-D. bei Vorhandensein mehrerer Rechtsgründe eines Anspruchs. T.-E. V. Nr. 127.
- — bei subjectiver Klagenhäufung. (§. 146, Abs. 1 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 187.
- — Verweigerung des Zeugnisses ist im Wege der Berufung gegen den Zeugen anzusechten. (§. 260 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 113.
- — gegen das Urtheil, welches ein durch die Leistung eines Eides bedingtes Erkenntniß purificirt. (§. 301 i. f. der b. P.-D.) T.-E. IV. Nr. 83.
- — im Gegenvorstellungsvorfahren gegen den Kostenfestsetzungsbeschluß. (§. 53 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 161 sb. I.—III.
- — Suspensiveffekt der Berufung gegen im Executivprozeß ergangene Urtheile. (§§. 485, 408, 409 der b. P.-D.) B. I. S. 155. Nr. 35.
- — Über die Zulässigkeit der Berufung gegen den Zuschlagsbeschluß. (Adickes) B. III. S. 441. (cf. B. I. S. 257.)
- — im Falle des §. 430 der b. P.-D. (Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden.) T.-E. III. Nr. 66.
- — wider beweisauflegende Entscheidungen im Concursverfahren. (§§. 632 ff., 641, 642 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 29.
- — wider ein auf die Ausführung einer besseren Priorität erlassenes Urtheil stets als sofortige zulässig. T.-E. II. Nr. 30.
- — gegen den Concurscurator oder Prioritätsklage gegen den bevorzugten Gläubiger? B. V. S. 152. Nr. 226.
- — Unzulässigkeit der Berufung im Sinne des transitorischen Gesetzes für den Fall, daß im alten Prozeßverfahren nach Maßgabe der Preuß. Allg. Gerichtsord. ein defirirter Eid normirt ist. (§§. 5—8 des transitorischen Gesetzes vom 4. Mai 1852.) T.-E. III. Nr. 17.
- — Anwendbarkeit der Berufung im Sinne des transitorischen Gesetzes vom 4. Mai 1852, §. 6. Nr. 2. T.-E. III. Nr. 75.
- — in Strafsachen. Die Anmeldung der Berufung ist nichtig, wenn sie zum Protocolle desselben Amtsrichters

als Polizeirichter erfolgt, der in der Sache als Polizeianwalt fungirt hat. (§. 374 der Str.-P.-D. von 1867.) N. M. IX. S. 265.

**Berufung;** zum §. 370 der Str. P.-D. von 1867. Berufung gegen Strafurtheile. 3. IV. S. 97.

— — f. Sofortige Berufung. Vorbehaltene Berufung. Abschließung.

**Berufungsanträge.** Inhalt derselben. (§. 405 der b. P.-D.) N. M. VIII. S. 88.

— — Nothwendigkeit des Angebots der Beweise für nova. (§§. 405 sb. 3 u. 418 der b. P.-D.). T.-E. I. Nr. 22. III. Nr. 36. V. Nr. 134. VI. Nr. 189, 190. VII. Nr. 136. sb. 1—v.

— — Veränderung derselben. in der mündlichen Verhandlung. T.-E. III. Nr. 33—36. V. Nr. 134. VI. Nr. 184, 190.

— — Veränderungen der schriftlichen Berufungsanträge nach Erlaß der Präsidialverfügung sind unstatthaft. T.-E. VI. Nr. 183.

— — Behändigung derselben — an den Anwalt oder die Partei. (§. 406 der b. P.-D.). T.-E. I. Nr. 5, 7. III. Nr. 25.

— an Streitgenossen. (§§. 406, 121, 33 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 11. II. Nr. 35. (cf. Nr. 16.) III. Nr. 88.

(cf. V. Nr. 107.) — bei dem Vorhandensein eines Geschlechtscurators. (§§. 121, 406 der b. P.-D.). T.-E. II. Nr. 54. VI. Nr. 197. — an einen von mehreren Vormündern des Beklagten. T.-E. IV. Nr. 77. — an den Bürgermeister, wenn ein Syndikus der Stadt angestellt ist. T.-E. V. Nr. 109. — an einen Ausländer (§. 124 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 197. — an außerhalb der Provinz Hannover wohnende, preußische Staatsangehörige.

3. I. S. 153, Nr. 33. III. S. 146. Nr. 103, S. 148. Nr. 104.

**Berufungsbeschwerden.** Mit der Berufung gegen eine, ein Nebenverfahren bezielende, der sofortigen Berufung ausnahmsweise unterliegende, richterliche Verfügung sind vorbehaltene Beschwerden gegen eine das Hauptverfahren bezielende richterliche Verfügung nicht zu verfolgen. N. M. VIII. S. 249.

— — Änderung der Reihenfolge der Berufungsbeschwerden ist zulässig. T.-E. II. Nr. 19.

— — Aufstellung neuer Berufungsbeschwerden in der mündlichen Verhandlung. T.-E. VI. Nr. 184. III. Nr. 35.

**Berufungsfrist.** Beginn derselben. (§. 140, 141 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 30, 33, 44. III. Nr. 82. IV. Nr. 78. VI. Nr. 181. 3. V. S. 140. Nr. 218, S. 243. Nr. 219.

— — Einfluß des Ablaufs der Berufungsfrist auf das Vorbringen neuer Thatsachen und Beweise. T.-E. III. Nr.

33—36, 72. V. Nr. 134. VI. Nr. 184, 189, 190.  
VII. Nr. 136 sb. 1—v.

**Berufungsfrist**; zu den §§. 148 u. 401 der b. P.-D. Lauf der Berufungsfrist. T.-E. II. Nr. 22. VII. Nr. 128. 3. V. S. 143. Nr. 219.

— — Anwendbarkeit des §. 148 der b. P.-D. auf die Berufungsfrist. T.-E. III. Nr. 77.

— — zu den §§. 121 und 401 der b. P.-D.; die Berufungsfrist läuft jedem Streitgenossen von der ihm geschehenen Behandlung der sententia a qua. T.-E. III. Nr. 52.

— — Hemmt der Tod der Gegenpartei den Lauf der Berufungsfrist? (§§. 168 ff. der b. P.-D.). T.-E. VI. Nr. 165.

— — Beginn derselben bei Urtheilen über verzöggerliche Einreden. (§§. 197, 140, 141 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 56.

— — bei Verfügungen, gegen welche auf Antrag die sofortige Berufung gestattet wurde. (§§. 397 u. 401 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 57.

— — in der Executionsinstanz. (§§. 580 u. 549 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 193.

— — bei Prioritätsstreitigkeiten. (§. 641 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 208.

— — in Strafsachen. Ueber den Lauf der Berufungsfrist gegen ein in Abwesenheit des Angeklagten eröffnetes Urtheil. 3. IV. S. 306.

**Berufungsgericht**. Ueber Beschränkungen der richterlichen Cognition im Berufungsverfahren. (Leonhardt) N. M. VIII. S. 109.

— — In wie weit hat der Berufungsrichter eine neue Beweisinstanz zu eröffnen? (Leonhardt) N. M. VIII. S. 237.

— — Innere Competenz des Berufungsgerichts. (§. 423 der b. P.-D.) T.-E. III. Nr. 86.

— — zu den §§. 422—425; Devolutive Kraft der Berufung. T.-E. VI. Nr. 194.

— — Die Entscheidung des Richters der I. Instanz über die Notorietät bindet den Berufungsrichter nicht. T.-E. V. Nr. 100.

— — in Strafsachen. Unter welchen Voraussetzungen kann die Staatsanwaltschaft verlangen, daß von dem Berufungsgerichte die That des Angeklagten aus einem anderen Gesichtspunkte, als dem in der Anklage geltend gemachten beurtheilt und entschieden werde? (§. 4 der Str.-P.-D. von 1867. (Twele.) 3. I. S. 189.

— — Wiederaufnahme des Beweisverfahrens in der Berufungsinstanz. (§§. 380, 382 der Str.-P.-D. von 1867.) N. M. VIII. S. 323.

**Berufungsinstanz**. Honorar für den Sachführer in der Berufungsinstanz. T.-E. III. Nr. 70. IV. Nr. 76. VI. Nr. 213.

Berufungsinstanz. Klagenverbesserung in derselben. (§§. 417, 418 der b. P.-D.) T.-E. IV. Nr. 36. VI. Nr. 192. N. M. VII. S. 249.

— Restitutionsgesuch wegen Verspätung der Klage ist in der Berufungsinstanz zulässig. (§. 418 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 93.

— — — Verfahren auf Ausbleiben nach vervollständigung der Beweise in der Berufungsinstanz. (§§. 239, 428 der b. P.-D.) T.-E. IV. Nr. 87.

— — — Einspruch in der Berufungsinstanz. (§§. 412, 418 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 23. II. Nr. 2.

— — — s. Berufungsgericht. Nova.

Beschlagnahme des Vermögens abwesender Deserteure durch die Heimathsgerichte. Min.-Rescr. vom 30. October 1869. B. I. S. 443.

— — — s. Zwangsvollstreckung.

Beschluß. Kann nach Eröffnung des Hauptverfahrens die Beendigung des Verfahrens auch durch Beschluss geschehen? (§§. 20, 259 der Str.-P.-D. von 1867.) B. V. S. 269.

Beschwerde wider daß Gericht; zum §. 453 der b. P.-D. (Dandert) B. II. S. 442.

— — — wegen verweigerter Actenrequisition; zu den §§. 453 sb. 2 u. 326 der b. P.-D. T.-E. VI. Nr. 180.

Besitz des Beklagten bei der hereditatis petitio. B. II. S. 32. Nr. 51. — Beweis. B. I. S. 100. Nr. 11.

— — — Besitzergreifung für eine liegende Erbschaft. B. III. S. 56. Nr. 76.

— — — Bedeutung des „dolo desiit possidere.“ T.-E. V. Nr. 18. B. III. S. 54. Nr. 74.

Besitzprozeß. Rechtliche Erfordernisse der Besitzklagen. T.-E. VI. Nr. 20.

— — — Interdictum uti possidetis. — Voraussetzungen und Einreden wider dasselbe. T.-E. II. Nr. 55. VII. Nr. 18. — Einrede der Retention. T.-E. III. Nr. 58.

— — — Verbindung der Klagen auf Schutz und Wiedererlangung des Besitzes. T.-E. V. Nr. 96.

— — — Cumulation des interdictum quod vi aut clam mit der Besitzklage. T.-E. VI. Nr. 21, 200.

— — — Rechtsmittel zum Schutze des Besitzes einer Weidegerechtigkeit. T.-E. IV. Nr. 11 — exclusiver Gewerberechte. T.-E. VII. Nr. 18.

— — — Besitzklagen wegen Kirchenstühle. — Zulässigkeit nach der Lüneburgischen Kirchenordnung. T.-E. VI. Nr. 21.

— — — Besitzklagen bei deutschen Realrechten. T.-E. V. Nr. 96.

— — — Wirkung der Rechtskraft im Besitzprozeß. T.-E. IV. Nr. 11.

**Besitztitelberichtigung.** Ist das nach Preuß. Landrechte angeordnete gerichtliche Verfahren zur Berichtigung des Besitztitels gegen den früheren Besitzer, der die Eintragung versäumte oder gegen den jetzigen Besitzer des fraglichen Grundstücks zu richten? *Z. IV. S. 455.*

**Besoldung** s. Gehalt.

**Bestätigung** s. Contracte. Höfecontracte. Gutsherr. Veräußerung. **Betrug.** Ist durch das heimliche Verlassen eines Wirthshauses, ohne die daselbst contrahirte Verbindlichkeit erfüllt zu haben, das Verbrechen des Betruges indicirt? (*Wedemeyer*) *N. M. VII. S. 403.*

**Bevollmächtigung** im Proesse. Umfang der Verpflichtung des Auftraggebers zur Schadloshaltung des Bevollmächtigten. *Z.-E. IV. Nr. 76.*

- — Verhältniß einer Partei, welche bestreitet, Vollmacht ertheilt zu haben, zu der Gegenpartei und zu dem eigenen Anwalte. (§§. 79, 80 der b. P.-D.) *Z. II. S. 65. Nr. 65.*
- — Mangel der Bevollmächtigung als Nichtigkeitsgrund nach §. 431, sb. 3 der b. P.-D. *Z.-E. III. Nr. 89.*
- — (§. 78 der b. P.-D.) Schadensersatzanspruch der Gegenpartei gegen den unlegitimirt auftretenden Bevollmächtigten. — Art der Gestendmachung. *N. M. VIII. S. 315.*
- — Procesführung eines angeblichen Vormundes. *Z.-E. V. Nr. 40.*
- — Anfechtung der von dem Bevollmächtigten für die Partei ausgesprochenen Geständnisse. *Z.-E. VI. Nr. 215.*

**Bevormundete** s. Pupillen.

**Bewässerung** s. Entwässerung.

**Beweis** der Einrede mehrerer Miterben. *Z.-E. VII. Nr. 73.*  
— — der mangelnden Dispositionsfähigkeit. *Z.-E. VII. Nr. 6.*  
— — der Kündigung bei einem Darlehen mit der Klausel: „jederzeit auf Verlangen zurückzahlbar.“ *Z.-E. VI. Nr. 41.*  
— — des einem allgemeinen Gesetze derogirenden Gewohnheitsrechtes. *Z.-E. III. Nr. 16.*  
— — zum ewigen Gedächtnisse. (§. 244 der b. P.-D.) Begründung des Antrags auf Aufnahme des Beweises. *Z.-E. I. Nr. 27. V. Nr. 112.*  
— — s. Eid.

**Beweisantretung.** Erfordernisse der Beweisantretung durch Zeugen. (§. 255 der b. P.-D.) *Z.-E. VII. Nr. 131.*

— — Frist zum nachträglichen Vorbringen von Beweismitteln. (§§. 242, 447 der b. P.-D.) *Z.-E. III. Nr. 51.*  
— — zum §. 242 sb. 1 der b. P.-D.; Nachträgliches Vorbringen von Beweismitteln. *Z.-E. IV. Nr. 79. V. Nro. 111.*

**Beweisinterlocut.** Ist es nothwendig oder auch nur zulässig, daß der Richter schon in dem Beweisinterlocute über die Proces-

kosten bedingt entscheide? (§§. 219, Satz 2 der b. P.-D.)  
(Twele) N. M. IX. S. 82.

— — f. Prioritätsstreitigkeiten. Beweissatz.

Beweislast bei der Nichtigkeitsbeschwerde nach §. 431, sb. 3 der  
b. P.-D. T.-E. III. Nr. 89.

— — bei der Behauptung eines Gewohnheitsrechtes. T.-E. IV.  
Nr. 3.

— — bei der act. negot. gestor. contr. hinsichtlich des animus  
repetendi. T.-E. IV. Nr. 26.

— — bei Impensenforderungen. T.-E. IV. Nr. 71.

— — hinsichtlich der bona, bezw. mala fides bei der Erstzung.  
T.-E. V. Nr. 15. (cf. VII. Nr. 15. N. M. VII. S. 35.)

— — beim Kauf nach Probe hinsichtlich der Probemäßigkeit.  
T.-E. V. Nr. 34.

— — hinsichtlich des Vorhandenseins contractlich versprochener  
Eigenschaften einer verkauften Sache. T.-E. VI. Nr. 53.

— — bei Erbschaftsklagen. T.-E. VII. Nr. 74.

— — bei der Entschädigungsklage des Pupillen gegen den Vor-  
mund wegen culposer Schadenszufügung. T.-E. VII. Nr. 50.

— — bei der Fälligkeit; cf. §. 528 sb. 2 der b. P.-D. B. III.  
S. 157. Nr. 109.

— — in Betreff der Freiheit oder Eigenbehörigkeit der Bauer-  
höfe. (Lingen) T.-E. IV. Nr. 54.

— — wegen Erbauung der auf einem Meierhofe befindlichen Ge-  
bäude. T.-E. V. Nr. 66.

— — f. Schuldbekenntniß.

Beweismittel. Zulässigkeit derselben nach Ablauf der Einspruchsf-  
rist. (§§. 160. sb. 2, 163, 93 der b. P.-D.) T.-E. II.  
Nr. 26. 37. VII. Nr. 129.

Beweisregeln. Zum §. 7 der Str.-P.-D. von 1867. N. M.  
VIII. S. 292. — zu den §§. 8, 486. N. M. VIII.  
S. 333.

Beweissatz. Ueber die Fassung des Beweisinterlocuts bei Klagen  
auf den bedungenen, resp. angemessenen Preis. (Westrum)  
B. III. S. 451. (Meyer) B. V. S. 266.

Beweisverfahren nach erhobener Gegenvorstellung gegen das  
Kostenfestsetzung-Urtheil; zu den §§. 50 und 53 der b.  
P.-D. T.-E. IV. Nr. 76.

— — Zeugnispflicht der Staatsangehörigen und Beweiser-  
hebungspflicht der Richter vor Einleitung des förmlichen  
Verfahrens in Civil- und Strafsachen nach Hannov. Rechte.  
(Francke) B. III. S. 458.

— — In wie weit hat der Berufungsrichter eine neue Beweis-  
instanz zu eröffnen? (Leonhardt) VIII. S. 237.

— — in Strafsachen. Wiederaufnahme des Beweisverfahrens  
in der Berufungsinstanz. (§§. 380, 382 der Str.-P.-D.  
von 1867.) N. M. VIII. S. 323.

- Beweisverfahren** in Privatklagesachen. Bedeutung der Vorschrift des §. 500, Abs. 2 der Str.-P.-O. von 1867. B. V. S. 303.
- Beweisverstärkung** s. Nova in der Berufungsinstanz.
- Bezogener** s. Wechsel. Wechselordnung.
- Bierbrauerei.** Rechte in Bezug auf Bierbrauen erstrecken sich auch auf Lagerbier. T.-E. VII. Nr. 116.
- Blanquet** s. Urkunde.
- Böser Glaube.** Substantiirung des Einwandes der mal. fid. bei der Verjährung. T.-E. VI. Nr. 118.
- — Einwand der mal. fid. bei der Servituten-Erfüllung. B. III. S. 56. Nr. 75.
- Bona adventitia** s. Adventitiengüter.
- Bona fides** s. Guter Glaube.
- Bonorum possessio** ex Carboniano edicto eines durch nachfolgende Ehe Legitimirten. — Voraussetzungen der Ertheilung. N. M. IX. S. 55.
- — possessio s. Erbschaftserwerb.
- Brautschatz.** Berechtigung zur Rückforderung der dos profectitia nach gemeinem Rechte. B. I. S. 144. Nr. 29.
- — Rückforderung der dos während bestehender Ehe. T.-E. IV. Nr. 27.
- — Ist die Forderung von Verzugszinsen begründet, wenn während bestehender Ehe die Restitution der dos verlangt werden kann, und solche verzögert wird? B. III. S. 59. Nr. 77.
- — Klagen der Erben der Frau gegen den Ehemann auf Herausgabe der dos oder der parapherna. T.-E. I. Nr. 58.
- — Häufung der Ansprüche auf Scheidung, Kindererziehung, restitutio dotis. (Gesetz vom 1. März 1869.) B. IV. S. 262. Nr. 154, S. 266. Nr. 155, sb. 3.
- — Verjährung der Klage aus einem Dotalversprechen des Vaters. T.-E. VII. Nr. 12.
- — Rechte der Ehefrau im Concurre des Ehemannes wegen ihrer dos nach Goslarischen Stadtrecht. B. I. S. 145. Nr. 30.
- — Zum §. 30 der Osnabrückischen Concursordnung vom 20. November 1777; Dotalqualität. T.-E. VII. Nr. 69.
- — Der in die Meierstelle inferierte Brautschatz bleibt nicht unbedingt im Hause. (Bremen=Verden.) T.-E. VI. Nr. 100. (Lüneburg) B. III. S. 110. Nr. 99 b.
- — Restitution des Brauschatzes der Meierfrau. (Galenberg) B. I. S. 144. Nr. 29. (Hoya) B. II. S. 371.
- — Was von der Frau eines Hofbesitzers inferirt ist, kann nicht zurückgesfordert werden. (Hildesheim) B. III. S. 109. Nr. 99 a.

- Brautschatz. Rückforderung der Illaten der Frau bei ursprünglich freien Bauerhöfen. (Bremen) §. V. S. 125. Nr. 207, sb. 1.  
— — Rückforderung der Illaten der Frau ist ausgeschlossen, wenn ein Altentheil versprochen ist. §. V. S. 125. Nr. 207, sb. 2.  
— — Vorzug des Dotalpfandrechtes vor dem Pfandrechte ex versione in rem. T.-E. II. Nr. 31.  
— — Voraussetzung und Umfang der privilegia dotis für das nicht in Grundstücken bestehende augmentum dotis. T.-E. II. Nr. 32.  
— — Das Privilegium des Brautschatzes steht der jüdischen Ehefrau nicht zu. T.-E. I. Nr. 42 a. VI. Nr. 32.  
— — Den Kindern, welche in dem Concurse ihres Vaters die Proprietät der von ihrer Mutter eingebrachten dos, der diese als geschiedener schuldiger Theil verlustig geworden, geltend machen, steht eine privilegierte, gesetzliche Hypothek nicht zu. T.-E. IV. Nr. 15.  
— — Fortdauer der Dotalprivilegien gegen den Chemann, welcher die dos als Adventitiengut seiner Kinder verwaltet. T.-E. IV. Nr. 37.  
— — Der Chemann ist zur vindication des von ihm selbst wider das gesetzliche Verbot veräußerten Dotalgrundstücks nicht befugt. T.-E. VII. Nr. 20.  
— — Der mit Dotalgrundstücken Benachbarte kann das Retracttrecht ex jure vicinitatis geltend machen. T.-E. I. Nr. 52.
- Bremensche Untergerichtsordnung vom 5. November 1753; zum tit. VII. §. 3. T.-E. VII. Nr. 45. §. IV. S. 238. Nr. 141.

Bremensches Ritterrecht s. Ritterrecht.

Bundesanleihe s. Dienstcaution.

Burzehude s. Stadtrecht.

Bürgergüter. Zu der Verordnung vom 26. Januar 1753 für Nordheim, Göttingen, Hameln, Einbeck, Osterode, die Alliation bürgerlicher Güter und das jus retractus betreffend. T.-E. III. Nr. 39.

— — in der Stadt Celle. Klagbarkeit außergerichtlicher Kaufverträge über dieselben. T.-E. VI. Nr. 135.

— — Anmeldung der Veräußerung von Bürgergütern nach der Verordnung vom 6. October 1712 bei den Amtsgerichten. T.-E. V. Nr. 87.

— — Die Verordnung vom 6. October 1712 über die Anmeldung der Veräußerung von bürgerlichen Grundstücken afficirt nicht die Gültigkeit des obligatorischen Contractes. T.-E. IV. Nr. 19.

— — Auch nach dem Gesetze vom 16. December 1843 gelten für bürgerliche Grundstücke, selbst in den kleineren, mit Juris-

diction nicht versehenen Städten die älteren Verordnungen.  
T.-E. V. Nr. 88.

- Bürgergüter.** Anwendbarkeit städtischer Statuten und bezw. der Verordnungen von 1712 und 1739 auf neuangeschlossene Stadttheile. — Anmeldung der Veräußerung im Sinne der Verordnungen von 1712 und 1739. T.-E. VII. Nr. 118.  
— — in der Grafschaft Hoya; Anwendung des Meierrechtes auf dieselben. B. II. S. 346.  
— — Anticipirte Erbfolge bei solchen. — Actio ad supplendam legitimam nach dem Tode des abtretenden Wirths dagegen zulässig. T.-E. VII. Nr. 112.

**Bürgerliche Proceßordnung vom 8. November 1850.**

- — §§. 2 und 3. Zuständigkeit der Gerichte. T.-E. V. Nr. 104.  
— — §. 10. Gerichtsstand des Vertrages für Ausländer. N. M. IX. S. 73.  
— — §§. 10, 124, 189. N. M. IX. S. 73.  
— — §. 14. (cf. §. 630.) Zulässigkeit der Wiederklage. T.-E. II. Nr. 36. B. II. S. 64. Nr. 64.  
— — §. 19. Prorogation des Gerichtsstandes. T.-E. III. Nr. 71. V. Nr. 105. VI. Nr. 216.  
— — §. 29. Gewährung der Rechtshilfe. — Prüfung der Zuständigkeit des ausländischen Richters durch den inländischen. T.-E. III. Nr. 71.  
— — §. 32. Proceßführung eines Minderjährigen. T.-E. III. Nr. 2. VII. Nr. 8. — von Realgemeinden III. Nr. 76.  
— — des auf seinen Antrag unter Curatel Gestellten. IV. Nr. 27. — der Ehefrau bei allgemeiner Gütergemeinschaft. IV. Nr. 39. — einer Handlungsfirma. VI. Nr. 65. — durch die Amtsvertretung. VII. Nr. 122. — Syndicatsaufnahme bei Realgemeinden. II. Nr. 19. VI. Nr. 157.  
— — §. 33. Gemeinschaftlicher Vertreter der Streitgenossen. T.-E. II. Nr. 16. (cf. I. Nr. 11.) — Bestellung desselben. V. Nr. 107.  
— — §§. 33—36. Streitgenossenschaft und Intervention. T.-E. VI. Nr. 194.  
— — §§. 33 und 34. Streitgenossenschaft. T.-E. VI. Nr. 159. (cf. 163.)  
— — §. 34. Subjective Klagenhäufung. T.-E. IV. Nr. 74.  
— — §§. 35—39. Principalintervention. Präjudicialfrage für die Hauptfache. T.-E. III. Nr. 20.  
— — §. 36. Nebenintervention. Einlegung von Rechtsmitteln. T.-E. VII. Nr. 123.  
— — §§. 41 und 36. Folgen der Nichtberücksichtigung der Streitverkündigung für den Litisdenuncianten. T.-E. II. Nr. 15.

- Bürgerliche Proceßordnung. §. 43. Zulässigkeit des Calumnieneides. T.-G. VII. Nr. 78.
- — §. 44. Vorschuß der Kosten im Thescheidungsprocesse. 3. IV. S. 269. Nr. 157.
- — §§. 45, 46, 47. Entscheidung über die Proceßkosten. N. M. VIII. S. 66.
- — §. 46. Kosten der Rechtsmittelsinstanzen. T.-G. V. Nr. 108.
- — §. 47, Abs. 1. Theilung der Kosten nach Quoten. T.-G. VII. Nr. 124.
- — §. 47 sb. 1b. Kostenvergleichung in Processen des Concurscurators. T.-G. VII. Nr. 125, 143.
- — §. 49. Umfang der Verpflichtung zur Kostenerstattung. T.-G. III. Nr. 70. IV. Nr. 76. VI. Nr. 213.
- — §§. 50 und 53. Beweisverfahren nach erhobener Gegenvorstellung gegen das Kostensetzungsurtheil. T.-G. IV. Nr. 76.
- — §. 53. Compensation und Berufung im Gegenvorstellungsvorfahren. T.-G. VI. Nr. 161.
- — §. 53, Abs. 3. Rechtsmittel gegen die Festsetzung von Proceßkosten. 3. I. S. 152. Nr. 32.
- — §. 54. Sicherstellung wegen der Proceßkosten. T.-G. VI. Nr. 161. — Ausländerqualität. VII. Nr. 25.
- — §. 64. Kosteneinziehung von dem Gegner der armen Partei. N. M. IX. S. 274. T.-G. III. Nr. 21.
- — §. 67. (§. 103.) Advocaten als Vertreter der Parteien im obergerichtlichen Verfahren. T.-G. III. Nr. 65.
- — §. 73. cf. §. 168.
- — §. 78. Geltendmachung des Schadensersatzes gegen den unlegitimirt auftretenden Bevollmächtigten. N. M. VIII. S. 315.
- — §§. 79, 80, 415. Verhältniß der Partei, welche bestreitet, Vollmacht ertheilt zu haben, zu der Gegenpartei und dem eigenen Anwalte. 3. II. S. 65 Nr. 65.
- — §. 80. Anfechtung der von dem Bevollmächtigten für die Partei abgelegten Geständnisse. T.-G. VI. Nr. 215.
- — §. 92. Bedeutung der vorbereitenden Schriftsätze. T.-G. VII. Nr. 11, 127.
- — §. 94. Unterschrift des Anwalts unter den Parteianträgen. T.-G. I. Nr. 4. II. Nr. 1. III. Nr. 28.
- — §. 121. Behändigung an einen Geschlechtscurator. T.-G. II. Nr. 54. VI. Nr. 197. — an den Bürgermeister einer Stadt, bei welcher ein Syndicus angestellt ist. T.-G. V. Nr. 109.
- — §. 122. Behändigung im Falle der Abwesenheit der Partei, welcher zu behändigen ist. 3. IV. S. 312.

- Bürgerliche Prozeßordnung. §. 124. Behändigung an die Staatsanwaltschaft. §. II. §. 5. Nr. 40.
- — §§. 124 und 189 sb. 2. Berechnung der Frist bei der Behändigung für den ausländischen Beklagten an die Staatsanwaltschaft. N. M. IX. §. 77.
- — §. 125. Behändigung durch öffentliche Blätter, wenn die ausländischen Behörden Rechtshilfe verweigern. T.-E. I. Nr. 12.
- — §. 130. Inhalt der Behändigungsurkunde. §. III. §. 148. Nr. 104.
- — §. 140. Besondere Vorschriften über die Zustellung richterlicher Verfügungen. N. M. IX. §. 131. — Zustellung einer einfachen Abschrift des Urtheils genügt. T.-E. I. Nr. 30. — Behändigung an den Bevollmächtigten eines Abwesenden. T.-E. VI. Nr. 162. — Persönliche Behändigung eines in die Kosten condemnirenden Urtheils ist unnöthig. T.-E. II. Nr. 27.
- — §§. 140. Abs. 2, 33 und 121. Behändigung an Streitgenossen ohne gemeinschaftlichen Prozeßvertreter. T.-E. VI. Nr. 163.
- — §. 140, Abs. 3. Nichterwähnung der vorausgegangenen Behändigung an den Anwalt, bezw. der Gegenwart desselben bei Verkündigung des Urtheils. T.-E. I. Nr. 33, 44. II. Nr. 22. VI. Nr. 164, 181. VII. 128. §. V. §. 140. Nr. 218, §. 143. Nr. 219.
- — §. 141, Abs. 2. Verzicht auf die persönliche Behändigung. T.-E. III. Nr. 82. IV. Nr. 78. §. II. §. 66. Nr. 66 sb. I.—III.
- — §. 148. Anwendbarkeit des §. 148 auf die Berufungsfrist. T.-E. III. Nr. 77.
- — §§. 148, 140, 401, 529. Folgen der durch den Anwalt geschehenen Behändigung eines Urtheils für die eigene Partei. T.-E. II. Nr. 22.
- — §. 153. Richterliche Erstreckung der Prozeßfristen. T.-E. VII. Nr. 129.
- — §§. 155, 157, 160 sb. 239. Ungehorsamsurteil und Einspruch. T.-E. II. Nr. 37.
- — §§. 160 sb. 2, 163, 93. Zulässigkeit von Beweismitteln nach Ablauf der Einspruchsfrist. T.-E. II. Nr. 26, 37. VII. Nr. 129.
- — §§. 163, 428. Folgen des Einspruchs hinsichtlich der verhandelten Anschließungsbeschwerden. T.-E. II. Nr. 2. (cf. I. Nr. 23.)
- — §. 166. Verhältniß des Einspruchs zur Berufung. T.-E. III. Nr. 27. VI. Nr. 171.
- — §. 168. Aussetzung des Verfahrens durch Verhängung

- der Concurscurat. 3. III. §. 158. Nr. 110. — Veränderung der proceßführenden Person beim Uebergange des flagbar gemachten Rechts. T.-E. VI. Nr. 166. — Einfluß des Todes der Gegenpartei auf den Lauf der Berufungsfrist. T.-E. VI. Nr. 165.
- Bürgerliche Proceßordnung. §. 169. Aussetzung des Verfahrens durch den Tod der Partei. T.-E. VI. Nr. 162 3. II. §. 69. Nr. 67.
- — §. 171 sb. 2. Wiederaufnahme des Verfahrens. T.-E. VI. Nr. 162.
- — §. 174. Abstand vom Proceß bei eventueller Verhandlung zur Hauptache. T.-E. VI. Nr. 194.
- — §. 184. Klaganträge. — Namhaftmachung eines bestimmten Klaggeredes. T.-E. IV. Nr. 44. — Legitimation zur Sache. T.-E. III. Nr. 81.
- — §. 186. Klagenhäufung. (Besitzklage mit dem interdictum quod vi aut clam.) T.-E. VI. Nr. 200. (cf. Nr. 21.)
- — §§. 189, 369. Frist zwischen der Behandlung und dem Verhandlungstermine. 3. I. §. 412.
- — §. 190. Einrede der Litigiospendenz. T.-E. II. Nr. 13. III. Nr. 23, 53, 79.
- — §. 190 letzter Abs. Unterbrechung der Klagenverjährung. T.-E. V. Nr. 110. — Klagenconsumtion. T.-E. VI. Nr. 16. — Berücksichtigung von während des Processe eingetretenen Thatsachen. T.-E. VI. Nr. 167.
- — §§. 190, 629. Einrede der Litigiospendenz, aus der Anmeldung im Concuse hergeleitet. T.-E. IV. Nr. 75.
- — §. 191. Berechnung der Frist für die Behandlung der Gegenanträge. T.-E. VI. Nr. 168.
- — §. 196. Verzögerliche Einreden. — exceptio rei judicatae. T.-E. I. Nr. 1. — Einrede der Vorausklage. Nr. 24. — der Verspätung II. Nr. 28.
- — der Verjährung und der Dunkelheit. Nr. 49.
- — der Präclusion III. Nr. 71. — der fehlenden Legitimation zur Sache. Nr. 81. IV. Nr. 8. — Einrede der Unzuständigkeit. V. Nr. 104. VII. Nr. 117.
- — §§. 197, 140, 141. Beginn der Berufungsfrist bei Urtheilen über verzögerliche Einreden. T.-E. I. Nr. 56.
- — §. 203. Klagenänderung. T.-E. VI. Nr. 169, 170. VII. Nr. 130. — Klagenverbesserung. T.-E. IV. Nr. 36. V. Nr. 106.
- — §. 218. Beweisinterlocut im Prioritätsproceß. T.-E. I. Nr. 29. II. Nr. 30.
- — §. 219, Abs. 2. Bedingte Entscheidung über die Proceßkosten schon im Beweisinterlocute. (Twele) Nr. M. IX. §. 82.
- — §§. 239, 241. Aussbleiben der beweispflichtigen Partei im Beweisantretungstermine. T.-E. VI. Nr. 171.

- Bürgerliche Proceßordnung. §§. 239 bis 241. Zulässigkeit neuer Beweismittel, wenn ein Ungehorsamsurtheil in der Mitte liegt. T.-E. II. Nr. 58.
- — §§. 239 sb. 3, 428. Verfahren auf Aussbleiben nach Vervollständigung der Beweise in der Berufungsinstanz. T.-E. VI. Nr. 87.
- — §. 241. cf. §. 313.
- — §. 242 sb. 1. Nachträgliches Vorbringen von Beweismitteln. T.-E. IV. Nr. 79. V. Nr. 111.
- — §§. 242, 447. Frist für nachträgliches Vorbringen von Beweismitteln. T.-E. III. Nr. 51.
- — §. 244. Beweis zum ewigen Gedächtnisse. — Bescheinigung. T.-E. I. Nr. 27. V. Nr. 112.
- — §. 250. Sicherung gefährdeten Beweismittel ohne Mitwirkung des Proceßgegners. B. III. S. 458.
- — 251 sb. 2. Zeugnißverweigerung seitens eines Anwalts. T.-E. V. Nr. 113.
- — §§. 251 sb. 3, 260, Abs. 1. Verweigerung des Zeugnisses. B. II. S. 429.
- — §. 253 sb. 3. Realgemeindemitglieder als Zeugen im Processe der Gemeinde. T.-E. V. Nr. 114, 115. — Schulinteressenten in ProcesSEN über auf dem Verbande ruhende Schullasten. VI. Nr. 172. — Kinder des Curators im Processe des Curators gegen einen Schuldner der Masse. I. Nr. 25.
- — §. 253 sb. 4. Sachführer als Zeugen. T.-E. III. Nr. 87.
- — §. 254 sb. 3. Verwerflichkeit von Zeugen. T.-E. VI. Nr. 196.
- — §. 255. Erfordernisse der Beweisantritung durch Zeugen. T.-E. VII. Nr. 131.
- — §. 256. Anfechtung der die Zulassung von Zeugen enthaltenden Verfüguug. T.-E. V. Nr. 115. VI. Nr. 196.
- — §. 260. (cf. §. 251.) Berufung gegen die Entscheidung über die Weigerung des Zeugnisses. T.-E. V. Nr. 113, 116.
- — §. 273 ff. Beweis durch Sachverständige. B. II. S. 275. B. IV. S. 380.
- — §. 274, Abs. 3. Befähigung der Sachverständigen. T.-E. VI. Nr. 174.
- — §. 278. (cf. §. 292.) Verschiedenheit der Gutachten. T.-E. VI. Nr. 173.
- — §. 279. Wiederholung der Gutachten. T.-E. I. Nr. 62.
- — §§. 282, 292. Eidesdelation über das Vorhandensein eines Gewohnheitsrechts. T.-E. III. Nr. 26, 67, 68. VI. Nr. 176. — über das Eigenthum. V. Nr. 117.
- — §. 283. Eidesleistung einer unter Curatell stehenden Partei. B. V. S. 144. Nr. 220.

- Bürgerliche Proceßordnung. §. 285. Eidesleistung juristischer Personen; des Finanzministeri. T.-E. IV. Nr. 80. — des Kirchenvorstandes V. Nr. 118. — der Gemeinden. VII. Nr. 132.
- — §. 288. Eidesformel für den Geßtonar. T.-E. I. Nr. 56.  
— — für den Concurseurator. VI. Nr. 177.
- — §. 292. (cf. §. 282.) Zulässigkeit der Eideszuschreibung über die Qualität von Wein. T.-E. IV. Nr. 81. — Zum Beweise der Einrede der Simulation gegen den Inhalt einer vollbeweisenden Urkunde. VII. Nr. 133.
- — §. 294. Erklärung über die Norm des eventuell deferirten Eides. T.-E. V. Nr. 119.
- — §. 296. Folgen der Annahme des zugeschobenen Eides. N. V. IX. §. 220.
- — §. 300. Ergänzungseid bei dem Beweise eines Gewohnheitsrechts. T.-E. I. Nr. 60. III. Nr. 67.
- — §. 301, letzter Abs. Berufung gegen die Verfügung, welche das durch die Leistung oder Verweigerung des Eides bedingte Erkenntniß purificirt. T.-E. IV. Nr. 83.
- — §. 311. (§. 251 sb. 2.) Edition von Correspondenzen. T.-E. V. Nr. 120. VI. Nr. 178. VII. Nr. 135.
- — §§. 312, 318, 326. Editionsverfahren und Actenrequisition außerhalb der Beweisinstanz. T.-E. III. Nr. 24.
- — §§. 313, 241. Einspruch gegen Ungehorsamsurtheile im Editionsverfahren. T.-E. V. Nr. 122.
- — §§. 319, 326, 251. Editions- bzw. Zeugnispflicht öffentlicher Behörden. T.-E. V. Nr. 121. VI. 178.
- — §. 326. (cf. §. 453.) Antrag auf Einforderung der zu edirenden Urkunde durch das Gericht. T.-E. V. Nr. 123.
- — §. 329. Beweiskraft der von Dritten ausgestellten Privaturokunden. T.-E. VII. Nr. 134. — Eideszuschreibung über die Aechtheit von Privaturkunden. V. Nr. 124.
- — §§. 329, 338. Unterkreuzte Privaturkunden. — Zulässigkeit im Executivprocesse. T.-E. V. Nr. 125. — Eidliche Ableugnung, wenn der Diffident behauptet, nur ein Blanquet unterschrieben zu haben. S. I. §. 153. Nr. 34.
- — §. 335. Beweismittel für die Aechtheit der zur Vergleichung dienenden Schrift. T.-E. V. Nr. 126.
- — §. 338. cf. §. 329.
- — §. 341. Archivarische Urkunden. T.-E. VI. Nr. 179.
- — §. 342. Einrede des nicht gezahlten Geldes. T.-E. VII. Nr. 48. sb. I-II.
- — §§. 346, 394. Berufung bei theilweiser Entscheidung. T.-E. I. Nr. 6, 8, 50. III. Nr. 19, 30, 77. IV. Nr. 90.  
— bei subjectiver Klagenhäufung. VI. Nr. 187.
- — §. 346, Abs. 2. Anwendbarkeit des §. 346, Abs. 1.

beim Vorhandensein verschiedener Rechtsgründe eines Anspruchs.  
T.-E. V. Nr. 127.

- Bürgerliche Prozeßordnung. §. 347. Verurtheilung zur Schadloshaltung. T.-E. V. Nr. 128. §. III. S. 153. Nr. 105.
- — §. 370, Abs. 2. Einfluß auf den Contumacialantrag. N. M. IX. S. 214.
- — §. 372. Nichterscheinen des einen von mehreren Beklagten. §. II. S. 5. Nr. 40.
- — §§. 372, 373. Thatsächliche Grundlage und rechtliche Natur des Urtheils gegen die entbliebenen Beklagten. N. M. IX. S. 316.
- — §. 373. Einspruch gegen Ungehorsamsurtheile im Executionsverfahren. N. M. VII. S. 463.
- — §. 391. Anspruch auf Schmerzensgeld. T.-E. II. Nr. 20.
- — §. 392. Berufung unzulässig wegen thatfächlicher Anerkennung des angefochtenen Urtheils. T.-E. IV. Nr. 188.
- — §. 394. (cf. §. 346.) Zulässigkeit der Berufung. Bedeutung des entscheidenden Zusammenhangs. N. M. VIII. S. 249, 256. T.-E. III. Nr. 31, 37. — Berufung bei einem durch Vereinbarung der Parteien normirten Editionseide. V. Nr. 129.
- — §§. 394, 395. Vorbehaltene Berufung bei, sofortiger Berufung unterworfenen Zwischenfällen. §. II. S. 70. Nr. 68. — nach Normirung von Editionseiden. S. 72. Nr. 69.
- — §§. 394—399, 416. Zeitpunkt der Verfolgung von Berufungsbeschwerden. §. II. S. 73. Nr. 70.
- — §. 395. Sofortige Berufung. T.-E. III. Nr. 19.
- — §. 395 sb. 2. Berufung gegen Normirung des Manifestationseides. T.-E. VI. Nr. 186. §. V. S. 146. Nr. 221.
- — §. 395 sb. 3. Berufung wegen Verwerfung einer verzögterlichen (§. 196) Einrede. T.-E. I. Nr. 24.
- — §. 397, 401. Berufungsfrist bei ausnahmsweise gestatteter sofortiger Berufung. T.-E. I. Nr. 57.
- — §. 400. Berufungsgericht. — Verhältniß des §. 400 zu der Verordnung vom 28. August 1856, betreffend die standesherrlichen Verhältnisse des fürstlichen Hauses in der Grafschaft Bentheim. §. III. S. 467.
- — §. 401 (cf. §. 148). Lauf der Berufungsfrist. T.-E. II. Nr. 37. — Einfluß der Berufungsfrist auf die Zulässigkeit neuer Beweise. T.-E. III. Nr. 72. V. Nr. 134. (cf. I. Nr. 22.) — neuer Thatsachen. III. Nr. 33—36.
- — §§. 401, 148. Lauf der Berufungsfrist. T.-E. II. Nr. 22. VII. Nr. 128. §. V. S. 143. Nr. 219. — für Streitgenossen. T.-E. III. Nr. 52.

- Bürgerliche Prozeßordnung. §. 401, 397. Berufungsfrist im Falle des §. 397. T.-E. I. Nr. 57.
- — §. 402. Zulässigkeit der Anschließung gegen die vom Berufungskläger nicht angefochtenen Urtheile — Bedeutung eines Dissestionseides für die Unfechtbarkeit der bis dahin gesprochenen Entscheidungen. T.-E. III. Nr. 73. — Angebot von Beweisen in den Anschließungsanträgen. VI. Nr. 190.
- — §§. 402—404. Anschließung an die Berufung. T.-E. V. Nr. 131.
- — §§. 402—404, 426. Über Gemeinschaftlichkeit der Berufung. N. M. VIII. S. 121.
- — §. 403. Zeitpunkt der Geltendmachung der Anschließungsbeschwerden. T.-E. V. Nr. 132. VI. 196.
- — §. 404. Zulässigkeit der Anschließung bei Unzulässigkeit der Berufung. T.-E. V. Nr. 133.
- — §. 405. Inhalt der Berufungsanträge. T.-E. VI. Nr. 195. N. M. VIII. S. 88.
- — Aufstellung neuer Berufungsbeschwerden in der mündlichen Verhandlung. T.-E. VI. Nr. 184. — Eventualität der Berufungsbeschwerden. V. Nr. 130.
- — §§. 405, 184 sb. 4. Abänderung der Berufungsanträge mittels Nachtrags. T.-E. VI. Nr. 183. (cf. Nr. 169.)
- — §§. 405, 412, 418. Veränderung der Berufungsanträge. T.-E. III. Nr. 33—36. VI. Nr. 184. (cf. I. Nr. 22. V. Nr. 134.)
- — §§. 405 sb. 3, 418. Angebot der neuen Beweise. T.-E. I. Nr. 22. III. Nr. 36. V. 134. VI. 189. VII. 136. sb. I—V.
- — §. 406. (cf. §. 121.) Behändigung der Berufungsanträge an die Partei oder den Anwalt. T.-E. I. Nr. 5, 7. III. Nr. 25.
- — §§. 406, 121, 33, 140. Behändigung der Berufungsanträge an Streitgenossen. T.-E. I. Nr. 11. II. Nr. 35. III. Nr. 88. (cf. II. Nr. 16. V. Nr. 107.)
- — §§. 406, 124. Behändigung der Berufungsanträge an außerhalb der Provinz Hannover wohnende Angehörige des Preußischen Staats. 3. I. S. 153. Nr. 33. III. S. 146. Nr. 103, S. 148. Nr. 104.
- — §. 415. cf. §. 79.
- — §§. 417, 418. Neue Forderungen in der Berufungsinstanz. N. M. IX. S. 88. — Wiederklage in der Berufungsinstanz. T.-E. III. Nr. 32. IV. Nr. 82. — Neue Compensationseinreden. T.-E. III. Nr. 32. IV. Nr. 82. VI. Nr. 191. 3. III. S. 153. Nr. 106. — Neue Retentionseinreden. T.-E. VI. Nr. 182. N. M. VII. S. 252. 3. III. S. 156. Nr. 107.

- Bürgerliche Prozeßordnung. §. 418 (cf. §. 426). Neue That-  
sachen und Beweismittel in der Berufungsinstanz. N. M.  
VII. S. 246. — Neue Thatsachen. T.-E. VII. Nr. 137.  
— Neue Sachverständige. I. Nr. 62. Klagenverbesserung  
in der Berufungsinstanz. VI. Nr. 192. N. M. VII. S. 249.  
— Änderung der Reihenfolge der Berufungsbeschwerden.  
T. E. II. Nr. 19. — Restitutionsgesuch wegen Verspätung  
der Klage in der Berufungsinstanz. V. Nr. 93. — Nova  
nach Veränderung des Beweissatzes. II. Nr. 58.  
— — §§. 418, 243, 296. Neue Beweismittel nach einem prin-  
cipaliter zugeschobenen Eide. T.-E. I. Nr. 25.  
— — §. 422. Unwendbarkeit auf die Adhäsion. T.-E. III.  
Nr. 71. — Neue Beweisantritung in der Berufungsinstanz.  
V. Nr. 135, 136.  
— — §. 422 sb. 2 und die Gegenadhäsion. T.-E. V. Nr. 137.  
— — §§. 422 ff. Devolutive Kraft der Berufung. T.-E. III.  
Nr. 86. IV. Nr. 54. VI. Nr. 194.  
— — §. 425. Berufung bezüglich eines Incidentpunktes. T.-E.  
III. Nr. 37.  
— — §. 426. Reformatio in pejus. T.-E. III. Nr. 64. —  
Einfluß der Vorschrift des §. 426, insbesondere gegenüber  
der Verstärkung der Beweis- und Gegenbeweisführung. N. M.  
VIII. S. 342.  
— — §. 428. (cf. §. 239). Einspruch gegen Ungehorsamsur-  
theile in der Berufungsinstanz. T.-E. I. Nr. 23. II. Nr. 2.  
— — §. 430. Die Vorschriften des §. 430 sind weggefallen.  
T.-E. III. Nr. 66.  
— — §. 431 sb. 1, 8, 9. Nichtigkeitsbeschwerde. T.-E. III.  
Nr. 86.  
— — §. 431 sb. 3. Nichtigkeitsbeschwerde wegen Mangels der  
Bevollmächtigung. T.-E. III. Nr. 89.  
— — §. 431 sb. 8, weil über den Antrag der Partei hinaus  
erkannt. T.-E. VI. Nr. 198.  
— — §. 431 sb. 9, wegen Anstoßes gegen eine rechtskräftige  
Entscheidung. T.-E. I. Nr. 15. III. Nr. 29. IV. Nr. 84.  
V. Nr. 119. VI. Nr. 198, 199.  
— — §. 431 sb. 11, wegen nichtgewährter Möglichkeit der Ver-  
theidigung. T.-E. I. Nr. 24. VI. Nr. 198.  
— — §§. 432 sb. 2, 301. Verfolgung von Nichtigkeitsgründen  
mit der Berufung. T.-E. IV. Nr. 83.  
— — §§. 434 sb. 3, 431. Fristenlauf bei der Nichtigkeitsbe-  
schwerde. T.-E. II. Nr. 27.  
— — §§. 434, 435, 148. Lauf der Frist für die Erhebung  
der Nichtigkeitsbeschwerde. T.-E. III. Nr. 28.  
— — §. 438. Adhäsion bei Nichtigkeitsbeschwerden unzulässig.  
T.-E. II. Nr. 34.

- Bürgerliche Proceßordnung. §§. 444 ff. Restitutionsklage. T.-E.  
II. Nr. 33. — gegen den Ausschlußbescheid eines ausländischen Gerichts. III. Nr. 71.  
— — §. 453. Beschwerde wieder das Gericht. 3. II. S. 442.  
— — §. 453 sb. 2, 326. Beschwerde wegen verweigerter Acteneinforderung. T.-E. VI. Nr. 180.  
— — §§. 478 ff. Executivproceß. — Beweis der Kündigung. T.-E. VI. Nr. 41. — Einrede der Rechtskraft eines im Executivproceß ergangenen Urtheils im nachfolgenden, ordentlichen Proceß. 3. V. S. 27. Nr. 171 sb. 2.  
— — §. 484. Verweisung ad separatum. 3. V. S. 147. Nr. 222.  
— — §§. 485, 408, 409. Hemmung der Vollstreckbarkeit durch die Berufung im Executivproceß. 3. I. S. 155. Nr. 35.  
— — §. 486. Ausführung der im Executivproceß zum besonderen Verfahren verwiesenen Einreden. 3. III. S. 156. Nr. 108.  
— — §. 487. Zulässigkeit des Wechselprocesſes. 3. III. S. 398.  
— — §§. 487, 642. Wechselproceß bei Liquidationen im Concurreſe. T.-E. VI. 204.  
— — §§. 490 sb. 3, 575, 292. Eideszuschreibung bei Einreden wider die Zwangsvollstreckung im Wechselproceß. T.-E. VI. Nr. 175.  
— — §. 492. Provocationsproceß. — Verübung eines dinglichen Rechts. T.-E. III. Nr. 45.  
— — §. 497. Provocation bei beabsichtigten Bauten. T.-E. VII. Nr. 137.  
— — §§. 498 ff. Anmeldungen im Edictaltermine. — Substantiirung. T.-E. V. Nr. 138. — Folgen für die bona fides des Provocanten. II. Nr. 48.  
— — §. 500 Abs. 4. Besondere Ladung der bekannten Gläubiger im Edictalverfahren. 3. IV. S. 404.  
— — §. 501 sb. 5. Mortification von Namenobligationen. 3. II. S. 442.  
— — §§. 504 ff. Besitzproceß. T.-E. VI. Nr. 20, 21, 200.  
— — §. 505. Einreden im Besitzproceß. T.-E. II. Nr. 55. III. Nr. 58.  
— — §. 508 sb. 6. Sicherungsarrest gegen einen Ausländer. T.-E. VII. Nr. 138.  
— — §§. 528 ff. Zwangsvollstreckung. 3. II. S. 398. — Actio rei judicatae gegenüber der Zwangsvollstreckung. T.-E. III. Nr. 60. V. Nr. 8.  
— — §. 528 sb. 1. Vollstreckbarkeit der im alten Proceßverfahren geschlossenen Vergleiche. T.-E. VII. Nr. 140.  
— — 528 sb. 2. Vollstreckungsklausel bei öffentlichen Schuldverschreibungen. 3. IV. S. 90. — Beweislast bei der Fälligkeit. III. S. 157. Nr. 109.

- Bürgerliche Prozeßordnung. §§. 529, (140.) Vollstreckbarkeit von Urtheilen im Wechselprozeß. T.-E. VII. Nr. 139.
- — §§. 529, 530. Verweigerung der Vollstreckungsclausel. T.-E. VI. Nr. 201, 202.
- — §. 535. Zahlungsgebot bei Zwangsvollstreckungen im Auslande. T.-E. IV. Nr. 85.
- — §. 539. Stundung nach eingeleiteter Zwangsvollstreckung. B. V. S. 261.
- — §. 549 (cf. §. 580.) Zwangsvollstreckung auf Leistung oder Unterlassung von Handlungen. B. III. S. 455. T.-E. III. 78.
- — §. 554. Pfändung der Früchte auf dem Halse. B. V. S. 248.
- — §§. 555, 556. Beschlagnahme von Forderungen. B. V. S. 149. Nr. 224. — Klage des Gläubigers gegen den Schuldner des zu Equirenden. T.-E. VI. Nr. 203.
- — §§. 561 ff. Anmeldung von Hypotheken im Subhastationsverfahren. T.-E. V. Nr. 140. B. III. S. 430. V. S. 188.
- — §§. 562, 563. Zuschlagserteilung bei Subhastationen. N. M. VII. S. 418. — Dritter Subhastationstermin im Concursverfahren. S. 424. — Rechtsmittel gegen den Zuschlagsbescheid. B. I. S. 257. III. S. 441.
- — §. 564. Adjudication von Grundstücken. T.-E. VI. Nr. 20, 51.
- — §§. 564, 610. Adjudication im Executionsverfahren. — Einfluß der Insolvenzerklärung des Schuldners. N. M. VII. S. 431.
- — §. 575 cf. 490.
- — §. 577. Competenz für Einreden in der Zwangsvollstreckung. — Prozeßgericht. „T.-E. III. Nr. 86, V. Nr. 139. B. II.“ S. 74. Nr. 71.
- — §§. 580, 549. Berufungsfrist in der Executionsinstanz. T.-E. VI. Nr. 193.
- — §. 583. Einwendungen gegen die Zwangsvollstreckung wegen verlegten juristischen Besitzes. T.-E. II. Nr. 56.
- — §§. 585, 586, 595 ff. Befugnisse des besseren Pfandgläubigers bei der Zwangsvollstreckung B. IV. S. 337.
- — §§. 595 ff. Vertheilungsverfahren ohne Concurs. — Stellung der Gläubiger. B. II. S. 203. V. S. 181.
- — §. 599. Kosten des Zwangsvollstreckungs- und Vertheilungsverfahrens. N. M. VII. S. 411.
- — §. 607 sb. 1. Einseitige Zurücknahme der Insolvenzanzeige durch den Schuldner. N. M. VIII. S. 286.
- — §. 609. Gültliche Vereinbarung zur Beseitigung des Concurses. B. I. S. 156. Nr. 36.
- — §. 611. Verlust des Verfügungsberechtes durch den Concurs. T.-E. V. Nr. 49.

- Bürgerliche Proceßordnung. §§ 616 ff. Vollstreckbarkeit von Urtheilen gegen den Concurscurator. §. I. S. 158. Nr. 38.
- — §§. 616, 619, 622, 626. Verhältniß des Curators, der Vindicanten und Separatisten im Concurse. T.-E. I. Nr. 43 a.
- — §. 619. Umfang der Concursmasse. T.-E. VI. Nr. 207.
- — §. 621. Rechnungsablage des Concurscurators. T.-E. VI. Nr. 209.
- — §§. 621, 605, 598. Vindicationsbefugniß des Concurscurators — Retentionsrecht gegenüber demselben — Verhältniß der Faustpfandgläubiger. T.-E. IV. Nr. 88. V. Nr. 143. VI. Nr. 57. §. V. S. 151. Nr. 225.
- — §§. 621, 630, 632, 642. Anfechtung von Veräußerungen des Erbairs durch den Curator, insbesondere mit der act. Pauliana. T.-E. IV. Nr. 89. V. Nr. 144 sb. i. u. II., 145. VI. Nr. 141. §. III. S. 162. Nr. 111.
- — §. 625. Compensationseinrede gegen den Concurscurator. T.-E. V. Nr. 146. VI. Nr. 210, 211. VII. Nr. 142. §. I. S. 161. Nr. 39 sb. v.
- — §. 626. Ladung der Hypothecarier mit drittem persönlichen Schuldner im Concurse des Hypothekeneigenthümers. §. V. S. 188.
- — §§ 626, 627, 629, 609, 614. Anmeldung im Concursedictaltermine. — erzeugt dieselbe eine obligationsmäßige Kündigung? T.-E. VII. Nr. 47. — ist als Klagebehändigung anzusehen. §. V. S. 16. Nr. 165 — Anmeldung von Hypotheken. T.-E. V. Nr. 140. §. I. S. 161. Nr. 39 sb. i.
- — §§. 626, 628, 500. Bedeutung der Edictalladung und des Ausschlußbescheides im Concurse für bekannte Gläubiger. §. I. S. 51. Bräclusion (bekannter Forderungen) im Concurse und im Subhaftationsverfahren. §. I. S. 161. Nr. 39 sb. i—v. §. III. S. 413.
- — §. 629. Nothwendigkeit, Vorzugsrechte schon im Concurs-Anmeldungstermine geltend zu machen. T.-E. I. Nr. 43 a.
- — §§. 630, 616. Erklärung des Curators über die Priorität der angemeldeten Forderungen. T.-E. V. Nr. 141.
- — §§. 630, 642, 643, 14. Zulässigkeit einer Wiederklage im Concurse. T.-E. VI. Nr. 205.
- — §§. 632 ff., 641, 642, (395.) Prioritätsprocesse und Prioritätsurtheil. N. M. IX. S. 350. — Bedeutung des Prioritätsurtheils gegenüber dem Curator. §. I. S. 157. Nr. 37. — Berufung wider beweisauflegende Entscheidungen. T.-E. I. Nr. 29. II. Nr. 30. — Berufung gegen den Curator oder Prioritätsklage gegen den bevorzugten Gläubiger. §. V. S. 152. Nr. 226.
- — §. 633. Kosten des Prioritätsprocesses. T.-E. VII. Nr. 141.

- Bürgerliche Proceßordnung. §. 641. Berufungsfrist im Prioritätsprocesse. T.-E. VI. Nr. 208.  
— — §. 642. Liquidationsklage im Concurse. T.-E. VI. Nr. 204. (B. V. S. 60, Nr. 183 a, S. 61, Nr. 183 b.)  
— — §§. 642—644. Prioritätsverfahren. T.-E. V. Nr. 147.  
— — Stellung des Concursecurators in den Prioritätsprocessen. VI. Nr. 206.  
— — §§. 642, 645 sb. 4. Stellung des Concursecurators gegenüber noch nicht rechtskräftigen Ungehörsamsurtheilen. B. III. S. 158. Nr. 110.  
— — §. 645. Kosten der Liquidationsprocesse im Concurse. T.-E. V. Nr. 142. VI. Nr. 212. VII. Nr. 143.  
— — §. 655. Klage gegen den Gemeinschuldner während des Concurßverfahrens. T.-E. IV. Nr. 75.  
— — §. 655, Abs. 3. Unzulässigkeit der Wechselhaft nach der cessio bonorum. T.-E. V. Nr. 148 sb. I—III.  
— — §. 659, 661. Ehe- und Verlöbnissachen — Verfahren. N. M. IX. S. 37.  
— — §. 678. sb. 5. Kosten der Vindicationsprocesse. B. II. S. 433.  
— — s. Übergangsbestimmungen in das neue Procesßverfahren. Civilproceßordnung.

Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten s. Gebürgrengesetz.

Bürgschaft für eine Wechselschuld. T.-E. VII. Nr. 64.

- — Exceptio cedendarum actionum beim Vorhandensein von Mitbürgen. T.-E. VII. Nr. 49.  
— — Über die Verpflichtung der Frauen aus intercessorischen Wechselverträgen. T.-E. VII. Nr. 59.  
— — Anwendbarkeit der Novelle 134, ep. 8, wenn die Ehefrau neben dem Manne als Selbstschuldnerin sich verpflichtet. T.-E. IV. Nr. 28.  
— — der Frauen nach Preußischem Landrechte. T.-E. VI. Nr. 40.

Calumnieneid s. Gefährdeeid.

Cassationsrichter. Umfang der Entscheidung des Cassationsrichters nach der b. P.-O. T.-E. VI. Nr. 199.

Cassationssenat des O.-A.-G. zu Celle. — Entscheidungen desselben in Civilsachen. (v. Düring.) N. M. VII. S. 463. — in Strafsachen. S. 446.

Cautela socini s. Socinische Cautel.

Caution s. Sicherheitsleistung. Dienstcaution.

Celle s. Stadtrecht.

Cessio bonorum s. Güterabtretung.

Cessiton. Beitrag zur Lehre von der Cessiton der Forderungen. (Twele.) B. III. S. 365.

— — des Rechts auf Collation ist zulässig. T.-E. VII. Nr. 75.

**Cession** der Forderung gegen einen Bevormundeten an dessen Vormund; zu der Nov. 72, Cap. V. T.-E. VI. Nr. 47. (cf. II. Nr. 9.)

— — einer Forderung, welche im Concurse des Schuldners ange meldet und vom Curator bestritten ist. 3. V. S. 60. Nr. 183 a. S. 61. Nr. 183 b.

— — zur Sicherheit enthält keine causa des Eigenthumsüberganges. T.-E. III. Nr. 84. IV. Nr. 88. V. Nr. 143. VI. Nr. 57.

— — Denunciation der Cession durch den Gedanten. T.-E. III. Nr. 63. V. Nr. 29. 3. V. S. 64. Nr. 184 a. S. 65. Nr. 184 b. (cf. 3. III. S. 375.)

— — Denunciation einer bedingten Cession. T.-E. VI. Nr. 34. — Einreden aus der Person des Gedanten dem Cessionar gegenüber. T.-E. IV. Nr. 26. VII. Hr. 57.

— — Einrede der Compensation des deb. cess. gegen den Gedanten. — Geltendmachung gegenüber dem Cessionar. T.-E. IV. Nr. 21. V. Nr. 30.

— — Paullianische Klage behuf Anfechtung von Cessionen an Gläubiger. 3. III. S. 79. Nr. 85 a. — einer in solutum vorgenommenen Cession. 3. III. S. 83. Nr. 85 b.

— — In der Verpfändung einer Forderung ist eine bedingte Cession enthalten. T.-E. IV. Nr. 88. VI. Nr. 34.

**Cessionar** s. Eidesformel.

**Chausseebau.** Expropriation nach dem Gesetze vom 20. Juni 1851. — Entschädigungspflicht. T.-E. V. Nr. 92.

**Chausseegeldserhebung** s. Weggeldserhebung.

**Civilproceß** s. Römischer Civilproceß.

**Civilproceßacten.** Portofreie Rücksendung der in Folge von Berufungen an das App.-Ger. (Celle) gelangten Civilproceßacten der ersten Instanz. Resc. vom 13. April 1870. 3. II. S. 325.

**Civilproceßordnung.** Der Entwurf einer Proceßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für den norddeutschen Bund und dessen Abweichungen von der Hannoverschen Civilproceßordnung. (v. Düring.) 3. I. S. 361. II. S. 134, 406. III. S. 318, 410.

**Civilsenat** s. Appellationsgericht.

**Codicill.** Form der Codicille bei schreibunkundigen Personen. T.-E. V. Nr. 56.

— — Erforderniß der Codicillarform bei Schenkungen von Todes wegen. T.-E. V. Nr. 57. 3. I. S. 97. Nr. 9.

**Codicillarclausel.** Wirksamkeit derselben einem präterirten Noth erben gegenüber. T.-E. VI. Nr. 83. 3. V. S. 92. Nr. 197.

**Collateralen** s. Seitenverwandte.

**Collation.** Form der Ausschließung der Collationspflicht durch den Erblässer. *B.* I. *S.* 96. *Nr.* 8.

— — bei der Quart der armen Witwe. *T.-E.* Nr. 50 sb. II.

— — Gesetzmäßigkeit des Rechts auf Collation. *T.-E.* VII. *Nr.* 75.

**Collision** der Rechtsquellen s. Internationales Privatrecht.

**Commissionshandel.** Befugnisse des Commissionärs. *T.-E.* IV. *Nr.* 36.

**Communalabgaben.** Zum §. 4 des Gesetzes vom 17 März 1868, betr. die Aufhebung und Ablösung der ausschließlichen Gewerbeberechtigungen v. *B.* III. *S.* 124. *Nr.* 102 a, *S.* 125. *Nr.* 102 b.

**Communi dividendo** actio s. Theilungsklage.

**Compensation.** Zulässigkeit einer Klage auf Compensation. *B.* I. *S.* 161. *Nr.* 39 sb. v.

— — Einrede der Compensation aus der Person der armen Partei gegenüber der Kosteneinziehung im Falle des §. 64 der b. *P.-D.* N. *M.* IX. *S.* 274. *T.-E.* III. *Nr.* 21.

— — Einrede der Compensation im Gegenvorstellungsvorfahren gegen den Kostenfestsetzungsbescheid (§. 53 der b. *P.-D.*) *T.-E.* VI. *Nr.* 161 sb. I, III u. IV.

— — Einrede derselben gegen den Concurscurator. (§. 625 der b. *P.-D.*) *T.-E.* V. *Nr.* 146. VI. *Nr.* 210, 211. VII. *Nr.* 142. *B.* I. *S.* 161. *Nr.* 39 sb. v.

— — Einrede derselben im Ehescheidungsprozesse. *B.* IV. *S.* 266. *Nr.* 155 sb. 2. — gegenüber dem Cessionär aus der Person des Gedenten. *T.-E.* IV. *Nr.* 21. V. *Nr.* 30. — gegenüber der Pfandklage. VII. *Nr.* 35.

— — Die Einrede der Compensation kann auf einen Gegenanspruch wegen Rechnungsablage gestützt werden. *T.-E.* VI. *Nr.* 38.

— — s. Prozeßkosten.

**Competenzconflict.** Einfluß der Erhebung des Competenzconflicts auf anhängige Prozesse. *T.-E.* VI. *Nr.* 157.

**Compromiß** s. Schiedsgericht.

**Concessionspflichtige Berechtigung.** Wirkung der Concessionsverweigerung auf das über eine solche Berechtigung eingegangene Pachtverhältniß. *T.-E.* VI. *Nr.* 55.

**Concurrenz von strafbaren Handlungen.** — Ideale Concurrenz; zu den §§. 155, 337 des *Vrs.* *Str.-G.-B.* *B.* II. *S.* 469.

**Concurs.** Die Hypothecarier mit drittem, persönlichen Schuldner im Concurse des Hypothek-Gigenthümers nach Hannoverschem Recht. (Francke.) *B.* V. *S.* 169.

— — Untergang des Vorzugsbrechtes des Verpächters durch Collision der Statuten. (Kistemaker.) *B.* IV. *S.* 449.

— — Bedeutung des pact. reserv. domin. im Concurse. *T.-E.* I. *Nr.* 43 a, 44 a.

- Concurs.** Cessation einer Forderung, welche im Concurse des Schuldners angemeldet und vom Curator bestritten ist. **B.** V. **S.** 60. Nr. 183 a. **G.** 61. Nr. 183 b.
- — Abschlagszahlungen aus einem Concurse auf Capital oder Zinsen. **T.-E.** V. Nr. 27, 28.
- — Rechtsverhältniß der Faustpfandgläubiger. — Retentionsrecht — im Concurse. **T.-E.** IV. Nr. 88. **V.** Nr. 143. **VI.** Nr. 57. (cf. IV. Nr. 10.) **B.** IV. **S.** 150. **V.** **G.** 151. Nr. 225.
- — des Interimswirths; Einfluß auf die Interims wirthschaft. **T.-E.** V. Nr. 72.
- — Rechte der Ehefrau im Concurse des aufgeheiratheten Hofeswirths. — bei freien Bauerhöfen. **T.-E.** VI. Nr. 98. — (Bremen.) VII. Nr. 81. — bei Meierstellen (Lüneburg-Hoya.) **T.-E.** VI. Nr. 99. (Lüneburg). VII. Nr. 82. **B.** V. **S.** 121. Nr. 206. (Verden.) I. **G.** 143. Nr. 28. — bei abgelösten Meierstellen. (Hoya.) **T.-E.** VI. Nr. 97. — bei eigenbehörigen Stellen (Grafschaft Diepholz). **B.** IV. **S.** 212. Nr. 129. cf. Brautschätz.
- — Rechte der Concursgläubiger des aufgeheiratheten Meiers, namentlich auch auf zugekaufte Grundstücke. (Lüneburg-Hoya.) **T.-E.** VI. Nr. 99.
- — Rechte der Ehefrau im Concurse des Ehemannes wegen ihrer dos nach Goslarischen Stadtrecht. **B.** I. **S.** 145. Nr. 30.
- — Über die Bedeutung des §. 30 der Osnabrückischen Con cursordnung vom 20. November 1777. **T.-E.** VII. Nr. 69.
- — Locirung der Abfindungen aus Bauergütern im Concurse des Hofeswirths. N. M. VII. **S.** 194, 195. **T.-E.** VI. Nr. 102 (Bremen=Verden). Nr. 101. **B.** IV. **S.** 189. Nr. 124 sb. III. (Hoya) sb. i. (Meppen) sb. ii. (Lüneburg) sb. iv. u. v. (Caleberg) sb. vi. (Osnabrück) sb. vii. **B.** V. **S.** 131. Nr. 213.
- — Locirung des Altentheils im Concurse des Hofeswirths. Concurrenz mit hypothekarischen Gläubigern. (Bremen=Verden). **T.-E.** VI. Nr. 101. (Grubenhagen) **B.** I. **S.** 88. Nr. 2. — **S.** 89. Nr. 3. **B.** IV. **S.** 188. Nr. 123. (Großchupf) **S.** 281. (cf. **B.** II. **S.** 255, 418. IV. **S.** 134.)
- — s. Zinsen.

- Concurscurator** zu den §§. 616, 619, 622, 626 der b. P.-D.; Verhältniß des Curators zu den Vindicanten und Separatisten im Concurse. **T.-E.** I. Nr. 43 a.
- — Dessen Stellung in den Prioritätsproceszen. **T.-E.** VI. Nr. 206.
- — Bedeutung des Prioritätsurtheils gegenüber dem Concurscurator. (§§. 632 ff. der b. P.-D.) **B.** I. **S.** 157. Nr. 37.

**Concurseurator.** Erklärungen des Concurseurators über die Priorität der angemeldeten Forderungen binden die einzelnen Gläubiger nicht. — Stellung des Curators. (§§. 616, 630 der b. P.-D.) L.-E. V. Nr. 141.

— — Der Concurseurator ist nicht verpflichtet, die aus Geschäftsführungen des Creditors entspringende Verpflichtung zur Rechnungsablage zu erfüllen. L.-E. VI. Nr. 209.

— — Actio Pauliana eines Concurseurators. L.-E. V. Nr. 144 sb. I. u. II.

— — Anfechtung einer Hypothek mit der actio Pauliana durch den Concurseurator (§§. 630 ff. der b. P.-D.). L.-E. IV. Nr. 89. V. Nr. 145. B. III. S. 162. Nr. 111.

— — Compensationseinrede gegen den Concurseurator. (§. 625 der b. P.-D.) L.-E. V. Nr. 146. VI. Nr. 210, 211. VII. Nr. 142. B. I. S. 161. Nr. 39 sb. v.

— — Eidesformel für denselben. (§. 288 der b. P.-D.) L.-E. VI. Nr. 177.

— — Stellung desselben zu noch nicht rechtskräftigen Ungehorsamsurtheilen und zum Wechselprocesse. (§§. 642, 645 der b. P.-D.) B. III. S. 158. Nr. 110.

— — Über Vollstreckbarkeit von Urtheilen gegen einen Concurseurator. (§§. 616 ff. der b. P.-D.) B. I. S. 158. Nr. 38.

— — Erstattung der Kosten des Liquidationsproceses durch den Concurseurator. L.-E. V. Nr. 142. VI. Nr. 212 sb. I. u. II. VII. Nr. 143.

— — zum §. 47 sb. 2 b. der b. P.-D.; Kostenvergleichung in den Proceszen des Concurseurators. L.-E. VII. Nr. 125, 143.

— — Über die Verbindlichkeit zur Kostenerstattung bei Bindungsproceszen zwischen dem Concurseurator und den Bindicanten in denjenigen Landestheilen der Provinz Hannover, in welchen das Preußische Recht gilt. (Struckmann) B. II. S. 433.

**Concurseröffnung.** Nach Bekanntmachung mit dem Concurseröffnungs-Erkenntniß kann der insolvente Schuldner die von ihm geschehene Insolvenzanzeige nicht einseitig zurücknehmen. N. M. VIII. S. 286.

— — Unterbrechung der Verjährung von Klagen, insbesondere von Wechselklagen durch Concurseröffnung über das Vermögen des Schuldners und durch Anmeldung der Forderung. B. V. S. 16. Nr. 165.

**Concursmasse.** Eine vor Eröffnung des Concurses deferirte und während des Concurses von dem Creditor angetretene Erbschaft fällt in die Concursmasse. (§. 619 der b. P.-D.) L.-E. VI. Nr. 207.

**Concursverfahren.** Beiträge zur Lehre von der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen eines Schuldners, dem Vertheilungsverfahren ohne Concurs und dem Concursverfahren. (König) N. M. VII. S. 411.

- — Erzwingbarkeit der Nachlaßverträge in Insolvenzfällen lebender Schuldner. (Lippe-Detmold) L.-E. IV. Nr. 86.
- — Wirkung des Nachlaßvertrages. Z. I. S. 156. Nr. 36.
- — Der Zuschlagsbescheid des Concurs- und Subhastationsrichters ist nach Hannov. Provinzialrechte mit einem Rechtsmittel nicht anzufechten. (Grisebach) Z. I. S. 257.
- — Ueber die Zulässigkeit der Berufung gegen den Zuschlagsbescheid. (Aldikes) Z. III. S. 441.
- — Zuschlagsertheilung bei nothwendigen Subhastationen im Zwangsvollstreckungs- und Concursverfahren. N. M. VII. S. 418.
- — Im Concursverfahren ist ein dritter Subhastationstermin unzulässig. (§§. 562, 563 der b. P.-D.) N. M. VII. S. 424.
- — Die hypothekarischen Gläubiger werden bei Immobilien erst durch die bei der Subhastation (§. 561) vorgeschriebene Edictalladung betroffen. (§. 609 ff. der b. P.-D.) L.-E. V. Nr. 140. Z. I. S. 161. Nr. 39 sb. i. (cf. sb. v.)
- — Bezieht sich die nach Maßgabe des §. 626 der b. P.-D. erlassene Edictalladung der Concursgläubiger auch auf diejenigen Personen, denen Hypotheken an den zur Concursmasse gehörigen Immobilien zustehen? (Möpke) Z. III. S. 413.
- — Bedeutung der Edictalladung und des Ausschlußbescheides im Concurse für „bekannt gewesene“ Gläubiger. (§§. 500, 626 der b. P.-D.) (Francke) Z. I. S. 51.
- — Ausschlußbescheid im Concurse rücksichtlich bekannter Forderungen. Z. I. S. 161. Nr. 39 sb. ii., iv. u. v.
- — Liquidation im Concurse ist keine Klagerhebung. — Wechselprozeß bei Liquidationen im Concurse. L.-E. VI. Nr. 204. (cf. Z. V. S. 60. Nr. 183a. S. 61. Nr. 183 b.)
- — Zulässigkeit einer Wiederklage im Concurse. (§§. 630 ff., 14 der b. P.-D.) L.-E. VI. Nr. 205.
- — Wirkungen der concursrechtlichen Immision des Hypothekgläubigers nach Hadelnschem Landrechte. L.-E. VI. Nr. 134.

**Confessorische Klage.** Nativität derselben. L.-E. VI. Nr. 30.

— des Interimswirths. VI. Nr. 124. — des Eigenthümers des Haupthofes gegen die Besitzer der dazu gehörenden Gemeinheitstheile. L.-E. IV. Nr. 9.

**Confirmation** s. Contracte. Meiergüter.

**Confiscation.** Vollstreckung der Confiscationsstrafe bei Conventions gegen die Gesetze über directe Steuern, namentlich Gewerbesteuern. Rescr. vom 15. Mai 1869. B. I. S. 283.

— — s. Beschlagnahme.

**Consens** s. Verlöbniß.

**Consolidation.** Untergang der Realrechte durch Consolidation. T.-G. III. Nr. 61.

**Constitutum debiti proprii** s. Anerkennungsvertrag.

**Contocurrent** s. Zinsen.

**Contracte.** Gesetz vom 16. December 1843, die wegen Anmeldung, Eintragung und Bestätigung von Contracten in einzelnen Provinzen des Königreichs bestehenden Vorschriften betreffend.

— — zum §. 2 Abs. 4: Die älteren Verordnungen über die Veräußerungen bürgerlicher Grundstücke selbst in den kleineren, mit Jurisdiction nicht versehenen Städten sind in Gültigkeit geblieben. T.-G. V. Nr. 88.

— — zum §. 3. Anerkennung der Unterschrift vor Gericht oder vor Notar und Zeugen. T.-G. IV. Nr. 17. VI. Nr. 131. VII. Nr. 115.

— — zum §. 3. Anerkennung der Unterschrift im Laufe pro-cessualischer Verhandlungen. T.-G. IV. Nr. 18. VI. Nr. 131, 132.

— — zum §. 6. Einrede der Verspätung, gestützt auf §. 6 des Gesetzes vom 16. December 1843, ist keine verzöggerliche im Sinne des §. 196 der b. P.-D. T.-G. II. Nr. 28.

— — Klage auf Anerkennung der Privaturkunde. — (Mora des Beklagten.) T.-G. VI. Nr. 131. — einer unterkreuzten Urkunde. II. Nr. 29. — Unzulässigkeit einer Wiederklage. II. Nr. 36.

— — Unterzeichnung der Privaturkunde durch einen Mandatar genügt. T.-G. VII. Nr. 115.

— — Ist zur Wahrung der sechswöchigen Frist Behändigung der Klage erforderlich? T.-G. II. Nr. 28. V. Nr. 89.

— — Anwendbarkeit des Gesetzes auf pacta de contrahendo. B. IV. S. 242. Nr. 143.

— — Vertrag auf Errichtung einer dem Gesetze entsprechenden Privaturkunde. B. IV. S. 244. Nr. 144.

— — Anwendbarkeit des Gesetzes bei einer nach dem Tode des Erblassers erklärten Verzichtleistung des Vertragserben auf die Succession in einen Meierhof zu Gunsten eines Dritten. B. IV. S. 203. Nr. 128.

— — Bedeutung der öffentlichen Form nach dem Gesetze für Nebenverträge. T.-G. II. Nr. 4.

— — Publicität der Veräußerungsverträge über Immobilien. (Hadeln) T.-G. V. Nr. 86. VI. Nr. 133,

- Contracte** s. Meiergüter. Höfecontracte. Bauergüter.  
**Contumacialurtheile** s. Ungehorsamsurtheile.  
**Conventionalstrafe** bei ungültigem Hauptvertrage. L.-E. III.  
Nr. 55. § III. S. 71. Nr. 80 a. IV. S. 244. Nr. 144.  
— — behuf Sicherung des Vertragsschlusses. §. III. S. 73.  
Nr. 80 b.  
**Corporation** s. Gemeinde.  
**Correalobligation.** Bedeutung der exceptio rei in judicium jam deductae für einen verflagten Correalschuldner. L.-E. II.  
Nr. 13.  
— — Einrede der Litigation aus der Person eines Correalschuldners. §. II. S. 18. Nr. 46.  
**Creditertheilung** beim Verkauf. — Bedeutung des verzinslichen Stehenbleibens des Kaufpreises. L.-E. I. Nr. 37.  
— — Einfluß auf die Klagenverjährung. L.-E. I. Nr. 64. V.  
Nr. 9.  
**Creditihypothek.** Ueber den Einfluß des Hypothekengesetzes vom 14. December 1864 auf die älteren Creditihypothesen. (v. Pape)  
N. M. VIII. S. 28.  
— — Datirung einer Hypothek bei laufendem Credite. L.-E.  
IV. Nr. 14.  
**Criminalgesetzbuch** vom 8. August 1840.  
— — Art. 2. (bezw. §. 4 sb. 3 des Preuß. Str.-G.-B.) Wiederholte Verfolgung von im Auslande durch einen Inländer verübten Verbrechen seitens eines inländischen Gerichts. N. M. IX. S. 384.  
— — Art. 74, 75. (bezw. §§. 237 ff. des Preuß. Str.-G.-B.) Diebstahlsbegünstigung und Hohlerei. N. M. IX. S. 390.  
— — Art. 143. Amtsehrenbeleidigung der Geistlichen. N. M.  
VII. S. 446. VIII. S. 3.  
— — Art. 194, Cap. 15. Amtsverbrechen der Geistlichen; Beleidigung bei Ausübung des öffentlichen Gottesdienstes. N.  
M. VIII. S. 3, 16.  
— — Art. 308. Betrug. N. M. VII. S. 403.  
**Culturedict** vom 22. Juli 1765. (Ostfriesland.) — Rechtsgültigkeit desselben. L.-E. VII. Nr. 120.  
**Curatel;** auf Antrag des Curanden gerichtlich angeordnete. — Legitimation des Curators zur Proceßführung. L.-E. IV.  
Nr. 27.  
— — Dispositionsentziehung durch Anordnung einer Curatel. L.-E. VI. Nr. 49.  
— — Eid eines unter Curatel gestellten Verschwenders. (§. 283 der b. P.-D.) §. V. S. 144. Nr. 220.  
**Cura sexus** s. Geschlechtscuratel.  
**Curator** s. Minderjährige. Abwesenheitscurator.  
**Darlehn.** Nativität der auf Rückzahlung eines ohne Verabredung

einer Kündigungsfrist gegebenen Darlehns erhobene Klage.

— Bedeutung der Clausel: „jederzeit auf Verlangen zurückzuzahlen.“ T.-E. VI. Nr. 41. VII. Nr. 11.

**Darlehn.** Beginn der Klagenverjährung bei der Darlehnsklage. 3. V. S. 11. Nr. 161. S. 12. Nr. 162.

— — Beschlagnahme des Anspruchs aus einem pactum de mutuo dando auf Grund des §. 555 der b. P.-D. ist wegen der Unmöglichkeit der Cessio des Anspruchs unzulässig. 3. V. S. 149. Nr. 224.

— — Haftung des Wurmundes aus einem für seine Pupillen contrahirten, aber nicht für dieselben verwendeten Darlehn. T.-E. II. Nr. 15.

— — Haftung bevormundeter Personen aus einem für sie ihrem Wurmunde gegebenen, aber nicht für sie verwendeten Darlehn. T.-E. VII. Nr. 51.

— — Wer aus dem einem Wurmunde gegebenen Darlehn gegen den früheren Pupillen oder gegen einen später bestellten Wurmund flagt, braucht nicht die Verwendung des Darlehns im Nutzen des Pupillen darzuthun. 3. V. S. 27. Nr. 171 sb. 1.

**Datio in solutum** s. Paulianische Klage.

**Decreta de alienando** s. Pupillengrundstücke.

**Deichlast**; außerordentliche; Rechtliche Natur derselben. — Entstehung der Verpflichtung durch Gewohnheitsrecht, unbedenkliche Verjährung, Herkommen. T.-E. IV. Nr. 45.

— — Bei der Pfanddeichung kann die Herrichtung von Stauwerken zur außerordentlichen Deichlast gehören. T.-E. IV. Nr. 46.

— — Die Klage auf Uebernahme von Deichlasten wider den angeblich Verpflichteten setzt ein besonderes Obligationsverhältniß voraus. T.-E. V. Nr. 90.

— — Gesetzliche Freiheit der Moorländerien von Deichlasten; zum Cap. 4. §. 12 der Deichordnung für Bremen u. Verden vom 28. Juli 1743. T.-E. II. Nr. 42.

**Deichordnung** für das Fürstenthum Lüneburg vom 6. September 1664; zum §. 32. Bedeutung des Ausdruckes „Deichband.“ T.-E. IV. Nr. 47.

**Deichsachen.** Competenz der Gerichte und der Verwaltungsbehörden in Deichsachen. (Deichordnung für Bremen-Verden vom 28. Juli 1743.) T.-E. II. Nr. 43. (cf. Nr. 42.) V. Nr. 91. VI. Nr. 154. — (Deich- und Sielordnung für Ostfriesland vom 12. Juni 1853.) Nr. 155.

**Denunciation** s. Anzeige. Falsche Anschuldigung. Cessio.

**Denuncianten-Anttheile.** Ueber den Verbleib dessjenigen Anttheils an den erkannten Geldstrafen, der früher dem Denuncianten zufiel, nachdem das Gesetz vom 28. December 1869 die Denuncianten-Gebühr aufgehoben hat. Min.-Rescr. vom 25. April 1873. 3. V. S. 162.

**Depositengelder.** Der Staat haftet nicht für die durch Beamte unterschlagenen Depositengelder. L.-E. IV. Nr. 25.

**Descendenten.** Verbindlichkeit der Lehnstheilung unter gleichberechtigten Lehnsholzern für die Descendenten. L.-E. I. Nr. 55.

**Deserteure.** Beschlagnahme des Vermögens abwesender Deserteure durch die Heimathsgerichte. (§. 246 des II. Theils des Str.-G.-B. für das Preuß. Heer.) Min.-Rescr. vom 30. October 1869. B. I. S. 443.

**Desertion.** Beförderung der Desertion; zu den §§. 111, 37 des Preuß.-Str.-G.-B. B. I. S. 433.

**Deserviten** s. Gebühren.

**Devolutiveeffect** s. Berufungsgericht.

**Diebstahl.** Wer eine, wenn auch in diebischer Absicht in Besitz genommene, fremde bewegliche Sache aus dem Gewahrsame eines Dritten, in welchen dieselbe unbefugter Weise gelangt war, wieder wegnimmt, begeht keinen Diebstahl. B. I. S. 429.

— — mittels Einsteigens und Einbruchs; zu den §§. 218. Nr. 2, 222, 223. Nr. 1 des Preuß.-Str.-G.-B. (v. Düring.) B. I. S. 273.

**Dienst- und Disciplinarverhältnisse** der Justizbeamten. Beiträge zur Orientirung in der für die Provinz Hannover geltenden Gesetzgebung. (Roscher.) B. I. S. 339.

— — In wie weit bestehen neben dem Gesetze vom 7. Mai 1851, betreffend die Dienstvergehen der Richter, die Vorschriften des §. 14 des Hannoverschen Gesetzes vom 10. Mai 1859, das Disciplinarverfahren gegen Richter betreffend, bezw. des §. 48 des Hannoverschen Gesetzes über die Verhältnisse der Königlichen Diener vom 24. Juni 1858 noch fort? B. I. S. 422.

**Dienstcaution.** Berechtigung des Staats aus Cautionen der Angestellten. L.-E. I. Nr. 20.

— — Cautionsbestellungen der Staatsbeamten mit Obligationen über Bundesanleihen. Min.-Rescr. vom 11. December 1870. B. III. S. 172.

**Dienste** s. Spanndienste.

**Dienstherr.** Verantwortlichkeit des Dienstherrn für Handlungen seines Hirten. L.-E. V. Nr. 100.

**Dissessionseid** s. Eidliche Ableugnung.

**Disciplinargesetze;** academische. (Göttingen.) Verhältniß der selben zu den Vorschriften des Reichs-Strafgesetz-Buchs. B. V. S. 154, 157.

**Disciplinarstrafen;** gegen die Gerichtsvoigte, von den Amtsgerichten erkannte; Zuständigkeit zur Entscheidung von Beschwerden über solche. Min.-Rescr. vom 3. Juli 1868. N. M. IX. S. 395.

**Disciplinarverfahren** gegen Richter. Gesetz vom 8. Mai 1852; zum §. 6. Nr. 6. Bedeutung des Ausdrucks: „Anwalt“. T.-E. III. Nr. 22.

**Domainium** s. Fiscus.

**Domainenpächter** s. Sachverständige.

**Domicilwechsel** s. Wechselordnung.

**Dos** s. Brautschätz.

**Dotalgrundstüke**, **Dotalpfandrecht**, **Dotalprivilegium**, **Dotalversprechen** s. Brautschätz.

**Dotalrecht**. Anwendbarkeit des römischen Dotalrechtes bei Brinfürstern im Fürstenthume Hildesheim. T.-E. IV. Nr. 66.

**Edictalladung**. Bedeutung der Vorschrift im §. 500, Abs. 4 der b. P.-O., daß im Falle einer Edictalladung die bekannten Gläubiger besonders geladen werden sollen. (v. Düring.) B. IV. S. 404. V. S. 161. Nr. 39 sb. III.

— — Bedeutung der Edictalladung und des Ausschlußbescheides im Concurre für „bekannt gewesene“ Gläubiger (§§. 500, 626 der b. P.-O.) (Francke) B. I. S. 51. S. 161. Nr. 39 sb. II., IV., V.

— — Bezieht sich die nach Maßgabe des §. 626 der b. P.-O. erlassene Edictalladung der Concursgläubiger auch auf diejenigen Personen, denen Hypotheken an den zur Concursmasse gehörenden Immobilien zustehen? (Köpcke) B. III. S. 413. I. S. 161. Nr. 39 sb. I. T.-E. V. Nr. 140.

— — Substantiirung der Anmeldungen in Edictalterminen und Verbesserung der Substantiirung des Anspruchs im nachfolgenden Rechtsstreite. T.-E. V. Nr. 138.

— — Neben die Bedeutung der Anmeldung von Pfandrechten an Immobilien auf Grund der im Subhaftationsversahen mit dem Subhaftationspatente verbundenen Edictalladung. (Struckmann) B. III. S. 430. (cf. V. S. 171.)

— — Begründung der mala fides des Provocanten durch Anmeldung von Ansprüchen. T.-E. II. Nr. 48.

— — behuf Mortification von Schuldurkunden (§. 501 sb. 5 der b. P.-O.) (Dankert) B. II. S. 442.

**Edition** von Urkunden; zum §. 311, Abs. 2 der b. P.-O. Edition von Correspondenzen, rücksichtlich welcher nach §. 251 der b. P.-O. das Zeugniß verweigert werden kann. T.-E. V. Nr. 120. VII. Nr. 135.

— — von Urkunden außerhalb der Beweisinstanz. (§§. 312, 318, 326 der b. P.-O.) T.-E. III. Nr. 24.

— — Editionspflicht öffentlicher Behörden. (§§. 319, 326, 251 der b. P.-O.) T.-E. V. Nr. 121. VI. Nr. 178.

— — Einforderung der zu edirenden Urkunden durch das Gericht. (§. 326 der b. P. O.) T.-E. V. Nr. 123.

**Edition.** Inhibirung einer Edition im Verwaltungswege. T.-E.  
VII. Nr. 136.

— — Einspruch gegen Ungehorsamsurtheile im Editionsverfahren.  
§. 313, 241 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 122.

**Editionseid.** Zulässigkeit der Berufung nach Normirung von  
Editionseiden. (§. 394, 395 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr.  
129. §. II. S. 72. Nr. 69.

**Ehe;** gemischte. Scheidung derselben. — Zuständiges Gericht.  
T.-E. IV. Nr. 73.

— — Alimentationsverpflichtung des per subsequens matrimonium  
legitimirten Sohnes. T.-E. I. Nr. 39.

— f. Zweite Ehe.

**Ehebruch.** Begriff des Ehebruchs als Ehescheidungsgrund. T.-E.  
VI. Nr. 75.

— — Scheidung wegen Ehebruchs. T.-E. III. Nr. 41.

— — Die Zustimmung zum Ehebruche schließt die Scheidungs-  
klage aus. §. IV. S. 266. Nr. 155.

— — Trennung von Tisch und Bett wegen Ehebruchs. §. IV.  
S. 269. Nr. 157.

— — Verlust der Rechte der Meierswitwe im Galenbergischen  
durch Ehebruch. T.-E. IV. Nr. 62.

**Ehefrau.** Verzicht derselben auf die in Folge des Hypothekenge-  
setzes von 1864 am Vermögen des Mannes erwachsenen Hy-  
pothekenrechte wegen des Brautschatzes. (Meier) N. M. VII.  
S. 286.

— — Verpflichtung der Ehefrau neben dem Manne als Selbst-  
schuldnerin fällt unter Novelle 134, Cap. 8. T.-E. IV. Nr. 28.

— — Rechte der Ehefrau im Concurse des aufgeheiratheten  
Hofeswirths. — bei freien Bauergütern. T.-E. VI. Nr. 98.  
(Bremen.) VII. Nr. 81. — bei Meierstellen. (Lüneburg.)  
Nr. 82. §. V. S. 121. Nr. 206. (Verden.) §. I. S.  
143. Nr. 28. — bei abgelösten Meierstellen. (Hoya.) T.-E.  
VI. Nr. 97. — bei eigenbehörigen Stellen. (Grafschaft  
Diepholz.) §. IV. S. 212.

— — f. Meierfrau, Brautschätz.

**Ehelagen.** Einrede eines bestehenden Verlöbnisses gegenüber der  
Klage auf Vollziehung der Ehe. — Einrede, daß die Braut  
zänfisch sei. §. IV. S. 262. Nr. 153.

**Ehelente.** Rechte des überlebenden Ehegatten; Veräußerung von  
Immobilien durch denselben (nach der Bentheimischen Güter-  
gemeinschaft.) T.-E. VII. Nr. 102 sb. i—v, Nr. 103, 105.

— — Die positiven Einschränkungen der Schenkungen unter Ehe-  
gatten. (Viëtor.) §. V. S. 203.

— — f. Erbrecht. Gütergemeinschaft.

**Eheliche Geburt** f. Baterschaft.

— — Gütergemeinschaft f. Gütergemeinschaft.

- Ghemann.** Rechte des Ghemanns an dem zugeheiratheten Meiergute. L.-E. I. Nr. 49. III. Nr. 9, 10, 11. IV. Nr. 61. (Hoya.) VI. Nr. 97, 98. (Lüneburg-Hoya.) Nr. 99. (Bremen.) VII. Nr. 81. (Lüneburg.) Nr. 82.  
— — Rechte des Ghemanns an dem zugeheiratheten Meiergute nach dem Tode der Frau. (Hoya.) L.-E. V. Nr. 73. (Bremen.) 3. IV. S. 180. Nr. 120.  
— — Der aufgeheirathete Hofeswirth hat kein Recht, den Hof zu veräußern. L.-E. VII. Nr. 84.
- Ghemann.** Der aufgeheirathete Meier kann auch nach dem Tode der Frau den Anerben auswählen. L.-E. VI. Nr. 114. (cf. 3. I. S. 109. Nr. 15.)  
— — Rechte des aufheirathenden Mannes an dem Meiergute selbst und dem beweglichen Vermögen der Frau. (Hoya.) 3. II. S. 376. IV. S. 44.  
— — Entstehung des Rechts eines einheirathenden Hofeswirths. (Bremen.) 3. IV. S. 180. Nr. 120.  
— — Recht des aufheirathenden Hofeswirths auf Ersatz seiner Verwendungen. (Lüneburg.) L.-E. VII. Nr. 85.  
— — Ansprüche des aufgeheiratheten Wirths wegen Hofesmeliorationen. 3. V. S. 120. Nr. 205.  
— — Haftung für die von dem eingehiratheten Hofeswirthe contrahirten Schulden. (Lüneburg-Hoya.) L.-E. VII. Nr. 83. (Lüneburg.) 3. V. S. 121. Nr. 206.  
— — Gläubiger des aufgeheiratheten Wirths bei eigenbehörigen Stellen gegenüber der Frau. — Gewohnheitsrecht in der Grafschaft Diepholz. 3. IV. S. 212. Nr. 129.  
— — Der Ghemann kann bei vertragsmäßiger Successionsregulierung den Altenteil für seine Ehefrau von dem Hofannehmer ausbedingen. N. M. VII. S. 331 sb. 59.  
— — Recht des Ghemanns auf die Erziehung der Kinder aus der geschiedenen Ehe. N. M. IX. S. 67.  
— — Erbrecht des Ghemanns nach dem Celleschen Stadtrechte. L.-E. VI. Nr. 143.
- Ghescheidung.** Die vermögensrechtlichen Wirkungen der immerwährenden Trennung katholischer Ehegatten von Tisch und Bett wegen Ehebruchs des einen Theils. — Competenz zur Entscheidung hierüber. N. M. IX. S. 59.  
— — Scheidung einer gemischten Ehe. Zuständiges Gericht. L.-E. IV. Nr. 73.  
— — Einrede der Verzeihung durch Vollziehung des Beischlafs in Ghesachen, insbesondere gegenüber der Klage auf Scheidung von Tisch und Bett wegen Sävitien. 3. V. S. 40. Nr. 175.  
— — Anwendbarkeit der Ghescheidungsstrafen. 3. V. S. 42. Nr. 177. — auf Besitzer von Meierhöfen. S. 41. Nr. 176.  
— — Die römischen Vorschriften über den, beim Mangel einer

dos oder donat. pr. nupt. eintretenden Verlust eines viertheils des Vermögens des schuldigen Theiles sind unanwendbar. L.-G. IV. Nr. 38.

**Ehescheidung.** Alimentationspflicht nach geschiedener Ehe. L.-G. IV. Nr. 38.

— — Alimentationsrecht der geschiedenen Ehefrau. B. IV. S. 269. Nr. 156. V. S. 41. Nr. 176, S. 42. Nr. 177.

— — Competenz der Senate des App.-Ger. zu Celle in Proessen über die vermögensrechtlichen Nachtheile einer Ehescheidung. B. V. S. 138. Nr. 216.

— — s. Annulation.

**Ehescheidungsgrund** s. Ehebruch. Freiheitsstrafe.

**Ehescheidungsproceß.** Kostenvorschuß des Mannes an die Frau im Ehescheidungsprocesse. B. IV. S. 269. Nr. 157.

— — s. Ehe- und Verlöbnissachen.

**Ehestiftungen** s. Bauergüter. Meiergüter.

— — nach der Bentheimischen Gerichts- und Landesordnung vom 23. November 1690. B. IV. S. 234. Nr. 138.

**Eheverlöbniß** s. Verlöbniß.

**Ehe- und Verlöbnissachen.** Gesetz vom 1. März 1869 über die Gerichtsbarkeit und das gerichtliche Verfahren in Ehe- und Verlöbnissachen für die Provinz Hannover; zum §. 1: Competenz der großen Senate der Obergerichte für Provocationen zu Ehe- und Verlöbnissäcken. B. III. S. 163. Nr. 112.

— — zum §. 15 und 27: Häufung der Ansprüche auf Scheidung, Kindererziehung und restitutio dotis. B. IV. S. 262. Nr. 154. S. 266. Nr. 155 sb. 3.

— — zum §. 25: die Eideszuschreibung ist in Ehescheidungsproessen auch dann unzulässig, wenn sie die Erhaltung der Ehe bezweckt. B. III. S. 170. Nr. 113.

— — das Gesetz vom 1. März 1869 und das Gesetz, betreffend Abänderungen des Abschn. 11, Tit. 1, Thl. II. und des Abschn. 9, Tit. 2, Thl. II. des Allgem. Ld.-R.'s, vom 24. April 1854. (Wiarda) B. I. S. 67. (Haberland) S. 417.

— — Rescr. des Justizministers an das App.-Ger. zu Celle vom 18. März 1869, betreffend die Verweisung der Ehesachen an den III. Senat. B. III. S. 172.

— — Competenz der Senate des App.-Ger. zu Celle in Ehesachen und Provocationen zu Eheklagen. B. III. S. 163. Nr. 112.

— — Competenz der Senate des App.-Ger. zu Celle für Entschädigungsäcken aus Eheverlöbnissen. B. V. S. 139. Nr. 217.

— — nach dem Preußischen Rechte, wie es in Ostfriesland gilt. (Allg. Ld.-R. und Allg. G.-D.) (Wiarda) N. M. IX. S. 37.

Ehe- und Verlöbnissachen im Fürstenthum Hildesheim. (§. 1 der Verordnung vom 22. October 1743.) T.-E. VII. Nr. 66 sb. I.—III.

— — Väterlicher Consens zum Verlöbniß und zur Ehe nach meinem Rechte und nach der Bentheimschen Kirchenordnung. T.-E. VII. Nr. 67.

Eheverlobungsconstitution vom 5./16. Januar 1733. Verlöbniß gemeiner Leute auf dem Lande. — Zuziehung des Predigers. B. IV. S. 259. Nr. 151. V. S. 96. Nr. 200 a. u. b.

— — Begründung der Klage auf Supplirung des elterlichen Consenses zur Verheirathung. B. IV. S. 261. Nr. 152.

Eid eines unter Curatel gestellten Verschwenders. (§. 283 der b. P.-D.) B. V. S. 144. Nr. 220.

— — Die vorläufige Erklärung des Delaten über die Norm des eventuell deferirten Eides hat nicht die Natur eines Vergleichs. T.-E. V. Nr. 119.

— — Der nothwendige und zugeschobene Eid im Verfahren mit Sachverständigen. (§§. 278, 292 der b. P.-D.) B. II. S. 319.

— — über eine durch Sachverständige zu ermittelnde Thatsache. T.-E. IV. Nr. 81.

— — Form des Eides über die Echtheit von Privaturkunden. (§. 329 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 124.

— — behuf Erweisung eines Gewohnheitsrechts. — Ergänzungseid. T.-E. I. Nr. 60. III. Nr. 67. — Deferirter Eid. III. Nr. 26, 67, 68. VI. Nr. 176.

— — s. Editionseid. Manifestationseid. Eidliche Ableugnung.

**Eidesannahme.** Über die Folgen der Acceptation eines deferirten Eides auf Grund der Vorschrift des §. 296 der b. P.-D., vornehmlich gegenüber der Erklärung des Beklagten, eine im Executivprocesse vorgebrachte, zum Eide verstellte Einrede hier fallen lassen zu wollen, um damit zum besonderen Verfahren verwiesen zu werden. (v. Düring) N. M. IX. S. 220.

— — Erzeugung eines principaliter zugeschobenen und angenommenen Eides durch andere Beweismittel in der Berufungsinstanz. (§§. 418, 243, 296 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 25.

**Eidesformel** für den Cessioriar. (§. 288 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 56. — für den Concursecurator. VI. Nr. 177.

**Eidesleistung** der Gemeinden. — Stimmenzählung bei dem Gemeindebeschlusse in Betreff der Eidesleistung. (§. 285 der b. P.-D.) T.-E. VII. Nr. 132.

— — für das Finanzministerium. T.-E. IV. Nr. 80.

— — für den Kirchen- und Schulvorstand. T.-E. V. Nr. 118.

**Eideszuschreibung** über die Qualität von Wein ist zulässig. — Der Delat muß, da er ein Weinhändler ist, de veritate schwören. T.-E. IV. Nr. 81.

Eideszuschreibung über die Thatsache des Eigenthums ist unzulässig.

T.-E. V. Nr. 117.

— — über die Existenz eines Gewohnheitsrechts. T.-E. III. Nr. 26, 67, 68. VI. Nr. 176.

— — Beweis durch Eidesdelation bei Einreden wider die Zwangsvollstreckung im Wechselprozesse. (§§. 575, 292 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 175.

— — zum Beweise der Einrede der Simulation gegen den Inhalt einer vollbeweisenden Urkunde ist zulässig. (§§. 480, 292 der b. P.-D.) T.-E. VII. Nr. 133.

— — Im Ehescheidungsprozesse ist die Eideszuschreibung auch dann unzulässig, wenn sie die Erhaltung der Ehe bezweckt. (§ 25 des Gesetzes vom 1. März 1869.) B. III. S. 170. Nr. 113.

Eidliche Ableugnung, wenn der Diffident behauptet, nur ein Blanquet unterschrieben zu haben. B. I. S. 153. Nr. 34.

— — Vernehmung s. Zeugenvernehmung.

Eidliches Zeugniß s. Zeugniß.

Eigenbehörige Stätten s. Bauergüter.

Eigenthum; getrenntes an einem Torflager und dessen Untergrunde.

T.-E. VI. Nr. 25.

— — an Urkunden nach dem Preuß. Landrechte und nach gemeinem Recht. B. II. S. 16. Nr. 44.

— — Ueber die Thatsache des Eigenthums ist Eideszuschreibung unzulässig. T.-E. V. Nr. 117.

Eigenthumsbeschränkungen s. Nachbarrecht.

Eigenthumserwerb. Als eine wirksame causa für den Eigenthumserwerb ist die Sicherung für eine Forderung nicht anzusehen. T.-E. III. Nr. 84. IV. Nr. 88. V. Nr. 143. VI. Nr. 57.

— — Uebergang des Eigenthums der auf Credit verkauften Waare auf den Käufer, falls die Waare auf Gefahr und Kosten des Käufers versandt ist, durch Uebergabe der Waare an die Eisenbahnstation. T.-E. VII. Nr. 21. B. III. S. 56. Nr. 76.

— — s. Schuldverschreibungen.

Eigenthumsklage s. Vindication. Publicanische. — Negatorische Klage.

Eigenthumsvorbehalt. Wirkung desselben beim Kaufcontracte.

T.-E. VI. Nr. 24.

— — Bedeutung des pactum reservati dominii im Concurse. T.-E. I. Nr. 44 a. (cf. Nr. 43 a.)

— — Location der Zinsen auf die durch vorbehaltenes Eigenthum gesicherten Forderungen im Concurse. N. M. IX. S. 224.

Einbruch s. Diebstahl.

Einführungsverordnung vom 25. Juni 1867 s. Uebergangsbestimmungen.

Eingeheiratheter Höfeswirth s. Chemann.

Einfindschaft nach dem Bentheimischen, ehelichen Güterrechte. T.-G.  
VII. Nr. 103.

Einquartierung. Competenz der Militairbehörden in Einquar-  
tierungssachen. 3. II. S. 40. Nr. 54.

Einrede. Einreden im Besitzproesse. T.-G. II. Nr. 55. III.  
Nr. 58.

— — Exceptio cedendarum actionum des Bürgen bei dem Vor-  
handensein von Mitbürgen. T.-G. VII. Nr. 49.

— — Einreden aus der Person des Gedachten dem Cessionar  
gegenüber. T.-G. IV. Nr. 21, 26. V. Nr. 30. VII. Nr. 57.

— — der Dunkelheit ist eine proceßhindernde im Sinne des  
§. 196 der b. P.-D. T.-G. II. Nr. 49.

— — Der Einwand der Dispositionsunfähigkeit ist eine wirkliche  
Einrede. T.-G. VII. Nr. 6.

— — der Erschleichung des Veräußerungsdecrets. T.-G. VI.  
Nr. 44.

— — der fehlenden Legitimation zur Sache ist keine verzögerliche  
im Sinne des §. 196 der b. P.-D. T.-G. III. Nr. 81.  
IV. Nr. 8.

— — der fehlenden Legitimation zur Sache gegen einen gerichtlich  
bestellten Curator. T.-G. IV. Nr. 27.

— — der Präclusion ist eine peremptorische. T.-G. III. Nr. 71.

— — Einreden wider Schuldbekenntnisse. — Beweislast. VII.  
Nr. 48.

— — aus der lex Anastasiana. — Verzicht auf dieselbe. T.-G.  
VI. Nr. 43.

— — Exceptio rei venditae et traditae. T.-G. VII. Nr. 20. —  
gegenüber der Klage auf Herausgabe eines Meierguts. IV.  
Nr. 61. VI. Nr. 96.

— — Rechtliche Voraussetzungen der exceptio rei judicatae.  
T.-G. II. Nr. 47. VI. Nr. 16.

— — Die exceptio rei judicatae ist keine proceßhindernde im  
Sinne des §. 196 der b. P.-D. T.-G. I. Nr. 1.

— — Bedeutung der exceptio rei in judicium jam deductae für  
einen verklagten Correalschuldner. T.-G. II. Nr. 13.

— — der Unzuständigkeit des Gerichts wegen Geringfügigkeit des  
Streitobjekts. (§§. 2, 3, 196, 197 der b. P.-D.) T.-G.  
V. Nr. 104.

— — der Unzuständigkeit (§. 196 der b. P.-D.). T.-G. VII.  
Nr. 117.

— — der Verjährung fällt nicht unter den §. 196 der b. P.-D.  
T.-G. II. Nr. 49.

— — der Verspätung, gestützt auf den §. 6 des Gesetzes vom  
16. December 1843 ist keine dilatorische nach §. 196 der b.  
P.-D. T.-G. II. Nr. 28.

**Einrede der Vorausklage.** — Replik der Insolvenz. **L.-E.** V.  
Nr. 37.

- — der Vorausklage, von dem dritten Pfandbesitzer vorgeschriften.
- — Replik der Vermögenslosigkeit des Hauptschuldners oder der Bürigen. **L.-E.** I. Nr. 63.
- — der Vorausklage gegenüber der actio hypothecaria. **L.-E.** VII. Nr. 34.
- — der Vorausklage ist keine proceßhindernde im Sinne des §. 196 der b. P.-D. **L.-E.** I. Nr. 24.
- — wider die Zwangsvollstreckung. — Zuständiges Gericht. **L.-E.** III. Nr. 86. V. Nr. 139. 3. II. S. 74. Nr. 71.
- — s. Verzögerliche Einreden. Nichtgezahltes Geld. Rechtsfrast. Richterfüllter Contract. Rechtshängigkeit. Compensation. Berechtigungseinrede. Retention. Nova in der Berufungsinstanz.

**Einspruch.** Verhältniß desselben zu der Berufung. (§. 166 der b. P.-D.) **L.-E.** III. Nr. 27. VI. Nr. 171.

- — Folgen des Einspruchs hinsichtlich der verhandelten Adhäsionsbeschwerden. (§§. 163, 428 der b. P.-D.) **L.-E.** II. Nr. 2. (cf. I. Nr. 23.)
- — gegen das bei dem Aussbleiben des Berufungsbeklagten erlangene Erkenntniß ist zulässig. (§§. 428, 412 der b. P.-D.) **L.-E.** I. Nr. 23.
- — gegen Ungehorsamsurtheile im Editionsverfahren. (§§. 241, 313 der b. P.-D.) **L.-E.** V. Nr. 122.
- — und Ungehorsamsurtheil. (§§. 155, 157, 160, 239, 241 der b. P.-D.) **L.-E.** II. Nr. 37.
- — Inhalt der Einspruchsanträge. — Zulässigkeit von Beweismitteln nach Ablauf der Einspruchsfrist. (§§. 160 sb. 2, 163, 93 der b. P.-D.) **L.-E.** II. Nr. 26, 37. VII. Nr. 129.

**Einsteigen** s. Diebstahl.

**Eintragung** s. Hypothek. Contracte.

**Einverleibung.** Mit der Einverleibung des Königreichs Hannover in den Preußischen Staat sind alle vermögensrechtlichen Besitznisse und Verpflichtungen des Hannoverschen Fiscus auf den Preußischen übergegangen. 3. I. S. 101. Nr. 12.

**Eisenbahnverwaltung.** Haftung derselben für den durch den Eisenbahnbetrieb angerichteten Brandschaden. (Art. 6, 15, 23 des Gesetzes vom 8. September 1840, betreffend die Veräußerungsverpflichtung behuf Eisenbahnanlagen.) **L.-E.** VI. Nr. 59. VII. Nr. 56.

**Emancipation** durch separate Deconomie. Das praemium emancipationis ist dabei nicht anwendbar. **L.-E.** V. Nr. 48.

- — Das praemium emancipationis ist nicht anwendbar bei deutschrechtlicher Aufhebung der väterlichen Gewalt. — Form der römischen Emancipation. 3. III. S. 89. Nr. 86.

**Enteignung.** Bemerkungen über die Enteignung. (v. Harling.)  
N. M. IX. S. 285.

— — nach dem Chausseeaugezege vom 20. Juni 1851. Entschädigungspflicht. T.-E. V. Nr. 92.

— — Wahrung der Frist nach §. 31 des Gesetzes vom 16. September 1846, die Veräußerungspflicht behuf Anlage von Schiffahrtscanalen betreffend. T.-E. V. Nr. 93.

**Enterbung** s. Testament.

**Entschädigungsansprüche** s. Schadensersatz. Staat. Gewerbeberechtigungen. Eisenbahnverwaltung. Pauperies.

**Ehescheidungsgründe.** Rechtskraft derselben. T.-E. III. Nr. 47.

— insbesondere nach der Allgem. Preuß. Gerichtsordnung. 3. II. S. 14. Nr. 42.

**Entwährung.** Retention des Kaufpreises wegen drohender Eviction.

T.-E. III. Nr. 4, 5. VI. Nr. 36. 3. II. S. 22. Nr. 49 sb. I. u. II. (cf. T.-E. I. Nr. 37. II. Nr. 50. V. Nr. 23. VII. Nr. 54.)

— — drohende. — Einrede des Käufers wegen eines einem Dritten zustehenden Titels auf Eintragung einer Hypothek. 3. III. S. 74. Nr. 81.

**Entwässerung und Bewässerung.** Gesetz vom 2. August 1847.

Zu den §§. 95 und 96. Zuständigkeit der Gerichte und Verwaltungsbehörden. T.-E. V. Nr. 91.

— — Klagrecht wegen Verlezung der Verpflichtungen eines Staubberechtigten. 3. IV. S. 250. Nr. 148.

**Erbenzins für Krugberechtigungen.** — Rechtliche Natur desselben. (§. 1, 4, 5 des Gesetzes vom 17. März 1868, betr. die Aufhebung und Ablösung von Gewerberechtigungen &c.) 3. III. S. 114. Nr. 102.

**Erbenzinstgüter.** Anwendbarkeit des Lüneburgischen Successions-edict von 1702 auf Erbenzinstgüter. T.-E. I. Nr. 9.

**Erbieren** s. Bauergüter.

**Erbfolge** s. Erbrecht. Pflichttheil.

**Erbgelder.** Vorzug der Erbgelder — separatio ex jure dominii — ist im Concurrenz als Prioritätsfrage, nicht als Gegenstand eines Vindicationsanspruchs zu behandeln. (§§. 642—644 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 147.

— — s. Absonderungsrecht.

**Erbgut nach Hadelnschem Landrechte.** T.-E. V. Nr. 84, 85. — nach dem Österstader Landrechte. Succession in dasselbe. Disposition über dasselbe unter Lebenden und von Todeswegen. T.-E. I. Nr. 59.

**Erbloßung** s. Retractrecht.

**Erbpachtordnung;** Münstersche vom 21. September 1783. — Geltungsbereich derselben. 3. IV. S. 235. Nr. 139.

**Erbrecht** der Ehegatten in der Grafschaft Hoya. — Geltung der

Regel: „längst Leib, längst Gut“. T.-E. IV. Nr. 67. — im ehemaligen Amte Ottersberg. (Verden) VII. Nr. 71. — im Amte Rotenburg. VI. Nr. 139.

**Erbrecht.** Bedeutung der Erbregel: „längst Leib, längst Gut“. T.-E. VII. Nr. 70.

— — Im alten Amte Verden gilt die Regel: „längst Leib, längst Gut“ gewohnheitsrechtlich nicht. 3. IV. S. 213. Nr. 130.

— — des Ehemannes nach dem Celleschen Stadtrechte. T.-E. VI. Nr. 143.

— — der armen Wittwe; T.-E. III. Nr. 8. V. Nr. 50. — welche ein Leibzuchtsrecht hat. IV. Nr. 62.

— — In den Städten Stade und Buxtehude erfolgt die statutarische Portion der Wittwe aus dem Vermögen des Mannes. T.-E. VI. Nr. 138.

— — Gewohnheitsrecht über das im Lande Wursten geltende Erbrecht der Kinder gegenüber den in allgemeiner Gütergemeinschaft lebenden Eltern. T.-E. VI. Nr. 136.

— — der Kinder nach dem Lingenschen ehelichen Güterrechte. 3. II. S. 58. Nr. 62 sb. I. u. II.

— — im Lande Hadeln. — Erbschaftserwerb der Kinder. T.-E. V. Nr. 83.

— — der Kinder nach Hadelnschem Landrechte. T.-E. V. Nr. 84.

— — Die im Theil III. Tit. 20 des Hadelnschen Landrechtes enthaltene Vorschrift über das Verfahren bei Erbtheilungen ist nicht mehr anwendbar. T.-E. V. Nr. 101.

— — in der Stadt Stade; zu den Statuten von 1279. T.-E. VI. Nr. 137.

— — der Seitenverwandten nach Tit. I. S. 8 des Bremenschen Ritterrechts. T.-E. I. Nr. 53.

— — Bonorum possessio ex Carboniano edicto eines durch nachfolgende Ehe legitimirten. Voraussetzungen der Erbtheilung. N. M. IX. S. 55.

— — Anticipirte Erbfolge bei Bürgergütern. — Actio ad supplendam legitimam nach dem Tode des abtretenden Wirths dagegen zulässig. T.-E. VII. Nr. 112.

— — Das Lüneburgsche Successionsedict von 1702 ist auf Erbengüter anwendbar. T.-E. I. Nr. 9. — nicht anwendbar auf die nach 1702 freigewordenen Höfe. VII. Nr. 79.

— — Succession in freie Bauergüter des Fürstenthums Lüneburg. Rechte des Anerben und dessen Geschwister. T.-E. I. Nr. 31.

— — Succession in freie Bauerhöfe (Lüneburg), welche niemals im gutsherrlichen Verbande gestanden haben, oder vor der Emanirung der Ablösungsgesetze davon befreit worden sind. (Stromeyer) N. M. VII. S. 332.

**Erbrecht.** Für die Erbsfolge in Bauerhöfe im sog. großen Kreis (vormaligen Amts Ilten im Lüneburgischen) ist nicht das römische Intestaterrecht maßgebend, vielmehr kommen dabei gewohnheitsrechtlich eigenthümliche Grundsätze zur Anwendung; welche denen des Lüneburgischen Meierrechts sehr nahe kommen. (Stromeyer) N. M. VII. S. 345.

- — Succession in ursprünglich freie oder vor 1831 abgelöste Bauerhöfe. (Bremen) B. IV. S. 176. Nr. 117. — in vor den Ablösungsgesetzen freigekauften Höfe. (Osnabrück) I. S. 105. Nr. 14.
- — bei freien Bauergütern in Wachendorf. (Arenberg-Meppen) T.-E. I. Nr. 16.
- — bei eigenbehörigen Höfen der Grafschaft Hoya seitens der freigekauften Eigenbehörigen. T.-E. I. Nr. 42
- — Vererbung der in Folge der Ablösungsgesetze frei gewordenen, eigenbehörigen Höfe in der Seitenlinie. — Erbrecht der abgefundenen oder auf eine andere Stätte geheiratheten Kinder. (Bentheim) B. IV. S. 230. Nr. 137.
- — Succession in eigenbehörige Stätten (Osnabrück.) Rechte des mahljährigen Colonen nach Wegfall des Anerben. T.-E. VII. Nr. 109.
- — Succession der Seitenverwandten bei vormals eigenbehörigen Höfen. (Osnabrück) T.-E. VII. Nr. 110. — bei gutspflichtigen Höfen. (Osnabrück) Nr. 111. — bei freien Stätten. (Osnabrück) B. I. S. 102. Nr. 13.
- — Vererbung abgehender, noch nicht ausgelöster Kinder, bei ehemals eigenbehörigen, in Folge der Ablösungsordnung frei gewordenen Höfen. (Osnabrück) B. IV. S. 216. Nr. 132 sb. b.
- — Bedeutung einer nur theilweisen, vertragsmäßigen Aufhebung der Eigenbehörigkeit für die Vererbung der Stätte. (Osnabrück) B. IV. S. 222. Nr. 133.
- — Succession bei den vor Erlass der Ablösungsgesetze abgelösten, eigenbehörigen Stätten. (Osnabrück) B. I. S. 105. Nr. 14. V. S. 127. Nr. 208.
- — Vorzugsrecht der Kinder erster Ehe bei der Succession in eigenbehörige Stätten. (Osnabrück) B. V. S. 128. Nr. 209.
- — Majorat, wie dasselbe bei gutsherrnspflichtigen Bauergütern zur Anwendung kommt; (zu den §§. 2 und 3 der Verordnung vom 23. Juli 1833). (Galenberg) T.-E. II. Nr. 45. VI. Nr. 107. VII. Nr. 97. B. I. S. 123. Nr. 22. (Hildesheim) T.-E. VII. Nr. 98. (Osnabrück) Nr. 110. (Bremen) B. V. S. 130. Nr. 210.
- — in Meiergüter; der Grafschaft Hoya. B. III. S. 183. IV. S. 45. — des Gutes Sandbeck und im Amte Osterholz; — Anerbenrecht der jüngsten Tochter. T.-E. I. Nr.

46. — im Amte Neuenhaus. (Lauenburg); — Anerbenrecht des ältesten Sohnes. Nr. 60. — in Bremen und Verden; Auswahl des Hofesnachfolgers. III. Nr. 48.
- Erbrecht in Meiergüter.** Successionsrecht der Kinder des Meiers und des vorverstorbenen Anerben im Fürstenthume Lüneburg und der Grafschaft Hoya. T.-E. I. Nr. 2, 48. VI. Nr. 109.
- — in Meiergüter des Fürstenthums Lüneburg aus der Person des vor Annahme der Stelle, jedoch nach seinem Vater verstorbenen Anerben. T.-E. I. Nr. 41.
- — Succession in einen Meierhof, dessen Besitzer in allgemeiner Gütergemeinschaft gelebt hat, wenn der gesetzliche Anerbe abgetheilt ist. (Lüneburg.) T.-E. III. Nr. 13.
- — Vorzug der von den älteren Kindern eines Meiers abstammenden Descendenten entfernteren Grades vor den jüngeren Meierkindern ersten Grades. (Hoya.) T.-E. VI. Nr. 110.
- — Für die Succession in Meiergüter besteht ein Anerbenrecht nur bei der Descendenten-Succession. (Hildesheim.) T.-E. VII. Nr. 98.
- — Succession in einen von der Frau herrührenden Meierhof. T.-E. I. Nr. 49. III. Nr. 9, 10, 11. IV. Nr. 61. V. Nr. 73. (Hildesheim.) B. I. S. 109. Nr. 15.
- — Successionsrecht der unehelichen Kinder im Meiergute. T.-E. II. Nr. 8. (Bremen - Verden.) Nr. 39. (Hoya.) VI. Nr. 108. (Lüneburg.) B. V. S. 131. Nr. 212. — (in ein gutsherrnpflichtiges Bauergut im Bentheimischen. T.-E. IV. Nr. 49.)
- — Successionsrecht der Seitenverwandten im Meierhöfe. (Bremen.) T.-E. V. Nr. 74. VI. Nr. 106. (Lüneburg.) Nr. 113. VII. Nr. 92, 93. B. I. S. 120. Nr. 21. (Hoya.) III. S. 189.
- — Vorzug des männlichen Geschlechts vor dem weiblichen bei der Collateralerbfolge in Meiergüter. (Hoya.) T.-E. IV. Nr. 64.
- — Rechte mehrerer Miterben am Meiergute. — Wirkung leßtwilliger Verfügung über das Meiergut. (Calenberg.) T.-E. IV. Nr. 55.
- — Succession in ein im gemeinschaftlichen Eigenthume Mehrerer stehendes Meiergut. (Hoya.) Müller. B. IV. S. 31.
- — Gewohnheitsrechtliche Geltung der Erbregel: „längst Leib, längst Gut,” bei herrschaftlichen Meieren im Amte Rotenburg. T.-E. VI. Nr. 139.
- — in abgelöste Meiergüter. (Calenberg.) II. Nr. 45. VI. Nr. 107. (Hildesheim.) VII. Nr. 97. (Bremen.) B. V. S. 130. Nr. 210.
- — Durch den §. 3 der Verordnung vom 23. Juli 1833 ist

für die Succession in abgelöste Meiergüter kein Anerbenrecht neu geschaffen. (Hildesheim.) T.-E. VII. Nr. 98.

**Erbrecht in Meiergüter.** Die Wirthschaftsuntüchtigkeit des Anerben schließt dessen Succession in ein abgelöstes Meiergut nicht aus. (§. 3 der Verordnung vom 23. Juli 1833.) T.-E. III. Nr. 15. VII. Nr. 100.

— — Succession in eine vor Erlass des Gesetzes vom 10. November 1831 freigekaufte Meierstelle. B. IV. S. 176. Nr. 117.

— — Succession der Ascendenten in abgelöste Meiergüter. (Bremen-Verden.) T.-E. VII. Nr. 99. — der Seitenverwandten. (Hildesheim.) Nr. 98 sb. i u. ii. (Bremen) Nr. 99. (Gahlenberg) B. I. S. 123. Nr. 22.

— — Succession in abgelöste Streu-Meiersändereien. B. IV. S. 174. Nr. 115.

— — Die meierrechtliche Succession tritt bei abgelösten Parcellen nicht ein. (Bremen-Verden.) T.-E. VI. Nr. 112.

— — Bei zugekauften, im Meierverbande befindlichen Grundstücken tritt die meierrechtliche Succession ein. (Bremen-Verden.) B. I. 114. Nr. 17.

— — Die meierrechtliche Erbsfolge umfaßt die einzelnen, vom Meier dem Hause hinzugekauften Grundstücke selbst dann nicht, wenn diese auch ihrerseits im Meierverbande stehen. (Hoya.) B. I. S. 110. Nr. 16.

— — Eine von einem Meierhause abgetrennte Abbauerstelle vererbt nach Meierrecht. (Bremen.) B. IV. Nr. 88.

— — Veränderung der meierrechtlichen, durch Erbvertrag festgestellten Succession ohne Genehmigung des Vertragserben. B. IV. S. 203. Nr. 128.

— — s. Anerbenrecht. Lehenfolge.

**Erbrechtsklage.** Bemerkungen über das Verhältniß der hereditatis petitio zu den erbschaftlichen Specialklagen. (Grythropel.) B. I. S. 3.

— — Hereditatis petitio oder Singularklage. (Frankf.) B. I. S. 44.

— — Besitz auf Seiten des Beklagten bei der hereditatis petitio. T.-E. I. Nr. 58. V. Nr. 55. B. II. S. 32. Nr. 51. — Beweis des Besitzes. I. S. 100. Nr. 11.

— — Erwerbsgrund bei der hereditatis petitio. T.-E. III. Nr. 69. — Verbindung derselben mit der Erbtheilungsklage. T.-E. I. Nr. 44.

— — Hereditatis petitio gegen den im Testamente bestellten Testamentsvollstrecker. B. III. S. 95. Nr. 90.

— — Beweislast bei Erbschaftsklagen auf Herausgabe von Sachen als zum Nachlaß gehörend. T.-E. VII. Nr. 74.

— — Verpflichtung des Beklagten bei der hereditatis petitio

**Erbschaftsinventars.** T.-E. VI. Nr. 85. 3. II. S. 32.  
Nr. 51.

**Erbschaft.** Heranziehung einer dem Erbdar vor der Concurseröffnung deferirten und von demselben während des Concurses angetretenen Erbschaft zur Concursmasse. (§. 619 der b. P.-O.) T.-E. VI. Nr. 207.

— — Verzicht der Frauen auf zukünftige Successionen. 3. I. S. 94. Nr. 7.

— — Besitzergreifung für eine liegende Erbschaft. 3. III. S. 56. Nr. 76.

**Erbschaftsantretung durch Hinnahme von Erbschaftssachen!** T.-E. V. Nr. 54.

— — Erfordernisse derselben. T.-E. VII. Nr. 99.

— — Erforderniß derselben für den Vertragserben. T.-E. VII. Nr. 72. 3. II. S. 37. Nr. 52. sb. I. u. II. — bei der meierrechtlichen Erbsfolge, insbesondere bezüglich der Abfindlinge. (Stromeyer) N. M. VII. S. 186. 3. IV. S. 200. Nr. 126.

— — Zulässigkeit der Klage gegen die berufenen Erben, sich über den Antritt der Erbschaft zu erklären. 3. V. S. 91. Nr. 196.

**Erbschaftserwerb.** Ein curator absentis ist nicht befugt, eine bonorum possessio zu agnosciren. 3. III. S. 92. Nr. 88.

**Erbschaftsinventar.** Verpflichtung des Beklagten bei der hereditatis petitio zur Vorlegung eines Erbschaftsinventars. 3. II. S. 32. Nr. 51.

— — Eine selbstständige Klage des Erben auf Herausgabe eines Inventars gegen den besitzenden Miterben findet nicht statt. T.-E. VI. Nr. 85.

**Erbstammgüter nach dem revidirten Bremischen Ritterrechte.** — Befugnisse des Ritterschaftspräsidenten. T.-E. VII. Nr. 121.

**Erbtheilungsklage.** Befugnisse des Richters bei der actio familiae herciscundae hinsichtlich der Immobilien. T.-E. I. 53.

— — gegen einzelne von mehreren Miterben ist zulässig. T.-E. IV. Nr. 43. — kann mit der hereditatis petitio verbunden werden. — ist nicht durch das Vorhandensein gemeinschaftlicher, förperlicher Erbschaftssachen bedingt. T.-E. IV. Nr. 44.

**Erbvertrag s. Längst Leib, längst Gut.**

— — Rechte des Notherben beim Vorhandensein eines Erbvertrages. T.-E. I. Nr. 32.

— — Gültigkeit von Singularerbverträgen. T.-E. V. Nr. 64.

— — zu Gunsten eines Dritten. T.-E. VI. Nr. 80.

— — Anwachsungsrecht bei Erbverträgen. T.-E. VI. Nr. 81.

— — Veränderung der durch Erbvertrag festgestellten Succession ohne Genehmigung des Vertragserben. — Anerkennung der

veränderten Succession durch den Vertragserben. §. IV.  
§. 203. Nr. 128.

- Erbvertrag.** Erforderniß der Antretung der Erbschaft für den Vertrags-  
erben. T.-G. VII. Nr. 72. §. II. §. 37. Nr. 52 sb. I. u. II.  
— — Errichtung von Familienfideicommissen durch Erbvertrag  
vor dem Gesetze vom 30. April 1836. T.-G. V. Nr. 60.  
— — Von Testamenten und Erbverträgen nach Hoya'schem  
Meierrechte. §. III. §. 194.  
— — Erforderniß der gutsherrlichen, bzw. obrigkeitlichen Be-  
stätigung von Erbverträgen bei gutsherrnpflichtigen, resp.  
abgelösten Meiergütern. (Lüneburg.) VI. Nr. 94. sb. I. u. II.  
(Caleberg.) §. I. §. 123. Nr. 22. (Bremen=Verden.)  
§. 135. Nr. 23. (Hildesheim.) III. §. 108. Nr. 98.  
— — Zum tit. XII. u. XIII., Cap. 4 der Bentheimischen Land-  
und Gerichtsordnung vom 23. November 1690. T.-G. III.  
Nr. 40.

- Ermittelungsverfahren** s. Kronanwaltschaft. Zeugenvernehmung.  
**Ersitzung** von Servituten. T.-G. IV. Nr. 2, 12. V. Nr. 14,  
100. VII. Nr. 16, 17, 26. — gegen den Fiscus. II.  
Nr. 16. IV. Nr. 13. V. Nr. 14. — 30jährige gegen  
Städte. VII. Nr. 27.  
— — von Reallasten. T.-G. III. Nr. 62. V. Nr. 2, 98, 99.  
VII. Nr. 1. — von Parochiallasten. IV. Nr. 1. VI. Nr.  
4. (cf. Nr. 7.)  
— — einer Servitut auf Rauchverbreitung über das benachbarte  
Grundstück. T.-G. VII. Nr. 26. (cf. Nr. 29.)  
— — Dreißigjährige Ersitzung von Servituten. §. II. §. 17.  
Nr. 45.  
— — dreißigjährige; des Rechts der Wasserleitung aus einem  
öffentlichen Gewässer. T.-G. VII. Nr. 5.  
— — Beziehen sich die Präjudizien Nr. III. vom 31. März  
1842 und Nr. II. vom 8. Januar 1845 auch auf die außer-  
ordentliche Servitutenersitzung? (Hagemann) §. II. §. 390.  
— — Ordentliche und außerordentliche Servitutenersitzung an  
ersitzungsfähigen Sachen. — Notwendigkeit alljährlicher  
Ausübung auch bei der außerordentlichen Ersitzung. (Prä-  
judiz III. vom 31. März 1842. §. V. §. 23. Nr. 168.  
— — Requisit der alljährlichen Ausübung bei 40jähriger Er-  
sitzung von Rechten. (Präjudiz III. vom 31. März 1842.)  
T.-G. V. Nr. 14.  
— — Bedeutung des animus juris exercendi bei der Servituten-  
ersitzung. T.-G. VII. Nr. 26, 29.  
— — Beweislast hinsichtlich der bona resp. mala fides bei der  
Ersitzung. T.-G. V. Nr. 15.  
— — Einwand der mala fides gegenüber der Servitutenersitzung.  
§. III. §. 56. Nr. 75.

**Ersitzung.** Usucapio libertatis bei der Ersitzung von Servituten.  
T.-E. VII. Nr. 27.

- — Einfluß der Fremdherrschaft auf die Ersitzung von Servituten und Bannrechten sc. T.-E. III. Nr. 42. VI. Nr. 15. VII. Nr. 16, 17.
- — Titulus pro herede und pro legato. T.-E. V. Nr. 13.
- — Belehnung als Usucaptionstitel. — Zeit der Usucaption eines Lehns unter Vasallen. T.-E. VII. Nr. 23.
- — s. Verjährung.

**Erziehung** der Kinder aus einer geschiedenen Ehe. — Competenz zur Entscheidung. N. M. IX. S. 67.

- — eines unehelichen Kindes steht der Mutter derselben zu, sofern nicht die Oberwormundschaft aus besonderen Gründen die Erziehung einem Dritten überträgt. N. M. IX. S. 69.
- — Häufung der Ansprüche auf Scheidung, Kindererziehung und restutio dotis. (Gesetz vom 1. März 1869.) B. IV. S. 262. Nr. 154. S. 266. Nr. 155. sb. 3.
- — s. Religiöse Erziehung.

**Eviction** s. Entwährung.

**Examen** s. Juristische Prüfungen.

**Excussion** s. Einrede der Vorausklage.

**Executivproceß.** Ueber die Folgen der Acceptation eines defirirten Eides auf Grund der Vorschrift des §. 296 der b. P.-D., vornämliech gegenüber der Erklärung des Beklagten, eine im Executivproceß vorgebrachte, zum Eide verstellte Einrede hier fallen lassen zu wollen, um damit zum besonderen Verfahren verwiesen zu werden. (v. Düring) N. M. IX. S. 220.

- — Die im Executivproceß zum besonderen Verfahren verwiesene Einrede kann ohne vorgängige Zahlung der Klagsumme geltend gemacht werden. (§. 486 der b. P.-D.) B. III. S. 156. Nr. 108.
- — Ein Leugnen des Klaggrundes kann im Executivproceß ad separatum verwiesen werden. (§. 484 der b. P.-D.) B. V. S. 147. Nr. 222.
- — Zulässigkeit unterkreuzter Urkunden im Executivproceß. (§§. 329, 338 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 125.
- — Hemmung der Vollstreckbarkeit durch die Berufung im Executivproceß. (§. 485 der b. P.-D.) B. I. S. 155. Nr. 35.
- — Einrede der Rechtskraft eines im Executivproceß ergangenen Urtheils im nachfolgenden ordentlichen Proceß. B. V. S. 27. Nr. 171. sb. 2.
- — Anwendbarkeit des Cap. III. §. 3 der Bremischen Untergerichtsordnung vom 5. November 1753. B. IV. S. 238. Nr. 141. (cf. T.-E. VII. Nr. 45.)

**Expropriation** s. Enteignung.

**Ertinctivverjährung** s. Verjährung.

**Fälligkeit** s. Kündigung. Litiscontestation.

**Fälschung** von Urkunden; zum §. 247 des Preuß.=Str.=G.=B. 3. I. S. 430.

**Falcidische Quart.** Recht der Nothherben auf den Abzug der Quart neben dem Pflichttheile einem Singularfideicommissar gegenüber. T.-E. IV. Nr. 42.

— — Abzug derselben bei vertragsmäßigen Vermächtnissen. T.-E. V. Nr. 61.

— — s. Pflichttheil.

**Fallwild** s. Jagdvergehen.

**Falsche Anschuldigung.** Ist eine im Uebrigen den Erfordernissen des §. 133 des Preuß. Str.=G.=B. (falsche Anschuldigung) entsprechende Anzeige, wenn sie lediglich einem Landsgend'sarmen oder untergeordneten Polizeibeamten u. s. w. gemacht ist, als Anzeige bei einer öffentlichen Behörde im Sinne des §. 133 cit. aufzufassen? 3. II. S. 460.

**Familiae hercise undae actio** s. Erbtheilungsklage.

**Familienfideicommiss;** römisches; im Verhältnisse zum Gesetze vom 13. April 1836. T.-E. V. Nr. 58. — Novelle 159 nicht mehr anwendbar. Nr. 59.

— — Gültigkeit eines Fideicommisses auf Grundstücken des unerirten Erben, auch wenn der Erbe zur Zeit der Erbschaftsantritung noch nicht Eigenthümer ist. T.-E. VI. Nr. 82.

— — deutsches; Erforderniß der landesherrlichen Bestätigung. — Wirksamkeit des Verzichts näher Berechtigter gegenüber dritten Personen. — Vertauschung von Fideicommissgrundstücken. — Beweis der Zugehörigkeit. T.-E. VII. Nr. 106.

— — Errichtung durch Erbvertrag vor dem Gesetze vom 13. April 1836. T.-E. V. Nr. 60.

— — Folge in ein solches ist singuläre Succession. T.-E. V. Nr. 13.

**Faustpfand.** Zu den §§. 42 ff. des Hypothekengesetzes vom 14. December 1864. 3. IV. S. 147.

— — Heranziehung des von dem Erbdar gegebenen Faustpfandes durch den Concurscurator. T.-E. IV. Nr. 88. (cf. Nr. 10), V. Nr. 143. VI. Nr. 57. (cf. 3. IV. S. 150.)

**Ficta possessio** s. Besitz.

**Fideicommiss.** Das sog. Oral fideicommiss ist in Gegenwart des unerirten Erben schriftlich oder mündlich zu verfügen. — Die Klage aus dem Oral fideicommiss erfordert den Calumnieneid des Klägers. T.-E. VII. Nr. 78.

**Fideicommissar.** Derselbe hat nicht die Klage aus l. 3. Cod. de edicto Div. Hadr. tollendo. T.-E. II. Nr. 24.

**Fiduciar** s. Pflichttheil.

**Finanzministerium.** Eidesleistung für dasselbe. (§. 285 der b. P.-D.) T.-E. IV. Nr. 80.

**Finium regundorum actio s. Grenzscheidungsklage.**

**Firma.** Proceßführung einer Handlungsfirma. (Art. 117 des D. H.-G.-B.) T.-E. VII. Nr. 65.

**Fischereigerechtigkeit** in öffentlichen Flüssen ist kein Regal und geht durch Nichtgebrauch nicht verloren. T.-E. IV. Nr. 48.

**Fiscus.** Verjährung gegen denselben, namentlich das Königliche Domanium, insbesondere bei Servituten. T.-E. II. Nr. 16. IV. Nr. 13. V. Nr. 14.

— — Uebergang der vermögensrechtlichen Besugnisse und Verpflichtungen von dem Hannoverschen auf den Preußischen Fiscus. B. I. S. 101. Nr. 12.

— — s. Staat.

**Flüsse** s. Wasserrecht.

**Forderungen.** Voraussetzungen für den Verlust von Forderungen, welche der Wurmund bei Uebernahme der Wurmundschaft nicht angezeigt hat. T.-E. II. Nr. 9.

**Forderungspfand** s. Pfandrecht.

**Formen** bei Rechtsgeschäften s. Contracte.

**Forst- und Jagdverbrechen.** Strafe der Widersehlichkeit bei solchen nach dem Geseze vom 31. März 1837. B. I. S. 427.

**Forstbehörden.** Richterliche Zuständigkeit gegenüber den von den Forstbehörden (Königl. Domanium) krafft der Forstherrlichkeit (im Gegensatz zur Forsthöheit) erlassenen Verfügungen. T.-E. III. Nr. 78. — gegenüber forstpolizeilichen Verfügungen einer Localforstbehörde. VI. Nr. 156.

**Forstberechtigungen** s. Holzberechtigungen.

**Forstdiebstahl** s. Holzdiebstahl.

**Forststrafgesetz** vom 25. Mai 1847. Bemerkungen zu demselben. §§. 8, 10—15, 33—36.) (Grahn.) N. M. VII. S. 107.

— — Zum Strafversügungswesen in Sachen des Forststrafgesetzes. N. M. IX. S. 374.

**Forum** s. Gerichtsstand.

**Fragestellung** an die Geschworenen, betreffend den Zustand der Nothwehr des Angeklagten. N. M. VII. S. 440.

**Frauen.** Verzicht der Frauen auf künftige Successionen, insbesondere auf zu erwartende Abfindungen aus Bauerhöfen. (Verordnung vom 28. December 1821). B. I. S. 94. Nr. 7.

— — Anwendbarkeit der Novelle 134, Cap. 8, wenn die Ehefrau neben dem Manne als Selbstschuldnerin sich verpflichtet. T.-E. IV. Nr. 28.

— — Bürgschaft derselben nach dem Preußischen Landrechte. T.-E. VI. Nr. 40.

— — Ueber die Verpflichtung derselben aus intercessorischen Wechselverträgen. T.-E. VII. Nr. 59.

**Freiheitsstrafe** Verhängung derselben als Ehescheidungsgrund.

L.-E. VII. Nr. 68.

— — Antretung der Freiheitsstrafe. (§. 429 der Str.-P.-O. von 1867.) N. M. IX. S. 379.

**Freistellen** s. Pforta.

**Freiwillige Gerichtsbarkeit.** Die Gerichtsvoigte haben in solcher nur im Auftrage des vorgesetzten Gerichts thätig zu werden. Min.-Rescr. vom 21. Juni 1872. B. IV. S. 312.

**Frist** s. Behandlungs-, Berufungsfrist. Einspruch. Nichtigkeitsbeschwerde. Beweisantrag. Contracte.

**Fristterheilung** s. Stundung.

**Fremdherrschaft** s. Verjährung.

**Frohnden** s. Spanndienste.

**Früchte.** Deren Ersatz bei der Retractsklage. L.-E. II. Nr. 38.

— — Selbstständige Klage auf Ersatz der Früchte gegen den mal. fid. possessor. L.-E. II. Nr. 51.

— — Das Fruchtrecht in Bezug auf die Gläubiger des Grund-eigenthümers und des Wächters nach gemeinem Deutschen und Hannoverschem Recht. (Francke.) B. V. S. 231.

**Fundsachen** s. Gefundene Sachen.

**Gast- und Schenkwirthschaft** s. Krugberechtigung.

**Gebände** s. Allodium.

**Gebühren.** Ueber die den Medicinalpersonen zu bewilligende Sach-verständigen-Gebühr in Strafsachen. Min.-Rescr. vom 22. Mai 1869. B. I. S. 440.

— — Ueber die in Strafsachen den Zeugen und Sachverständigen zu bewilligenden Vergütungen. Min.-Rescr. vom 27. Februar 1869. B. I. S. 437.

— — s. Proceßkosten. Honorar.

**Gebührengesetz** in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vom 8. November 1850; zu den §§. 3—12. Feststellung und Herabsetzung der Werthclasse. L.-E. III. Nr. 74.

— — zu den §§. 9 u. 11; Feststellung der Werthclasse. L.-E. V. Nr. 149.

— — zum §. 46 Nr. 3; Min.-Rescr. vom 8. März 1866. N. M. VII. S. 135 sb. 2.

— — zum §. 50; Procuraturgebühr der Anwälte in eigenen Sachen. L.-E. VI. Nr. 214 sb. 1. u. II.

**Gefährdeeid.** Die Klage aus dem Oralvideocommisse erfordert die Ableistung des Calumnieneides durch den Kläger. L.-E. VII. Nr. 78

**Gefängnissverwaltung.** Verfügung der Königl. Kronoberanwalt-schaft vom 19. April 1870, betreffend die von den Communalbehörden zu tragenden Unterhaltungskosten für Gefangene. B. II. S. 474.

**Gefahr** s. Kauf.

**Gefundene Sachen.** Das Fundrecht in der Provinz Hannover.  
(v. Schwarzkopf.) B. IV. S. 76.

**Gegenbeweis** bei der unbedenklichen Verjährung. T.-E. I.  
Nr. 54.

**Gegenvorstellung** s. Kostenfestsetzungsbescheid.

**Gehalte.** Beschlagnahme der Gehalte. Rescr. der Kronoberan-  
waltschaft an die Gerichtsvoigte vom 16. Juli 1869. B. I.  
S. 286. II. S. 163.

**Geisteskranke** s. Irrenanstalt.

**Geistliche.** Verpflichtung der Pfarre aus Handlungen des Pfarr-  
inhabers. T.-E. V. Nr. 26.

— — Beleidigungen derselben während der Ausübung ihres Amtes  
oder in Beziehung auf dasselbe sind nach Art. 143 des Cr.-  
G.-B. von 1840 zu strafen. N. M. VII. S. 446.

— — Amtsverbrechen und Amtsehrenbeleidigung in Beziehung  
auf Geistliche. (Cap. 15, bezw. Art. 143, 194 des Cr.-G.-B.  
von 1840). (Braun) N. M. VIII. S. 3.

**Geldstrafen.** Verwendung der Strafgelder. (Geldbußen ausblei-  
bender Gerichtsschöffen und Schulversäumnisstrafen.) Rescr.  
vom 28. Juni 1870. B. II. S. 326, 476.

— — Ueber den Verbleib dessenigen Anteils von den erkannten  
Geldstrafen, der früher dem Denuncianten zufiel, nachdem das  
Gesetz vom 28. December 1869 die Denuncianten-Gebühr  
aufgehoben hat Min.-Rescr. vom 25. April 1873. B. V.  
S. 162.

**Gemarkung.** Zunstzwangrecht innerhalb der sog. Gemarkung  
(§. 61. der Gewerbeordnung von 1847.) T.-E. VI. Nr. 144.

**Gemeinde.** Verhältniß der Realgemeinde zur politischen Gemeinde.  
T.-E. VI. Nr. 1.

— — Legitimation der politischen Gemeinde zur processualischen  
Geltendmachung der Gemeinderechte T.-E. VI. Nr. 1.

— — Politische Gemeinde als Vertreter in Processen wegen Ein-  
zelrechte von Gemeindemitgliedern. B. II. S. 53. Nr. 73.

— — Ueber die juristische Natur der Rechte bezw. Verpflichtungen,  
welche den Mitgliedern eines Gemeinwesens als solchen,  
bezw. gegen dieselben zustehen. (Werner) B. I. S. 172.

— — Die Albauer in einer Gemeinde bilden keine Genossenschaft.  
T.-E. VI. Nr. 2.

— — Die Gesamtheit der Häuslinge einer Gemeinde bildet kein  
selbstständiges Rechtssubject. T.-E. VII. Nr. 1.

— — Eidesleistung der Gemeinden. Stimmenzählung bei dem  
Gemeindebeschuß in Betreff der Eidesleistung. (zum §. 285  
der b. P.-O.) T.-E. VII. Nr. 132.

— — Gewohnheitsrecht innerhalb einer Gemeinde. B. V. S. 7.  
Nr. 158.

— — s. Realgemeinde.

- Gemeindeberechtigungen.** Der Eigenthümer des Haupthofes hat eine dingliche Klage gegen die Besitzer der dazu gehörenden Gemeintheile. L.-E. IV. Nr. 9.
- Gemeintheilung** s. Verkoppelung.
- Gemeinschaftliches Testament** s. Testament.
- Gemischte Ehe** s. Ehe.
- Genehmigung** s. Veräußerung. Obervormundschaft. Ratihabition.  
Gutsberr. Obrigkeit.
- Generalhypothek** s. Hypothek. Pfandrecht.
- Generalvollmacht** s. Auftrag.
- Gerichte.** Entscheidung derselben über Verfügungen der Verwaltungsbehörden. L.-E. I. Nr. 43. II. Nr. 43. III. Nr. 66, 78. V. Nr. 79. VI. Nr. 149, 150, 156.
- — s. Zuständigkeit.
- Gerichtliche Ueberweisung** von Grundstücken im Zwangsvollstreckungsverfahren. — Einfluß der Insolvenzerklärung des Schuldners auf dieselbe. N. M. VII. S. 431. — — zum §. 564 der b. P.-D. (Adjudication.) L.-E. VI. Nr. 20, 51.
- — **Verwaltung** s. Verwaltungen.
- Gerichtsbarkeit** und gerichtliches Verfahren in Ehe- und Verlöhnissachen, s. Ehe- und Verlöbnissachen.
- — Ueber bürgerliche Gerichtsbarkeit in Strafsachen der Militärpersonen. (Nordmann) N. M. VII. S. 59.
- Gerichtsgebühren** s. Prozeßkosten.
- Gerichtsschreiber.** Buziehung derselben im Ermittelungsverfahren. (§§. 23, 150 der Str.-P.-D. von 1867.) N. M. VIII. S. 339. B. I. S. 447.
- — s. Actuare. Vollstreckungsklausel.
- Gerichtsstand** des Vertrages für Ausländer nach dem §. 10 der b. P.-D. N. M. IX. S. 73.
- — des fürstlichen Hauses in der Grafschaft Bentheim. (§. 400 der b. P.-D. und die Verordnung vom 28. August 1856.) B. III. S. 467.
- — s. Prorogation.
- Gerichtsverfassungsgesetz** vom 8. November 1850. §. 22. Anwendung des §. 22 in Betreff der Uebertragung der Vormundschaftssachen auf ein anderes Amtsgericht. (v. Düring) B. I. S. 64.
- — Gesetz vom 31. März 1859 §. 4, Abänderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes betr. — Competenz der Amts- bezw. Obergerichte bei Prozessen über Wegegerechtigkeiten. L.-E. VI. Nr. 151.
- Gerichtsvoigte.** Zuständigkeit zur Entscheidung der Beschwerden über die von Amtsgerichten gegen die Gerichtsvoigte erkannten Disciplinarstrafen. Min.-Rescr. vom 3. Juli 1868. N. M. IX. S. 395.

**Gerichtsvoigte.** Hebung und Verrechnung der Stempelabgaben für Verhandlungen und Ausfertigungen der Gerichtsvoigte. Bekanntmachung des Justiz- und Finanzministers vom 3. Juli 1869. B. I. S. 283.

- — sind verpflichtet, in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nur im Auftrage des vorgesetzten Gerichts thätig zu werden. Min.-Reser. vom 21. Juni 1872. B. IV. S. 312.
- — Zu den §§. 79 des Dienstreglements und 539 der b. P.-D. — Einfluß der nach eingetreterner Zwangsvollstreckung ertheilten Stundung auf die Thätigkeit des Gerichtsvoigts. B. V. S. 261.
- — s. Prozeßkosten.

**Geschäftsführung ohne Auftrag.** — Voraussetzungen der actio negot. gest. contr. — Absicht des Geschäftsführers, entgegenstehender Wille des dominus. — Utilitas negotii. L.-E. I. Nr. 61. V. Nr. 33. VI. Nr. 47.

- — Beweislast hinsichtlich des animus repetendi. L.-E. IV. Nr. 26.

**Geschlechtscuratel** (im Lande Hadeln). Bedeutung derselben für das gerichtliche Verfahren, insbesondere Behändigung an den Geschlechtscurator. L.-E. II. Nr. 54. VI. Nr. 197.

**Gesellschaftsvertrag.** Verpflichtung eines socius zur Rechnungsablage. L.-E. VI. Nr. 56.

**Gesetze;** gebietende; Gewohnheitsrecht gegen solche. L.-E. VI. Nr. 93.

**Geständniß im Civilprozeß.** Bindende Kraft des Geständnisses für den Richter. B. V. S. 82. Nr. 191 sb. 2.

- — Anfechtung der von dem Bevollmächtigten für die Partei ausgesprochenen Geständnisse. L.-E. VI. Nr. 215.

**Gewährleistung** s. Eviction. Kauf.

**Gewässer** s. Wasserrecht.

**Gewerbeordnung** vom 1. August 1847; zum §. 8; Vor der Klageerhebung ist ein Sühneverfahren vor der Obrigkeit unbedingt vorgeschrieben und ist diese Vorschrift von Amts wegen zu beachten. L.-E. VII. Nr. 117.

- — — zum §. 35; L.-E. VII. Nr. 18.
- — — zum §. 60; Klagerecht gegen Unmaßung von Gewerbrechten. L.-E. VI. Nr. 145. (cf. I. Nr. 54.)
- — — zum §. 61; Zunftzwangsrecht innerhalb der sog. Gemarfung. L.-E. VI. Nr. 144.
- — — zu den §§. 140, 189. Juristische Persönlichkeit der Krankencassen. (Gesetz vom 15. Juni 1848.) L.-E. V. Nr. 1.
- — — zu den §§. 191, 192; Widerspruchsrecht der Zünfte bei einem das Zusammenwirken mehrerer Zünfte erfordernden Fabrikbetriebe. L.-E. II. Nr. 7.
- — — vom 21. Juni 1869. Ueber das Verhältniß derselben

zum §. 199 des Preuß.-Str.-G.-B. (Kerckhoff) B. II.  
S. 145.

- Gewerbeberechtigungen.** Gesetz, betreffend die Aufhebung und Ablösung der ausschließlichen Gewerbeberechtigungen, der Zwangs- und Bannrechte ic. vom 17. März 1868; §§. 1, 4. Ausschließliche Krugberechtigungen. B. III. S. 131. Nr. 102, c.  
— — — §§. 1, 4, 5. Krugberechtigungen. B. III. S. 114. Nr. 102.  
— — — §. 4. Communalabgaben. B. III. S. 124. Nr. 102 a., S. 125. Nr. 102 b.  
— — — §§. 4, 42, 44. Entschädigungspflicht der Staatscasse. B. III. S. 135. Nr. 102 e.  
— — — §§. 4, 50. Bemerkungen zu denselben mit besonderer Rücksicht auf die Provinz Hannover. (Fastenau) B. III. S. 263.  
— — — Über die Zuständigkeit der Auseinandersetzungsbhörden zur Entscheidung der Streitigkeit, ob eine in der Provinz Hannover auf einem Grundstücke ruhende Abgabe eine nach §. 4 des Gesetzes vom 17. März 1868 in Wegfall kommende Gewerbeabgabe oder eine Grundabgabe ist. (Walbaum) B. V. S. 194.  
— — — §§. 4, 49, 50. Competenz der Gerichte und Auseinandersetzungsbhörden. B. II. S. 46. Nr. 56. III. S. 114. Nr. 102.  
— — — Zulässigkeit des Rechtsweges. B. V. S. 107. Nr. 203.  
— — — §§. 8, 3 Nr. 1. Krugverlagsrecht des Fiscus. B. S. 452.  
— — — Rechtliche Natur der Abgaben von Krügen. B. V. S. 102. Nr. 202.  
— — — Ausschließliche Gewerbeberechtigung von Kunstgenossen. B. III. S. 133. Nr. 102 d.  
— — — Stattnehmigkeit einer Entschädigungsklage wegen gesetzlich aufgehobener Gewerberechte bei unrichtig geschehener Anmeldung. B. V. S. 117. Nr. 204.
- Gewerbebetrieb im Umherziehen.** Der §. 8 des Regulativs vom 4. December 1836, den Gewerbebetrieb im Umherziehen betreffend. (Rasch) B. IV. S. 61.
- — — Gewerbesteuercontraventionen der Hauftrer. Erlass der Kronoberanwaltschaft vom 16. März 1864. B. I. S. 440.
- Gewerberechte.** Klage auf Schutz ausschließlicher Gewerberechte. L.-G. I. Nr. 54. VI. Nr. 145.
- — — Schutz im Quasibesitz exklusiver Gewerberechte. (Mühlen- gewerbe.) — Interdictum uti possidetis. L.-G. VII. Nr. 18.
- — — Unvorhergesehene Verjährung bei ausschließlichen Gewerbe- rechten. L.-G. VII. Nr. 4.
- — — Rechte in Bezug auf Bierbrauereien erstrecken sich auch auf Lagerbier. L.-G. VII. Nr. 116.

**Gewerbesteuer.** Zum §. 27 des Steuergesetzes vom 21. October 1834. T.-G. III. Nr. 54.

**Gewerbesteuerverantwortung** der Hausrat. Erlass der Kronoberg-Anwaltschaft vom 16. März 1869. B. I. S. 440. (Rasch) IV. S. 61.

— — Vollstreckung der Confiscationsstrafen. (Rescr. vom 15. Mai 1869.) B. I. S. 283.

**Gewerbesteuergesetze.** Ueber die Anwendbarkeit der Gewerbesteuer-gesetze auf einen in Hamburg ansässigen Kleinhändler, im Falle derselbe dahier Ankäufe macht. B. V. S. 160.

**Gewerbetreibende** s. Verjährungsgesetz.

**Gewerbsunzucht** s. Unzucht.

**Gewohnheitsrecht** und Herkommen als Quelle subjectiver Rechte. T.-G. I. Nr. 34, 35. IV. Nr. 1, 2, 4, 45. V. Nr. 100. VI. Nr. 4, 6, 7, 8. VII. Nr. 1, 2, 3. B. III. S. 51. Nr. 72. IV. S. 236. Nr. 140.

— — Beweislast und Gleichförmigkeit der Handlungen. T.-G. IV. Nr. 3.

— — Beweis desselben durch Auferlegung eines Ergänzungseides. T.-G. I. Nr. 60. III. Nr. 67. — durch Zuschiebung eines Eides. III. Nr. 26, 67, 68. VI. Nr. 176.

— — Beweis des einem allgemeinen Gesetze derogirenden Gewohnheitsrechts. T.-G. III. Nr. 16.

— — gegen gebietende Gesetze. T.-G. VI. Nr. 93. — innerhalb einer Gemeinde. B. V. S. 7. Nr. 158.

— — Durch solches kann dem Rechtssage, daß der Eigentümer der Erdoberfläche zugleich Eigentümer des damit Verbundenen sein müsse, derogirt werden. T.-G. VI. Nr. 25.

**Goslar** s. Stadtrecht.

**Gottesdienst.** Störung des Gottesdienstes; zur Hannoverschen Sabbathsordnung von 1822. (Rasch) B. IV. S. 73.

**Gotteslästerung.** Ueber den Umfang des Begriffs des Verbrechens der Gotteslästerung. (§. 166 des Deutsch. Straf-G.-B.) B. V. S. 159.

**Grenzscheidungsklage.** Die l. 13 D. fin. regdr. 10, 1. ist unanwendbar auf Grundstücke, welche sich lediglich als accessorische Bestandtheile der Wohngebäude darstellen. T.-G. IV. Nr. 16.

**Großhandel** s. Verjährungsgesetz.

**Großjährigkeit** s. Volljährigkeit.

**Grundabgabe** s. Gewerbeberechtigungen.

**Grundstüde.** Publicität der Verträge zur Veräußerung von Immobilien im Lande Hadeln. T.-G. V. Nr. 86. — Vorgängige Heilbietung. VI. Nr. 133.

— — Befugniß zur Veräußerung von Immobilien in fortgesetzter Gütergemeinschaft nach gemeinem Rechte und Hadelnschem Landrecht. T.-G. VI. Nr. 142.

**Grundstücke.** Beschränkungen des Eigenthums an Grundstücken nach den Statuten der Stadt Verden. N. M. IX. S. 201. cf. auch Nachbarrecht.

— — aus der Mark an die Stätte gekommene und „im Beschlusse liegende“ bei vormals eigenbehörigen Städtchen. (Osnabrück) B. IV. S. 216. Nr. 132 sb. c. u. d.

— — Veräußerung von Grundstücken während der durch venia aetatis erlangten Großjährigkeit. B. V. S. 34. Nr. 172.

— — s. Allodium. Bürgergüter. Contracte. Dotalgrundstücke. Erbtheilungsfrage. Grenzcheidungsfrage. Pupillengrundstücke.

**Grundzins.** Entstehung desselben durch Gewohnheitsrecht oder Herkommen. T.-E. VI. Nr. 8.

**Gutachten** s. Sachverständige.

**Guter Glaube.** Neben die Natur desselben bei der Klagenverjährung.

— — Mala fides des Universalvorgängers. (v. Düring) N. M. VII. S. 35. T.-E. VII. Nr. 15.

— — Beweislast hinsichtlich der bona resp. mala fides bei der Eröffnung. T.-E. V. Nr. 15.

— — Folgen der Anmeldung im Edictalverfahren auf die bona fides des Provocanten. T.-E. II. Nr. 48.

**Güterabtretung** befreit von der Wechselhaft. (§. 655 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 148 sb. I—III.

**Gütergemeinschaft.** Natur der ehelichen Gütergemeinschaft. T.-E. V. Nr. 80.

— — Einfluß der allgemeinen Gütergemeinschaft auf die Fähigkeit der Ehefrau zum Handeln vor Gericht. T.-E. IV. Nr. 39.

— — eheliche in der Stadt Hildesheim. — Wiederverheirathung des überlebenden Ehegatten und leztwillige Verfügung desselben. T.-E. V. Nr. 81. — Geltung in der Neustadt. — Constituirung eines Sonderguts. — Haftung der Frau für die Schulden des Mannes. VI. Nr. 141.

— — Nothwendigkeit der öffentlichen und gerichtlichen Verkündigung für die Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft und die Constituirung eines Sonderguts, insbesondere in der Stadt Hildesheim. T.-E. IV. Nr. 40.

— — eheliche und fortgesetzte des Landes Wursten. N. M. VIII. S. 160, 194.

— — Gewohnheitsrecht über die im Lande Wursten geltende Gütergemeinschaft. T.-E. VI. Nr. 136.

— — fortgesetzte, im Lande Hadeln. T.-E. V. Nr. 83.

— — eheliche; daselbst. — Successionsrechte der Kinder. — Testament des überlebenden Ehegatten. T.-E. V. Nr. 84.

— — fortgesetzte; Besugniß zur Veräußerung von Immobilien in fortgesetzter Gütergemeinschaft nach gemeinem Rechte und Hadelnschem Landrechte. T.-E. VI. Nr. 142.

— — eheliche; im Bentheimischen unter freien Bauern. T.-E.

VII. Nr. 103. — Veräußerung von Immobilien durch den überlebenden Ehegatten. Nr. 105. §. IV. S. 226. Nr. 134. — Rechte des überlebenden Ehegatten, bezw. der Kinder. T.-E. VII. Nr. 102 sb. i.—v.

Gütergemeinschaft, eheliche; in der Stadt Lüneburg. — Fortsetzung der Gemeinschaft mit den Kindern. — Gemeinschaftliche Testamente der Ehegatten. T.-E. V. Nr. 82.

— — — im Lingenschen, insbesondere Rechte des überlebenden Ehegatten und der Kinder. §. II. S. 58. Nr. 62 sb. i. u. ii.

— — — In welcher Art vollzieht sich nach Lippeschem Gütergemeinschaftsrechte beim Tode des längstlebenden Ehegatten der Übergang des ehelichen Vermögens auf dessen Kinder? (Preuß) N. M. IX. S. 233.

— — — eheliche; im Münsterschen. Legitimation der Ehefrau zur processualischen Vertretung des Ehemannes. T.-E. VII. Nr. 7.

— — — unter Meiersleuten. Einfluß auf die Vererbung des Meierhofes. (Lüneburg.) T.-E. III. Nr. 13. — bei Meiersleuten im Hoya'schen. §. II. S. 369. — der Bauern auf vormals eigenbehörigen, in Folge der Ablösungsgesetze frei gewordenen Höfen im Fürstenthume Osnabrück. (Lodtmann) III. S. 3, 327.

Güterrechte, eheliche; des Landes Wursten. (Ritter) N. M. VIII. S. 151.

— — — Die Statute der Stadt Verden und das in derselben geltende eheliche Güterrecht. (Ritter) N. M. VIII. S. 347. IX. S. 3.

— — — in der Stadt Stade; zu den Statuten von 1279. T.-E. VI. Nr. 137.

— — — der vormals eigenbehörigen Colonen nach Veräußerung des Colonats. (Osnabrück.) §. II. S. 56. Nr. 61.

— — — auf vormals eigenbehörigen, in Folge der Ablösungsgesetze frei gewordenen Stätten. (Osnabrück.) §. IV. S. 213. Nr. 131.

Gutsherr. Erforderniß der gutsherrlichen Genehmigung zu lebenswilligen Verfügungen, welche die Succession in Bauerhöfe zum Nachtheile des Anerben verändern. (Hildesheim.) §. IV. S. 197. Nr. 125 sb. i. (Galenberg.) sb. ii. (Lüneburg.) sb. iii.

— — — Nothwendigkeit, Form und Bedeutung des gutsherrlichen Consenses zu Verfügungen des Colonen über das Meiergut. (Hoya.) §. II. S. 359.

— — — Consens aller Gutsherren des Meiers bei Annahme- und Abfindungscontracten bei Vermeidung der Nichtigkeit erforderlich. (Hildesheim.) T.-E. V. Nr. 77.

— — — Genehmigung desselben zu Erbverträgen über das Meiergut. (Hildesheim.) §. III. S. 108. Nr. 98.

**Gutsherr.** Recht derselben, bei lüneburgischen Meiergütern den HofsNachfolger zu wählen. B. I. S. 120. Nr. 21. T.-E. VII. Nr. 92, 93.

- — Mangel des gutsherrlichen Consenses bei Veräußerung des Meierguts bewirkt Nichtigkeit; (zu Cap. XI. der lüneburgischen Pol.-Ord.) T.-E. V. Nr. 75. — von Pertinenzien des Meierguts. (Lüneburg.) VII. Nr. 86. (cf. Nr. 87.)
- — Gutsherrlicher Consens zur Veräußerung von Weiderechten eines pflichtigen Meierguts erforderlich. — Die Behauptung des mangelnden Consenses bildet eine vom Reunionskläger zu erweisende Replik. (Lüneburg.) B. II. S. 50. Nr. 57.
- — Mangel des gutsherrlichen Consenses zur vertragsmäßigen Erbsfolge in das Meiergut bewirkt keine Nichtigkeit. (Lüneburg.) T.-E. VI. Nr. 94.
- — Verzicht auf das Anerbenrecht an einer Meierstelle bedarf des gutsherrlichen Consenses nicht. (Lüneburg.) B. II. S. 53. Nr. 58.
- — Mitwirkung derselben bei Feststellung des Altenteils. (Lüneburg.) T.-E. VII. Nr. 91.
- — Ist im Lüneburgischen zur Festsetzung von Abfindungen gutsherrlicher Consens bei Strafe der Nichtigkeit erforderlich? (Stromeyer) R. M. VII. S. 174.
- — Den gutsherrlichen Consens bezüglich der Kirchen- oder Pfarrmeierhöfe ertheilt der Kirchenvorstand. (Lüneburg.) T.-E. VII. Nr. 92.
- — Testamentarische Verfügung über Meierhöfe ohne gutsherrlichen Consens. (Galenberg.) T.-E. VII. Nr. 89.
- — Consens derselben zu Ehenotuln und anderen Dispositionen. (Cap. III. §. 4 der Bremischen Pol.-Ord.) (Bremen=Verden.) T.-E. II. Nr. 44. IV. Nr. 69. V. Nr. 76. VI. Nr. 104.
- — Veräußerung von Meiergrundstücken ohne gutsherrliche Genehmigung. (Bremen.) T.-E. VII. Nr. 88.
- — Mangel der gutsherrlichen Genehmigung beim Verkaufe eines Meierguts. (Bremen=Verden.) B. IV. S. 176. Nr. 118 sb. i. u. II.
- — Besugniß des Gutsherrn und des eigenbehörigen Colonen, zu bestimmen, nach welchen Rechtsgrundsätzen das Colonat und dessen Bewohner zu beurtheilen seien. (Osnabrück.) T.-E. IV. Nr. 63. B. I. S. 105. Nr. 14.
- — Vergl. auch Veräußerung.

**Hadelnsches Recht.** Thl. II. Tit. 11: Verträge über die Veräußerung von Immobilien. T.-E. V. Nr. 86. — Retractrecht. VI. Nr. 133.

- — Thl. II. Tit. 16. Einseitiger Rücktritt des Verpächters. T.-E. V. Nr. 102.
- — Thl. III. Tit. 1 u. 2. Cura sexus. T.-E. II. Nr. 54.

**Hadelnsches Recht.** Thl. III. Tit. 4: Veräußerung von Puvillen-  
grundstücken. — Gütergemeinschaft. — Erbrecht. T.-E. V.  
Nr. 83.

— — — — Tit. 7, 9 u. 10: Testamentserrichtung vor den  
Kirchspielsgerichten. B. III. S. 113. Nr. 101.

— — — — Tit. 17 u. Thl. II. Tit. 3: Veräußerung von  
Immobilien bei fortgesetzter Gütergemeinschaft. T.-E. VI.  
Nr. 142.

— — — — Tit. 20: Erbtheilungsverfahren. T.-E. V. Nr. 101.

— — Erbgut nach demselben. T.-E. V. Nr. 84, 85. — Im-  
missionsrecht im Concurse. VI. Nr. 134.

**Häuslinge.** Die Gesamtheit der Häuslinge einer Gemeinde bildet  
kein Rechtssubject. T.-E. VII. Nr. 1.

**Haft.** Ueber Haftentlassungsgesuche eines vom Schwurgerichte  
Verurtheilten steht, so lange das Urtheil nicht vollstreckbar  
ist, die Entscheidung dem Gerichtshofe zu. (Str.-P.-D. von  
1850.) N. M. VII. S. 462. Anmerk.

— — s. Polizeiliche Haft.

**Handelsforderungen** s. Verjährungsgesetz.

**Handelsgesellschaft.** Eine als offene Handelsgesellschaft eingetragene  
Societät behuf Betreibung einer Ziegelei ist keine Handelsgesell-  
schaft. B. V. S. 82. Nr. 191 sb. 1.

**Handelsgesetzbuch;** allgemeines, deutsches: Art. 250, 252. Stille  
Gesellschaft. B. II. S. 39. Nr. 53.

— — — — Art. 271 sb. 1. Handelsgeschäfte. B. V. S. 82.  
Nr. 191.

— — — — Art. 313. Retentionsrecht. B. III. S. 77.  
Nr. 82.

— — — — Art. 343. Besugniß des Eigenthümers, auf seine  
Sachen mitzubieten. B. V. S. 87. Nr. 192.

— — — — Art. 347. Untersuchungspflicht bei übersandten  
Waaren. B. III. S. 65. Nr. 79.

— — Einführungsgesetz vom 5. October 1861 §. 41: Zuständig-  
keit der Gerichte. B. V. S. 136. Nr. 215.

**Handelsregister.** Die Eintragung einer Commanditgesellschaft als  
offene Handelsgesellschaft ist ohne rechtliche Wirkung. B. V.  
S. 82. Nr. 191 sb. 3.

**Handelsreisender.** Ein sog. Reisender hat nicht ohne Weiteres  
die Stellung eines Institor. T.-E. II. Nr. 55.

**Handlungsfähigkeit.** Verminderung derselben durch Trunkenheit.  
B. V. S. 8. Nr. 159.

— — Der Einwand der Dispositionsunsfähigkeit ist eine wirkliche  
Einrede. T.-E. VII. Nr. 6.

**Handlungsfirma** s. Firma.

**Hannover.** Anwendbarkeit der Statuten der Altstadt Hannover  
und bezw. der Verordnungen von 1712 und 1739 auf neu

- angeschlossene Stadttheile. — Anmeldungen im Sinne der Verordnungen von 1712 und 1739. T.-E. VII. Nr. 118.
- Hannover.** Baustatuten der Stadt Hannover. — Anwendung des §. 2. T.-E. VII. Nr. 119.
- Hauptintervention.** In den §§. 35, 38, 39 der b. P.-O. Prä-judicialfrage für die Hauptache. — Erhebung der Intervention. T.-E. III. Nr. 20.
- Hauptverfahren** in Polizeigerichtssachen. — Eröffnung desselben. (§§. 259, 356, 75 u. a. der Str.-P.-O. von 1867.) M. M. VIII. S. 341.
- Hauptzehnten** s. Zehntrecht.
- Hausgenossen** s. Abfindung.
- Hausgeräth** s. Pfandrecht.
- Hausiren** s. Gewerbebetrieb im Umherziehen.
- Hanskinder** s. Minderjährige.
- Hehlerei** s. Rückfall.
- Heilkunde** s. Aerztliche Praxis.
- Heirathsconsens** s. Eheverlobungsconstitution.
- Hereditas jacens** s. Liegende Erbschaft.
- Hereditatis petitio** s. Erbrechtsklage.
- Herkommen** s. Gewohnheitsrecht.
- Höfe** s. Bauergüter. Meiergüter.
- Höfecontracte.** Über die Mitwirkung der Verwaltungsbehörden bei den abgelöste Meiergüter u. s. w. betreffenden Verhandlungen auf Grund des §. 3 der Verordnung über die Verhältnisse der in Folge der Verordnung vom 10. November 1831 durch Ablösung frei gewordenen Güter u. s. w. vom 23. Juli 1833, und des Gesetzes, die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden hinsichtlich der sog. Höfecontracte betreffend, vom 17. Juni 1857. (Struckmann.) B. IV. S. 47.
- — Durch die Verwaltungsbehörden ungesetzlich ertheilte Bestätigungen von sog. Höfecontracten (Gesetz vom 17. Juni 1857) müssen von den Gerichten dennoch als gültig anerkannt werden. T.-E. V. Nr. 79.
- — Begriff der vor der Obrigkeit zu errichtenden Verträge. (§§. 2, 3 der Verordnung vom 23. Juli 1833.) T.-E. II. Nr. 17.
- — Contracte über Abbauerstellen, welche auf zum Theil gutscherrnpflichtigen Grundstücken errichtet sind, unterliegen nicht den gesetzlichen Beschränkungen und Förmlichkeiten der Contracte über Meierhöfe. (Lüneburg.) T.-E. VI. Nr. 88.
- Hofabtretungscontract**; zwischen dem Meier und einem Dritten abgeschlossener, ins Leben getretener, aber nichtiger enthält an sich keine zur Klage berechtigende Verletzung des Rechtes des Anerben. T.-E. III. Nr. 56.

**Hofabtretungscontract.** Bei Hofabtretungs- und Abfindungscontracten finden die Grundsätze über laesio enormis keine Anwendung. T.-E. I. Nr. 14.

— — s. Bauergüter. Meiergüter.

**Hofesannehmer** hat nach der Calenbergischen Meierordnung allein den verstorbenen Meier zu repräsentiren. T.-E. I. Nr. 47.

— — s. Anerbe. Meiergüter.

**Hofesinventar** s. Wirtschaftsinventar.

**Holzberechtigungen.** Vergehen in Bezug auf dieselben. (§§. 51—60 des Forststrafgesetzes von 1847.) N. M. VII. S. 122.

**Holzdiebstahl.** Bemerkungen zum Forststrafgesetze vom 25. Mai 1847; zu den §§. 33—42. (Grahn) N. M. VII. S. 112.

**Holzdiebstahlgesetz** vom 2. Juni 1852. Ueber den Einfluß des Dt. R.-Str.-G.-B. auf das sog. Preußische Holzdiebstahlgesetz. (Fischer.) B. V. S. 293.

— — Haftung der Eltern, Haus- und Dienstherrn für die Forstentwendungen der ihnen Untergebenen, falls Letztere unter 12 Jahre alt sind. (§§. 10 u. 11.) B. V. S. 305.

**Honorar** für den Sachführer in der Berufungsinstanz. T.-E. III. Nr. 70. IV. Nr. 76. VI. Nr. 213.

— — Verjährung der Klage des Sachführers auf Honorar und Auslagen. T.-E. VI. Nr. 10.

**Hund- und Weideberechtigung** s. Weideberechtigung.

**Hundeführwerk.** Die Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 2. März 1861, betreffend das Fahren mit Hundeführwerk, insbesondere die Vorschrift im §. 1 ist nach Einführung des Preuß. Str.-G.-B. in Geltung geblieben. N. M. IX. S. 392.

**Hülfelohu** s. Strandungssachen.

**Hypotheken.** Anfechtung von Hypothekbestellungen mittels der actio Pauliana. T.-E. I. Nr. 13. III. Nr. 43. VI. Nr. 60. VII. Nr. 57. — durch den Conciergeurator. IV. Nr. 89. V. Nr. 145. B. III. S. 162. Nr. 111.

— — Rangordnung der an einem Tage ingrossirten Hypotheken. T.-E. VI. Nr. 31.

— — Verpflichtung des Gläubigers in Bezug auf die Löschung einer Hypothek. T.-E. IV. Nr. 29.

— — Verzicht der Ehefrauen auf die ihnen in Folge des Hypothekengesetzes von 1864 wegen ihres Brautschatzes am Vermögen ihres Mannes erwachsenen Hypothekenrechte. (Meier) N. M. VII. S. 286.

— — Die Hypothekarier mit drittem persönlichen Schuldner im Concurse des Hypothekeneigenthümers nach Hannoverschem Rechte. (Francke) B. V. S. 169.

— — Bezieht sich die nach Maßgabe des §. 626 der b. P.-D erlassene Edictalladung der Concursgläubiger auch auf diejenigen Personen, denen Hypotheken an den zur Concurs-

masse gehörenden Immobilien zustehen? (Möpke) §. III. S. 413. I. S. 161. Nr. 39 sb. 1. T.-E. V. Nr. 140.

**Hypothesen.** Ueber die Bedeutung der Anmeldung von Pfandrechten an Immobilien auf Grund der im Subhaftationsverfahren mit dem Subhaftationspatente verbundenen Ediktalladung, sowie die Folgen der Unterlassung solcher Anmeldungen in Beziehung auf das Recht, aus dem durch die Subhaftation erzielten Erlöse Befriedigung zu beanspruchen. (Struckmann) §. III. S. 430. (cf. §. V. S. 171.)

- — Reallasten erlöschen, wenn auf Antrag eines älteren Pfandgläubigers verkauft wird. §. I. S. 88. Nr. 2.
- — Die Stellung des älteren Pfandgläubigers zu jüngeren, dinglichen Rechten am Pfandobjecte. (Isenbart) §. II. S. 255. (Struckmann) S. 418. (Adickes) IV. S. 134.
- — Concurrenz des Altentheils mit Hypothesen. T.-E. VI. Nr. 101. §. I. S. 89. Nr. 3. IV. S. 188. Nr. 123. (Großhupf) S. 281.
- — Retention des Kaufpreises, gestützt auf das Vorhandensein von Hypothesen am Kaufobjecte. T.-E. I. Nr. 37. II. Nr. 50. III. Nr. 5. V. Nr. 23. §. II. S. 22. Nr. 49. sb. 1. u. II.
- — wegen eines einem Dritten zustehenden Titels auf eine Hypothek. §. III. S. 74. Nr. 81.
- — s. Brautschatz. Credithypothek.

**Hypothesenbücher.** Einrichtung derselben. Min.-Rescr. vom 19. April 1866. N. M. VII. S. 312.

**Hypothekeengesetz vom 14. December 1864.** §§. 2—4. Hypothek an Schiffen. (Köllner) §. V. S. 257.

- — Beiträge zu demselben. §§. 6, 12. Hypothekenbestellungsvertrag. — Eintragung nach dem Tode des Hypothekschuldners. (Spengler) §. I. S. 397.
- — Ueber den Rechtstitel zur Hypothek. (Adickes) §. IV. S. 124.
- — Ueber das Verhältniß der Beschlagnahme von Vermögensobjecten zum Rechtstitel auf Eintragung einer Hypothek nach dem Hypothekengesetze von 1864. (Grisebach) §. II. S. 398.
- — Perfection des Hypothekenvertrages. §. III. S. 97. Nr. 92.

— — §§. 12, 14, 61. Das Retentionsrecht (Pfandrecht) des Vermiethers ist weggesunken. §. IV. S. 248. Nr. 146. (cf. S. 152.)

— — §. 14. Nr. 1. Rechtstitel der Ehefrauen zur Hypothek wegen des Brautschatzes. N. M. VII. S. 286.

— — §. 16. Vertragsmäßiger Rechtstitel zur Hypothek für Ansprüche, die nicht auf eine Geldsumme gerichtet und nicht in

- Gelde veranschlagt sind. — Klage auf Anerkennung einer Maximalsumme. (Francke) *B.* I. *S.* 47.
- Hypothekengesetz vom 14. December 1864.** *§. 28.* Convalescenz einer Hypothek. *B.* III. *S.* 397.
- — *§. 41.* Einrede der Vorausklage gegenüber der Klage aus vor 1864 ingrossirten Hypotheken. *B.* I. *S.* 92. Nr. 6 sb. I.—III.
- — *§§. 42 ff.* Faustpfand und Verpfändung von Forderungen. *B.* IV. *S.* 147.
- — *§§. 52, 61* Nr. 4, *§. 17.* Pfändung ungetrennter Früchte. *B.* V. *S.* 250.
- — *§§. 59* sb. 6, 61 sb. 3. Locirung der Abfindungen aus Bauergütern. *B.* IV. *S.* 189. Nr. 124 sb. II.
- — *§§. 60, 90.* Location der Zinsen auf die durch vorbehaltetes Eigenthum gesicherten Forderungen im Concurse. *N. M.* IX. *S.* 224.
- — *§. 61* sb. 3. Totalprivilegium, geltend gemacht von den Kindern des Erbairs als Erben der Mutter. *T.-G.* IV. Nr. 37.
- — *§. 84.* Beglaubigte Abschriften von Notariatsprotocollen zu den Hypothekenacten. *N. M.* VIII. *S.* 23.
- — *§§. 86, 87.* Berechnung des sog. Uebergangsjahres. *B.* III. *S.* 96. Nr. 91.
- — *§§. 86, 87, 107.* Eintragung in das Hypothekenbuch während des Uebergangsjahres. *B.* I. *S.* 145. Nr. 30.
- — *§§. 87, 88.* Ueber den Einfluß des Hypothekengesetzes auf die älteren Credithypotheken. (v. Pape) *N. M.* VIII. *S.* 28.
- Jagdschein.** Begriff der „vorschriftsmäßig“ ausgestellten Jagdscheine nach §. 2 des Gesetzes vom 9. März 1868. *B.* I. *S.* 432.
- Jagdvergehen.** Zum Begriff derselben. (*§§. 292, 293, 295, 368* Nr. 10 des D. Str.-G.-B.) *B.* IV. *S.* 158.
- — Auch die Aneignung bereits verendeten oder gefallenen Wildes ist als Ausübung der Jagd anzusehen und nach §. 274 des Preuß. Str.-G.-B. zu bestrafen. *B.* I. *S.* 431.
- — Strafe der Widersehlichkeit bei Forst- und Jagdverbrechen nach dem Gesetze vom 31. März 1837. *B.* I. *S.* 427.
- Ideale Concurrenz** s. Concurrenz.
- Illaten** s. Brautschätz. Miethvertrag.
- Immemorialverjährung** s. Unvordenkliche Verjährung.
- Immissionssrecht.** Wirkungen der concursrechtlichen Immission des Hypothekgläubigers nach Hadelnschem Landrechte. *T.-G.* VI. Nr. 134.
- Immobilien** s. Grundstücke.
- Impensen** s. Verwendungen.
- Inaedificatio.** Ersatz der Impensen bei derselben. *T.-G.* III. Nr. 50.

Incompetenz s. Unzuständigkeit.

Indossament s. Wechsel. Wechselordnung.

Inhaberpapiere s. Schuldverschreibungen.

Injurie s. Beleidigung.

**Insinuation.** Der Einwand der mangelnden Insinuation von Schenkungen; Umfang; — ist als Replik unzulässig. T.-E. IV. Nr. 72.

— — Erforderniß bei remuneratorischen Schenkungen. T.-E. VI. Nr. 17.

— — s. Behändigung.

**Insolvenzanzeige.** Das im Zwangsvollstreckungsverfahren subhaftirte Grundstück des Schuldners ist dem Käufer nach Einzahlung des Kaufpreises zu adjudiciren, ungeachtet inzwischen der Schuldner seine Insolvenz erklärt. (§§. 564, 610 der b. P.-D.) N. M. VII. S. 431.

— — Ist eine wirksame, einseitige Zurücknahme der Insolvenzanzeige seitens des insolventen Schuldners statthaft? (§§. 607 sb. 1 und 611 der b. P.-D.) (M. M.) N. M. VIII. S. 286.

**Institor.** Ein sog. Reisender hat nicht ohne Weiteres die rechtliche Stellung eines Institor. T.-E. III. Nr. 1.

Intercession s. Bürgschaft.

**Interdictum de liberis exhibendis** s. Väterliche Gewalt.

— — ne quid in flumine publico fiat s. Wasserrecht.

— — retinendae und recuperandae possessionis s. Besitzproceß.

— — quod vi aut clam. — Grundsätze desselben. T.-E. IV. Nr. 31. B. V. S. 81. Nr. 190.

— — — Zulässigkeit desselben in Bezug auf Kirchenstühle nach der Lüneburgischen Kirchenordnung. T.-E. VI. Nr. 21.

— — — Cumulation mit der possessorischen Klage. T.-E. VI. Nr. 21, 200.

— — — Verhältniß zur Klage wegen des Rechts. T.-E. VI. Nr. 61.

**Interimswirth.** Retentionsrecht desselben am Hofe wegen nicht prästirten Altentheils ist begründet. T.-E. VI. Nr. 123.

— — Demselben steht die act. confessoria zu. T.-E. VI. Nr. 124.

— — Haben dessen Kinder gesetzlich ein Recht auf eine Abfindung aus dem Hofe oder dem Allodialnachlaß des verstorbenen Meiers? (Stromeyer) N. M. VII. S. 323.

— — Recht des Interimswirths im Bremischen zur Reunionsklage. T.-E. III. Nr. 46.

— — Die Klage auf Festsetzung und Entrichtung des Altentheils ist gegen den Interimswirth zu richten. T.-E. IV. Nr. 65.

— — Rechte des Anerben am Vermögen des Interimswirths

nach Cap. VII. §. 7 der Osnabrückischen Eigenthumsordnung von 1722. T.-E. I. Nr. 36.

**Interimswirthschaft.** Steht der Meierswittwe ein von dem Consense der Vormundschaft für den Anerben unabhängiges Recht zu, einen Interimswirth auf den Hof zu bringen? (Stromeyer) N. M. VII. S. 203. (Lüneburg) T.-E. VI. Nr. 122. (Lüneburg-Hoya) VII. Nr. 94. (cf. Galenberg IV. Nr. 62.)

— — Einfluß des Concurses über das Vermögen des Interimswirths auf die Interimswirthschaft. T.-E. V. Nr. 72.

— — bei Meiergütern der Grafschaft Hoya. B. III. S. 240.

**Internationales Privatrecht;** Collision des amerikanischen und des hiesigen Rechts. B. II. S. 12. Nr. 41.

— — Untergang des Vorzugsrechts des Verpächters im Concurse durch Collision der Statuten. (Kistemaker) B. IV. S. 449.

— — Anwendbarkeit des Verschuldungsgesetzes vom 22. September 1850 auf Obligationsverhältnisse, bei denen verschiedene örtliche Verschuldungsgesetze in Frage kommen. (v. Düring) B. IV. S. 394. (cf. II. S. 5. Nr. 40.)

**Intestaterbsfolge** s. Erbrecht.

**Intervention** s. Hauptintervention. Nebenintervention.

**Inventar.** Erlaß der Verpflichtung des Vormundes zur Errichtung eines Inventars über das Pupillen-Vermögen durch letzwillige Anordnung des Vaters der Pupillen. B. IV. S. 418.

— — Anspruch auf Aufstellung eines eidlich zu erhärtenden Inventars. B. V. S. 94. Nr. 199.

— — s. Erbschaftsinventar. Rechtswohlthat des Inventars. Wirtschaftsinventar.

**Investitur** s. Lehn.

**Irrenanstalt.** Darf in dem Theile des Amtsgerichts Lingen, in welchem das allgemeine Landrecht gilt,emand in eine öffentliche Irrenanstalt gebracht werden, der nicht zuvor von seinem Richter für wahn- oder blödsinnig erklärt worden ist? (Koch) B. IV. S. 273.

**Irrthum bei Verträgen.** T.-E. V. Nr. 22.

— — bei letzwilligen Verfügungen. T.-E. VI. Nr. 78.

**Jüdische Ehefrau** hat das Privilegium des Brautschatzes nicht. T.-E. I. Nr. 42 a. VI. Nr. 32.

**Juden.** Fähigkeit der Juden zum Erwerbe von Grundeigenthum. (§. 6 des Verfassungsgesetzes vom 5. September 1848.) T.-E. VI. Nr. 3.

**Judicatsklage** s. Rechtskraft.

**Juramentum calumniae** s. Gefährdeid.

**Juristische Personen.** Haftung derselben aus den für sie durch ihre Repräsentanten abgeschlossenen Geschäften. — Synagogengemeinde. T.-E. IV. Nr. 24.

**Juristische Personen.** Eidesleistung für dieselben. (§. 285 der b. P.-D.) T.-E. IV. Nr. 80. V. Nr. 118. VII. Nr. 132.

**Juristische Prüfungen.** (§. 8 des Gesetzes vom 6. Mai 1869 über die juristischen Prüfungen u. s. w.) Besuchsnachricht der bei Rechtsanwälten beschäftigten Referendarien, jene als Rechtsanwälte zu vertreten. (Min.-Rescr. vom 10. Februar 1870.) 3. II. S. 164. (S. 328.)

— — — Gesuche der Referendarien um Ertheilung der Aufgabe einer rechtswissenschaftlichen Arbeit für das zweite Examen. Bekanntmachung des Präsidenten des Appellat.-Ger. zu Celle vom 27. Januar 1870. 3. II. S. 165.

— — — Form der Proberelationen für das zweite juristische Examen. Schreiben des Präf. der Justizprüfungs-Commission an den Präf. des App.-Ger. zu Celle vom 23. December 1870. 3. III. S. 173.

**Justiz.** Deren Reform in Würtemberg; kurze Mittheilung der Commissionsvorschläge. (1866.) N. M. VII. S. 317.

**Justizbeamte** s. Richter.

**Katholische Ehegatten;** immerwährende Trennung derselben von Tisch und Bett wegen Ehebruchs des einen Theils in ihren vermögensrechtlichen Wirkungen. — Competenz zur Entscheidung hierüber. N. M. IX. S. 59.

**Kauf.** Haftung des Verkäufers für die Freiheit des Kaufgegenstandes von Lasten, (Hypothenken). T.-E. I. Nr. 37. II. Nr. 50. III. Nr. 5. V. Nr. 23. VII. Nr. 54. 3. II. S. 22. Nr. 49 sb. i. u. ii. (cf. 3. III. S. 74. Nr. 81.)

— — — Bedeutung des verzinslichen Stehenbleibens des Kaufpreises. T.-E. I. Nr. 37.

— — — Klage auf Rescission eines Kaufgeschäfts wegen Mängel oder dolus. T.-E. III. Nr. 57.

— — — Rescission einer zwangswise vorgenommenen Subhastation. T.-E. VI. Nr. 51.

— — — Aufbewahrung der Probe. — Beweislast. T.-E. V. Nr. 34.

— — — Eigenthumsvorbehalt beim Kaufvertrage. T.-E. VI. Nr. 24.

— — — Bestimmung des Objects bei den nach dem Nominalbetrage verkauften, noch nicht voll eingezahlten Actien. T.-E. VI. Nr. 52.

— — — Beweislast hinsichtlich des Vorhandenseins contractlich versprochener Eigenschaften einer verkauften Sache. T.-E. VI. Nr. 53.

— — — eines Lotterielooses. T.-E. VI. Nr. 54.

— — — Wirkung des Hinwegfallens eines Theiles der Gegenleistung des Käufers für das Bestehen des Contracts. T.-E. VI. Nr. 91.

— — — Klage des Gläubigers wider den Käufer, welcher die

Schulden seines Verkäufers übernommen hat. L.-E. VII.  
Nr. 53.

**Kauf.** Verbindlichkeiten des Käufers gegenüber dem Pächter oder Miether seines Verkäufers. B. II. S. 21. Nr. 48.

— — Uebergang des Eigenthums der auf Credit verkauften und auf Gefahr des Käufers versandten Waaren auf den Käufer durch Uebergabe der Waaren an die Eisenbahnstation. L.-E. VII. Nr. 21. B. III. S. 56. Nr. 76.

— — Perfection eines Kaufgeschäfts durch Annahme übersandter Waaren. — Untersuchungspflicht nach Art. 347 des Handelsgesetzbuchs. B. III. S. 65. Nr. 79.

— — Besuigniß des Eigenthümers, beim öffentlichen Verkauf auf seine Sachen mit zu bieten. (Art. 343 des Handelsgesb.) B. V. S. 87. Nr. 192.

— — s. Retention. Redhibition. Entwährung. Lieferungskauf. Verlezung über die Hälfte.

**Kinder aus einer annullirten Ehe.** L.-E. III. Nr. 40.

— — s. Erziehung. Religiöse Erziehung.

**Kirchenbaulast im Fürstenthume Lüneburg.** L.-E. IV. Nr. 68 — in den Herzogthümern Bremen und Verden. — Dinglichkeit. V. Nr. 25. VI. Nr. 6.

**Kirchengemeinschaft.** Ueber den Austritt aus einer Kirchengemeinschaft und über die Beitragspflicht zu Kirchenlasten. B. II. S. 60. Nr. 63. (Kirchner) S. 150.

**Kirchenlasten.** Rechtliche Natur der Kirchen- und Schullasten. (Anwendbarkeit des bestehenden Beitragssufzes für neu hinzugelegte Bezirke.) L.-E. III. Nr. 83. V. Nr. 94. VI. Nr. 6, Nr. 147.

— — Rechtliche Natur derselben im Fürstenthume Osnabrück. L.-E. II. Nr. 46. — (Beweis eines Gewohnheitsrechts der Dinglichkeit.) III. Nr. 38. — (Galenberg.) Gewohnheitsrecht. VI. Nr. 148.

— — Ueber die Verpflichtung dritter Personen zur Tragung von Kirchen- und Schullasten, insbesondere bei vergrößerten Bedürfnissen. L.-E. VI. Nr. 146.

— — Die Exemtionen von Kirchenlasten sind aufgehoben. L.-E. VI. Nr. 148.

**Kirchen-Meierhöfe.** Ertheilung des gutsherrlichen Consenses bezüglich derselben geschieht durch den Kirchenvorstand. (Lüneburg.) L.-E. VII. Nr. 92.

**Kirchenstühle.** Zulässigkeit des interdictum quod vi aut clam und der Besitzklagen wegen Kirchenstühle nach der Lüneburgischen Kirchenordnung. L.-E. VI. Nr. 21.

— — Rechte an solchen im Fürstenthume Lüneburg. B. I. S. 147. Nr. 31. — in katholischen Kirchen. III. S. 104. Nr. 96.

**Kirchen- und Schulvorstand.** Eidesleistung für denselben. (§. 285.  
i. f. der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 118.

**Kirchspielsgerichte des Landes Hadeln.** Befugniß zur Testaments-  
errichtung. B. III. S. 113. Nr. 101.

— — — Das im Thl. III. Tit. 20 des Hadelner Landrechts  
vorgeschriebene Erbtheilungsverfahren vor den Kirchspielsge-  
richten ist aufgehoben. T.-E. V. Nr. 101.

**Klage.** Zulässigkeit der Klage bei Eintritt der Fälligkeit der ein-  
geklagten Forderung im Laufe des Processeß. B. II. S. 24.  
Nr. 50 sb. III—V. B. V. S. 49. Nr. 179 a, S. 52.  
Nr. 179 b.

— — selbstständige, auf Ersatz gezogener Früchte. T.-E. II.  
Nr. 51.

— — auf eine positive Leistung aus einer obigatio omittendi.  
T.-E. II. Nr. 11.

— — auf Anerkennung eines dinglichen Rechts setzt nach Preu-  
sischem Rechte nicht die Verleugnung des Rechts voraus. T.-E.  
V. Nr. 15.

**Klagebegründung** s. Litiscontestation.

**Klageänderung** (zu den §§. 203, 184 der b. P.-D.) T.-E. VI.  
Nr. 169, 170. — (Behauptung eines in erster Instanz nicht  
angeführten Herkommens.) VII. Nr. 130.

— — ist in der Berufungsinstanz von Unitswegen für unzulässig  
zu erkennen. (§§. 412 ff. der b. P.-D.) N. M. VII.  
S. 247.

**Klagenconsumtion** s. Litiscontestation.

**Klagenhäufung;** subjective; zum §. 34 der b. P.-D. T.-E. IV.  
Nr. 74.

— — — Berufung bei subjectiver Klagenhäufung. (§§. 346,  
394 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 187.

— — objective; Berufung bei objectiver Klagenhäufung. (§§.  
346, 594 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 127.

— — Verbindung der Klagen auf Schutz und Wiedererlangung  
des Besitzes. T.-E. V. Nr. 96. — des interdictum quod  
vi aut clam mit der possessorischen Klage (§. 186 der b.  
P.-D.) VI. Nr. 21, 200. — der Ansprüche auf  
Scheidung, Kindererziehung und restitutio dotis. (Gesetz  
vom 1. März 1869.) B. IV. S. 262. Nr. 154, S. 266.  
Nr. 155 sb. 3.

**Klageerhebung** bei einem unzuständigen Gerichte. — Einfluß auf  
die Klagenverjährung. T.-E. I. Nr. 64. VI. Nr. 13.

— — zum §. 7 des Wegegesetzes vom 28. Juli 1851; Unter-  
brechung des Fristenlaufs durch Klagerhebung bei einem un-  
zuständigen Gerichte. B. II. S. 42. Nr. 55 sb. 1.

**Klagenverbesserung** in der Berufungsinstanz. (§§. 417, 418 der  
b. P.-D.) T.-E. IV. Nr. 36. VI. Nr. 192. N. M. VII.

S. 249. — Nähere Bestimmung des klagenden Subjectes.  
T.-E. V. Nr. 106.

**Klaggrund.** Die Namhaftmachung eines bestimmten Rechtsgrundes für die Klage schließt nicht die richterliche Anwendung anderer Rechtsgründe aus. T.-E. IV. Nr. 44.

**Klagverjährung** s. Verjährung.

**Kosten** der Anzeige, Bewachung und Beerdigung gefundener Leichen.  
Min.-Rescr. vom 12. Januar 1869. N. M. IX. S. 396.

— — s. Proceßkosten. Unterhaltungskosten.

**Kostenfestsetzungsbeschied.** Zu den §§. 50, 53 der b. P.-D. Beweisverfahren nach erhobener Gegenvorstellung. T.-E. IV. Nr. 76.

— — Compensation und Verufung im Gegenvorstellungsvorfahren gegen den Kostenfestsetzungsbeschied. (§. 53 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 161 sb. I—IV.

— — Rechtsmittel gegen die auf erhobene Gegenvorstellung gegen den Kostenfestsetzungsbeschied ergangene Entscheidung. Z. I. S. 152. Nr. 32.

**Kostenliquidation** im Falle des §. 64 der b. P.-D. N. M. IX. S. 274.

**Krankenkassen** s. Gewerbeordnung.

**Kriegerföhren** s. Weggeldserhebung.

**Kriegszustand.** Genügt zur Verhängung des Kriegszustandes auf Grund des Art. 68 der Verfassung des norddeutschen Bundes mit den nach den Vorschriften des Preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851 sich richtenden Wirkungen desselben die Veröffentlichung der dessfallsigen Anordnung des Bundesfeldherrn durch das Bundesgesetzblatt? Z. II. S. 462.

**Kronanwaltschaft.** Ist dieselbe befugt, zum Zweck der demnächstigen Strafvollstreckung einen Angeklagten festzunehmen, welcher verhaftet war, vom Schwurgerichtshofe verurtheilt, jedoch aus der Haft entlassen ist und gegen das verurtheilende Erkenntniß zeitig, auch rechtsformlich die Nichtigkeitsbeschwerde verfolgt hat, deren Aburtheilung inzwischen noch nicht stattgefunden? (Rescr. der Kr.-Ob.-Anw. vom 23. September 1866.) N. M. VII. S. 467.

— — Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft. (§. 46 der Str.-P.-D. von 1867.) N. M. VIII. S. 295.

— — Befugnisse der Staatsanwaltschaft im Ermittelungsverfahren. N. M. VIII. S. 337.

— — Unterbrechung der Verjährung der Strafverfolgung durch die Thätigkeit der Staatsanwaltschaft. Z. IV. S. 304.

— — Einziehung der für die arme Partei annotirten Kosten von der reichen Partei durch die Kronanwaltschaft. (§. 64 der b. P.-D.) N. M. IX. S. 274. T.-E. III. Nr. 21.

— — Behandlung der Berufungsanträge für Ausländer an die

**Staatsanwaltschaft** des Proceßgerichts. T.-G. VI. Nr. 197.  
— an Angehörige des Preußischen Staats, welche außerhalb der  
Provinz Hannover wohnen. (§. 124 der b. P.-D.) 3. I.  
§. 153. Nr. 33. III. §. 146. Nr. 103, §. 148. Nr. 104.  
— an die Staatsanwaltschaft. N. M. IX. §. 77. 3. II.  
§. 5. Nr. 40. (cf. T.-G. II. Nr. 12.)

**Krugberechtigungen.** Rechtliche Natur des Erbenzinses für Krug-  
berechtigungen. 3. III. §. 114. Nr. 102.  
— — ausschließliche. 3. III. §. 131. Nr. 102 c.  
— — Ablösbarkeit eines dem Fiscus zuständig gewesenen Krug-  
verlagsrechts. (§§. 8, 3. Nr. 1 des Gesetzes vom 17. März  
1868.) 3. IV. §. 452.  
— — Rechtliche Natur der Abgaben von Krügen. 3. V. §. 102.  
Nr. 202.

**Kündigung.** Ersetzt die Anmeldung im Concurse eine obligations-  
mäßige Kündigung? T.-G. VII. Nr. 47.  
— — Fälligkeit kündbarer Forderungen gegenüber dem Bürgen  
oder dem Pfandbesitzer beim Concurse des Haupthaftschuldners.  
— Eintritt der Fälligkeit im Laufe des Processe. 3. II.  
§. 24. Nr. 50.  
— — Zulässigkeit der Klage bei Eintritt der Fälligkeit der For-  
derung durch den Ablauf der Kündigungsfrist während des  
Processe. 3. V. §. 49. Nr. 179 a, §. 52. Nr. 179 b.  
— — s. Darlehn.

**Ladung** s. Edictalladung.

**Laesio enormis** s. Verlezung über die Hälfte.

**Landesherrliche Bestätigung.** Erforderniß derselben zur Stiftung  
von Familienfideicommissen. T.-G. VII. Nr. 106.

**Landesverfassungsgesetz** von 1840. (§. 170) Beseitigung oder  
Abänderung von Verfügungen der Verwaltungsbehörden durch  
die Gerichte. T.-G. VI. Nr. 149, 150. (cf. V. Nr. 79.)  
— — s. Verfassungsgesetz.

**Landesverweisung;** ist gegen Angehörige eines zum Norddeutschen  
Bunde gehörigen Staats nicht zu erkennen. (§. 29 des Preuß.  
Str.-G.-B.) N. M. IX. §. 386.

**Landdrostei.** Klagen der Beamten wegen Pension sind gegen die  
Landdrostei zu richten. 3. IV. §. 257. Nr. 150.

**Landgemeinde** s. Gemeinde. Realgemeinde.

**Landgericht** zu Verden. Protocoll desselben nebst Urtheil vom 7.  
Juli 1602. N. M. VIII. §. 416.

**Landstrafen** s. Wegegesetz.

**Längst Leib, längst Gut.** — Bedeutung. T.-G. VII. Nr. 70.

— — Gewohnheitsrechtliche Geltung in der ganzen Grafschaft  
Hoya. T.-G. IV. Nr. 76. — im Amte Rotenburg. VI.  
Nr. 139. — im ehemaligen Amte Ottersberg. (Verden) VII.  
Nr. 71. — im alten Amte Verden. 3. IV. §. 213. Nr. 130.

**Leben.** Vermuthung für die Fortdauer des Lebens einer Person.

T.-E. I. Nr. 38. VII. Nr. 7.

**Lebensversicherungspolice** s. Police.

**Legalservituten** s. Nachbarrecht.

**Legat** s. Vermächtnis.

**Legitima** s. Pflichttheil.

**Legitimation** durch nachfolgende Ehe. Der durch solche legitimirte Sohn muß im Falle seiner Zustimmung zur Legitimation den Vater alimentiren. T.-E. I. Nr. 39.

**Legitimatio ad causam** s. Einrede fehlender Legitimation zur Sache.

**Lehn.** Erwerb eines constituirten Lehns durch Erstzung unter Vasallen. T.-E. VII. Nr. 23.

— — Die Behauptung, daß der zur Succession in ein Lehn berufene Sohn die Allodialerbschaft seines Vaters und Vorbesitzers angetreten habe, gehört nicht zur Begründung der Lehnssklage. T.-E. VII. Nr. 37.

— — Verpfändung der Lehnssallodien. — Klage des Pfandgläubigers auf deren Herausgabe. T.-E. VII. Nr. 38.

— — Verlust der vasallitischen Rechte wegen Ableugnens des Lehnserwerbes wider besseres Wissen von Seiten des Vasallen gegenüber dem Lehnsherrn. B. I. S. 60.

**Lehenfolge.** Repräsentationsrecht bei der Lehenfolge. T.-E. VII. Nr. 40.

**Lehensernenerung** giebt keine neuen Rechte. T.-E. VII. Nr. 39.  
sb. I. u. II.

**Lehnstheilung** unter gleichberechtigten Lehnssfolgern. — Verbindlichkeit für die Descendenten. T.-E. I. Nr. 55.

**Leibzucht** auf Meiergütern der Grafschaft Hoya. B. III. S. 250.  
IV. S. 45.

— — Darf ein verwittweter Leibzüchter, welcher sich wieder verheirathet, seine zweite Ehefrau ohne Einwilligung des Hofwirths in seine Leibzuchtswohnung aufnehmen? (Stromeyer.) N. M. VII. S. 329. T.-E. VII. Nr. 91.

— — Darf der Leibzüchter andere Personen in seine Leibzuchtswohnung aufnehmen? (Stromeyer) N. M. VII. S. 334. (actio negatoria des Hofeswirths gegen die Aufgenommenen.) B. IV. S. 185. Nr. 122.

— — Darf ein Leibzüchter die Nutzung der Leibzuchtswohnung oder eines Theiles derselben ohne Zustimmung des Hofeswirths einem Dritten überlassen? (Stromeyer) N. M. VII. S. 325.

— — Der abtretende Colon kann mit dem Successor in den Hof auf diesen bindende Weise den Altentheil für seine Ehefrau, ohne Zugiehung der letzteren vereinbaren. (Stromeyer) N. M. VII. S. 334 sb. 59.

- Leibzucht.** Gutsherrliche Mitwirkung bei Feststellung des Altentheils. (Lüneburg) L.-E. VII. Nr. 91.
- — Wirkung des Mangels regimineller Genehmigung bei Leibzuchscontracten der Besitzer abgelöster Meiergüter. (Galenberg) L.-E. VI. Nr. 89.
- — Zur Hildesheimischen Verordnung vom 9. April 1781 über Ablagen und Leibzuchten. L.-E. VI. Nr. 93.
- — als Theil eines Kaufcontracts fällt nicht unter die Gesetze vom 23. Juli 1833 und 17. Juni 1857. L.-E. IV. Nr. 20.
- — Klage auf Festsetzung und Entrichtung des Altentheils muß gegen den Interims wirth gerichtet werden. — Klage auf Altentheilsprästanda aus der Vorzeit. L.-E. IV. Nr. 65.
- — Reallastqualität des Altentheils. L.-E. VI. Nr. 92, 101, 103. (cf. B. III. S. 107. Nr. 97.)
- — Altentheil als Reallast in Concurrenz mit Hypotheken. B. I. S. 89. Nr. 3 (cf. S. 88. Nr. 2.)
- — Concurrenz des Altentheils mit Hypotheken. (Großchupf) B. IV. S. 281. S. 188. Nr. 123. (cf. B. II. S. 255, 418. IV. S. 134).
- — Vocirung des Altentheils eines Meiers im Concurse des Hofeswirths. (Bremen=Verden) L.-E. VI. Nr. 101.
- — Die auf der Leibzucht erzeugten Kinder haben keinen Anspruch auf Absindung aus dem Hofe. N. M. VII. S. 198.
- — Rechte der auf der Leibzucht geborenen Kinder bei ehemals eigenbehörigen, in Folge der Ablösungsordnung frei gewordenen Höfen. (Osnabrück) B. IV. S. 216. Nr. 132 sb. a.
- — Retentionsrecht des Interims wirths am Hofe wegen seines Altentheilsanspruchs ist begründet. L.-E. VI. Nr. 123.
- — Retentionsrecht der Meierswitwe an der Stelle wegen ihres Leibzuchsanspruchs. (Verden) L.-E. VII. Nr. 95. (Galenberg) Nr. 97.
- — Die Rückforderung der Illaten der Frau ist ausgeschlossen, wenn ein Altentheil versprochen ist. B. V. S. 125. Nr. 207 sb. 2.
- — Berechnung des Werths der bei einer Stellübergabe mittels anticipirter Erbsfolge vorbehaltenen Leibzucht bei der gegen den neuen Stellwirth erhobenen act. ad supplendam legitimam. L.-E. VII. Nr. 113.
- — Der Kaufcontract ist ungültig, wenn ein Theil der Leistung des Käufers eines abgelösten Meierguts in einem obrigkeitlich nicht genehmigten Altentheile besteht. L.-E. VI. Nr. 91.
- Leichen.** Kosten der Anzeige, Bewachung und Beerdigung gefundener Leichen. Min.=Rescr. vom 12. Januar 1869. N. M. IX. S. 396.

**Letztwillige** Verfügungen s. Testament.

**Lex Anastasiana** s. Anastasianisches Gesetz.

— — Aquilia s. Aquilisches Gesetz.

— — commissoria s. Pfandvertrag.

**Libonianum** S.-C. Anwendbarkeit derselben auf ein zu gerichtlichem Depositio überreichtes Testament. B. III. S. 93. Nr. 89.

**Lieferungskauf.** Kann derjenige, welcher Actien auf Lieferung verkauft hat, den Kaufpreis einklagen, wenn er zur Lieferungszeit die Actien nicht offerirt hat? L.-E. III. Nr. 6.

**Liegende Erbschaft.** Besitzergreifung für dieselbe. B. III. S. 56. Nr. 76.

**Liquidation** s. Kostenliquidation.

**Liquidationsprozeß** im Concurse. Die Liquidationsklage im Concurse ist nicht als Erhebung der Klage anzusehen. — Wechselprozeß bei Liquidationen im Concurse. L.-E. VI. Nr. 204. (cf. B. V. S. 60. Nr. 183 a, S. 61. Nr. 183 b.)

— — Verurtheilung des Concurscurators zur Kostenerstattung im Liquidationsprozeß. L.-E. V. Nr. 142. VI. Nr. 212 sb. I. u. II. VII. Nr. 143.

**Liquidationsverfahren.** Bedeutung des §. 347 der b. P.-D. L.-E. V. Nr. 128.

— — s. Schadensersatz.

**Litigiöse** Forderungen. Verbot der Gesson derselben. B. V. S. 60. Nr. 183 a, S. 61. Nr. 813 b.

**Litisconsorten** s. Streitgenossenschaft.

**Litiscontestation.** Klagenconsumtion als Folge der Litiscontestation. L.-E. VI. Nr. 16.

— — Berücksichtigung von Thatsachen, welche im Laufe des Prozesses eingetreten sind. (§. 190 der b. P.-D.) L.-E. VI. Nr. 167.

— — Zulässigkeit der Klage bei Eintritt der Fälligkeit im Laufe des Prozesses. B. II. S. 24. Nr. 50 sb. III—V. V. S. 49. Nr. 179 a, S. 52. Nr. 179 b.

**Litisdenunciation** s. Streitverkündigung.

**Litispendenz** s. Rechtshängigkeit.

**Lösung** s. Hypotheken.

**Lotterieloos.** Kauf eines solchen. — Lieferung des Renovationslooses. L.-E. VI. Nr. 54.

**Lotterien.** Rechtliche Stellung des Staats als Unternehmer der Landeslotterien. L.-E. I. Nr. 40.

— — Ueber die Anwendbarkeit des Strafgesetzbuchs in Beziehung auf das verbotene Collectiren für Lotterien und über die Vollendung der fraglichen Vergehen. B. IV. S. 160.

**Luera nuptialis** s. Zweite Ehe.

**Mahljahre** auf vormals eigenbehörigen Stätten; Ueber die rechtliche Natur der Mahljahre, ihre gesetzliche Dauer und die

Wirkungen ihres Ablaufs nach Osnabrückischem Provinzialrecht. (Kellinghausen.) N. M. VII. S. 234.

**Mahnverfahren.** (Gesetz vom 27. Juli 1852; §. 4 und §. 8 des Verjährungsgesetzes vom 22. September 1850.) Unterbrechung der Verjährung durch einen Zahlungsbefehl im Mahnverfahren. B. I. S. 313.

**Majorat.** Anwendung des §. 3, Abs. 3 der Verordnung vom 23. Juli 1833 über die Verhältnisse der durch Ablösung frei gewordenen Güter. — (Calenberg) T.-E. II. Nr. 45. VI. Nr. 107. VII. Nr. 97. B. I. S. 123. Nr. 22. (Hildesheim) T.-E. VII. Nr. 98. (Osnabrück) Nr. 110. (Bremen.) B. V. S. 130. Nr. 210.

**Majorenität** s. Volljährigkeit.

**Mala fides** s. Böser Glaube.

**Mandat** s. Auftrag.

**Manifestationseid.** Anspruch auf eidliche Manifestation eines Vermögens. B. V. S. 94. Nr. 199.

— — Berufung gegen die Normirung des Manifestationseides. (§. 395 sb. 2 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 186 sb. I. u. II. B. V. S. 146. Nr. 221.

**Markenrecht; Osnabrückisches.** Grundzüge desselben. (Lodtmann) N. M. VII. S. 3.

**Marktheilung** im Bezirke der Landdrostei Osnabrück. Ueber die Competenz der Theilungsbehörden zur Feststellung des den Theilungsmäßstab bildenden Erbesverhältnisses. (Walbaum.) B. IV. S. 118.

**Markgenossenrecht.** Rechtliche Natur des Markgenossenrechts. (Arenberg) B. IV. S. 236. Nr. 140.

— — Recht der Markgenossen, wegen Eingriffe in die Mark zu klagen. (Meppen) T.-E. VI. Nr. 129.

**Medicinalpersonen.** Die denselben zu bewilligende Sachverständigen-Gebühr in Strafsachen. Min.-Rescr. vom 22. Mai 1869. B. I. S. 440.

**Meierdienste** s. Spanndienste.

**Meierbrief.** Rechtliche Bedeutung desselben. (Lüneburg) T.-E. III. Nr. 14.

**Meierfrau.** Ueber die Befugniß derselben, die von ihr herrührende Meierstelle aus dem Concurse ihres Ehemannes zu vindiciren. (Hoya) T.-E. VI. Nr. 97. (Lüneburg-Hoya.) Nr. 99. (Lüneburg) VII. Nr. 82 sb. I. u. II. B. V. S. 121. Nr. 206. (Verden) I. S. 143. Nr. 28.

— — Restitution des Brautschatzes derselben. (Bremen-Verden.) T.-E. VI. Nr. 100. (Calenberg.) B. I. S. 144. Nr. 29. (Hoya.) II. S. 371. (Hildesheim.) III. S. 109. Nr. 99 a. (Lüneburg.) S. 110. Nr. 99 b.

— — Succession in Meiergüter, welche von der Frau herrühren.

L.-E. I. Nr. 49. III. Nr. 9, 10, 11. IV. Nr. 61.

V. Nr. 73. (Hildesheim.) 3. I. S. 109. Nr. 15.

**Meiersfrau.** Rechte der aufheirathenden Frau. (Höha.) 3. II. S. 370. ff.

**Meiergefälle** sind im Zweifel als Lasten der gesammten Grundstücke der Meierstelle zu betrachten. L.-E. V. Nr. 97.

**Meiergüter.** Klage auf Herausgabe der Meierstelle gegen den Meier und dessen Ehefrau zulässig. L.-E. IV. Nr. 60.

— — Bedeutung der Bemeierung. (Lüneburg.) L.-E. VII. Nr. 93.

— — Bemeierung eines Unberechtigten durch den Gutsherrn ist dem Anerben gegenüber wirkungslos. L.-E. II. Nr. 57.

— — Klagerecht der Seitenverwandten auf Herausgabe der Meierstelle. (Bremen.) L.-E. V. Nr. 74. (Lüneburg.) VII. Nr. 92. cf. Seitenverwandte.

— — Uebertragung des Hofs unter Vorbehalt der Regierung. L.-E. VI. Nr. 95.

— — Wann kann nach Lüneburgschem Meierrechte der gesetzliche Anerbe auf Herausgabe des Hofs klagen, wenn dieser von dem bisherigen Eigenthümer einem jüngeren Sohne durch ein Rechtsgeschäft inter vivos abgetreten ist? (Francke) 3. I. S. 55.

— — Hofübergabe durch verschleierte Kaufgeschäfte. L.-E. IV. Nr. 61. VI. Nr. 90. cf. Anerbenrecht.

— — Geltung des Höha'schen Meierrechts in den Neumärkten Freudenberg und Uchte. 3. II. S. 345.

— — Rechtsverhältnisse eines durch zwei Ehegatten angekaufsten (abgelösten) Meierhofes. (Galenberg) L.-E. VII. Nr. 97.

— — Vererbung eines im gemeinschaftlichen Eigenthume stehenden Meiergutes. Rechtsfall aus dem Höha'schen Meierrechte. (Müller) 3. IV. S. 31.

— — Rechte mehrerer Miterben am Meiergute. — Wirkung lebtwilliger Verfügung über das Meiergut. (Galenberg) L.-E. IV. Nr. 55.

— — Testament eines Meiers. Vom Pflichttheile und der act. suppletoria. (Stromeyer) N. M. VII. S. 201. — Notherbenrecht. L.-E. I. Nr. 3.

— — Testament des Eigenthümers eines abgelösten Meiergutes. L.-E. VI. Nr. 95. 3. I. S. 135. Nr. 23.

— — Testamentarische Verfügung über Meierhöfe ohne gutsherrlichen Consens. (Galenberg) L.-E. VII. Nr. 89.

— — Von Testamenten und Erbverträgen nach Höha'schem Meierrechte. 3. III. S. 194.

— — Entziehung des Anerbenrechts durch Testament unter Anführung von Enterbungursachen. 3. I. S. 118. Nr. 19.

— — Lebtwillige Verfügungen, welche die Succession in Bauer-

höfe zum Nachtheile des Anerben verändern, sind ohne gutsherrliche, bezw. obrigkeitliche Genehmigung ungültig. B. IV. S. 197. Nr. 125 sb. I.—III.

**Meiergüter.** Erforderniß der obrigkeitlichen Bestätigung der Erbverträge bei abgelösten Meiergütern. (Lüneburg.) T.-E. VI. Nr. 94 sb. I. u. II. (Galenberg.) B. I. S. 123. Nr. 22. (Bremen-Verden.) S. 135. Nr. 23. (Hildesheim.) III. S. 108. Nr. 98.

— — Der abgelöste Meier kann seinen Hofsnachfolger ohne Concurrenz der Obrigkeit bestimmen. (Bremen-Verden.) B. I. S. 135. Nr. 23.

— — Befugniß des Guts herrn bei Lüneburgschen Meiergütern, den Hofsnachfolger auszuwählen. B. I. S. 120. Nr. 21. (cf. T.-E. VII. Nr. 92, 93.)

— — Verzicht auf das Anerbenrecht an einer Meierstelle bedarf ebensowenig des gutsherrlichen Consenses, als bei abgelösten Meierstellen der obrigkeitlichen Genehmigung. (Lüneburg.) B. II. S. 53. Nr. 58.

— — Unwendbarkeit des Gesetzes vom 16. December 1843 bei einem nach dem Tode des Erblassers erklärten Verzichte auf die mittels Erbvertrages zugesicherte Succession in den Meierhof. B. IV. S. 203. Nr. 128.

— — Mangel der gutsherrlichen Genehmigung bei einem Verkaufe von Meiergütern. (Bremen-Verden.) B. IV. S. 176. Nr. 118 sb. I. u. II.

— — Verkauf einer abgelösten Meierstelle im Ganzen bedarf keiner obrigkeitlichen Bestätigung. (Lüneburg.) B. II. S. 53. Nr. 58.

— — Parcellirung eines Meierhofes ohne regiminellen Consens. (Bremen.) B. IV. S. 177. Nr. 119. — von abgelösten Meiergütern. (Bremen-Verden) T.-E. II. Nr. 52, 53.

— — Bedeutung des Mangels der regiminellen Genehmigung zur Veräußerung von Pertinenzen eines abgelösten Hofes. T.-E. I. Nr. 51.

— — Regimineller Consens bei Parcellirung von Höfen. — Reunionsklage. (Lüneburg.) T.-E. VI. Nr. 87. VII. Nr. 86, 87. (Galenberg.) VI. Nr. 96. (Göttingen.) III. Nr. 16.

— — Veräußerung oder Verpfändung von Meiergrundstücken, welche dem domanio pflichtig sind. (Bremen-Verden.) B. I. S. 142. Nr. 27 sb. I. u. II.

— — Mangel des gutsherrlichen Consenses bei Veräußerungen des Meiergutes bewirkt Nichtigkeit. — Cap. XI. der Lüneburgschen Pol.-O. nicht anwendbar auf erfüllte Verträge. T.-E. V. Nr. 75.

— — Veräußerung von Meiergrundstücken ohne gutsherrlichen Consens. (Bremen.) T.-E. VII. Nr. 88.

- Meiergüter. Veräußerung der zu einem meierpflichtigen Hofe gehörenden Weiderechte bedarf des gutsherrlichen Consenses. (Lüneburg.)
- Reunionsklage. — Beweislast. 3. II. S. 50. Nr. 57.
- — Reunionsklage wegen veräußter Pertinenzen des Meierguts. (Bremen.) L.-E. III. Nr. 46.
- — Ueber die Rechtsbeständigkeit der Veräußerungen und Verpfändungen ganzer Meierhöfe ohne gutsherrlichen Consens auf Grund des §. 6 der Verordnung vom 10. November 1831. (v. Düring) M. M. IX. S. 182. (Hoya.) 3. II. S. 365.
- — Beispruchsrecht ist bei Meiergütern zulässig. L.-E. VI. Nr. 130.
- — Kaufcontract ungültig, wenn ein Theil der Leistung des Käufers eines abgelösten Meiergutes in einem obrigkeitlich nicht bestätigten Altentheile besteht. L.-E. VI. Nr. 91.
- — Wirkung des Mangels regimineller Genehmigung bei Leibzugscontracten der Besitzer abgelöster Meiergüter. (Galenberg.) L.-E. VI. Nr. 89.
- — Notwendigkeit, Form und Bedeutung des gutsherrlichen, resp. obrigkeitlichen Consenses zu Verfügungen des Colonen. (Hoya.) 3. II. S. 359.
- — zum Cap. III. der Brem. Pol.-O.; Geltendmachung der Nichtigkeit der Chestistungen und sonstigen Dispositionen wegen Mangels des gutsherrlichen Consenses oder der amtlichen Bestätigung. L.-E. II. Nr. 44. IV. Nr. 69.. V. Nr. 76. VI. Nr. 104.
- — Consens aller Gutsherrn des Meiers erforderlich bei Annahme- und Abfindungscontracten. (Hildesheim) L.-E. V. Nr. 77.
- — Alle Verträge über Abfindungen bedürfen im Fürstenthume Hildesheim der gerichtlichen und gutsherrlichen Mitwirkung. L.-E. V. Nr. 78.
- — Gutsherrlichen Consens bezüglich der Kirchen- und Pfarrmeierhöfe ertheilt der Kirchenvorstand. (Lüneburg.) L.-E. VII. Nr. 92.
- — Rechte des aufgeheiratheten Hofeswirths. L.-E. I. Nr. 49. III. Nr. 9, 10, 11. IV. Nr. 61. 3. V. S. 120. Nr. 205. (Hoya.) L.-E. V. Nr. 73. VI. Nr. 97, 98. 3. II. S. 376. IV. S. 44. (Lüneburg-Hoya.) L.-E. VI. Nr. 99. (Lüneburg.) VII. Nr. 82, 84, 85. (Hildesheim.) Nr. 114. (3. I. S. 109. Nr. 15.) (Bremen.) 3. IV. S. 180. Nr. 120. L.-E. VII. Nr. 81. cf. Chemann.
- — Haftung für die von dem aufgeheiratheten Hofeswirthe contrahirten Schulden. (Lüneburg-Hoya.) L.-E. VII. Nr. 83. 3. V. S. 121. Nr. 206.
- — Hat der Anerbe das Recht, das Wirtschaftsinventar in

natura — unter unrechnung des Werthes — zu behalten? (Lüneburg.) N. M. VII. S. 131. T.-E. IV. Nr. 61 sb. c.

**Meiergüter.** Klage auf Herausgabe des Allodes, insbesondere des Inventars bei Meiergütern. (Hoya.) 3. II. S. 358.

— — Vererbung des Wirthschaftsinventares bei Meiergütern. (Bremen.) 3. V. S. 131. Nr. 211.

— — Wer ist im Sinne des Cap. II. der Verordnung vom 1. Juli 1699 als colonus anzusehen, und in wie weit sind die Gebäude zum Allode zu rechnen? — Beweislast. T.-E. V. Nr. 66.

— — Allodialqualität der vom Großvater des Colonen zugekauften und länger als 50 Jahre beim Hause gebliebenen Grundstücke; zum §. 1 Cap. II. der Ned.-D. von 1699. (Lüneburg-Hoya.) T.-E. VI. Nr. 121. (cf. V. Nr. 66).

— — Welche Grundstücke sind bei Meiergütern im Hoya'schen als allodiale zu betrachten? (Cap. II. der Verordnung vom 1. Juli 1699.) 3. II. S. 351.

— — Rechtliche Verhältnisse der allodialen mit der Meierstelle bewirthschafteten Grundstücke. T.-E. VI. Nr. 99.

— — Erfordernisse für den Ersatz der Allodien eines Meiergutes. (Bremen-Verden.) 3. I. S. 141. Nr. 26.

— — Vererbung der noch nicht fälligen Abfindungen aus Meiergütern. (Stromeyer.) N. M. VII. S. 187. T.-E. I. Nr. 28. (Lüneburg.) V. Nr. 67, 68. 3. IV. S. 203. Nr. 127 b.

— — s. Anerbenrecht. Anerbe. Erbrecht in Meiergüter. Höfecontracte. Interims-wirthschaft. Leibzucht.

**Meierkinder.** Von Asylrechte der gebrechlichen Meierkinder. (Stromeyer.) N. M. VII. S. 199. (Lüneburg.) 3. IV. S. 189. Nr. 124 sb. v.

— — Deren Asylrecht steht nicht den Abfindlingen von freien Bauergütern und Anbauerstellen zu. (Lüneburg.) T.-E. IV. Nr. 58.

— — Von deren Pflichttheile und act. suppletoria. (Stromeyer.) N. M. VII. S. 201.

**Meierleute im Hoya'schen.** Chelisches Güterrecht derselben. 3. II. S. 369.

— — Anwendbarkeit der Cheschiedungsstrafen auf Besitzer von Meierhöfen. 3. V. S. 41. Nr. 176.

**Meierrecht.** Beiträge zum Hoya'schen Meierrechte. (Müller) 3. II. S. 343. III. S. 183. IV. S. 44.

— — Ein Rechtsfall aus dem Hoya'schen Meierrechte. 3. IV. S. 31.

**Meierswittwe.** Rechte derselben am Meiergute. (Hoya.) 3. II. S. 374. — im Amte Himmelpforten. (Bremen.) T.-E. V. Nr. 74.

**Meierswittwe.** Hat dieselbe ein unbedingtes Recht auf Einheirathung eines Interimswirths? (Stromeyer.) N. M. VII. S. 203. (Lüneburg.) L.-E. VI. Nr. 122. (Lüneburg-Hoya.) VII. Nr. 94. (cf. Calenberg.) IV. Nr. 62.)

— — — Recht der Meierswittwe auf Fortbewirthschaftung des Hofs bis zur Volljährigkeit des Anerben. (Verden.) L.-E. VII. Nr. 95. (Hoya.) B. II. S. 55. Nr. 60.

— — — Retentionsrecht derselben an der Stelle wegen ihres Leibzugsanspruchs. (Verden.) L.-E. VII. Nr. 95. (Caleberg.) Nr. 97.

— — — Verlust der Rechte durch Ehebruch. — Das Erbrecht der armen Wittwe nicht anwendbar. (Caleberg.) L.-E. IV. Nr. 62.

**Meineidsverwarnung.** Ist die Vorlesung derselben in Strafsachen noch erforderlich? (§. 160 der Str.-P.-O. und Art. XII. der Einführungsverordnung von 1867.) N. M. IX. S. 382.

**Mengekauf.** Weispruchsrecht ist bei einem Mengekaufe zulässig. L.-E. VI. Nr. 130.

**Miethvertrag.** Verbindlichkeiten des Käufers gegenüber dem Pächter oder Miether des Verkäufers. B. II. S. 21. Nr. 48.

— — Das Retentionsrecht des Vermiethers ist durch das Hypothekengesetz von 1864 aufgehoben. B. IV. S. 248. Nr. 146. — nicht aufgehoben. S. 152.

**Mildernde Umstände;** (zu den §§. 353, 387, 390 der Str.-P.-O. von 1867.) Nichtigkeit des Urtheils wegen Nichtberücksichtigung des Antrages auf Annahme mildernder Umstände. B. IV. S. 308.

— — — Feststellung der mildernden Umstände in Urtheilen der Polizeigerichte bei denjenigen nach §. 448 der Str.-P.-O. überwiesenen Vergehen, welche neben der sonst verwirkten Strafe mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht sind. N. M. IX. S. 249, 390.

— — — Gehören die mildernden Umstände ohne nähere Bestimmung zu denjenigen Thatsachen, welche in Gemäßheit des §. 353 der Str.-P.-O. vom 25. Juni 1867 im Urtheile für feststehend oder für nicht feststehend zu erklären sind? (Struckmann.) B. V. S. 282. (cf. N. M. IX. S. 94 ff.)

**Militairbehörden.** Zuständigkeit derselben in Eingquartierungssachen. B. II. S. 40. Nr. 54.

**Militairische Vergehen.** Unzuständigkeit der Civilgerichte für militairische Vergehen, welche im Hannoverschen vor Einführung der preußischen Militairstrafgesetzgebung begangen sind. (Müller.) B. II. S. 269.

**Militairpersonen.** Über bürgerliche Gerichtsbarkeit in Strafsachen der Militairpersonen. N. M. VII. S. 59.

**Militärpersonen.** Executions-Vollstreckung wider Militairpersonen in Schuldssachen. Geser. vom 29. October 1869. §. I. S. 441.

**Minderjährige.** Rechtliche Stellung, besonders Proceßführung eines Minderjährigen unter väterlicher Gewalt und nach der Entlassung aus derselben. T.-G. III. Nr. 3. VII. Nr. 8.

— — Wirksamkeit der von Minderjährigen eingegangenen Rechtsgeschäfte. (Verordnung vom 24. October 1822 Nr. 4.) T.-G. III. Nr. 85. V. Nr. 5. VII. Nr. 8, 9. §. II. S. 18. Nr. 46.

— — Über die Legitimation zur Stellung des Antrags auf Bestrafung bei Körperverletzung von Hauskindern. (§§. 195, 232 des D. Str.-G.-B.) §. IV. S. 301.

— — s. Pupillen.

**Minderjährigkeit** als Grund der Untüchtigkeit des Anerben. (Kindesalter.) T.-G. VI. Nr. 115. (Galenberg.) VII. Nr. 89.

**Minderungsklage.** Vorhandensein von Wanzen berechtigt zur act. *quanti minoris*, bezw. zur Redhibition. §. III. S. 78. Nr. 83. T.-G. V. Nr. 36.

— — Verjährung der *exceptio quanti minoris*. T.-G. V. Nr. 36.

**Missio in possessionem** s. Fideicommissar.

**Mißhandlung** s. Aquilisches Gesetz.

**Miteigenthum.** Unzulässigkeit der act. com. div. unter einzelnen von mehreren Miteigenthümern. T.-G. IV. Nr. 30. (cf. Nr. 43.)

— — Servitut an einer res communis. T.-G. VII. Nr. 28.

— — s. Untheilbarkeit.

**Miterben.** Die Erbtheilungsklage gegen einzelne von mehreren Miterben ist zulässig. T.-G. IV. Nr. 43. (cf. Nr. 30.)

— — Einrede mehrerer Miterben. — Beweislast. T.-G. VII. Nr. 73.

— — Rechte mehrerer Miterben am Meiergute. (Galenberg.) T.-G. IV. Nr. 55.

**Mortification** abhanden gekommener Schuldurkunden. — Namensobligationen. (§. 501 Nr. 5 der b. P.-O.) (Dandert) §. II. S. 442.

**Mortis causa donatio** s. Schenkung von Todeswegen.

**Muciana präsumtio** s. Vermuthung.

Mühlenregal im Fürstenthume Lüneburg. T.-G. VI. Nr. 22 sb. II.

Mündelgüter s. Pupillengrundstücke.

**Nachbarrecht.** Hemmung des Windzuges. T.-G. VI. Nr. 22 sb. I—III. Nr. 23. (cf. Nr. 61.)

— — Immision von Rauch. T.-G. V. Nr. 11. VII. Nr. 26. (cf. Nr. 29.)

— — Beschränkungen des Eigenthums an Grundstücken nach den Statuten der Stadt Verden. N. M. IX. S. 201.

— — s. Retractrecht.

**Nachdruck** s. Verlagsrecht.

**Nachlaßcurator.** Derselbe kann durch Aufnahme eines Inventars dem Erben das beneficium inventarii nicht sichern. **Z. I.** **S. 98.** **Nr. 10.**

**Nachlaßvertrag.** Erzwingbarkeit derselben in Insolvenzfällen lebender Schuldner. (Lippe-Detmold.) **T.-E. IV.** **Nr. 86.**

— — im Concurre; zum §. 609 der b. P.-D. **Z. I.** **S. 156.** **Nr. 36.**

**Näherrecht** s. **Retractrecht.**

**Namenobligationen** s. **Mortification.**

**Nebenintervention.** (§. 36 der b. P.-D.). Selbstständiges Recht des Nebeninterventienten zur Einlegung von Rechtsmitteln. **T.-E. VII.** **Nr. 123.**

— — und Streitgenossenschaft. (§§. 33—36 der b. P.-D.) **T.-E. VI.** **Nr. 194.**

**Negatorische Klage.** Begründung der actio negatoria. **T.-E. III.**

**Nr. 45.** **V.** **Nr. 19.** **VI.** **Nr. 26.** **VII.** **Nr. 24.** (cf.

**Nr. 27.**)

— — — Person des Beklagten bei derselben. **T.-E. IV.** **Nr. 12.**

— — — wegen wörtlicher Eigenthumsverlezung. **T.-E. VII.** **Nr. 25.** — wegen schädlicher Rauchverbreitung. **Nr. 26.**

— — — Verhältniß zur rei vindicatio. **T.-E. VI.** **Nr. 26** zur aquae pluviae arcendae actio. **VII.** **Nr. 24.**

— — — Wegen Störung der gewerblichen Freiheit ist eine der act. negator. analoge Klage zu gewähren. **T.-E. VI.** **Nr. 145.**

**Negotiorum gestio** s. **Geschäftsführung ohne Auftrag.**

**Neue Beweismittel,** Einreden, Forderungen, Thatsachen in der Berufungsinstanz s. **Nova** in der Berufungsinstanz.

**Nichterfüllter Vertrag.** Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages.

**T.-E. V.** **Nr. 23,** **24.** **VII.** **Nr. 37** (cf. **Nr. 36.**) — bei vollkommen zweiseitigen Obligationen. **III.** **Nr. 6.** —

wegen Nichtgewährung eines nicht existirenden Objects unzulässig. **Nr. 73.** (cf. **VII.** **Nr. 55.**)

**Nichtgezahltes Geld.** Exceptio non numeratae pecuniae. —

Beweislast (§. 342 der b. P.-D.) **T.-E. VII.** **Nr. 48** sb. I—III.

— — Sichert auch das in einer Schuldurkunde enthaltene Bekennniß, ein Darlehn empfangen zu haben, nicht gegen die Einrede des nicht empfangenen Geldes, so schließt doch eine später vom Schuldner dem Gefttonar gegenüber abgegebene Erklärung, den Darlehnsbetrag empfangen zu haben, und der damit verbundene Verzicht auf die Einrede des nicht empfangenen Geldes, dem klagenden Gefttonar gegenüber diese Einrede aus. (Niederstadt.) **Z. I.** **S. 334.**

**Nichtigkeit** zufolge Verleugnung der Vorschriften des §. 353 der

Str.-P.-D. von 1867 über Begründung der tatsächlichen Feststellungen in Straferkenntnissen. N. M. IX. S. 106. (cf. B. V. S. 282). — wegen Verlegung der Vorschriften des §. 262. N. M. IX. S. 262.

**Nichtigkeit des polizeigerichtlichen Urtheils** wegen mangelnder Feststellung von mildernden Umständen bei denjenigen der gemäß §. 448 der Str.-P.-D. von 1867 seitens der Strafkammer zur Aburtheilung übertragenen Vergehen, welche neben der sonst verwirkten Strafe mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht sind. N. M. IX. S. 249, 390.

— — der Anmeldung der Berufung, wenn sie zum Protocolle desselben Amtsrichters als Polizeirichters erfolgte, welcher in der Sache schon als Polizeianwalt fungirt hat. (§. 374 der Str.-P.-D. von 1867.) N. M. IX. S. 265.

**Nichtigkeitsbeschwerde.** (§§. 148, 434, 435 der b. P.-D.) Lauf der Frist zur Erhebung. T.-E. III. Nr. 28.

— — nach §. 431 sb. 1, 8 und 9 der b. P.-D. T.-E. III. Nr. 86.

— — nach §. 431 sb. 3. Mangel der Bevollmächtigung. — Beweislast. T.-E. III. Nr. 89.

— — nach §. 431 sb. 8, weil über den Antrag der Partei unzulässiger Weise hinausserkannt ist. T.-E. VI. Nr. 198.

— — nach §. 431 sb. 9, wegen Anstoßes gegen eine rechtskräftige Entscheidung. T.-E. I. Nr. 15. III. Nr. 29. IV. Nr. 84. V. Nr. 119. VI. Nr. 198, 199.

— — nach §. 431 sb. 11 der b. P.-D., wegen nicht gewährter Möglichkeit der Bertheidigung. T.-E. I. Nr. 24. VI. Nr. 198.

— — im Falle des §. 432 sb. 2 der b. P.-D. T.-E. IV. Nr. 83.

— — (§§. 434 sb. 3, 431 der b. P.-D.), wider Urtheile, welche der persönlichen Behandlung nicht unterliegen. Anfang des Fristenlaufs. T.-E. II. Nr. 27.

— — (§. 438 der b. P.-D.), Adhäsion unzulässig bei der Nichtigkeitsbeschwerde. T.-E. II. Nr. 34.

— — zum §. 370 der Str.-P.-D. von 1867; Nichtigkeitsbeschwerde gegen Urtheile. B. IV. S. 97.

— — zum §. 377 a. a. D.; Nichtigkeitsbeschwerde wegen Abweichung von der Feststellung des Richters der ersten Instanz ohne Wiederaufnahme des Beweisverfahrens. N. M. VIII. S. 413. IX. S. 256.

**Nichtigkeitsgründe.** Notwendigkeit der Angabe eines bestimmten Nichtigkeitsgrundes. (§§. 215, 216 der Str.-P.-D. von 1850.) T.-E. I. Nr. 18.

**Nießbrauch.** Bedeutung der cautio usufructuaria. — Ungültigkeit von Zahlungen an den Nießbräucher vor bestellter

- Caution.** — Erlaß der Caution durch Testament. T.-E. VII. Nr. 30.
- Nießbranch.** Die cautio usufructuaria kann mittels der cautela Socini erlassen werden. T.-E. VII. Nr. 77.
- — — des Vaters am Sondergute der Kinder im Altenlande kraft Herkommens ausgeschlossen. T.-E. III. Nr. 80.
- Non impleti contractus exceptio s. Nichterfüllter Vertrag.**
- Norddeutscher Bund.** Gegen Angehörige eines zu demselben gehörigen Staats ist nicht auf Landesverweisung zu erkennen. (§. 29 des Preuß. Str.-G.-B.) N. M. IX. S. 386.
- Notare.** Dienstaufsicht und Disciplinargewalt in Ansehung der Notare in der Provinz Hannover. B. I. S. 349.
- Notaritätsordnung vom 18. September 1853;** §. 27. Nr. 2. Sind unter den „verhandelnden Personen“ auch die Bevollmächtigten der Parteien zu verstehen? (Schnell.) N. M. VII. S. 44.
- — — §. 31. Testamentserrichtung. T.-E. IV. Nr. 6.
- — — §. 33. Erklärung über das Nichtvorhandensein der gesetzlichen Mängel. T.-E. III. Nr. 7. B. III. S. 99. Nr. 93, S. 103. Nr. 95.
- — — §§. 33, 36; 5, 40, 41, 44. Form der Notariatsurkunden, insbesondere Unterschrift der Parteien und Be siegelung. B. III. S. 99. Nr. 93.
- — — §. 36. Unterschrift der Parteien. T.-E. VI. Nr. 19.
- — — §§. 37, 38, 44, 9. Form und Gültigkeit eines dem Richter bezw. dem Notar überreichten Testaments. B. III. S. 101. Nr. 94.
- Notaritätsprotocolle.** Betrachtungen über der Amtsgerichte Ent nehmung beglaubigter Abschriften von Ausfertigungen von förmlichen Notar-Protocollen, welche als solche, auf deren Grund eine Eintragung im Hypothekenbuche zu geschehen hat, den Amtsgerichten vorgelegt werden. (v. Bülow) N. M. VIII. S. 23.
- Notherbenrecht eines suus nach Novelle 115.** T.-E. V. Nr. 53.
- — — beim Vorhandensein eines Erbvertrages. T.-E. I. Nr. 32.
- — — Verzicht auf das Notherbenrecht. — Wirkung desselben für den Erben des Notherben, welcher selbst Notherbe ist. B. V. S. 90. Nr. 194.
- — — Recht des Notherben auf Abzug der Quart einem Singulär fideicommissar gegenüber. T.-E. IV. Nr. 42.
- — — Wirksamkeit der Codicillarclausel einem präterirten Notherben gegenüber. T.-E. VI. Nr. 83. B. V. S. 92. Nr. 197.
- — — s. Pflichttheil.
- Nothwendiger Eid s. Eid.**
- Notorietät.** Entscheidung über solche in der Berufungsinstanz. T.-E. V. Nr. 100.

**Nova in der Berufungsinstanz.** (§. 418 der b. P.-D.) Ueber das *beneficium novorum* in der Berufungsinstanz. (Reinecke.) N. M. VII. S. 246.

— — — können nach Ablauf des Berufungstermins auch in Bezug auf die noch nicht zur Verhandlung gelangten Beschwerden nicht mehr geltend gemacht werden. L.-E. VI. Nr. 195.

— — — Zulässigkeit neuer Thatsachen in der Berufungsinstanz. L.-E. VII. Nr. 137.

— — — Neue Thatsachen. Nothwendigkeit des Angebots von Beweisen für dieselben in den Berufungsanträgen. (§§. 405, 412, 418 der b. P.-D.) L.-E. I. Nr. 22. III. Nr. 36. V. Nr. 134. VI. Nr. 189, 190. VII. Nr. 136 sb. 1—v.

— — — Einfluß der Vorschrift des §. 426 der b. P.-D., insbesondere gegenüber den Ergebnissen der Verstärkung der Be- und Gegenbeweisführung. (v. Düring) N. M. VIII. S. 342.

— — — Neue Thatsachen und Beweise. Einfluß der Berufungsfrist auf deren Zulässigkeit. L.-E. III. Nr. 33—36, 72. (cf. I. Nr. 22.) V. Nr. 134. VI. Nr. (184, 189) 190. VII. Nr. 136 sb. 1—v.

— — — Neue Beweismittel nach einem principaliter zugeschobenen Eide. (§§. 418, 243, 296 der b. P.-D.) L.-E. I. Nr. 25. — nach Veränderung des Beweissatzes. II. Nr. 58.

— — — Neue Sachverständige. (§§. 418, 279 der b. P.-D.) L.-E. I. Nr. 62.

— — — Neue Beweisantritung. L.-E. V. Nr. 135, 136.

— — — Neue Compensationseinrede. (§. 417 der b. P.-D.) L.-E. III. Nr. 32. IV. Nr. 82. VI. Nr. 191.

— — — Neu entstandene Compensationseinreden müssen im Wege der Berufung vor Rechtskraft des ersten Urtheils erster Instanz geltend gemacht werden. 3. III. S. 153. Nr. 106.

— — — Zulässigkeit neuer Retentionseinreden. (§§. 417, 418 der b. P.-D.) N. M. VII. S. 252. L.-E. VI. Nr. 182. 3. III. S. 155. Nr. 107.

— — — Das Verbot der Erhebung neuer Forderungen (§. 417 der b. P.-D.) ist auf die Geltendmachung von Forderungen im Wege der Klage, Wiederklage oder Compensation zu beschränken. N. M. IX. S. 88.

— — — Erhebung neuer Forderungen. (§. 417 der b. P.-D.) L.-E. III. Nr. 32.

— — — Neue Wiederklage. L.-E. III. Nr. 32. IV. Nr. 82. Novation durch Urtheil. L.-E. VI. Nr. 16.

— — bei der Abrechnung. L.-E. VI. Nr. 42.

**Novation.** Bedeutung des verzinslichen Stehenbleibens des Kaufpreises. T.-E. I. Nr. 37.

— — Verwandlung von Zinsrückständen in ein verzinsliches Darlehn. 3. V. S. 53. Nr. 180.

— — Verwandlung von Zinsforderungen durch den Vormund ohne obervormundschaftliche Genehmigung. 3. III. S. 78. Nr. 84.

— — Klage gegen den Käufer, welcher die Schulden des Verkäufers übernommen hat. T.-E. VII. Nr. 53.

**Oberappellationsgericht zu Berlin:** Entscheidungen desselben in Civilsachen. (v. Düring) N. M. IX. S. 131. — 3. IV. S. 452.

— — — Entscheidungen desselben in Strafsachen. (v. Düring) N. M. VIII. S. 404—408. (Stegemann) S. 410—415. IX. S. 123, 256. (v. Düring) S. 386. 3. I. S. 268, 429. (Müller) S. 433. — II. S. 469. IV. S. 157, 301, 458. V. S. 154, 300.

— — zu Celle: Entscheidungen des Strafrenats. (v. Düring) N. M. VII. S. 438, 440, 457.

— — — Mittheilungen, betreffend Entscheidungen des Obergerichts Osnabrück und Oberappellationsgerichts zu Celle. (in Civilsachen.) N. M. IX. S. 55.

— — s. Cassationssenat. Zuständigkeit.

**Oberhandelsgericht zu Leipzig.** Personalbestand desselben bei der Gründung. 3. II. S. 477.

**Obervormundschaft.** Genehmigung derselben ist zur Zahlung eines Capitals und Aufgeben von Forderungen durch den Vormund erforderlich. T.-E. I. Nr. 19. VI. Nr. 46.

— — Befugniß des Vormundes, ohne obervormundschaftliche Genehmigung Zinsforderungen zu noviren. 3. III. S. 78. Nr. 84.

— — Nachfolgende Genehmigung der Obervormundschaft zur Veräußerung von Pupillengrundstücken. T.-E. VI. Nr. 45. (cf. Nr. 77.)

— — Bedeutung der bei der Obervormundschaft erfolgten Rechnungsablage des Vormundes. T.-E. III. Nr. 44. VI. Nr. 48. — Erlass der Verpflichtung zur Inventarserrichtung und Rechnungsablage. 3. IV. S. 418, 439.

**Obligationen.** Klage aus einer obligatio omittendi auf eine positive Leistung. T.-E. II. Nr. 11.

— — Fortbestand der Verpflichtung zu fortlaufenden Leistungen, wenn die bedungenen Gegenleistungen nicht prästirt werden können. T.-E. IV. Nr. 22.

— — Die Obligation auf die Herausgabe eines Grundstücks ist eine theilbare. T.-E. VII. Nr. 42.

— — Untheilbarkeit von Obligationen, insbesondere auf Herausgabe von Urkunden. T.-E. VII. Nr. 43.

**Obligationen.** Präsumption für die persönliche Natur einer Verbindlichkeit. B. III. S. 62. Nr. 78.

— — Begründung von Obligationen durch Verjährung. L.-E. V. Nr. 4. B. III. S. 62. Nr. 78.

— — Verjährung der Klage aus einem dauernden obligatorischen Verhältnisse B. V. S. 14. Nr. 163.

**Obrigkeit.** Anordnungen der „Obrigkeit“. (S. 101 des Preuß. Str.-G.-B.) B. I. S. 268.

— — s. Abfindung. Bauergüter. Meiergüter. Verwaltungsbehörden.

**Öffentliche Klage.** Enthält die Verurtheilung wegen leichtfertigen Bankerottes (Art. 233 des Crim.-G.-B. von 1850) eine unzulässige Abweichung von der auf das Verbrechen des betrüglichen Bankerottes (Art. 221) gerichteten öffentlichen Klage? N. M. VII. S. 457.

**Öffentliche Wege** s. Wegegesetz.

**Öffentliches Gewässer** s. Wasserrecht.

**Oral-fideicommiss** s. Fideicommiss.

**Ordentlicher Prozeß.** Klage aus einem Solawechsel im ordentlichen Prozeß. L.-E. I. Nr. 17. IV. Nr. 35. VI. Nr. 64. VII. Nr. 60. (cf. Nr. 32). B. V. S. 148. Nr. 223.

**Ordnungsstrafen;** gegen die Gerichtsvoigte von den Amtsgerichten erkannte; Zuständigkeit zur Entscheidung von Beschwerden über solche. Min.-Reser. vom 3. Juli 1868. N. M. IX. S. 395.

**Osnabrückisches Markenrecht.** Grundzüge desselben. (Lodtmann) N. M. VII. S. 3.

**Ostfriesland.** Gültigkeit des Culturedicts vom 22. Juli 1765. L.-E. VII. Nr. 120.

— — Schulverbandsangehörigkeit daselbst nach heutigem Rechte. (Volksschulgesetz vom 26. Mai 1845 u. A. Preuß. Ldr.) (v. Linsingen) N. M. VIII. S. 40.

— — Ueber Ehe- und Verlöbnissachen nach dem Preußischen Rechte, wie es in Ostfriesland gilt. (Wiarda) N. M. IX. S. 37.

**Pachtvertrag** über eine concessionspflichtige Berechtigung. Wirkung der Concessionsverweigerung auf das Pachtverhältniß. L.-E. VI. Nr. 55.

— — Höhe des Pachtgeldes bei theilweise Nichtgewährung der Pachtobjecte. L.-E. VII. Nr. 55.

— — Besugniß des Verpächters zum einseitigen Rücktritte nach Thl. II. Tit. 16 des Hadelnschen Landrechts. L.-E. V. Nr. 102.

**Pactum de compromittendo** s. Schiedsgericht.

— — de contrahendo. Anwendbarkeit des Gesetzes von 16. December 1843 auf pacta de contrahendo. B. IV. S. 242. Nr. 143.

**Pactum de mutuo dando** s. Darlehn.

— — de petendo. Ueber die Wirksamkeit eines nach Eintritt der Verjährungseinrede abgeschlossenen pactum de petendo.

(Zum Sande) N. M. IX. S. 153. cf. Anerkennungsvertrag.

— — reservati dominii s. Eigenthumsvorbehalt.

**Paraphernalgut** s. Brautschätz.

**Parcellirung** s. Veräußerung.

**Parochiallasten** s. Kirchenlasten. Schullasten.

— — Herkommen, Erfüllung, unbedenkliche Verjährung als Entstehungsgrund von Parochiallasten. T.-E. IV. Nr. 1. VI. Nr. 4, 7.

**Parochialveränderung.** Ueber Entschädigung bei Parochialveränderungen. (Masch) Z. IV. S. 64.

**Parteianträge**; schriftliche, zur Vorbereitung der mündlichen Verhandlung. — Bedeutung. T.-E. VII. Nr. 111, 127.

— — s. Unterschrift.

**Parteithäufigkeit.** Ueber Beschränkungen derselben im Berufungsverfahren. (Leonhardt) N. M. VIII. S. 88.

**Paternität** s. Uneheliche Geburt. Vaterschaft.

**Paulianische Klage.** Activlegitimation bei der act. Pauliana. Z. V. S. 67. Nr. 186.

— — Begriff der Bereicherung bei der act. Paul. T.-E. VII. Nr. 58 sb. I.

— — Die zu deren Begründung gehörende, dolose Verleitung bildet eine einzige, nicht in zwei Copulativen zu zerlegende Thatsache. T.-E. III. Nr. 64.

— — Conscientia fraudis in der Person eines Repräsentanten. Z. III. S. 79. Nr. 85 a. V. S. 69. Nr. 187.

— — Bedeutung des animus fraudandi bei der act. Pauliana. Z. III. S. 84. Nr. 85 c.

— — Eventus fraudis bei der act. Pauliana. Z. III. S. 88. Nr. 85 e.

— — behuf Anfechtung von Geschenken an Gläubiger. Z. III. S. 79. Nr. 85 a.

— — behuf Anfechtung einer in solutum vorgenommenen Ges-  
sion. Z. III. S. 83. Nr. 85 b.

— — ist bei einer datio in solutum nicht ausgeschlossen. T.-E. V. Nr. 38, 144 sb. II.

— — wegen nach dem Veräußerungsbakte entstehender Forderung. Z. III. S. 86. Nr. 85 d.

— — behuf Anfechtung einer Hypothekbestellung. T.-E. I. Nr. 13. III. Nr. 43. VI. Nr. 60. VII. Nr. 57.

— — Anfechtung einer Hypothek mittels der act. Pauliana durch den Concurscurator. (§§. 630 ff. der b. P.-D.) T.-E. IV. Nr. 89. V. Nr. 145. Z. III. S. 162. Nr. 111.

— — eines Concurscurators. T.-E. V. Nr. 144 sb. I. u. II.

**Paulianische Klage.** Zum §. 2 des Gesetzes vom 2. Juli 1864.  
§. V. S. 72. Nr. 188.

— — Verjährung der act. Pauliana. Nativität. — Verjährungsfrist. T.-E. VII. Nr. 58 sb. I. u. II. §. V. S. 75. Nr. 189 a—c.

**Pauperies.** Actio de pauperie. T.-E. VI. Nr. 62.

**Peculium** s. Adventitiengüter. Sondergut.

**Pension** s. Ruhegehalt.

**Personalhaft** s. Wechselhaft.

**Persona** standi in judicio s. Proceßführung.

**Persönlichkeit**; natürliche s. Leben.

**Pertinenzen** s. Bauergüter. Veräußerung.

**Pfanddeichnung** s. Deichlast.

**Pfandklage.** Zulässigkeit der hypothecaria actio nach Verjährung der persönlichen Klage. §. I. S. 91. Nr. 4. (cf. T.-E. VI. Nr. 9.)

— — Klage eines Pfandgläubigers auf Herausgabe verpfändeter Lehnssallodien. T.-E. VII. Nr. 38.

— — Hypothecarische Klage bei verpfändeten Forderungen. T.-E. VII. Nr. 32.

— — Die Klage aus dem pignus nominis ist von der Fälligkeit der gesicherten Hauptforderung abhängig. §. V. S. 24. Nr. 169.

— — Einrede der Excusston von dem dritten Pfandgläubiger vorgeschützt. — Replik der Vermögenslosigkeit des Hauptschuldners. T.-E. I. Nr. 63.

— — Einrede der Vorausklage der actio hypothecaria gegenüber. T.-E. VII. Nr. 34. §. I. S. 92. Nr. 6. sb. I.—III.

— — Compensationseinrede ist der Pfandklage gegenüber zulässig. T.-E. VII. Nr. 35.

**Pfandrecht.** Beerbung des Verpfänders einer fremden Sache durch den Eigentümer der Sache. — Zur Lehre von der indivisa causa pignoris. (Wagemann) §. III. S. 378.

— — Pfandrechtliche Streitfragen. (Adickes) §. IV. S. 124.

— — Reallasten erlöschen, wenn auf Antrag eines älteren Pfandgläubigers verkauft wird. §. I. S. 88. Nr. 2.

— — Die Stellung des älteren Pfandgläubigers zu jüngeren dinglichen Rechten am Pfandobjekte. (Isenbart) §. II. S. 255. (Struckmann) S. 418. (Adickes) IV. S. 134.

— — Hat der bessere Pfandgläubiger das Recht, die Veräußerung einer ihm verpfändeten Sache durch den nachstehenden Pfandgläubiger, bezw. deren Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung zu hindern? (Meyer) §. IV. S. 337.

— — Die Verpfändung einer Forderung enthält eine bedingte Cessiton. T.-E. IV. Nr. 88. VI. Nr. 34.

— — Umfang der conventionellen Generalhypothek. T.-E. V.

Nr. 21. VII. Nr. 36. — in Bezug auf Forderungen.

Nr. 32.

**Pfandrecht.** Anfang eines Conventionalpfandrechts. (Generalhypothek) hinsichtlich des später vom Verpfänden erworbenen Vermögens. T.-G. I. Nr. 63. — der später erworbenen Immobilien. VII. Nr. 33.

— — Bedeutung einer Generalhypothek, welche von dem Inhaber einer Schiffswerfte bestellt ist, rücksichtlich der von ihm später erbauten Schiffe. T.-G. VII. Nr. 36.

— — Hausgeräth als Object des conventionellen Generalpfandrechts. T.-G. V. Nr. 21.

— — Umfang des, dem Fideius an dem Vermögen seiner Contrahenten zustehenden Pfandrechts. T.-G. I. Nr. 40.

— — Gesetzliches Pfandrecht der Kinder am Vermögen des Vaters wegen der Adventitien. T.-G. VI. Nr. 33.

— — Umfang des Pfandprivilegiums wegen in rem versio. T.-G. VII. Nr. 31. — steht dem Dotalpfandrechte der Ehefrau nach. II. Nr. 31.

— — Hypothekbestellung im Wechsel. T.-G. VII. Nr. 32.

— — s. Brautschätz. Credithypothek. Hypotheken. Hypothekengesetz. Pfändung s. Zwangsvollstreckung.

**Pfandvertrag.** Das Verbot der lex commissoria beim Pfandvertrage wird durch das Gesetz vom 14. November 1867 nicht berührt. (Stegemann) B. IV. S. 325.

**Pfarrabgaben** s. Kirchenlasten. Parochiallasten.

**Pfarrmeierhöfe** s. Kirchen-Meierhöfe.

**Pferdehandel** s. Redhibition.

**Pflichttheil.** Recht des Nothaben auf Abzug der Quart neben dem Pflichttheile einem Singularfideicommissar gegenüber. T.-G. IV. Nr. 42.

— — Nicht nur Descendenten, sondern alle Pflichttheilsberechtigte sind zum Abzuge der quarta Trebellianica neben dem Pflichttheile berechtigt. B. V. S. 93. Nr. 198.

— — Berechnung des Pflichttheils und der Trebellianischen Quart für den Nothaben. T.-G. VI. Nr. 84.

— — Höhe des Pflichttheils für Ascendenten. B. V. S. 91. Nr. 195.

— — Begründung der act. ad supplendam legitimam. T.-G. III. Nr. 7.

— — In der Anerkennung des Testaments und Annahme der Zuwendungen liegt kein Verzicht auf die act. suppletoria. T.-G. V. Nr. 52.

— — Nothabenrecht bei dem Testamente eines Meiers. T.-G. I. Nr. 3.

— — Vom Pflichttheile und der actio suppletoria der Meierfinder. (Stromeyer.) N. M. VII. S. 201. Die act. ad supplendam legitimam ist bei Verlegung des

Pflichttheils durch sog. anticipirte Erbsfolge nach dem Tode des abtretenden Wirths analog anwendbar. T.-E. VII. Nr. 112.

**Pflichttheil.** Berechnung der bei einer mittels anticipirter Erbsfolge übergebenen Stelle dem abtretenden Stellwirthe vorbehaltenen Leibzucht bei der gegen den neuen Stellwirth von seinen Geschwistern angestellten actio ad supplendam legitimam. T.-E. VII. Nr. 113.

**Pforta.** Verleihung der Freistellen in der Landesschule Pforta. Erlaß vom 10. Februar 1870. B. II. S. 473.

**Poenae** secundarum nuptiarum s. Zweite Ehe.

**Police.** Die auf den Inhaber lautenden Lebensversicherungspolicen sind au porteur Papiere im Sinne des Gesetzes vom 5. April 1859. T.-E. VI. Nr. 57.

**Polizeianwalt.** Zur Competenz desselben. (§. 31 der Str.-P.-O. von 1867.) N. M. IX. S. 365.

— — Anweisung der Königl. Kronoberanwaltschaft vom 10. März 1870 an die Polizeianwaltschaften in Betreff ihrer Strafanträge. B. II. S. 474.

**Polizeiaufficht.** (§§. 218, 238 des Preuß. Str.-G.-B.) Verhängung der Polizeiaufficht ist beim Vorhandensein mildernder Umstände in den Fällen der §§. 218 und 238 facultativ. N. M. IX. S. 178.

— — (§. 218 des Preuß. Str.-G.-B.) ist wegen schweren Diebstahls auch beim Vorhandensein mildernder Umstände zu erkennen. N. M. IX. S. 264.

**Polizeigerichte.** (§. 11 u. a. der Str.-P.-O. von 1867.) Zuständigkeit derselben. N. M. VIII. S. 334.

— — deren ausnahmsweise Zuständigkeit nach §. 448 der Str.-P.-O. von 1867 hinsichtlich derjenigen der daselbst verzeichneten Vergehen, welche zugleich mit zeitweisem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht sind. N. M. IX. S. 249, 390.

— — Verfahren des Polizeigerichts im Falle des §. 449 der Str.-P.-O. von 1867. B. I. S. 422.

**Polizeiliche Haft.** Die Festhaltung eines der in Gemäßheit der §§. 117—119 des preußischen Strafgesetzbuchs Verurteilten bis zum Eingange der Entscheidung über die zu verbüßende Nachhaft durch die Polizeibehörde. (v. Bülow) B. I. S. 78.

**Polizeirichter** sind befugt, die im Ermittelungsverfahren zu vernehmenden Zeugen auch ohne ausdrücklichen Antrag der Kronanwaltschaft zu beeidigen. Rescr. vom 23. August 1869. B. I. S. 287.

— — hat zu den auf Requisition der Kronanwaltschaften vorzunehmenden Zeugenvernehmungen einen vereideten Protocollführer zuzuziehen. Rescr. vom 30. November 1869. B. I. S. 447 (cf. N. M. VIII. S. 339.)

**Polizeistrafgesetz** von 1847; zum §. 234; Processualische Stellung der haftbaren, dritten Personen. (Francke) B. IV. S. 290.  
**Präclusion** s. Ausschlußbescheid.

**Praemium** emancipationis s. Emancipation.

**Präsentation** s. Wechsel. Wechselordnung.

**Präsumption** s. Vermuthung.

**Präterition** s. Nothabenrecht.

**Preußisches Landrecht**; Thl. I. Tit 9, §. 304 und Tit. 15, §. 42; Eigenthum an Urkunden. B. II. S. 16. Nr. 44. — Thl. I. Tit. 12, §. 115 und §. 31 der Notariatsordnung von 1853; Testamentserrichtung Schreibensunfähiger in Ostfriesland. T.-E. IV. Nr. 6 — Thl. I. Tit. 13, §§. 142 ff. und Tit 5, §. 185; Auftrag und Genehmigung. T.-E. II. Nr. 14. IV. Nr. 36. — Thl. I. Tit. 16, §. 143; T.-E. IV. Nr. 52. — §. 48 des Anhangs zum Preuß. Landr.; Bürgschaften der Frauen. T.-E. VI. Nr. 40.

**Principalintervention** s. Hauptintervention.

**Priorität** s. Vorzugsrechte.

**Prioritätsstreitigkeiten**. Allgemeines über die Prioritätsstreitigkeiten, namentlich das Prioritätsurtheil nach der b. P.-O. von 1850. (Brandenburg.) N. M. IX. S. 350.

— — Kosten der Prioritätsproesse. T.-E. VII. Nr. 141.

— — Stellung des Concurscurators zu denselben. T.-E. V. Nr. 141, 145. VI. Nr. 206.

— — Berufung gegen den Concurscurator oder Prioritätsklage gegen den bevorzugten Gläubiger. B. V. S. 152. Nr. 226.

— — Berufungsfrist in den Prioritätsproessen. T.-E. VI. Nr. 208. — wider beweisauflegende Entscheidungen in denselben. (§§. 632—645, 218, 395, 600 der b. P.-O.) I. Nr. 29. II. Nr. 30.

— — Vorzug der Erbegelder — separatio ex jure dominii — ist im Concurse als Prioritätsfrage zu behandeln. (§§. 642 bis 644 der b. P.-O.) T.-E. V. Nr. 147.

**Prioritätsurtheil** nach der b. P.-O. N. M. IX. S. 350.

— — Bedeutung der Beweisauflagen im Prioritätsurtheile. T.-E. VI. Nr. 206.

— — Bedeutung desselben gegenüber dem Concurscurator. B. I. S. 157. Nr. 37.

**Privatklage**. Feststellung der vom Privatkläger zu hinterlegenden Kosten. (§. 492 der Str.-P.-O. von 1867) N. M. VIII. S. 293.

— — S. 293. Bestimmungen des aufzunehmenden Beweises in Privatklagesachen. (§. 500 Abs. 2 der Str.-P.-O. von 1867.) B. V. S. 303.

**Privaturkunden** s. Urkunden.

**Privilegium** s. Brautschatz. Pfandrecht.

**Prozeß** s. Litigation.

**Proceßführung.** Die Ehefrau hat während Bestehens der allgemeinen Gütergemeinschaft pers. stand. in judicio. T.-E. IV. Nr. 39.

— — durch die Amtsversammlung. T.-E. VII. Nr. 122. — einer Handlungsfirma. Nr. 65. — eines Minderjährigen unter väterlicher Gewalt und nach Entlassung aus derselben. III. Nr. 2. VII. Nr. 8. — von Realgemeinden. III. Nr. 76. — einer Person, welche sich freiwillig unter Curatel begaben hat. IV. Nr. 27.

**Proceßgericht.** Bedeutung des Wortes „Proceßgericht“ im §. 124 der b. P.-D. T.-E. VI. Nr. 197.

**Proceßhindernde Einrede** s. Bürgerliche Proceßordnung, §. 196.

**Proceßkosten.** Erörterungen in Betreff der Vorschriften der §§. 45, 46, 47 der b. P.-D. über die Entscheidung wegen der Proceßkosten. (v. Düring) N. M. XIII. S. 66.

— — Ist es nothwendig oder auch nur zulässig, daß der Richter schon in dem Beweisinterlocute über die Proceßkosten bedingt entscheide? (§. 219 Satz 2 der b. P.-D.) (Twele) N. M. IX. S. 82.

— — Vergleichung der Proceßkosten im Falle des §. 47, 2 b. der b. P.-D. in Procesen des Concurscurators. T.-E. VII. Nr. 125, 143.

— — Vertheilung derselben nach Quoten bei einer Streitge nossenschaft. T.-E. VII. Nr. 124.

— — Ueber die Verbindlichkeit zur Kostenerstattung bei Vindicationssprocesen zwischen dem Concurscurator und den Vindicanten in denjenigen Landesteilen der Provinz Hannover, in welchen das Preußische Recht gilt. (Struckmann) B. II. S. 433.

— — Verurtheilung des Concurscurators in die Kosten des Liquidationsprocesses. T.-E. V. Nr. 142. VI. Nr. 212. s. b. I. u. II. VII. Nr. 143.

— — Kosten des Prioritätsprocesses. (§. 633 der b. P.-D.) T.-E. VII. Nr. 141.

— — Bei der Vertheilung vorabzunehmende Kosten des Zwangsvollstreckungs- und Vertheilungsverfahrens. (§. 599 der b. P.-D.) N. M. VII. S. 411.

— — Kosten der Berufungsinstanz abhängig gemacht von der Entscheidung über die Kosten der Hauptache. T.-E. V. Nr. 108.

— — Parteidienste. — Honorar der Sachführer in der Berufungsinstanz. T.-E. III. Nr. 70. VI. Nr. 213.

— — Kosten der Assistenz eines Advocaten neben dem Anwalte bei den höheren Gerichten. T.-E. IV. Nr. 76.

— — Beweisverfahren auf erhobene Gegenvorstellung gegen das Kostenfestsetzungsurtheil. (§§. 50, 53 der b. P.-D.) T.-E. IV. Nr. 76.

**Proceßkosten.** Gegen die auf erhobene Gegenvorstellung abgegebene Entscheidung findet ein selbstständiges Rechtsmittel nicht statt. **Z. I. S. 152. Nr. 32.**

— — Ziehen die Kronanwaltschaft, Anwälte, Advocaten und Gerichtsvoigte von dem Gegner der armen Partei die annotirten Kosten, bezw. Gebühren und Auslagen kraft eigenen Rechts ein? (§. 64 der b. P.-D.) **Z.-E. III. Nr. 21. N. M. IX. S. 274.**

— — Verpflichtung des Ehemannes, seiner Ehefrau die Kosten eines gegen ihn zu führenden Eheproesses vorzuschießen. **Z. IV. S. 269. Nr. 157.**

— — Sicherheitsleistung wegen der Proceßkosten. **Z.-E. VI. Nr. 160.**

— — vom Privatkläger nach §. 492 der Str.-P.-D. zu hinterlegende; deren Feststellung. **N. M. VIII. S. 293.**

**Proceßordnung** s. Bürgerliche Proceßordnung. Civilproceßordnung. Strafproceßordnung.

**Proceßverfahren in Ehesachen** s. Ehe- und Verlöbnissachen.

**Procuraturgebühr** der Anwälte und Advocaten in eigenen Sachen. (§. 50 des Gebührengesetzes von 1850.) **Z.-E. VI. Nr. 214, I. u. II.**

**Prorogation** der Parteien im Provocationsproesse ist zulässig. **Z.-E. III. Nr. 71.**

**Protest** s. Wechselprotest.

**Protocollführer.** Erforderniß der Buziehung eines vereideten Protocollführers zu allen Abhörungen von Zeugen im Ermittlungsverfahren. Rescr. vom 30. November 1869. **Z. I. S. 447.** (cf. **N. M. VIII. S. 339.**)

**Provision.** Provisionen in Contocurrentgeschäften haben die Natur von Zinsen. **Z.-E. VII. Nr. 44.**

**Provocation.** Berühmung eines dinglichen Rechts berechtigt nicht zur Provocation. **Z.-E. III. Nr. 45.**

— — bei beabsichtigten Bauten. — Bedeutung des Präjudizes im letzten Absaße des §. 497 der b. P.-D. **Z.-E. VI. Nr. 137.**

— — zur Klage auf Vollziehung der Ehe. — Competenz der Senate des Appellationsgerichts zu Celle. **Z. III. S. 163. Nr. 112.**

— — auf richterliches Gehör gegenüber der polizeilichen Straffestsetzung. (§. 6 des Gesetzes vom 14. Mai 1852.) Rescr. vom 31. October 1869. **Z. I. S. 445.**

**Prüfungen** s. Juristische Prüfungen.

**Publiciana aetio** s. Vindication.

**Pupillen.** Das quinquennium restitutionis gilt für Veräußerungen unmündiger Pupillen nicht. **Z.-E. V. Nr. 7.**

— — Wirksamkeit der von einem Minderjährigen ohne Auto-

rität des Vormundes abgeschlossenen Geschäfte. T.-E. VII.  
Nr. 9.

**Pupillen.** Rechtsmittel eines Vormundes zur Verfolgung der Rechte an der Person des Pupillen. 3. V. S. 26. Nr. 170.

— — Begründung der Klage aus dem einem Vormunde gegebenen Darlebne gegen den früheren Pupillen. — Beweis der Verwendung des Darlehns im Nutzen der Pupillen. 3. V. S. 27. Nr. 171.

**Pupillengrundstücke.** Veräußerung derselben. — Beschaffenheit des *decreti de alienando*. — Einrede der Erschleichung. T.-E. VI. Nr. 44.

— — Erforderniß des Veräußerungsdecrets für Pupillengüter. 3. V. S. 35. Nr. 173.

— — Nichtigkeit der Veräußerung wird durch nachfolgende über-vormundschaftliche Genehmigung nicht unbedingt geheilt. T.-E. VI. Nr. 45. (cf. Nr. 77.)

— — Veräußerung von Mündelgut durch einen Protutor. T.-E. V. Nr. 39.

— — Entschädigungsklage des Pupillen gegen die Vormünder wegen unerlaubter Veräußerungen. — Beweislast. T.-E. VII. Nr. 50.

— — Veräußerung derselben nach Hadelner Landrechte. T.-E. II. Nr. 5.

**Quakenbrück.** Historische Mittheilungen über das Amtsgericht darselbst. 3. II. S. 350.

**Quanti minoris actio** s. Minderungsklage.

**Quarta** der armen Wittwe s. Wittwe.

— — **Falcidia** s. Falcidische Quart.

— — **Trebellianica** s. Trebellianische Quart.

**Querela inofficiosae donationis.** Begriff und Begründung. T.-E. VII. Nr. 76 sb. I. u. II.

— — — Das Klagerrecht eines Abwesenheitscurators umfaßt nicht die querela inoff. donat. 3. III. S. 91. Nr. 87.

**Quittung** unter einer Abrechnung ist keine Anerkennung der letzteren. T.-E. VI. Nr. 39.

**Ratihabition** einer nicht schriftlich ertheilten Vollmacht nach Preußischem Landrechte. T.-E. II. Nr. 14. IV. Nr. 36.

**Rauch.** Verbreitung von Rauch über das Grundstück des Nachbars. T.-E. V. Nr. 11. — Klage wegen schädlicher Rauchverbreitung. VII. Nr. 26. (cf. Nr. 29.)

**Realgemeinde.** Verhältniß derselben zur politischen Gemeinde. T.-E. VI. Nr. 1. sb. I. u. II.

— — Verbindlichkeit der von den Realgemeinden gefassten Beschlüsse für deren Mitglieder. T.-E. II. Nr. 19.

— — Rechte einzelner Classen der Realgemeinde. T.-E. V. Nr. 2. VII. Nr. 1.

**Realgemeinde.** Klagebefugniß derselben bei den von den Einzelnen genutzten Vermögensrechten. T.-E. II. Nr. 18. III. Nr. 76.

— — — Geltendmachung der Gemeinderechte durch die Mitglieder. T.-E. III. Nr. 81. IV. Nr. 8. V. Nr. 103. VII. Nr. 1.

— — — Aufnahme von Syndicaten bei Realgemeinden. (§. 32 der b. P.-D.) T.-E. II. Nr. 19. VI. Nr. 158.

**Reallasten.** Jus rei sitae bei solchen. — Rechtliche Natur derselben. T.-E. V. Nr. 97.

— — — Begründung einer Reallast durch Vertrag. 3. III. S. 107. Nr. 97.

— — — Erwerb derselben durch Verjährung. T.-E. III. Nr. 62. V. Nr. 2, 98, 99. VII. Nr. 1.

— — — Bei dem Erwerbe der Reallasten durch Verjährung ist jährliche Ausübung nicht erforderlich. T.-E. V. Nr. 98. sb. 1.

— — — Dieselben erlöschen, wenn auf Antrag eines älteren Pfandgläubigers verkauft wird. 3. I. S. 88. Nr. 22. cf. Pfandrecht.

— — — Reallastqualität der Abfindungen. N. M. VII. S. 194, 195. T.-E. III. Nr. 47. VI. Nr. 101, 102. 3. IV. S. 189. Nr. 124. sb. 1—vii. V. S. 131. Nr. 213.

— — — Reallastqualität des Altentheils (Leibzucht.) T.-E. VI. Nr. 92, 101, 103 (cf. 3. III. S. 107. Nr. 97.) s. Leibzucht.

**Realrechte.** Untergang derselben durch Consolidation. T.-E. III. Nr. 61.

— — — Bestätigungen bei deutschen Realrechten. T.-E. V. Nr. 96. cf. Pfandrecht.

**Reception.** Allgemeine Bemerkungen über die Reception des römischen Rechts, insbesondere bezüglich der Lehre von der delatio tutetae. (Adickes) 3. II. S. 98.

**Rechnungsablage.** Anspruch auf Rechnungsablage. 3. III. S. 79. Nr. 85 a.

— — — Umfang der Klagbitte bei der Klage auf Rechnungsablage. T.-E. V. Nr. 32.

— — — Verpflichtung eines socius zur Rechnungsablage. T.-E. VI. Nr. 56.

— — — Quittung unter einer Abrechnung ist keine Anerkennung der letzteren. T.-E. VI. Nr. 39.

— — — des Vormundes. Pflicht desselben zur Rechnungsablage dem Pupillen gegenüber. T.-E. VI. Nr. 48.

— — — Bedeutung der bei der Obervormundschaft erfolgten Rechnungsablage des Vormundes, wenn derselbe später auf Restitution von Vorschüssen gegen den Pupillen klagt. T.-E. III. Nr. 44.

— — — Befreiung des Vormundes von der Rechnungsablage. (Braun) 3. IV. S. 439.

— — — Erlaß der Verpflichtung des Vormundes zur Rechnungsablage durch legitwillige Anordnung des Vaters der Pupillen. 3. IV. S. 418.

**Rechnungsablage.** Verpflichtung des Concurscurators zur Rechnungsablage aus Geschäften des Gridars. T.-G. VI. Nr. 209. Rechtsbeistand des Producenten als Zeuge. (§. 253 sb. 4 der b. P.-D.) T.-G. III. Nr. 87.

— — s. *Advocat. Anwalt.*

**Rechtsgeschäfte**; deren Ungültigkeit hat der Richter im Processe ex officio zu berücksichtigen. T.-G. I. Nr. 21.

— — Ueber die Relevanz der Behauptung, daß bei einem urkundlich vorliegenden Rechtsgeschäft eine bestimmte Absicht zu Grunde gelegen habe. T.-G. III. Nr. 3.

— — s. *Minderjährige.*

**Rechtshängigkeit.** Die Einrede der Litispendedenz setzt Identität des Rechtsstreites voraus. T.-G. III. Nr. 53.

— — Eine proceßhindernde Einrede, insbesondere die der Litispendedenz kann nicht berücksichtigt werden, wenn sie zur Zeit der Vorschützung unbegründet ist, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Klageerhebung. T.-G. III. Nr. 23.

— — Bedeutung der exceptio rei in judicium jam deductae für einen verklagten Correalshuldner. T.-G. II. Nr. 13.

— — Einrede der Litispendedenz aus der Person eines Correalshuldners. Z. II. S. 18. Nr. 46.

— — Einrede derselben ist auch bei der Restitutionsklage (§. 448 der b. P.-D.) zulässig. T.-G. II. Nr. 33.

— — Einrede derselben hergeleitet aus der Anmeldung im Concurrenz. T.-G. IV. Nr. 75.

**Rechtshilfegesetz** vom 21. Juni 1869. In wie weit sind durch das norddeutsche Bundesgesetz vom 21. Juni 1869, betreffend die Gewährung der Rechtshilfe, die älteren Vereinbarungen zwischen dem Königreiche Preußen und dem Herzogthume Braunschweig wegen Regelung der gegenseitigen Gerichtsbarkeitsverhältnisse beseitigt? (Grisebach) Z. II. S. 237.

— — Verhältniß des §. 39 zu dem §. 124 der b. P.-D. Z. III. S. 148. Nr. 104. — zu dem §. 406 der b. P.-D. S. 146. Nr. 103 (cf. Z. I. S. 153. Nr. 33.)

**Rechtskraft.** Der Hannoversche Richter muß die Rechtskraft der Verfügungen ausländischer Gerichte anerkennen, ohne die Competenz der betreffenden Gerichte zu prüfen; diese Prüfung ist nur in dem Ausnahmefalle des §. 29 der b. P.-D. zulässig. T.-G. III. Nr. 71.

— — Actio rei judicatae gegenüber der Zwangsvollstreckung nach der b. P.-D. von 1850. T.-G. III. Nr. 60. V. Nr. 8.

— — Wirkung der Rechtskraft auf Dritte. (Pfandbesitzer.) Z. V. S. 10. Nr. 160. — im Besitzprocesse. T.-G. IV. Nr. 11.

— — von Entscheidungsgründen. T.-G. III. Nr. 47. — insbesondere nach der allgem. Preuß. Gerichtsord. Z. II. S. 14. Nr. 42.

**Rechtskraft.** Begriff der exceptio rei judicatae. *L.-E.* II. Nr. 47.

— — Die exceptio rei judicatae ist keine proceßhindernde im Sinne des §. 196 der b. P.-D. *L.-E.* I. Nr. 1.

— — Einrede der Rechtskraft eines im Executivprocesse ergangenen Urtheils im nachfolgenden ordentlichen Processe. *Z.* V. S. 27. Nr. 171 sb. 2.

**Rechtsmittel.** Concurrenz der Rechtsmittel des älteren und neuen Procesfrechts. — (Uebergangsgesetz vom 4. Mai 1852.) *L.-E.* III. Nr. 18.

— — Selbstständiges Recht des Nebenintervenienten zur Einlegung von Rechtsmitteln. *L.-E.* VII. Nr. 123.

— — gegen den Buschlagsbescheid des Concurs- und Subhaftationsrichters nach Hannoverschem Provinzialrecht. (Grisebach) *Z.* I. S. 257. (Adickes) III. S. 441.

— — von der Staatsanwaltschaft eingewendete; zum §. 368, Abs. 2 der Str.-P.-D. von 1867. (v. Düring) *Z.* I. S. 272.

**Rechtstitel** zur Eintragung von Hypotheken s. Hypotheken.

**Rechtsvermutung** s. Vermuthung.

**Rechtsweg.** Verordnung vom 16. September 1867 über die Zulässigkeit des Rechtsweges; Aufhebung des §. 7 des Gesetzes vom 28. Juli 1851 über Gemeindewege und Landstraßen. *Z.* II. S. 42. Nr. 55 sb. III. — des §. 62 eodem. V. S. 102. Nr. 201, c.

— — zum Art. II. Beschränkung des Rechtsweges. *Z.* III. S. 111. Nr. 100.

— — zum Art. V. 1 und §. 3 des Gesetzes vom 24. Mai 1861, betreffend Erweiterung des Rechtsweges. *Z.* IV. S. 257. Nr. 150.

— — s. Zuständigkeit.

**Rechtswohlthat des Inventars.** Ueber das beneficium inventarii in seiner heutigen Anwendung nach Hannoverschem Provinzialrechte. (Grisebach) N. M. IX. S. 141.

— — — — Erforderniß der zeitigen Inventarerrichtung durch die Erben für das beneficium inventarii. *Z.* I. S. 98. Nr. 10.

— — der Competenz der Ehefrau gegen den Ehemann. *L.-E.* IV. Nr. 27.

**Recognitivvertrag** s. Anerkennungsvertrag.

**Reconvention** s. Wiederklage.

**Redhibition.** Vorhandensein von Wanzen berechtigt zur act. quanti minoris, bezw. zur Redhibition. *L.-E.* V. Nr. 36. *Z.* III. S. 78. Nr. 83.

— — Verjährung der act. redhibitoria beim Pferdehandel. (Lüneburg'sche Verordnung vom 30. December 1697.) *L.-E.* V. Nr. 35.

**Redhibition.** Verjährung der exceptio redhibitoria und quanti minoris. T.-E. V. Nr. 36.

**Referendarien.** Einfluß des §. 8 des Gesetzes vom 6. Mai 1869 über die juristischen Prüfungen ic. auf die Befugniß der bei Rechtsanwälten beschäftigten Referendarien, jene als Rechtsanwälte zu vertreten. Min.-Rescr. vom 10. Februar 1870. B. II. S. 164.

— — — Gesuche der Referendarien um Ertheilung der Aufgabe einer rechtswissenschaftlichen Arbeit für das zweite Examen. Rescr. vom 27. Januar 1870. B. II. S. 165.

— — — Ausstellung der Zeugnisse für die bei den Amtsgerichten beschäftigt gewesenen Auditoren für die Fälle, wo das betreffende Amtsgericht mit mehreren Amtsrichtern besetzt ist. Rescr. vom 14. Februar 1870. B. II. S. 165.

— — — Verwendung der Referendarien zu gerichtlichen Handlungen und zur Vertretung der Rechtsanwälte. Min.-Rescr. vom 25. April 1870. B. II. S. 327.

**Reformatio in pejus** s. Abänderung.

**Reivindicatio** s. Vindication.

**Reisekosten** der Zeugen und Sachverständigen (Medicinalpersonen) in Straßfachen. Min.-Rescr. vom 27. Februar 1869 und Erlaß der Kronoberanwaltschaft vom 27. Mai 1869. B. I. S. 437. — Min.-Rescr. vom 22. Mai 1869. S. 440.

**Religiousbekennniß.** Bedeutung des §. 6 des (Hannoverschen) Landesverfassungsgesetzes für das Privatrecht. T.-E. I. Nr. 42 a.

**Religiöse Erziehung.** Das Recht der religiösen Erziehung und die Hannoversche Verordnung vom 31. Juli 1826. (Braun) B. III. S. 281.

**Remedium ex l. 3. Cod. 6, 33** s. Fideicommissar.

**Remuneratorische Schenkung.** Erforderniß der Insinuation bei solchen. T.-E. VI. Nr. 17.

**Repräsentationsrecht** s. Lehensfolge.

**Requisition** s. Rechtshülfe.

**Restitution** s. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

**Retention** des Kaufpreises gestützt auf das Vorhandensein von Hypotheken am Kaufobjecte. T.-E. I. Nr. 37. II. Nr. 50. III. Nr. 5. (cf. V. Nr. 23.) B. II. S. 22. Nr. 49 sb. I. u. II. cf. auch: Nichterfüllter Vertrag.

— — — Einrede der Retention wegen Mängel der Sache oder drohender Eviction. T.-E. III. Nr. 4. VI. Nr. 36.

— — — Einrede der Retention des Kaufpreises wegen eines einem Dritten zustehenden Titels auf Eintragung einer Hypothek. B. III. S. 74. Nr. 81.

— — — gegenüber der rei vindicatio. T.-E. IV. Nr. 61.

— — — gegenüber dem Concurscurator. T.-E. III. Nr. 4.

IV. Nr. 88. V. Nr. 143. VI. Nr. 57. §. IV. S. 150.  
§. V. S. 151. Nr. 225.

**Retention.** Beseitigung der der vindication entgegenstehenden Retentionseinrede durch Angebot einer Caution. §. V. S. 21. Nr. 167.

— — Eine illiquide Einrede derselben ist durch Cautionsbestellung zu beseitigen. T.-E. II. Nr. 10.

— — Retentionsrecht nach Art. 313 des Handelsgesetzbuchs. §. III. S. 77. Nr. 82.

— — Das Retentionsrecht des Vermiethers ist weggefallen durch das Hypothekengesetz von 1864. §. IV. S. 248. Nr. 146. (cf. S. 152.)

— — Retentionsrecht der Meierswittwe am Hofe wegen ihres Leibzuchtsanspruchs. (Verden.) T.-E. VII. Nr. 95. (Galenberg.) Nr. 97.

— — Retentionsrecht des Interimswirths am Hofe wegen des Altentheilsanspruchs ist begründet. T.-E. VI. Nr. 123.

**Retractrecht ex jure vicinitatis** kann der mit Dotalgrundstücken Benachbarte geltend machen. T.-E. I. Nr. 52.

— — ex jure vicinitatis ist bei einem Mengkauf zulässig. — Vicinität ist durch einen öffentlichen Weg nicht unbedingt ausgeschlossen. T.-E. VI. Nr. 130.

— — Bespruchsrecht nicht ausgeschlossen durch patria potestas. — Reale Obligation des Kaufpreises nicht erforderlich. — Anfangspunkt der Verjährung von Jahr und Tag. T.-E. II. Nr. 21.

— — Zu der Verordnung vom 26. Januar 1753 für Nordheim, Göttingen, Hameln, Einbeck und Osterode, die Alienation bürgerlicher Güter und das jus retractus betreffend. T.-E. III. Nr. 39.

— — im Fürstenthume Osnabrück. T.-E. VII. Nr. 114.

— — ex jure gentilitio gilt in der Grafschaft Plesse. T.-E. I. Nr. 45.

— — aus dem Grunde der Nachbarschaft und der Verwandschaft gilt im Flecken Lehe und dessen Feldmärk. T.-E. I. Nr. 10.

— — Geltung des Bespruchsrechts im Altenlande, insbesondere im Bezirke Francop. T.-E. II. Nr. 21.

**Retractsklage** verjährt von der Übergabe des Grundstücks an. T.-E. II. Nr. 21. — Ersatz der Früchte bei der Retractsklage. Nr. 38.

**Reunionsklage** hinsichtlich der Pertinenzen eines Bauerguts. (Göttingen.) T.-E. III. Nr. 16. (Galenberg.) VI. Nr. 96. (Lüneburg.) VII. Nr. 86. (cf. Nr. 87.)

— — kann der Meier und Interimswirth im Bremischen anstellen. T.-E. III. Nr. 46.

— — Eine Reunionsklage des ohne gutsherrlichen Consens ver-

äußert habenden Meiers findet nicht statt. — Die Behauptung, es sei ohne gutschöpferlichen Consens veräußert, ist eine Replik und muß vom Reunionskläger bewiesen werden. (Lüneburg.)

B. II. S. 50. Nr. 57.

**Revocation** s. Schenkung.

**Richter.** Ueber die Abstimmung der Richter und die Stimmenzählung in Strafsachen, unter Berücksichtigung des Inhalts der Schrift des Generalstaatsanwalts Dr. Schwarze in Dresden.

„Das deutsche Schwurgericht und dessen Reform“. (Grisebach)

N. M. VII. S. 267.

— — Beiträge zur Orientirung in der für die Provinz Hannover geltenden Gesetzgebung über die Dienst- und Disciplinarverhältnisse der Justizbeamten. (Roscher) B. I. S. 339.

— — In wie weit bestehen neben dem Gesetze vom 7. Mai 1851, betreffend die Dienstvergehen der Richter, die Vorschriften des §. 14 des Hannov. Gesetzes vom 10. Mai 1859, das Disciplinarverfahren gegen Richter betreffend, bezw. des §. 48 des Hannoverschen Gesetzes über die Verhältnisse der Königlichen Diener vom 24. Juni 1858 noch fort? B. I. S. 422.

— — hat die Ungültigkeit eines Rechtsgeschäfts im Processe ex officio zu berücksichtigen. T.-G. I. Nr. 21.

**Ritterrecht;** Bremensches, revidirtes. Erbstammgüter nach demselben. — Besugnisse des Ritterschaftspräsidenten. T.-G. VII. Nr. 121.

— — — Tit. I. §. 8 des Bremenschen Ritterrechts ist nicht auf Seitenverwandte überhaupt auszudehnen. T.-G. I. Nr. 53.

**Römischer Civilproceß.** Processualisches Drama. — „Das Grundstück des Uebutius.“ (Hiersemenzel) N. M. VII. S. 138.

**Römisches Recht** s. Reception.

**Rottzehnten** s. Behntrecht.

**Rückfall.** (§§. 58, 219 des Preuß. Str.-G.-B., bezw. Art XX. der Verordnung vom 25. Juni 1867.) Sind bei der Feststellung des Rückfalls die Verurtheilungen, welche von Hannoverschen Gerichtshöfen vor der Einverleibung Hannovers in das Königreich Preußen ausgegangen sind, als Urtheile Preußischer Gerichte anzusehen? N. M. VIII. S. 405. (v. Bülow.) IX. S. 111, 129, 256, 260.

— — (Art. XX. der Verordnung vom 25. Juni 1867 und §. 219 des Preuß. Str.-G.-B.) Sind bei der Feststellung des Rückfalls der Entscheidung, ob die nach den Hannoverschen Strafgesetzen ergangene Verurtheilung dasselbe Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstande habe, wie die nach dem 1. September 1867 nach den Preußischen Strafgesetzen auszusprechende, die Hannoverschen oder die Preußischen Strafgesetze zum Grunde zu legen? N. M. VIII. S. 408. IX. S. 129, 256, 260.

**Rückfall.** Straferhöhung wegen desselben im Falle des §. 219  
sh. 2 des Prß. Str.-G.-B. N. M. IX. S. 272.

— — wird durch eine Vorbestrafung wegen Diebstahlsbegünstigung (Art. 74, 75 des Hannov. Cr.-G.-B.) hinsichtlich der Hehlerei (§. 237 ff. des Prß. Str.-G.-B.) dann begründet, wenn erstere dem Thatbestande der letzteren entspricht. N. M. IX. S. 390.

**Ruhegehalt.** In wie weit sind Nebenbezüge der Staatsdiener bei Bemessung ihres Ruhegehalts zu berücksichtigen? (§. 80 des Gesetzes über die Verhältnisse der Königl. Diener vom 24. Juni 1858.) B. IV. S. 253. Nr. 149.

— — Klagen der Beamten wegen Pension sind gegen die Landdrosteien zu richten. B. IV. S. 257. Nr. 150.

— — Execution in die Besoldungen oder Pensionen der Staatsdiener. (Erlaß v. 16. Juli 1869.) B. I. S. 286. II. S. 163.

**Sabbathsordnung.** Zur Hannoverschen Sabbathsordnung vom 25. Januar 1822. — Störung des Gottesdienstes. (Rasch.) B. IV. S. 73.

**Sachführer** s. **Advocaten.** **Anwalt.** **Honorar.**

**Sachverständige.** Zur Lehre vom Beweise durch Sachverständige. (Wedemeyer.) B. II. S. 275.

— — Bemerkungen über den Sachverständigen-Beweis im Civil- und Criminalproceß, insbesondere vom Standpunkte der B. P.-D. de 1850 und der Str.-P.-D. de 1867 (Pelizaeus.) B. IV. S. 380.

— — Sachverständigenbeweis bei widersprechenden Gutachten. (§. 278 der B. P.-D.). T.-E. VI. Nr. 173.

— — Ein Domainenpächter gilt zur Begutachtung öconomicischer Fragen als befähigter Sachverständiger. (§. 274, Abs. 3 der B. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 174.

— — Neue Sachverständige in der Berufungsinstanz. (§. 418 der B. P.-D.) T.-E. I. Nr. 62.

— — Vergütung der Sachverständigen in Strafsachen. Min.-Rescr. vom 27. Februar 1869 und Erlaß der Kronoberawaltschaft vom 27. März 1869. B. I. S. 437.

— — Die den Medicinalpersonen zu bewilligende Sachverständigengebühr in Strafsachen. Min.-Rescr. vom 22. Mai 1869. B. I. S. 440.

— — s. **Eid.**

**Schadensersatz.** Schadensklage als Accessorium der Eigenthums- und Contractsklage. T.-E. VII. Nr. 22.

— — (§. 78 der B. P.-D.) Form der Geltendmachung des Schadensersatzes gegen den unlegitimirt auftretenden Bevollmächtigten seitens der Gegenpartei. N. M. VIII. S. 315.

**Schadensersatz.** Folgen der Nichtbeachtung der Vorschrift des §. 347 der B. P.-D. T.-E. V. Nr. 128.

— — (§. 347 der B. P.-D.) Klage auf Schadensersatz salva liquidatione. B. III. S. 153. Nr. 105.

**Schäfereigerechtigkeit** s. Weideberechtigung.

**Scheidung** s. Ehebruch. Ehescheidung. Trennung von Tisch u. Bett.

**Schenkung.** Die positiven Einschränkungen der Schenkungen unter Ehegatten. (Biëtor.) B. V. S. 203.

— — Revocation wegen Undanks. T.-E. VII. Nr. 18.

— — Schenkungen über 500 solidi. B. V. S. 66. Nr. 185.

— — Mangel der gerichtlichen Insinuation kann nicht mittels einer Replik geltend gemacht werden. T.-E. IV. Nr. 72.

— — Erforderniß der Insinuation bei remuneratorischen Schenkungen. T.-E. VI. Nr. 17.

— — Berechnung des Anteils, welchen Kinder erster Ehe von den an den zweiten Ehegatten gemachten Schenkungen verlangen können. T.-E. IV. Nr. 41.

**Schenkung von Todeswegen.** Erforderniß der Codicillarform. T.-E.

V. Nr. 57. — unter 500 solidi Codicillarform nicht erforderlich. B. I. S. 97. Nr. 9.

— — Querela inofficiosae donationis. Begriff und Begründung. T.-E. VII. Nr. 76. sb. I. und II.

— — Das Klagerrecht eines Abwesenheitscurators umfaßt nicht die quer. inoff. don. B. III. S. 91. Nr. 87.

**Schiedsgericht.** Ueber das pactum de compromittendo. (Roscher.) B. I. S. 303.

— — im (Gemeinheits-) Theilungsverfahren (Grotefend.) N. M. VIII. S. 271. (Festenau.) B. II. S. 225.

**Schiffahrtscanäle.** Wahrung der Frist nach §. 31 des Gesetzes vom 16. September 1846, die Veräußerungspflicht beiuf Anlage von Schiffahrtscanälen ic. betreffend. T.-E. V. Nr. 93.

**Schmerzensgeld.** Die Klage darauf ist durch den §. 391 der B. P.-D. nicht abgeschafft. T.-E. II. Nr. 20.

**Schreibensunfähige.** Testamentserrichtung derselben in Ostfriesland. (§. 115. Tit. 12. Thl. I. des Prf. Ldr. und §. 31 der Notar.-D. von 1853.) T.-E. IV. Nr. 6.

— — Form der Codicille Schreibensunfähiger. T.-E. V. Nr. 56.

**Schriftenvergleichung** s. Urkunde.

**Schuldbekenntniß.** Einreden wider Schuldbekenntnisse. — Beweislast. T.-E. VII. Nr. 48. cf. Anerkennungsvertrag.

**Schuldsachen.** Executionsvollstreckung gegen Militärpersonen in Schuldsachen. Erlaß vom 29. October 1869. B. I. S. 441.

**Schuldubernahme.** Klage wider den Käufer, welcher die Schulden des Verkäufers übernommen hat. T.-E. VII. Nr. 53.

**Schuldverschreibungen.** Die Schuldurkunde und deren Benutzung.  
(v. Düring) §. I. S. 318.

— — — Vindication von au porteur Papieren. T.-E. IV. Nr. 10.  
VI. Nr. 57. VII. Nr. 19.

— — — Persönliche Klage (condictio sine causa) auf die Herausgabe von au porteur Papieren. T.-E. VII. Nr. 19.

— — — Unter welchen Voraussetzungen macht das Beschreiben eines Blattes Papiers mit einem Schuldbekenntnisse den Aussteller des letzteren zum Eigenthümer des Papiers? N. M. VII. S. 401.

— — — Wird dadurch, daß das Gericht eine von ihm aufgenommene Urkunde dem Schuldner gegen Erlegung der Gerichtsgebühr und Stempelabgabe übergiebt, dieser zum Eigenthümer der Urkunde? N. M. VII. S. 403.

— — — Eigenthum an Urkunden nach Allgem. Preuß. Landrecht u. nach gem. Recht. §. II. S. 16. Nr. 44.

— — — s. Mortification.

**Schullasten.** Rechtliche Natur der Kirchen- und Schullasten. (Anwendbarkeit des bestehenden Beitragssufzes auf neu hinzugelegte Bezirke.) T.-E. III. Nr. 83. V. Nr. 94. VI. Nr. 6.

— — — Ueber die Verpflichtung zur Tragung von Schullasten krafft privatrechtlichen Titels. — Vermehrtes Bedürfniß. T.-E. VI. Nr. 4, 5. VII. Nr. 147.

— — — Erstreckt sich die Freiheit der reformirten Separatisten von den Lasten der reformirten Kirche auch auf die Lasten der reformirten Schule? (Kistemaker.) §. IV. S. 446.

**Schulverband.** Schulverbandsangehörigkeit in Ostfriesland nach heutigem Rechte. (Volksschulgesetz vom 26. Mai 1845 u. Allgem. Preuß. Landrecht.) (v. Linsingen) N. M. VIII. S. 40.

**Seitenverwandte.** Erbrecht derselben nach Tit. I. §. 8 des Bremenschen Ritterrechts. T.-E. I. Nr. 53.

— — — Klagerecht derselben auf Herausgabe der Meierstelle. (Bremen.) T.-E. V. Nr. 74. (Lüneburg.) VII. Nr. 92.

— — — Erbrecht derselben bei Meiergütern. (Bremen.) T.-E. VI. Nr. 106. (Hoya.) §. III. S. 189. (Lüneburg.) T.-E. VI. Nr. 113. VII. Nr. 93. §. I. S. 120. Nr. 21.

— — — Vorzug des männlichen Geschlechts vor dem weiblichen bei der Collateralerbfolge in Meiergüter. (Hoya.) T.-E. IV. Nr. 64.

— — — Erbsfolge derselben (Geschwister) bei gutspflichtigen Höfen. T.-E. VII. Nr. 111.

— — — Succession derselben in abgelöste Meiergüter. (Hildesheim.) T.-E. VII. Nr. 98 sb. I. u. II. (Bremen=Verden.) Nr. 99. (Caleberg.) §. I. S. 123. Nr. 22.

— — — Erfolge derselben bei freien Städtchen. (Osnabrück.) §. I.

§. 102. Nr. 13. — bei vormalß eigenbehörigen Hößen.  
(Osnabrück.) T.-E. VII. Nr. 110. — bei den in Folge der  
Ablösungsgesetze frei gewordenen, eigenbehörigen Hößen.  
(Bentheim.) §. IV. §. 230. Nr. 137.

**Separationsrecht** s. Absonderungsrecht. Erbgelder.

**Separatisten** s. Concurscurator. Eigenthumsvorbehalt.

**Separirte Deconomie.** Aufhebung der väterlichen Gewalt durch  
solche. T.-E. I. Nr. 58. V. Nr. 48. §. III. §. 89.  
Nr. 86. cf. auch: Abfindung.

**Servituten.** Servitut an einer res communis. T.-E. VII.  
Nr. 28.

— — auf Rauchverbreitung. Erftzung derselben. T.-E. VII.  
Nr. 26. (cf. 29.)

— — Constituirung von Servituten nach Thl. IV. Tit. 12 der  
Bentheimischen Gerichts- und Landesordnung vom 23. No-  
vember 1690. §. IV. §. 247. Nr. 145.

— — Belastung eines Meierguts mit Servituten. (Verordnung  
vom 1. Juli 1699.) T.-E. V. Nr. 75.

— — Erftzung von Servituten. T.-E. IV. Nr. 2, 12. V.  
Nr. 14, 100. VII. Nr. 16, 17, 26. — gegen den Fiscus. II.  
Nr. 16. IV. Nr. 13. V. Nr. 14. — gegen Städte. VII. Nr. 27.

— — Bedeutung des animus juris exercendi bei der Erftzung  
von Servituten. T.-E. VII. Nr. 26, 29.

— — Usucapio libertatis von Servituten. T.-E. VII. Nr. 27.

— — Einwand der mal. fid. bei der Servitutenerftzung. §. III.  
§. 56. Nr. 75.

— — Beziehen sich die Präjudicien Nr. 3 vom 31. März 1842  
und Nr. 2 vom 8. Januar 1845 auch auf die außerordent-  
liche Servitutenerftzung? (Hagemann) §. II. §. 390.

— — Ordentliche und außerordentliche Servitutenerftzung an  
erftzungsfähigen Sachen. — Notwendigkeit alljährlicher Aus-  
übung auch bei der außerordentlichen Erftzung. (Präjud. III.  
vom 31. März 1842.) §. V. §. 23. Nr. 168.

— — Zum Präjudize III. vom 31. März 1842. — Erftzung.  
T.-E. V. Nr. 14, 98 sb. i. — Dreißigjährige Erftzung.  
§. II. §. 17. Nr. 45.

— — Verlust derselben (Weiderecht) durch Nichtausübung. T.-E.  
VI. Nr. 29. VII. Nr. 27.

— — Theilweises Erlöschen einer Servitut. T.-E. VI. Nr. 27.

— — Ausübung der Servitut (Weiderecht) nach Theilung des  
berechtigten Grundstücks. T.-E. VI. Nr. 28. §. I. §. 85.  
Nr. 1.

— — Competenz der Amts- resp. Obergerichte bei Proceszen über  
Wegegerechtigkeiten. T.-E. VI. Nr. 151. — Feststellung des  
Werths einer Servitut. T.-E. V. Nr. 104.

**Sicherheitsleistung** wegen der Proceszkosten. T.-E. VI. Nr. 160.

**Sicherheitsleistung.** Bedeutung der cautio usufructuaria, insbesondere in Bezug auf Zahlungen an den Nießbraucher. — Erlaß der Caution durch Testament ist unzulässig. T.-G. VII. Nr. 30.

— — Die caut. usufruct. kann mittels der cautio socini erlassen werden. T.-G. VII. Nr. 77.

— — zur Beseitigung einer illiquiden Retentionseinrede. T.-G. II. Nr. 10. — einer der Vindication entgegenstehenden Retentionseinrede. B. V. S. 21. Nr. 167.

— — s. Dienstcaution.

**Sicherungsarrest** gegen einen Ausländer. (§. 508, sb. 6 der b. P.-D.) T.-G. VII. Nr. 138 sb. I. u. II.

**Simulation.** Substantiirung des Einwandes der Simulation. T.-G. IV. Nr. 5.

— — Eideszuschreibung zum Beweise der Simulation gegen den Inhalt einer vollbeweisenden Urkunde ist zulässig. (§§. 292, 480 der b. P.-D.) T.-G. VII. Nr. 133.

**Societät** s. Gesellschaftsvertrag.

**Socinische Cautel.** Mittels derselben kann die cautio usufructuaria erlassen werden. T.-G. VII. Nr. 77.

**Sofortige Berufung** im Falle des §. 397 der b. P.-D. Frist derselben. (§. 401 der b. P.-D.) T.-G. I. Nr. 57.

**Solawechsel** s. Wechsel. Wechselordnung.

**Solidarobligation** s. Correalobligation.

**Sondergut** bei der ehelichen Gütergemeinschaft. — Form der Constituirung, insbesondere in der Stadt Hildesheim. T.-G. IV. Nr. 40. VI. Nr. 141.

— — s. Adventitiengüter. Nießbrauch.

**Spanndienste.** Umfang derselben. T.-G. VI. Nr. 86.

**Specification.** Erfordernisse derselben. T.-G. V. Nr. 12.

**Spielschuld.** Eine im Regelspiele contrahirte Schuld ist nicht flagbar. T.-G. IV. Nr. 32.

**Staat.** Rechtliche Stellung derselben als Unternehmer der Landeslotterie. — Stellvertretung durch die Lotteriebeamten. T.-G. I. Nr. 40.

— — Haftung für die Beamten. T.-G. III. Nr. 59. IV. Nr. 25. (cf. VI. Nr. 59. VII. Nr. 56.)

— — Berechtigung derselben aus Cautionen der Angestellten. T.-G. I. Nr. 20.

— — Umfang des dem Fiscus an dem Vermögen seiner Contrahenten zustehenden Pfandrechts. T.-G. I. Nr. 40.

**Staatsanwaltschaft** s. Kronanwaltschaft.

**Staatsbeamte.** Execution in die Besoldungen oder Pensionen der Staatsdiener. (Erlaß vom 16. Juli 1869). B. I. S. 286. II. S. 163.

— — Cautionsbestellung der Staatsbeamten mit Obligationen

über Bundesanleihen. Min.-Rescr. vom 11. December 1870.

§. III. §. 172.

**Staatsbeamte.** In wie weit sind Nebenbezüge der Staatsdiener bei Be-  
messung ihres Ruhegehaltes zu berücksichtigen? (§. 80 des  
Gesetzes über die Verhältnisse der Königl. Diener vom 24. Juni  
1858.) B. IV. S. 253. Nr. 149.

— — Klagen der Beamten wegen Pension sind gegen die Landdrosteien zu richten. §. IV. S. 257. Nr. 150.

— — f. Staat.

Stade f. Stadtrecht.

Stadtredt; Cellesches, Erbrecht des Chemannes. T.-G. VI. Nr. 143.

— — — zum Tit. 9, §. 6. Verträge über Bürgergüter. T.-G.  
VI, Nr. 135.

— — Hannoversches; Baustatuten. — Anwendung des §. 2 der-  
selben. T.-E. VII. Nr. 119.

— — Goslarisches; zum Statute vom 13. December 1689 und der Hypothekenordnung vom 20. December 1799. — Rückforderung der dos im Concurse des Chemannes. 3. I. S. 145. Nr. 30.

— — in Stade und Burenhude; Güterrecht und Erbrecht. T.-G.  
VI. Nr. 137. — Statutarische Portion der Wittwe. Nr. 138.

— — — Geltung der poen. sec. nupt. Nr. 140.

— — Statute der Stadt Verden und das in derselben geltende  
eheliche Güterrecht. (Ritter.) N. M. VIII. §. 347. IX. §. 3.

— — — Erörterungen aus dem Gebiete des  
rechts. (Koellner.) M M IX S 201

Städte s. Gründung.

**Städtische Grundstücke s. Bürgergüter.**

— — Statuten. Anwendba

Stadttheile. T.-G. VII. Nr. 118.  
Statutencollision i. Internationales Privatrecht.

## **Stauanlagen f. Entwässerung.**

**Stempelsteuer.** Verwendung des Stempels bei Productionen von Urkunden im Processe nach der Verordnung über den Urkundenstempel vom 19. Juli 1867. Plenarbeschluß des App.-G. zu Celle vom 4. Mai 1868. N. M. IX. S. 133.

— — Verfahren bei Zweifeln über Auslegung der Stempelgesetze.  
Reser. vom 24. April 1868. N. M. IX. S. 136.

— — Stempelpflichtigkeit der Vollmachten in Straß Sachen. (Verordnung vom 19. Juli 1867.) (Ritter.) N. M. IX. S. 191.

— — Mittheilungen der Kronoberanwaltschaft zu Celle über Stempelsteuerfragen an sämmtliche Obergerichte, Amtsgerichte, Kronanwaltschaften und Notare im Bezirke des App.-Ger. zu Celle vom 6. Januar 1869. B. I. S. 274. — vom 19. Juni 1869. S. 278.

#### — — Hebung und Verrechnung der Stempelabgabe für Ver-

- handlungen und Ausfertigungen der Gerichtswoigte. Min.-Reser. vom 3. Juli 1869. B. I. S. 283.
- Stempelsteuer.** Wie ist bei Stempelsteuer-Contraventionen der richterlichen Beamten und Notare zu verfahren? B. I. S. 354.
- Steuercontravention** s. Confiscation.
- Stille Gesellschaft.** Zu Art. 250 und 252 des Handelsgesetzbuchs. B. II. S. 39. Nr. 53.
- Stimmenzählung.** Ueber die Abstimmung der Richter und die Stimmenzählung in Strafsachen, unter Berücksichtigung der Schrift des General-Staatsanwalts Dr. Schwarze „Das Deutsche Schwurgericht und seine Reform.“ (Grisebach.) N. M. VII. S. 267.
- Stolgebühren.** Verjährung derselben. (§. 4, sb. 1 des Verjährungsgesetzes von 1850). T.-E. IV. Nr. 4.
- Strafantrag.** Ueber die Legitimation zur Stellung des Antrags auf Bestrafung bei Körperverlegerungen der Hausskinder. B. IV. S. 301.
- — Die Bedingungen der Stellung eines gehörigen Antrages auf Verfolgung. (§. 61 des Dt. Str.-G.-B. und §. 61 der Str.-P.-D. von 1867.) B. V. S. 300.
- Strafantrittung.** §. 429 der Str.-P.-D. von 1867. N. M. IX. S. 379.
- Straffestsetzung** durch Verfügung; zum §. 359 der Str.-P.-D. von 1867. N. M. VIII. S. 299.
- — vorläufige, wegen Übertretungen nach dem Gesetze vom 14. Mai 1852; im Falle des §. 6 a. a. D. ist der Polizeirichter nicht befugt, gemäß des §. 47 u. a. der Str.-P.-D. von 1867 wegen sachlicher Unzuständigkeit die Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen. N. M. IX. S. 369.
- — Einfluß der Provocation auf richterliches Gehör gegenüber der polizeilichen Straffestsetzung. (§. 6 des Gesetzes vom 14. Mai 1852.) Erlaß vom 31. October 1869. B. I. S. 445.
- Strafgelder** s. Geldstrafen.
- Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich.** Ueber den Einfluß des Deutschen Reichsstrafgesetzbuchs auf das sogenannte Preuß. Holzdiebstahlsgez. (Fischer.) B. V. S. 293.
- — — §. 55. Verhältniß zu den §§. 10, 11 des Holzdiebstahlsgez. von 1852. B. V. S. 305.
- — — §. 61; Strafantrag. B. V. S. 300. (cf. IV. S. 301.)
- — — §§. 131, 187; B. V. S. 308.
- — — §. 166; Gotteslästerung. B. V. S. 159.
- — — §. 193; Beleidigung. — Neußerung zur Wahrung berechtigter Interessen. B. V. S. 301. — zufolge einer Rechtspflicht. S. 303.

- Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich.** §§. 195, 65, 232.  
Legitimation zum Strafantrag bei Körperverlegerungen von Hauskindern. §. IV. S. 301.
- — — — §§. 201 ff., §. 2 des Einführungsgesetzes vom 31. Mai 1870 u. Art. VI. der Verordnung vom 25. Juni 1867. Anwendbarkeit des Reichsstrafgesetzbuchs auf die Studirenden der Universität Göttingen. §. V. S. 154, 157.
- — — — §. 243, Satz 3. Verhältniß zu den §§. 218, Satz 3 und 224 des Preuß. Str.-G.-B. §. V. S. 312.
- — — — §. 286. Veranstaltung von öffentlichen Lotterien. §. IV. S. 160.
- — — — §§. 292, 368. Nr. 10. Jagdvergehen. §. IV. S. 158.
- — — — §. 359. Öffentliche Beamte. §. IV. S. 460.
- — — — §. 360. Nr. 3. Auswandern der Landwehrmänner und Reservisten. — Lauf der Verjährung. §. V. S. 309.
- — — — §. 367. Nr. 3. Handel mit Arzneien. §. IV. S. 462.
- — **Preußisches.** §. 4 sb. 3 u. Art. 2 des Hannoverschen Criminalgesetzbuchs. Wiederholte Verfolgung von im Auslande durch einen Inländer verübten Verbrechen seitens eines inländischen Gerichts. N. M. IX. S. 384.
- — — — §§. 29, 219. Landesverweisung der Angehörigen eines zum norddeutschen Bunde gehörigen Staats ist unzulässig. N. M. IX. S. 386.
- — — — §§. 58, 219, Art. 20 der Verordnung vom 25. Juni 1867. Anwendung der Rückfallsstrafe in den im Jahre 1866 erworbenen Landestheilen. N. M. VIII. S. 405, 408. IX. S. 111, 129, 256, 260.
- — — — §. 101. Anordnungen der Behörden des norddeutschen Bundes. §. I. S. 268.
- — — — §. 102. Sind auch die Anwälte und Advocaten in der Provinz Hannover als öffentliche Beamte im Sinne des §. 102 anzusehen? §. I. S. 271.
- — — — §§. 111, 37. Beförderung der Desertion. §. I. S. 433.
- — — — §§. 117—119. Festhaltung eines nach den §§. 117—119 Verurtheilten bis zum Eingange der Entscheidung über die zu verbüßende Nachhaft. §. I. S. 78.
- — — — §. 133. Falsche Anschuldigung. §. II. S. 460.
- — — — §. 146. Gewerbsmäßige Unzucht. N. M. IX. S. 388.
- — — — §§. 155, 337. Ideale Concurrenz. §. II. S. 469.
- — — — §. 199. Verhältniß zur Gewerbeordnung von 1869. §. II. S. 145.
- — — — §§. 215 ff. Diebstahl. §. I. S. 429.

**Strafgesetzbuch, Preußisches.** §§. 218. Wegen schweren Diebstahls ist auch beim Vorhandensein mildernder Umstände auf Polizeiaufsicht zu erkennen. N. M. IX. S. 264.

— — — §. 218. Nr. 2, 222, 223. Nr. 1. Diebstahl mittels Einbruchs und Einsteigens. B. I. S. 273.

— — — §§. 218, 238. Schwerer Diebstahl, Hohlerei; Stellung unter Polizeiaufsicht bei mildernden Umständen. N. M. IX. S. 178.

— — — §. 219, Schlussatz. Rückfall. N. M. IX. S. 272.

— — — §§. 237 ff. (Art. 74, 75 des Hannov. Cr.-G.) Hohlerei und Diebstahlsbegünstigung. N. M. IX. S. 390.

— — — §. 247. Urkundenfälschung. B. I. S. 430.

— — — §. 274. Aneignung von Fallwild. B. I. S. 431. für das Preußische Heer. Thl. II. S. 246. Beschlagnahme des Vermögens abwesender Deserteure durch die Heimathsgerichte. B. I. S. 443.

**Strafprozeßordnung vom 8. November 1850.** §. 150. Abstimmung der Richter und Stimmenzählung. N. M. VII. S. 267.

— — — §§. 215, 216. Nothwendigkeit der Angabe eines bestimmten Nichtigkeitsgrundes. T.-G. I. Nr. 18.

— — — revidirte vom 5. April 1859. §. 141. Gegenwart aller zur Entscheidung berufenen Personen. N. M. VII. S. 438.

— — — §. 194, Abs. 4. Stellung eventueller Fragen an die Geschworenen. N. M. VII. S. 457.

— — — §. 221. Nr. 7. Nichtigkeitsbeschwerde wegen Bestrafung einer nicht mit Strafe bedrohten Handlung. N. M. VII. S. 440, 462.

— — — vom 25. Juni 1867. Anmerkungen zu derselben. (Wedenk.) N. M. VIII. S. 292, 333. IX. S. 365.

— — — Der §. 8 des Regulativs vom 4. December 1836, den Gewerbebetrieb im Umherziehen betreffend und die Strafprozeßordnung. (Rasch) B. IV. S. 61.

— — — Einführungsverordnung zur Strafprozeßordnung. Art. IV. Nr. 1. Collectiren für auswärtige Lotterien. B. IV. S. 160.

— — — §. 4. Beurtheilung der That des Angeklagten aus einem anderen Gesichtspunkte als dem in der Anklage geltend gemachten durch das Berufungsgericht. (Twele) B. I. S. 189.

— — — §. 7. Prüfung der Beweise. N. M. VIII. S. 292.

— — — §§. 8, 486. Beweisprüfung. N. M. VIII. S. 333.

— — — §§. 11 u. a. Zuständigkeit der Polizeigerichte. N. M. VIII. S. 334.

— — — §. 21. Vertretung des Untersuchungsrichters in der Rathskammer. B. II. S. 456.

- Strafprozeßordnung vom 25. Juni 1867.** §§. 23, 61, 63, 245.  
Abs. 2, 90. Buziehung eines beeidigten Protocollführers bei  
allen Zeugenvernehmungen. §. I. S. 447.
- — — — §§. 23, 150. Buziehung des Gerichtsschreibers.  
N. M. VIII. S. 339.
- — — — §. 31. Competenz der Polizeianwälte. N. M.  
IX. S. 365.
- — — — §. 46. Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft. N.  
M. VIII. S. 295.
- — — — §. 47 und §. 6 des Gesetzes vom 14. Mai 1852  
über die vorläufige Straffestsetzung für Uebertretungen. —  
Unzuständigkeitserklärung vor Eröffnung des Hauptverfahrens  
im Falle des §. 6. a. a. D. unzulässig, N. M. IX. S. 369.
- — — — §§. 59, 125. Erforschung und Anzeige strafbarer  
Handlungen und Ermittelungsverfahren. N. M. VIII. S. 296.
- — — — §§. 60, 70, 151, 152. Zulässigkeit von Vorhalten  
an den Beschuldigten in der Voruntersuchung. §. II. S. 458.
- — — — §. 62. Ermittelungsverfahren. — Befugnisse der  
Staatsanwaltschaft. N. M. VIII. S. 337.
- — — — §§. 63, 155. Beweiserhebungspflicht der Richter  
und Zeugnispflicht der Staatsangehörigen. §. III. S. 464.
- — — — §§. 761 und 411. Requisite der Anklageschrift.  
N. M. IX. S. 123.
- — — — §. 155 cf. §. 63.
- — — — §. 160, Art. XII., 3 der Einführungsverordnung.  
Vorlesung der Meineidsverwarnung. N. M. IX. S. 382.
- — — — §§. 160, 90, 63. Beeidigung der Zeugen. N.  
M. VIII. S. 338. — im Ermittelungsverfahren. §. I.  
S. 287.
- — — — §§. 160 ff., 140. Beeidigung und Generalfragen.  
N. M. VIII. S. 339.
- — — — §§. 169 ff. Buziehung von Sachverständigen. §. IV.  
S. 387.
- — — — §. 174, Schlußfaß. Gefundene Leichen. N. M. IX.  
S. 396.
- — — — §. 206. Zuordnung eines Vertheidigers. N. M.  
IX. S. 134.
- — — — §§. 259, 20. Zur Interpretation des §. 259  
gegenüber dem §. 20. (Entscheidung mittels Urtheils oder  
Beschusses.) (Lorenz.) §. V. S. 269.
- — — — §§. 259, 356, 75 u. a. Eröffnung des Haupt-  
verfahrens in Polizeigerichtssachen. N. M. VIII. S. 341.
- — — — §. 262. Inhalt des Urtheils. N. M. IX.  
S. 262.
- — — — §§. 323, 326. Stellung eventueller Fragen an  
die Geschworenen. N. M. VIII. S. 415.

- Strafprozeßordnung vom 25. Juni 1867.** §. 353. Thatsächliche Feststellung in Straferkenntnissen. (Reinecke.) N. M. IX. S. 93. (Struckmann). 3. V. S. 282.
- — — — §§. 353, 377. Feststellung des Rückfalls, bezw. Abweichung des Berufungsgerichts von der Feststellung in dem Urtheile der ersten Instanz. N. M. IX. S. 256.
- — — — §§. 353, 390, 3. (Müller.) 3. IV. S. 308.
- — — — §. 359. Festsetzung der Strafe durch Verfügung. N. M. VIII. S. 299.
- — — — §. 368, Abs. 2. 3. I. S. 272.
- — — — §. 370. Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde gegen Urtheile. (Francke.) 3. IV. S. 97, 306.
- — — — §§. 370, 377. Anmeldung der Nichtigkeitsbeschwerde, bezw. Wiederaufnahme des Beweisverfahrens. N. M. IX. S. 126.
- — — — §. 374. Anmeldung der Berufung. N. M. IX. S. 265.
- — — — §. 377. Nichtigkeit wegen Abweichung von der Feststellung des Richters erster Instanz ohne Wiederaufnahme des Beweisverfahrens. N. M. VIII. S. 413.
- — — — §§. 377, 379, 353. Verfahren des Berufungsgerichts. 3. V. S. 308.
- — — — §. 377 ff. Wiederaufnahme des Beweisverfahrens in der Berufungsinstanz. (Reinecke.) N. M. VIII. S. 323.
- — — — §. 429. Antretung der Freiheitsstrafe. N. M. IX. S. 379.
- — — — §. 448. Ueberweisung von Strafkamfersachen an das Polizeigericht. N. M. VIII. S. 292, IX. S. 249, 390.
- — — — §. 449. 3. I. S. 422.
- — — — §. 486. Berechtigungseinrede in Untersuchungen wegen Forst-, Feld-, Jagd- ic. Frevel. N. M. VIII. S. 333.
- — — — §. 492. Feststellung der vom Privatkläger zu hinterlegenden Kosten. N. M. VIII. S. 293.
- — — — §. 500. Verhandlung der Privatklage. N. M. VIII. S. 294.
- — — — §. 500, Abs. 2. Bestimmung hinsichtlich des aufzunehmenden Beweises in Privatklagesachen. 3. V. S. 303.
- Strafsachen.** Ueber bürgerliche Gerichtsbarkeit in Strafsachen der Militairpersonen. (Nordmann.) N. M. IX. S. 59.
- — f. Abstimmung. Gebühren.
- Straffsenat** f. Oberappellationsgericht zu Celle.
- Strafurtheile.** Ueber die Begründung der thatsächlichen Feststellungen in Straferkenntnissen. (§. 353 der Str.-P.-D. von 1867.) (Reinecke.) N. M. IX. S. 93.

**Strafurtheile.** Gehören die mildernden Umstände ohne nähere Bestimmung zu denjenigen Thatsachen, welche in Gemäßheit des §. 353 der Str.-P.-D. von 1867 im Urtheile für feststehend oder für nicht feststehend zu erklären sind? (Struckmann). B. V. S. 282.

— — (§. 353 der Str.-P.-D. von 1867.) Feststellung des Rückfalls im Strafurtheile. N. M. IX. S. 259.

— — (§. 262 der Str.-P.-D. von 1867.) Inhalt des Urtheils. N. M. IX. S. 262.

— — Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde gegen Strafurtheile.  
— Anmeldung. — Zustellung des Urtheils von Amts wegen.  
(§. 370 der Str.-P.-D. von 1867.) B. IV. S. 97,  
102, 306.

— — Nothwendigkeit der Entscheidung durch Urteil nach Eröffnung des Hauptverfahrens. B. V. S. 269.

**Strafverfügung.** Zum Strafverfügungswesen in Sachen des Forststrafgesetzes von 1847. N. M. IX. S. 374.

**Strandungssachen.** Zuständigkeit der Gerichte, bezw. Verwaltungsbehörden in Strandungssachen. — Vertrag über Hülfe- und Bergelohn. T.-E. VI. Nr. 153.

— — Zuständigkeit der Gerichte bei Streitigkeiten über die Höhe des Bergelohns. (§. 41 des Einführungsgesetzes zum Deutschen Handelsgesetzbuche.) B. V. S. 136. Nr. 215.

**Streitgenossenschaft und Nebenintervention.** (§. 33—36 der B. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 194.

— — nach §. 33 der B. P.-D. T.-E. VI. Nr. 159 cf. Klagenhäufung.

— — Begriff des gemeinschaftlichen Vertreters der Streitgenossen. T.-E. II. Nr. 16 (cf. I. Nr. 11.)

— — Bestellung eines Anwalts zum gemeinschaftlichen Vertreter der Streitgenossen. (§. 33 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 107.

— — Behandlung der Berufungsanträge an Streitgenossen. T.-E. I. Nr. 11 (cf. II. Nr. 16.) II. Nr. 35. III. Nr. 88. (cf. V. Nr. 107.)

— — Behandlung an Streitgenossen, welche einen gemeinschaftlichen Vertreter nicht bestellt haben. (§§. 140, Abs. 2, 33, 121 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 163.

— — Berufungsfrist läuft jedem Streitgenossen von der ihm geschehenen Behandlung der sententia a qua. (§§. 401, 121 der b. P.-D.) T.-E. III. Nr. 52.

— — Vertheilung der Proceßkosten unter Streitgenossen nach Quoten. (§. 47 der b. P.-D.) T.-E. VII. Nr. 124.

**Streitverkündigung.** Folgen der unterlassenen Wahrnehmung seiner Rechte für den Litisdenunciaten. T.-E. II. Nr. 15.

**Studirende der Universität Göttingen.** Anwendbarkeit des Reichsstrafgesetzbuchs auf dieselben. B. V. S. 154, 157.

**Stundung.** Durch die abseiten des Gläubigers nach eingeleiteter Zwangsvollstreckung dem Schuldner ertheilte Stundung werden die bereits eingetretenen processualischen Wirkungen der Zwangsvollstreckung definitiv wieder beseitigt? (Struckmann) 3. V. S. 261.

**Subhastationsverfahren.** Rescission einer zwangsweise vorgenommenen Subhastation. T.-E. VI. Nr. 51.

— — Der Zuschlagsbescheid des Concurs- und Subhastationsrichters ist nach Hannoverschem Proceßrechte mit einem Rechtsmittel nicht anzufechten. (Grisebach) 3. I. S. 257.

— — Ueber die Zulässigkeit der Berufung gegen den Zuschlagsbescheid. (Adickes) 3. III. S. 441.

— — Das Recht der Zuschlagsertheilung bei nothwendigen Subhastationen. N. M. VII. S. 418.

— — Ueber die Bedeutung der Anmeldung von Pfandrechten an Immobilien auf Grund der im Subhastationsverfahren mit dem Subhastationspatente verbundenen Edictalladung, sowie die Folgen der Unterlassung solcher Anmeldungen in Beziehung auf das Recht, aus dem durch die Subhastation erzielten Erlöse Befriedigung zu beanspruchen. (Struckmann) 3. III. S. 430. (cf. V. S. 171 ff.)

— — Präclusion bekannter Forderungen im Subhastationsverfahren. 3. I. S. 161. Nr. 39 sb. III.

— — s. Concursfahren.

**Subsequens matrimonium** s. Legitimation.

**Successionsedit vom 19. Mai 1702.** Anwendung desselben auf Erbrentengüter. T.-E. I. Nr. 9.

— — — Nichtanwendbarkeit auf die nach 1702 freigewordenen Höfe. T.-E. VII. Nr. 79.

**Synagogengemeinden** sind juristische Personen. T.-E. IV. Nr. 24.

**Syndicate.** Aufnahme derselben bei Realgemeinden. (§. 32 der b. P.-O.) T.-E. II. Nr. 19. VI. Nr. 158.

**Tausch.** Zulässigkeit und Wirkung der Vertauschung von Fideicommissgrundstücken. T.-E. VII. Nr. 106.

**Testament,** canonisches, Erfordernisse desselben. T.-E. V. Nr. 51.

— — Form und Gültigkeit eines dem Richter, bezw. dem Notare überreichten Testaments. (Notariatsordnung von 1853.) 3. III. S. 104. Nr. 94. (cf. S. 99. Nr. 93.)

— — Zuständigkeit der Kirchspielsgerichte des Landes Hadeln bei Testamentserrichtungen. 3. III. S. 113. Nr. 101.

— — der Schreibensunfähigen in Ostfriesland. (§. 115. Tit. 12. Thl. I. des Preuß. Landrechts und §. 31 der Notariatsordnung von 1853.) T.-E. IV. Nr. 6.

— — Gemeinschaftliches Testament der in Gütergemeinschaft lebenden Eheleute in der Stadt Lüneburg. T.-E. V. Nr. 82.

— — Verlezung der Novelle 115 in Betreff der Erbeinsetzung eines suus. T.-E. V. Nr. 53.

**Testament.** Die Bestimmung des Testators, daß ein Dritter die Erbtheile festzustellen habe, ist gültig. — Anfechtung der Feststellung des Dritten. — Irrthum des Testators. T.-E. VI. Nr. 78.

— — Anwendbarkeit des S.-C. Libonianum auf ein zu gerichtlichem Deposito überreichtes Testament. Z. III. S. 93. Nr. 89.

— — Codicillarclausel gegenüber einem präterirten Nothaben. Z. V. S. 92. Nr. 197.

— — Die cautio usufructuaria kann durch Testament nicht erlassen werden. T.-E. VII. Nr. 30.

— — eines Meiers. Vom Pflichttheile und der act. suppletoria. (Stromeyer) N. M. VII. S. 201.

— — Von Testamenten und Erbverträgen nach Hoya'schem Meierrechte. Z. III. S. 194.

— — Wirkung leßtwilliger Verfügung über das Meiergut. (Galenberg) T.-E. IV. Nr. 55.

— — Testamentarische Verfügung über Meierhöfe ohne gutsherrlichen Consens. (Galenberg.) T.-E. VII. Nr. 89.

— — des Eigenthümers eines abgelösten Meiergutes. T.-E. VI. Nr. 95. (Bremen=Verden.) Z. I. S. 135. Nr. 23.

— — Nothabenrecht bei dem Testamente eines Meiers. T.-E. I. Nr. 3.

— — Entziehung des Anerbenrechts durch Testament unter Anführung von Enterbungssachen. Z. I. S. 118. Nr. 19.

— — Leßtwillige Verfügungen, welche die Succession in Bauerhöfe zum Nachtheile des Anerben verändern, sind ohne gutsherrlichen, bezw. obrigkeitslichen Consens ungültig. Z. IV. S. 197. Nr. 125 sb. I—III.

— — Testamentarische Feststellung der Abfindung. (Lüneburg.) Anfechtung durch den Anerben. Z. IV. S. 201. Nr. 127 a. sb. II.

— — Kann die Verpflichtung eines Vormundes zur Errichtung eines Inventars über das Pupillenvermögen und zur Rechnungsablage über die geführte Verwaltung eines solchen durch leßtwillige Anordnung des Pupillen-Vaters erlassen werden? (Gruner) Z. IV. S. 418. (cf. S. 439.)

**Testamentsvollstrecker.** Besugniß desselben zur Proceßführung. T.-E. V. Nr. 62, 63.

— — Hered. pet. gegen den im Testamente bestellten Testaments-executor. Z. III. S. 95. Nr. 90.

**Theilbarkeit f. Obligationen.**

**Theilungsklage.** Unzulässigkeit der act. com. div. zwischen einzelnen von mehreren Miteigenthümern. T.-E. IV. Nr. 30. (cf. Nr. 43.)

**Theilungsverfahren f. Verkoppelung.**

Tochter s. Anerbenrecht. Meiergüter.

Todeserklärung Verschollener; zu §. 13 des Gesetzes vom 23. Mai 1848. Vermuthung für die Fortdauer des Lebens. T.-G. VII. Nr. 7.

— — Über die Competenz der einheimischen Gerichte zur Einleitung des Edictalverfahrens behuf Todeserklärung solcher Personen, welche ausgewandert und nachdem sie im Auslande einen festen Wohnsitz begründet haben, verschollen sind, in denjenigen Landestheilen der Provinz Hannover, in denen das Preußische Recht gilt. (Struckmann) B. II. S. 425.

Tradition s. Eigenthumserwerb.

Trassat s. Wechsel. Wechselordnung.

Trauerjahr. Strafen des verlebten Trauerjahres. (Verordnung vom 31. December 1825.) T.-G. V. Nr. 47, 50.

Trebellianische Quart. Berechnung des Pflichttheils und der Trebellianischen Quart für den Nothberen. T.-G. VI. Nr. 84.

— — Nicht nur Descendenten, sondern alle Pflichttheilsberechtigte sind zum Abzuge der quarta Trebellianica neben dem Pflichttheile berechtigt. B. V. S. 93. Nr. 198.

Trennung von Tisch und Bett wegen Ehebruches. B. IV. S. 269. Nr. 157.

— — — — Die Einrede der Verzeihung durch Vollziehung des Beischlafes gegenüber der Klage auf Scheidung von Tisch und Bett wegen Saevitien. B. V. S. 40. Nr. 175.

— — — — s. Ehescheidung.

Trunkenheit. Verminderung der Handlungsfähigkeit durch Trunkenheit. B. V. S. 8. Nr. 159.

Tuchhändlergilde. Umfang der Buntrechte einer solchen. T.-G. I. Nr. 26.

Twente. Das hofhörige Recht in derselben. N. M. VII. S. 359.

Übergangsbestimmungen in das neue Proceßverfahren. Gesetz vom 4. Mai 1852; zu den §§. 5—8. Unzulässigkeit der Berufung im Sinne des transitorischen Gesetzes für den Fall, daß im alten Proceßverfahren nach Maßgabe der Preußischen Allgem. Ger.-Ord. ein deferirter Eid normirt ist. T.-G. III. Nr. 17.

— — — — zum §. 6, Nr. 2. Anwendbarkeit der Berufung. T.-G. III. Nr. 75.

— — — — zum §. 6; Nr. 2 u. 8. Concurrenz der Rechtsmittel des älteren und neueren Proceßrechts. T.-G. III. Nr. 18.

— — — — zum §. 6; Nr. 2 u. 8 und der b. P.-O., §§. 395 u. 346. T.-G. III. Nr. 19.

— — — — zum §. 13, Abs. 1. Streitigkeiten in der Executioninstanz. T.-G. V. Nr. 105.

**Uebergangsbestimmungen.** Gültigkeit der Verordnung vom 23. August 1814, betreffend die bürgerliche, transitorische Gesetzgebung für die Grafschaft Bentheim. T.-G. VII. Nr. 106, 107 sb. 1. u. II.

— — — hinsichtlich des durch Verordnung vom 25. Juni 1867 eingeführten Strafrechts; zum Art. XVIII. u. XIX. (Verjährung.) N. M. IX. S. 267. — zum Art. XX. s. Rückfall.

**Ueberweisung** s. Gerichtliche Ueberweisung.

**Umpfarrung** s. Parochialveränderung.

**Uneheliche Geburt.** Bestreitung der Qualität eines ehelichen Kindes durch den angeblichen ehelichen Vater. Z. V. S. 45. Nr. 178 a.—c.

— — **Kinder.** Fähigkeit derselben zur Erbsfolge in Bauergüter bei Beerbung der Mutter. (Bentheim.) T.-G. IV. Nr. 49.

— — — Successionsrecht unehelicher Kinder im Meiergute. T.-G. II. Nr. 8. (Bremen-Verden.) Nr. 39. (Hoya.) Z. III. S. 191. — (Lüneburg.) V. S. 131. Nr. 212.

— in abgelöste Meiergüter. (Hoya.) T.-G. VI. Nr. 108.

— — — s. Erziehung.

**Ungehorsam** s. Einspruch.

**Ungehorsamsurtheile.** Ueber den Einfluß der Schlußbestimmung des §. 370 der b. P.-D. auf den Contumacialantrag. (v. Düring) N. M. IX. S. 214.

— — Ungehorsamsurtheil und Einspruch. (§§. 239, 241, 155 bis 160 der b. P.-D.) T.-G. II. Nr. 37.

— — Unzulässigkeit des Ungehorsamsurtheils im Falle des §. 369 sb. 3 der b. P.-D. Z. I. S. 412.

— — im Zwangsvollstreckungsverfahren; auf solche ist die Vorschrift des §. 373 der b. P.-D., daß Ungehorsamsurtheile dem Einspruche unterliegen, anwendbar. N. M. VII. S. 463.

**Unterbrechung** s. Verjährung.

**Unterhaltungskosten.** Verfügung der Königl. Kronoberanwaltshaft zu Celle vom 19. April 1870, betreffend die von den Communalbehörden zu tragenden Unterhaltungskosten für Gefangene. Z. II. S. 474.

**Unterkreuzung** s. Urkunde.

**Unterschrift** des Anwalts unter den Parteianträgen. — Bedeutung. (§. 94 der b. P.-D.) T.-G. I. Nr. 4. II. Nr. 1. III. Nr. 28.

— — der Parteien bei Notariatsdocumenten. (§. 36 der Notariatsordnung von 1853.) T.-G. VI. Nr. 19. Z. III. S. 99. Nr. 93.

— — des Ausstellers eines Wechsels braucht nicht am Fuße des Wechsels zu stehen. (Art. 96. Nr. 5 der W.-Ord.) Z. V. S. 88. Nr. 193.

— — zum §. 3 des Gesetzes vom 16. December 1843. Aner-

fennung der Unterschrift vor Gericht oder Notar. T.-G. IV. Nr. 17. VI. Nr. 131. VII. Nr. 115. — im Laufe eines Proesses. T.-G. IV. Nr. 18. VI. Nr. 131, 132. — zum §. 6 a. a. D. Unterzeichnung durch einen Mandatar genügt. VII. Nr. 115.

**Untersuchungsrichter.** Vertretung derselben in der Rathskammer. (§. 21 der Str.-P.-D. von 1867.) 3. II. S. 456.

— — s. Voruntersuchung.

**Untheilbarkeit** der Bauergüter im Fürstenthume Grubenhagen schließt ein condom. pro indiv. nicht aus. T.-G. IV. Nr. 51. — — der gutsherrnfreien Bauerhöfe im Calenbergischen. T.-G. VI. Nr. 96.

**Unvordenkliche Verjährung.** Verhältniß derselben zum Gewohnheitsrechte. T.-G. I. Nr. 34. IV. Nr. 4. V. Nr. 100.

— — — Substantiirung derselben. T.-G. V. Nr. 3, 90. VI. Nr. 5.

— — — ist nicht auf publicistische Rechte beschränkt. T.-G. V. Nr. 3.

— — — Begründung von Obligationen durch unvordenkliche Verjährung. T.-G. V. Nr. 4. 3. III. S. 62. Nr. 78.

— — — als Entstehungsgrund von Parochiallasten. T.-G. IV. Nr. 1. VI. Nr. 4. 7. — eines Weiderechts. IV. Nr. 2. V. Nr. 100. VII. Nr. 1. — der Deichlast. IV. Nr. 45.

— von Schullasten. VI. Nr. 4, 5. 6. — des Rechts auf Benutzung eines Kirchenstuhls. 3. III. S. 104. Nr. 96. (3. I. S. 147. Nr. 31.) — des Rechts zur Wasserleitung aus einem öffentlichen Gewässer. T.-G. VII. Nr. 5.

— — — als Erwerbsgrund gegen eine Gesammtheit. T.-G. IV. Nr. 1.

— — — bei ausschließlichen Gewerberechten. T.-G. VII. Nr. 4.

— — — Bedeutung der Fremdherrschaft für die Möglichkeit der Verjährung von Bannrechten, Servituten &c. T.-G. III. Nr. 42. VI. Nr. 15. VII. Nr. 16, 17.

— — — Auf solche sind die Vorschriften in der transitorischen Verordnung vom 14. April 1815 nicht zu beziehen. T.-G. VII. Nr. 17.

**Unzucht;** gewerbsmäßige; §. 146 des Preuß. Str.-G.-B. Bestrafung derselben ist nicht bedingt durch das Vorhandensein auf den Betrieb bezüglicher Polizeivorschriften. N. M. IX. S. 388.

**Unzuständiges Gericht** s. Einrede der Unzuständigkeit. Klageerhebung.

**Urkunde.** Die Schuldkunde und deren Benutzung. (v. Düring) 3. I. S. 318.

— — Eigenthum an Urkunden nach Preußischem Landrechte und nach gem. Rechte. 3. II. S. 16. Nr. 44.

**Urkunde.** Anerkennung einer Privaturkunde über Immobilien im Laufe processualischer Verhandlungen. (§. 3 des Gesetzes vom 16. December 1843.) T.-E. IV. Nr. 18. VI. Nr. 131, 132.

— — Vertrag auf Errichtung einer dem Gesetze vom 16. December 1843 entsprechenden Urkunde. B. IV. S. 244. Nr. 144.

— — Klage auf Anerkennung und gerichtliche Vollziehung einer unterkreuzten Vertragsurkunde über Immobilien. (§. 6 des Gesetzes vom 16. December 1843.) T.-E. II. Nr. 29.

— — Zulässigkeit unterkreuzter Privaturkunden im Executivprozesse. (§§. 329, 338 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 125.

— — Beweiskraft der von einem Mandatarien des Producten herührenden Urkunde in Beziehung auf das Datum. T.-E. VII. Nr. 134.

— — Beweismittel für die Echtheit der behuf Schriftenvergleichung producirten Urkunde. (§. 335 sb. 1 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 126.

— — Eideszuschreibung über Urkunden. (§. 329 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 124.

— — Gegen den Inhalt einer vollbeweisenden Urkunde ist Eideszuschreibung zum Beweise der Einrede der Simulation zulässig. T.-E. VII. Nr. 133.

— — Eidliche Ableugnung, wenn der Dissident behauptet, nur ein Blanquet unterschrieben zu haben. (§§. 329—338 der b. P.-D.) B. I. S. 153. Nr. 34.

— — Ueber archivarische Urkunden. (§. 341 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 179.

— — s. Edition. Fälschung. Unterschrift. Vollmacht.

**Urtheil** s. Strafurtheile. Ungehorsamsurtheile; vergl. auch Litiscontestation.

**Usscupion** s. Erstzung.

**Ussusfructus** s. Nießbrauch.

**Väterliche Gewalt.** Vertretung des minderjährigen filius familias in Vermögensrechten, deren Nießbrauch und Verwaltung dem Vater entzogen ist. T.-E. V. Nr. 49.

— — — Das zum Schutze der väterlichen Gewalt gegebene interdictum de liberis exhibendis ist auf die vormundschaftlichen Besugnisse nicht analog anzuwenden. B. V. S. 26. Nr. 170.

— — — Aufhebung derselben durch separata oeconomia. — Praemium emancipationis dabei nicht anwendbar. T.-E. I. Nr. 58. V. Nr. 48. B. III. S. 89. Nr. 86.

— — s. Minderjährige.

**Vaterschaft.** Gegen die Rechtsvermutung: „pater est, quem nuptiae demonstrant“ ist der Beweis der Unmöglichkeit der Zeugung zulässig. N. M. IX. S. 65.

— — s. Uneheliche Geburt.

Venia aetatis s. Volljährigkeitserklärung.

- Veräußerung. Ueber die Rechtsbeständigkeit der Veräußerungen und insbesondere Verpfändungen ganzer Meierhöfe ohne gutsherrlichen Consens auf Grund der Verordnung vom 10. November 1831. (v. Düring) N. M. IX. S. 182.
- — Absolute Nichtigkeit der Veräußerung oder Verpfändung von Meiergütern. (Hoya.) 3. II. S. 365.
- — Mangel der gutsherrlichen Genehmigung bei einem Verkaufe von Meiergütern. (Bremen=Verden.) 3. IV. S. 176. Nr. 118 sb. I. u. II.
- — von Meiergrundstücken ohne gutsherrliche Genehmigung. (Bremen.) L.-E. VII. Nr. 88.
- — von Weiderechten eines Meierguts ohne Consens des Guts-herrn. — Reunionsklage des veräußert habenden Meiers selbst. — Beweislast. (Lüneburg.) 3. II. S. 50. Nr. 57.
- — Reunionsklagen wegen veräußerter Pertinenzien des Meier-guts kann der Meier und der Interims-wirth anstellen. (Bremen.) L.-E. III. Nr. 46.
- — oder Verpfändung von Meiergrundstücken, welche dem domino pflichtig sind. (Bremen=Verden.) 3. I. S. 142. Nr. 27. sb. I. u. II.
- — Parcellirung eines Meierhofes ohne regiminellen Consens. (Bremen.) 3. IV. S. 177. Nr. 119.
- — Parcellirung von abgelösten Meiergütern. (Bremen=Verden.) L.-E. II. Nr. 52, 53.
- — Mangel der regiminellen Genehmigung zur Veräußerung von Pertinenzien eines abgelösten Hofes. L.-E. I. Nr. 51. (Galenberg.) VI. Nr. 96. (Lüneburg.) VII. Nr. 86, 87.
- — Verkauf einer abgelösten Stelle im Ganzen bedarf der obrigkeitslichen Genehmigung nicht. (Lüneburg.) 3. II. S. 53. Nr. 58.
- — Regimineller Consens bei Parcellirung von Höfen. (Lüneburg.) L.-E. VI. Nr. 87. VII. Nr. 87.
- — der Pertinenzien von Bauergütern ohne regiminelle Genehmigung ist auch im Fürstenthume Göttingen verboten. L.-E. III. Nr. 16.
- — Reunionsklage bei Veräußerung von Hofespertinenzien. (Göttingen.) L.-E. III. Nr. 16. (Galenberg.) VI. Nr. 96. (Lüneburg.) VII. Nr. 86. (cf. 87. 3. II. S. 50. Nr. 57.)
- — Retractrecht bei Veräußerung von Hofespertinenzien. (Dö-nabrückische Verordnung vom 28. April 1797.) L.-E. VII. Nr. 114.
- — des Hofes durch den ausgeheiratheten Hofeswirth ist unzulässig. (Lüneburg.) L.-E. VII. Nr. 84.
- — Abbauerstellen unterliegen dem Verbote der Bersplitterung. (Lüneburg.) L.-E. VI. Nr. 88.

**Beräußerung** s. Adventitiengüter. Bürgergüter. Brautschätz. Erbgut. Grundstücke. Pupillengrundstücke.

**Verden** s. Stadtrecht.

**Berfassungsgesetz vom 5. September 1848.** §. 6. Bedeutung des §. 6. für das Privatrecht. T.-E. I. Nr. 42 a. VI. Nr. 3, 32.

— — — — — §. 10 der Zusatzbestimmungen zum Landesverfassungsgesetze. T.-E. I. Nr. 43.

— — — — — §. 10 und die Vorschriften des §. 430 der b. P.-D. T.-E. III. Nr. 66.

— — — — — §. 30. Aufhebung der Exemptionen von Kirchen- und Parochiallasten. T.-E. VI. Nr. 147, 148.

**Bergleiche.** Vollstreckbarkeit der im alten Proceßverfahren geschlossenen gerichtlichen Vergleiche. (§. 529, sb. 1 der b. P.-D.) T.-E. VII. Nr. 140.

**Bergleichung** s. Proceßkosten.

**Bergütungen** s. Gebühren.

**Verhaftung.** Ist die Kronanwaltschaft befugt, zum Zwecke der demnächstigen Strafvollstreckung einen Angeklagten festzunehmen, welcher verhaftet war, vom Schwurgerichtshofe verurtheilt, jedoch aus der Haft entlassen ist und gegen das verurtheilende Erkenntniß zeitig, auch rechtsformlich die Nichtigkeitsbeschwerde verfolgt hat, deren Aburtheilung inzwischen noch nicht stattgefunden? (Rescr. vom 23. September 1866.) N. M. VII. S. 467. cf. Polizeiliche Haft.

**Verjährung der Klage auf Feststellung der Abfindung.** — Beginn der Verjährungszeit. T.-E. V. Nr. 71. — auf Aussöhnung der Abfindung von freien Städtchen. (Osnabrück.) VI. Nr. 118.

— — der Klage auf Auszahlung der festgestellten Abfindung. — Verjährungszeit nach dem Gesetze vom 22. September 1850. T.-E. VII. Nr. 10.

— — des Abfindungsanspruchs bei früher eigenbehörigen, in Folge der Ablösungsgesetze frei gewordenen Colonaten. (Bentheim.) B. IV. S. 228. Nr. 136.

— — der Klage auf Abstandsgelder. T.-E. VI. Nr. 118.

— — der Klage aus §. 6 des Gesetzes vom 16. December 1843. T.-E. II. Nr. 28.

— — Beginn der Klagenverjährung bei der Darlehnsklage. B. V. S. 11. Nr. 161, S. 12. Nr. 162.

— — der Klage auf Rückzahlung eines ohne verabredete Kündigungsfrist gegebenen Darlehns. T.-E. VII. Nr. 11.

— — der persönlichen Klage wegen eines verzinslichen, durch Hypothek gesicherten und auf Kündigung stehenden Capitals nebst Zinsen-Anerkenntniß. T.-E. VI. Nr. 9.

— — der persönlichen Klage wegen eines durch Hypothek gesicherten Anspruchs. T.-E. VI. Nr. 10. VII. Nr. 12.

**Verjährung.** Beginn der Klagenverjährung bei der Mandatsklage.

- 3. V. S. 11. Nr. 161.
- — der Klage aus einem dauernden obligatorischen Verhältnisse. 3. V. S. 14. Nr. 163.
- — der actio Pauliana. — Beginn der Verjährung. — Verjährungsfrist. T.-G. VII. Nr. 58 sb. I. u. II. 3. V. S. 75. Nr. 189 a—c.
- — Anfangspunkt der Verjährung bei der Retractsklage. T.-G. II. Nr. 21.
- — der Klage des Sachführers wegen Gebühren und Auslagen. T.-G. VI. Nr. 10.
- — Ueber die Natur der bona fides bei der Klagenverjährung. (v. Düring.) N. M. VII. S. 35. T.-G. VII. Nr. 15.
- — Substantiirung des Einwandes der mala fides bei der Klagenverjährung. T.-G. VI. Nr. 118.
- — Die Klagenverjährung ist nach den Gesetzen des Proceßgerichts zu beurtheilen. 3. II. S. 5. Nr. 40. (cf. S. 12. Nr. 41.)
- — Ueber die Wirksamkeit eines nach Eintritt der Verjährungseinrede abgeschlossenen pactum de petendo. (Zum Sande) N. M. IX. S. 153.
- — Wirkung des constitutum debiti proprii auf den Lauf der Klagenverjährung. — (Verjährungsgesetz von 1850.) T.-G. I. Nr. 19. VI. Nr. 11, 12. VII. Nr. 14. (cf. 3. IV. S. 394 sb. 2.)
- — Wirksamkeit des über verjährte Forderungen abgeschlossenen const. deb. propr. (§. 11 des Verjährungsgesetzes von 1850.) T.-G. VII. Nr. 13.
- — Zulässigkeit der act. hypothecaria nach Verjährung der persönlichen Klage. 3. I. S. 91. Nr. 4.
- — Einfluß der Verjährung der persönlichen Klage auf die Einrede der Vorausklage bei der act. hypothecaria. 3. I. S. 91. Nr. 5.
- — Einfluß der Befristung auf unbestimmte Zeit auf die Klagenverjährung. T.-G. I. Nr. 64. V. Nr. 9.
- — Unterbrechung der Verjährung durch Anerkennung. T.-G. I. Nr. 19. VI. Nr. 9, 10. — durch Behändigung der Klaganträge. V. Nr. 110. (cf. VII. Nr. 10.) — durch Klagerhebung bei einem incompetenten Gerichte. I. Nr. 64. VI. Nr. 13. — bei Abzahlungen durch Zahlungsanweisungen. 3. V. S. 15. Nr. 164. — durch Befristung auf unbestimmte Zeit. T.-G. V. Nr. 9.
- — Ueber die Wirkung der Unterbrechung der Verjährung durch einen Zahlungsbefehl im Mahnverfahren bezüglich der Dauer der neu beginnenden Verjährung. (Twele) 3. I. S. 313.

**Verjährung.** Die mittels Behändigung eines die mündliche Verhandlung vorbereitenden Schriftsauges (Gegenanträge; §. 92 der b. P.-D.) der Gegenpartei geschehene Ankündigung der compensationswisen Gestundmachung einer Forderung unterbricht die Verjährung der Forderung nicht. T.-E. VII. Nr. 11, 127.

- — Unterbrechung der Verjährung von Klagen, insbesondere von Wechselklagen durch Concurseröffnung über das Vermögen des Schuldners und durch Anmeldung der Forderung. B. V. S. 16. Nr. 165.
- — Praescriptio definita bei dinglichen Rechten des deutschen Rechts. T.-E. II. Nr. 3.
- — von Neallasten. T.-E. III. Nr. 62. V. Nr. 2, 98, 99. VII. Nr. 1. — von Parochiallasten. IV. Nr. 1. VI. Nr. 4, 7.
- — Beim Erwerbe von Neallasten durch 30-jährige Verjährung ist alljährliche Ausübung nicht erforderlich. T.-E. V. Nr. 98 sb. 1.
- — dreißigjährige; als Erwerbsgrund des Rechts der Wasserleitung aus einem öffentlichen Gewässer. T.-E. VII. Nr. 5.
- — Einfluß der Fremdherrschaft auf die Verjährung von Bannrechten, Servituten u. c. T.-E. III. Nr. 42. VI. Nr. 15. VII. Nr. 16, 17.
- — in Strafsachen: Verjährung einer vor Eintritt der Gesetzeskraft des Preuß. Str.-G.-B. (1. September 1867) in Hannover begangenen strafbaren Handlung. N. M. IX. S. 267.
- — Lauf der Verjährung des im §. 360, Nr. 3 des R.-Str.-G.-B. mit Strafe bedrohten Auswanderns der Landwehrmänner und Reservisten. B. V. S. 309.
- — Unterbrechung der Verjährung durch die Thätigkeit der Staatsanwaltschaft. B. IV. S. 304.

**Verjährungsgesetz vom 22. September 1850.** Anwendbarkeit desselben: 1) auf Obligationsverhältnisse, bei denen verschiedene örtliche Verjährungsgesetze in Frage kommen; 2) auf Fälle, wo die ursprüngliche Schuld durch einen Anerkennungsvertrag neu begründet ist. (v. Düring) B. IV. S. 394.

- — — — §. 1. Anwendbarkeit auch auf durch Hypothek gesicherte Forderungen. T.-E. VI. Nr. 9, 10. VII. Nr. 12.
- — — — §. 2 findet auch auf Forderungen aus dem Großhandel und handeltreibender Ausländer Anwendung. T.-E. I. Nr. 19.
- — — — §. 2 nicht anwendbar auf Forderungen eines Pächters für landwirthschaftliche Producte. T.-E. V. Nr. 10.
- — — — §. 2 sb. 1. Forderung Gewerbtreibender. T.-E. VI. Nr. 14.

- Verjährungsgesetz vom 22. September 1850.** §. 3 sb. 5 und  
§. 1. actiones in rem scriptae. T.-E. VII. Nr. 10.  
— — — — §. 4 sb. 1. Verjährung von Stolgebühren. T.-E.  
IV. Nr. 4.  
— — — — §. 5. Lauf der Verjährungsfrist. T.-E. I. Nr.  
64. cf. V. Nr. 9.  
— — — — §. 10. Guter Glaube. T.-E. VII. Nr. 15.  
— — — — §. 11. Wirkung der vollendeten Verjährung.  
T.-E. VII. Nr. 13.  
— — — — f. Verjährung.

- Verkoppelung.** Das Schiedsgericht im Theilungsverfahren. (Gro-  
tesend) N. M. VIII. S. 271. (Fastenau) 3. II. S. 225.  
— — Bemerkungen zum Gesetze über das Verfahren in Gemein-  
heitstheilungs- und Verkoppelungssachen vom 30. Juni 1842.  
(Fastenau) N. M. IX. S. 341.  
— — Ueber die Anrechnungsfähigkeit auswärtiger Grundstücke  
beim dritten Theilungsmaßstabe. (SS. 72, 93 der Lüne-  
burg'schen Gemeinheitstheilungs-Ordnung.) (Wallbaum) 3.  
III. S. 313.  
— — Die Verkoppelung begründet keine communio. 3. IV.  
S. 249. Nr. 147. V. S. 96. Nr. 200 a. u. b.  
— — Wirkung der Verkoppelung auf die Ermittelung des Hofes-  
bestandes. T.-E. VI. Nr. 96.  
— — f. Markentheilung.

- Verlagsrecht.** Schutz gegen Vervielfältigung eines Kunstwerks auf  
mechanischem Wege. (Bundesbeschuß vom 9. November  
1837.) T.-E. VII. Nr. 22.

- Verlezung über die Hälfte.** Die Grundsätze derselben sind auf  
onerose Verträge überhaupt, jedoch nicht auf Meierhofsan-  
nahme- und Abfindungscontracte anzuwenden. T.-E. I.  
Nr. 14.

- — — — Anfechtung des Contracts durch den Käufer ist zu-  
lässig. T.-E. VI. Nr. 50.  
— — — — Im Voraus geschehener Verzicht auf Anfechtung  
wegen derselben. T.-E. I. Nr. 55. II. Nr. 23.

- Verlöbniß.** Ueber Ehe- und Verlöbnissachen nach dem Preußischen  
Rechte, wie es in Ostfriesland gilt. (Allgem. Landr. und  
Gerord.) (Wiarda) N. M. IX. S. 37.

- — gemeiner Leute auf dem Lande nach der Constitution vom  
5./16. Januar 1733. — Buziehung des Predigers. 3. IV.  
S. 259. Nr. 151.

- — Begründung der Klage auf Supplirung des elterlichen  
Consenses zur Verheirathung. 3. IV. S. 261. Nr. 152.  
— — Einrede eines bestehenden Verlöbnisses gegenüber der Klage  
auf Vollziehung der Ehe. — Einrede, daß die Braut zänkisch  
sei. 3. IV. S. 262. Nr. 153.

- Verlöbniß.** Zwangsvollstreckung und Entschädigungsklagen in Verlöbnissachen. **Z.** V. **S.** 37. **Nr.** 174.  
— — s. Ehe- und Verlöbnissachen.
- Vermächtniß;** vertragsmäßiges; Abzug der Quart ist zulässig. **T.-E.** V. **Nr.** 61.  
— — Gültigkeit vertragsmäßiger Vermächtnisse. **T.-E.** V. **Nr.** 64.  
— — Wirkung der Annahme eines Vermächtnisses bezüglich der Anordnungen des Testirers über das eigene Vermögen des Vermächtnisnehmers. **T.-E.** VI. **Nr.** 79.  
— — s. Pflichttheil.
- Vermögensconfiscation** s. Beschlagnahme.
- Vermuthung** für die Fortdauer der Persönlichkeit. **T.-E.** I. **Nr.** 38. **VII.** **Nr.** 7.  
— — für die persönliche Natur einer Verbindlichkeit. **Z.** III. **S.** 62. **Nr.** 78.  
— — Praesumptio Muciana. **T.-E.** VII. **Nr.** 74.  
— — Rechtsvermuthung: „pater est, quem nuptiae demonstrant“. **N.** M. IX. **S.** 65.  
— — für die Herabsetzung des Zinsfußes. **T.-E.** V. **Nr.** 26.
- Verpfändung** s. Hypothek. Pfandrecht. Veräußerung.
- Verhoffene** s. Todeserklärung.
- Ver sicherung** s. Police.
- Versio in rem** s. Pfandrecht.
- Verstärkung** der Beweisführung s. Nova in der Berufungsinstanz.
- Versteigerung.** (Art. 343 des H.-G.-B.) Besugniß des Eigentümers, bei öffentlichen Versteigerungen auf seine Sachen mit zu bieten. **Z.** V. **S.** 87. **Nr.** 192.
- Vertheidiger.** (§. 206 der Str.-P.-D. von 1867.) Der von Amts wegen zugeordnete Vertheidiger wird seiner Function entbunden, wenn der Angeklagte in der Hauptverhandlung im Beisein eines selbstgewählten Vertheidigers erscheint. Min.-Reser. vom 12. Februar 1868. **N.** M. IX. **S.** 134.
- Vertheidigung** s. Nichtigkeitsbeschwerde.
- Vertheilungsverfahren** ohne Concurs. Beiträge zur Lehre von der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen eines Schuldners, dem Vertheilungsverfahren ohne Concurs und dem Concursverfahren. — Bei der Vertheilung vorab zu nehmende Kosten des Zwangsvollstreckungs- und Vertheilungsverfahrens. (§. 599 der b. P.-D.) (König) **N.** M. VII. **S.** 411.  
— — — — Stellung der Gläubiger in demselben. (§. 595 ff. der b. P.-D.) (Erythropel) **Z.** II. **S.** 203.
- Vertrag.** Die Grundsätze des römischen Rechts über laesio enormis finden auf oneroso Verträge analoge Anwendung. **T.-E.** I. **Nr.** 14.  
— — Begründung dinglicher Rechte durch Vertrag. **T.-E.** II. **Nr.** 3. — einer Reallast. **Z.** III. **S.** 107. **Nr.** 97.

**Bertrag.** Verträge zu Gunsten Dritter. T.-G. VII. Nr. 53. §.  
II. §. 19. Nr. 47. (cf. §. 21. Nr. 48.) V. §. 54.  
Nr. 181 a, §. 56. Nr. 131 b.

— — Der Vertrag, ein bestimmtes Gewerbe an einem bestimmten  
Orte nicht betreiben zu wollen, verstößt weder gegen die guten  
Sitten, noch enthält er eine unzulässige Beschränkung der  
persönlichen Freiheit. §. V. §. 58. Nr. 182.

**Berträge** s. Contracte.

**Vertragsschließung** unter Abwesenden. §. III. §. 97. Nr. 92.

**Vertreter.** Haftung der juristischen Personen aus den für sie durch  
ihre Repräsentanten abgeschlossenen Geschäften. T.-G. IV.  
Nr. 24.

— — s. Bevollmächtigung. Streitgenossen.

**Vertretung** des Untersuchungsrichters in der Rathskammer. (§. 21  
der Str.-P.-D. von 1867.) §. II. §. 456.

— — der Parteien durch Advocaten im obergerichtlichen Ver-  
fahren. (§§. 67, 103 der b. P.-D.) T.-G. II. Nr. 65.

— — s. Amtsrichter.

**Vervielfältigung** s. Verlagsrecht.

**Verwaltungen.** Übertragung gerichtlicher Verwaltungen (Vor-  
mundschaftssachen) auf ein anderes Amtsgericht. (§. 22 des  
Gerichtsverfassungsgesetzes.) (v. Düring.) §. I. §. 64.

**Verwaltungsbehörden.** Aufhebung von Verfügungen der Ver-  
waltungsbehörden durch die Gerichte. T.-G. I. Nr. 43. II.  
Nr. 43. V. Nr. 79. VI. Nr. 149, 150.

— — Durch dieselben ungeseztlich ertheilte Bestätigungen von so-  
genannten Höfecontracten (Ges. vom 17. Juni 1857) müssen  
von den Gerichten als gültig anerkannt werden. T.-G. V.  
Nr. 79.

— — Befugniß der Gerichte zur Entscheidung hinsichtlich der  
Frage, ob Maßregeln der Verwaltungsbehörden innerhalb  
oder außerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit vorgenommen  
seien. T.-G. III. Nr. 66.

— — Mitwirkung derselben bei den abgelöste Meiergüter sc. be-  
treffenden Verhandlungen. (Struckmann.) §. IV. §. 47.

— — s. Zuständigkeit.

**Verwendungen.** Recht des aufgeheiratheten Hofeswirths auf Er-  
satz seiner Verwendungen. (Lüneburg.) T.-G. VII. Nr. 85.  
§. V. §. 120. Nr. 205.

— — Ersatz der Impensen bei der inaedificatio. T.-G. III. Nr. 50.

**Verzicht** der Parteien auf die persönliche Behändigung. (§. 141  
der b. P.-D.) T.-G. III. Nr. 82.

— — Im Voraus geschehener Verzicht auf Anfechtung wegen  
laesio enormis. T.-G. I. Nr. 55. II. Nr. 23.

— — auf die actio suppletoria mittels Anerkennung des Testa-  
ments. T.-G. V. Nr. 52.

**Verzicht** s. Anastasianisches Gesetz. Anerbenrecht. Ehefrau. Familienfideicommiss. Frauen.

**Verzögerliche Einreden.** Rechtsmittel wegen Verwerfung einer solchen. T.-E. I. Nr. 24.

— — — Anfang der Berufungsfrist bei solche verwerfenden Urtheilen. T.-E. I. Nr. 56.

— — — s. Bürgerliche Proceßordnung. §. 196.

**Verzugszinsen.** Ist die Forderung von Verzugszinsen begründet, wenn während bestehender Ehe die Restitution der das verlangt werden kann und solche verzögert wird? B. III. S. 59. Nr. 77.

**Vicepräsidenten der Obergerichte.** Functionen. Min.-Rescr. vom 1. Februar 1866. N. M. VII. S. 135.

**Wiehhütung in Forsten.** Beschädigung durch dieselbe. N. M. VII. S. 117.

— — Haftung der Dienstherrn, Eltern sc. für die Dienstboten, Kinder sc. bei Beschädigung durch Wiehhütung. B. IV. S. 290.

**Vindicanten** s. Eigenthumsvorbehalt.

**Vindication.** Zur Lehre von der rei vindicatio und der publiciana in rem actio (v. Düring.) N. M. VII. S. 390.

— — (Vindication mittels leg. act. per sacrament.) „Das Grundstück des Aebutius.“ Processualisches Drama. (Hiersemenzel.) N. M. VII. S. 138.

— — Verhältniß der rei vindicatio zur actio negatoria. T.-E. VI. Nr. 26.

— — Als Grundlage der Eigenthumsklage ist die vertragsmäßige Anerkennung zulässig. T.-E. V. Nr. 17.

— — Bedeutung des dolo desii possidere. T.-E. V. Nr. 18. B. III. S. 54. Nr. 74.

— — Schadensklage als Accessorium der Eigenthums- und Contractsklage. T.-E. VII. Nr. 22.

— — Beseitigung der der Vindication entgegenstehenden Retentionseinrede durch Angebot einer Caution. B. V. S. 21. Nr. 167.

— — von au porteur Papieren. T.-E. IV. Nr. 10. VI. Nr. 57. VII. Nr. 19. — sonstiger Urkunden. N. M. VII. S. 401, 403. B. II. S. 16. Nr. 44.

— — eines wider das gesetzliche Verbot veräußerten Totalgrundstücks durch den Chemann. T.-E. VII. Nr. 20.

— — Ueber die Verbindlichkeit zur Kostenerstattung bei Vindicationsprocesen zwischen dem Concursecurator und den Vindicanten in denjenigen Landestheilen der Provinz Hannover, in welchen das Preußische Recht gilt. (Struckmann.) B. II. S. 433.

— — s. Eigenthumserwerb.

**Bogteien.** Legitimation zur Klage wegen den Bogteistellen zu- stehender Capitalien und Dienstfuhrten. (Osnabrück.) T.-E. VI. Nr. 125.

**Volksschulgesetz vom 26. Mai 1845.** (§§. 15, 3, 12.) Natur der Schulbaulast. T.-E. VI. Nr. 6.

**Volljährigkeit.** Älterer und neuerer Volljährigkeitstermin in Rücksicht auf Verträge. (Gesetz vom 21. December 1869.) B. IV. S. 239. Nr. 142. sb. I. u. II.

**Volljährigkeitserklärung.** Instruction der Gesuche um dieselbe. (Min.-Rесr. vom 1. Mai 1866.) N. M. VII. S. 313.

— — Veräußerung von Grundstücken während der durch venia aetatis erlangten Volljährigkeit. B. V. S. 34. Nr. 172.

**Vollmacht.** Stempelverwendung für im Proces producirtre Vollmachten und sonstige Urkunden nach der Verordnung über den Urkundenstempel vom 19. Juli 1867. (Plenarbeschluss des App.-Ger. zu Celle vom 4. Mai 1868.) N. M. IX. S. 133.

— — Ueber die Stempelpflicht der Vollmachten in Straßsachen. (Verordnung vom 19. Juli 1867.) (Ritter.) N. M. IX. S. 191.

— — s. Auftrag.

**Vollstreckungsclausel.** Ueber die Frage, wann bei öffentlichen Urkunden, namentlich Schuldverschreibungen im Sinne des §. 528, 2 der b. P.-D. die Vollstreckungsclausel beizufügen sei. (Wedenk.) B. IV. S. 90.

— — Verweigerung der Vollstreckungsclausel durch den Gerichtsschreiber. (§§. 529, 530 der b. P.-D.) — Remedur gegen die unbegründete Verweigerung. T.-E. VI. Nr. 201, 202.

**Vorausklage** s. Einrede der Vorausklage.

**Vorbehaltene Berufung.** (§. 394 der b. P.-D.) (Entscheidender Zusammenhang. — Lauf der Berufungsfrist.) T.-E. III. Nr. 31, 37. V. Nr. 129. VI. Nr. 185. B. II. S. 70. Nr. 68, 69, 70.

— — — — Eventuelle Erhebung derselben. T.-E. V. Nr. 130.

— — — — bei sofortiger Berufung unterliegenden Zwischenfällen. (§. 394 der b. P.-D.) B. II. S. 70. Nr. 68.

**Vormund.** Kann die Verpflichtung eines Vormundes zur Errichtung eines Inventars über das Pupillenvermögen und zur Rechnungsablage über die geführte Verwaltung eines solchen durch leztwillige Anordnung des Pupillen-Waters erlassen werden? (Gruner) B. IV. S. 418.

— — Befreiung des Vormundes von der Rechnungsablage. (Braun) B. IV. S. 439.

— — Pflicht desselben zur Rechnungsablage dem Pupillen gegenüber. T.-E. VI. Nr. 48.

— — Voraussetzungen für den Verlust einer vor oder bei der

Beweidigung von dem Vormunde nicht angezeigten Forderung.  
T.-E. II. Nr. 9.

**Vormund.** Rechtsmittel eines Vormundes zur Verfolgung der Rechte an der Person des Pupillen. B. V. S. 26. Nr. 170.

— — Gession der Forderung gegen einen Bevormundeten an dessen Vormund. (Novelle 72, Cap. 5.) T.-E. VI. Nr. 47.

— — Dessen Haftung dem Gläubiger gegenüber aus einem für seine Pupillen contrahirten, aber nicht für dieselben verwendeten Darlehn. T.-E. II. Nr. 15.

— — Wer aus dem einem Vormunde gegebenen Darlehn gegen den früheren Pupillen oder einen später bestellten Vormund flagt, braucht nicht die Verwendung des Darlehns in dem Nutzen der Pupillen darzuthun. B. V. S. 27. Nr. 171 sb. 1.

— — Haftung der Pupillen aus einem für sie ihrem Vormunde gegebenen, aber nicht für sie verwendeten Darlehn. T.-E. VII. Nr. 51.

— — Veräußerung von Mündelgut durch einen protutor. T.-E. V. Nr. 39.

— — s. Obervormundschaft.

**Vormundschaft.** Ueber die heutige Anwendbarkeit der römischen Lehre von der delatio tutelae nebst einigen allgemeinen Bemerkungen über die Reception des Römischen Rechts überhaupt. (Adickes) B. II. S. 98.

— — Die mehreren Vormünder nach dem Entwurfe eines Gesetzes über das Vormundschaftswesen. (Stegemann) B. II. S. 262.

**Vormundschaftsrechnung** s. Rechnungsablage.

**Vormundschaftssachen.** Ueber die Anwendung der Vorschrift des §. 22 des Gerichtsverfassungsgesetzes von 1850 in Betreff der Uebertragung der Vormundschaftssachen auf ein anderes Amtsgericht. (v. Düring) B. I. S. 64.

**Voruntersuchung.** Auch im Stadio der Voruntersuchung sind sachgemäße Vorhalte an den Beschuldigten auf Grund der Zeugenaussagen und sonstigen Ergebnisse der Voruntersuchung nach den Principien der Str.-P.-D. vom 25. Juni 1867 nicht unbedingt unzulässig. B. II. S. 458.

**Vorvertrag** s. Pactum de contrahendo.

**Vorzugsrechte.** Nothwendigkeit, dieselben schon im Concursanmeldungstermine geltend zu machen. (§. 629 der b. P.-D.) T.-E. I. Nr. 43 a.

**Wahnjinn** s. Irrenanstalt.

**Wandlungsklage** s. Redhibition.

**Wanzen** s. Redhibition.

**Wasserrecht.** Recht der Wasserleitung aus einem öffentlichen Gewässer. T.-E. VII. Nr. 5.

**Wasserrecht.** Offentlichkeit eines Gewässers. — Erfordernisse des interd. ne quid in flumine publico fiat. 3. II. S. 14. Nr. 43.

— — Verpflichtungen wegen in einem Flusse gemachter Anlagen. 3. V. S. 19. Nr. 166.

— — s. Anlandungen. Aquae pluviae arcendae actio.

**Wechsel.** Legitimation des Wechselinhabers. T.-E. V. Nr. 42. VI. Nr. 63, 68, 70, 71, 72.

— — Klagen aus Wechseln im ordentlichen Processe. (Sola-wechsel.) T.-E. I. Nr. 17. VI. Nr. 64. VII. Nr. 60. (cf. Nr. 32.) 3. V. S. 148. Nr. 223. — beim Eintritt eines Bürgen. T.-E. IV. Nr. 35.

— — Klage wegen der Wechselvaluta mit Rücksicht auf die Bestimmungen des allgem. Preuß. Landr. T.-E. VI. Nr. 74.

— — Hypothekbestellung in einem Wechsel. T.-E. VII. Nr. 32, 60.

— — Intercessorische Wechselverträge der Frauen. T.-E. VII. Nr. 59.

— — Jedes die Begründung einer wechselmäßigen Verpflichtung oder den Übergang eines wechselmäßigen Anspruchs auf einen Dritten enthaltende Rechtsgeschäft wird allein durch eine auf den Wechsel selbst, bzw. Copie oder Allonge zu sezende Privatkunde vermittelt und wechselmäßig bewiesen. T.-E. VI. Nr. 73.

— — s. Wechselordnung.

**Wechselhaft** ist gegen den Schuldner, welcher bonis cedit hat, unzulässig. T.-E. V. Nr. 148 sb. I—III.

**Wechselklage.** Unterbrechung der Verjährung von Wechselklagen durch Concurseröffnung über das Vermögen des Schuldners und durch Anmeldung der Forderung. 3. V. S. 16. Nr. 165.

**Wechselordnung;** allgemeine; Art. 4, Nr. 4. Erforderniß der genauen Angabe des Zahlungstages im Wechsel. T.-E. II. Nr. 25.

— — — Art. 21 ff. Acceptation eines auf eine andere Person gezogenen Wechsels. T.-E. V. Nr. 41.

— — — Art. 24. Die Clausel „hier und aller Orten, wo mir dieser Wechsel vorgezeigt wird“, macht den Wechsel nicht zu einem domicilirten. T.-E. V. Nr. 43. — Bedeutung der Clausel: „zahlbar bei“. T.-E. V. Nr. 44, 45. VI. Nr. 68. VII. Nr. 61.

— — — Art. 31. Bezieht sich die hier vorgeschriebene zweijährige Präsentationsfrist nur auf Regressansprüche? T.-E. VII. Nr. 62 sb. I. u. II.

— — — Art. 36. Legitimation des Wechselinhabers. T.-E. VI. Nr. 63, 68, 71.

— — — Art. 36. Ausstreichen des Indossaments und

- Stehenlassen des Namens des Indossanten. T.-E. VI.  
Nr. 70.
- Wechselordnung, allgemeine. Art. 36. u. 12. Der verklagte Acceptant hat kein Recht, den Achtheitsbeweis der Indossamente zu verlangen. T.-E. VI. Nr. 72.
- — — — Art. 36, Abs. 2 und Art. 55. Nicht ausgestrichene, nachfolgende Indossamente eines Wechsels sind keine Hindernisse der Klage. T.-E. V. Nr. 42.
- — — — Art. 42, 44, 98, Nr. 3. Nachweis der Präsentation bei dem eigenen nicht domicilierten Wechsel nicht nothwendig. T.-E. II. Nr. 6. IV. Nr. 34. (cf. VI. Nr. 69.)
- — — — Art. 44, 43. Protest gegen den Acceptanten. T.-E. VI. Nr. 69.
- — — — Art. 45, 46. Benachrichtigung der Vormänner. T.-E. VI. Nr. 68.
- — — — Art. 50, 51. 6% Zinsen sind nur bei Negrelli ansprüchen zulässig. T.-E. VII. Nr. 62 sb. 1.
- — — — Art. 56 ff. Ehrenannahme. T.-E. V. Nr. 41.
- — — — Art. 62 cf. Art. 88.
- — — — Art. 81. Bürgschaft für eine Wechselschuld. T.-E. VII. Nr. 64.
- — — — Art. 82. Einrede gegen den Indossatar, daß das Indossament simulirt sei, ist unzulässig. T.-E. VI. Nr. 65.
- Einrede, daß der eingeklagte Wechsel nur als Deckung gegeben sei, ist zulässig. Nr. 66.
- — — — Art. 87, 88. Wechselprotest. T.-E. VI. Nr. 67, 68.
- — — — Art. 88, Nr. 5. Mangel des Protestes bei Ehrenzahlung befreit den Acceptanten nicht. T.-E. VI. Nr. 73.
- — — — Art. 91. Präsentation an der Börse. T.-E. VI. Nr. 68.
- — — — Art. 95. Unterzeichnung einer Wechselerklärung als Bevollmächtigter eines Anderen. T.-E. VII. Nr. 63.
- — — — Art. 96. Nr. 5. Die Unterschrift des Ausstellers eines Wechsels braucht nicht am Fuße des Wechsels zu stehen. §. V. S. 88. Nr. 193.
- — — — Art. 98. Nr. 3. T.-E. VII. Nr. 62.
- — — — Art. 98. Nr. 6. Die Wechselklage gegen den Aussteller eines eigenen Wechsels ist nicht bedingt durch den Protest mangels Zahlung. T.-E. V. Nr. 43. VII. Nr. 61.
- — — — Art. 99. Präsentation und Protest bei eigenen domicilierten Wechseln. T.-E. IV. Nr. 33. VI. Nr. 69.
- Wechselprozeß. Wann ist der Wechselprozeß zulässig? (§. 487 der b. P.-D.) (Meyer.) §. III. S. 398.
- — bei Liquidationen im Concuse. T.-E. VI. Nr. 204.
- — Zulässigkeit der Eideszuschreibung bei Einreden wider die Zwangsvollstreckung im Wechselprozeß. (§§. 490, 75 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 175.

**Wechselproceß.** Vollstreckbarkeit von Urtheilen im Wechselproceß. (§§. 529, 140 der b. P.-D.) L.-E. VII. Nr. 139.

— — Stellung des Concursecurators zum Wechselproceß. (§§. 642, 645 der b. P.-D.) B. III. S. 158. Nr. 110.

**Wechselprotest.** Die Wechselklage gegen den Aussteller eines eigenen Wechsels ist nicht bedingt durch den Protest mangels Zahlung. L.-E. V. Nr. 43. VII. Nr. 61.

— — Protesterhebung gegen den Acceptanten. (Art. 44, 43 der W.-D.) L.-E. VI. Nr. 69.

— — Mangel des Protestes bei Ehrenzahlungen befreit den Acceptanten nicht. L.-E. VI. Nr. 73.

— — Beweiskraft der in den deutschen Bundesstaaten aufgenommenen Protesturkunden. L.-E. VI. Nr. 67, 68.

**Wegegerechtigkeiten.** Competenz der Amtsgerichte, resp. Obergerichte bei Rechtsstreitigkeiten über Wegerechtigkeiten. (§. 4 des Gesetzes vom 31. März 1859.) L.-E. VI. Nr. 151.

**Wegegesetz vom 28. Juli 1851.** §. 7. Präjudicialklage über die Dualität eines Weges als öffentlichen oder Privatweges. L.-E. VII. Nr. 41. — Competenz der Gerichte und Verwaltung. L.-E. VI. Nr. 152 (cf. Nr. 130.) Nr. 154. B. II. S. 42. Nr. 55 sb. I—III.

— — — Ueber die Zulässigkeit des Rechtsweges zur Entscheidung, ob ein Weg ein öffentlicher oder Privatweg sei. (Zum Sande.) B. IV. S. 365.

— — — §. 47. Privatrechtliche Wegepflicht. B. V. S. 98. Nr. 201 a.

— — — §§. 57, 58. B. V. S. 100. Nr. 201 b.

— — — §. 62. Aufhebung des §. 62 durch Art. 2 der Verordnung über die Zulässigkeit des Rechtsweges vom 16. September 1867. B. V. S. 102. Nr. 201 c.

— — — §§. 62, 55, 57. (§. 28 des Chausseeaugezes von 1851.) Competenz der Gerichte in Gemeindewegegesachen. L.-E. VI. Nr. 150.

**Weggeldserhebung.** Die Befreiung der Krieger- und sonstigen im Hoheitsdienste gestellten Führern von Zahlung des Weggelds. (§. 5. Nr. 3 des Gesetzes über die Weggeldserhebung u. s. w. vom 4. December 1834.) (Rasch) B. IV. S. 70.

— — Prozessualische Stellung der haftbaren dritten Personen bei Weggeldscontraventionen. (§. 48 a. a. D.) B. IV. S. 290.

— — Das Verfahren bei Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften über Erhebung von Weggeld auf nicht staatlichen Kunststraßen der Provinz Hannover. (Francke) B. IV. S. 359.

— — Auslegung des Gesetzes vom 4. December 1834 über Weg-

geldserhebung, insbesondere die Befreiung vom Weggeld und die Form der Geltendmachung derselben bei den Hebestellen. **Z.** IV. S. 458.

**Weideberechtigung.** Rechtsmittel zum Schutze des Besitzes einer Weidegerechtigkeit. **Z.-E.** IV. Nr. 11.

— — Ausübung nach Theilung des berechtigten Grundstücks. **Z.-E.** VI. Nr. 28. **Z.** I. S. 85. Nr. 1.

— — Verlust durch Nichtausübung. **Z.-E.** VI. Nr. 29. (cf. VII. Nr. 27.)

— — Rechtliche Natur der ausschließlichen Schäfereigerechtigkeit. **Z.-E.** V. Nr. 100.

— — Umfang einer Weideberechtigung. Darf auch fremdes, d. h. nicht durchgewinteretes Vieh aufgetrieben werden? **Z.** I. S. 85. Nr. 1.

**Werth** einer servitutischen Berechtigung. Feststellung desselben. (§§. 2, 3 der b. P.-D.) **Z.-E.** V. Nr. 104.

**Werthklasse** s. Gebührengez.

**Werthpapiere** s. Schuldverschreibungen.

**Widersetzlichkeit.** Strafe derselben bei Forst- und Jagdvergehen. (Gesetz vom 31. März 1837.) **Z.** I. S. 427.

**Wiederaufnahme** des Verfahrens im Falle des §. 171 Nr. 2 der b. P.-D. **Z.-E.** VI. Nr. 162, 166.

— — des Beweisverfahrens in der Berufungsinstanz. (§§. 380, 382 der Str.-P.-D. von 1867.) **N. M.** VIII. S. 323.

**Wiedereinsetzung** in den vorigen Stand nach §. 43 des Gesetzes über das Verfahren in Gemeintheilungs- und Verkoppelungssachen vom 30. Juni 1842. **N. M.** IX. S. 341.

— — — — gegen eine von einem ausländischen Gerichte erkannte Präclusion zu gewähren, ist der Hannoversche Richter nicht competent. **Z.-E.** III. Nr. 71.

— — — — Ein Restitutionsantrag, welcher dazu dienen soll, um ein flagbar gemachtes Recht gegen einen eingetretenen Verlust aufrecht zu erhalten, muß sofort bei der Klageerhebung geltend gemacht werden. **Z.-E.** III. Nr. 79.

— — — — Geltendmachung im Wege der Replik. **Z.-E.** IV. Nr. 72. **V.** Nr. 6.

— — — — Restitutionsgesuch wegen Verspätung der Klage auch noch in der Berufungsinstanz zulässig. (§. 418 der b. P.-D.) **Z.-E.** V. Nr. 93.

— — — — (§. 448 der b. P.-D.) Einrede der Litiganden auch bei der Restitutionsklage zulässig. **Z.-E.** II. Nr. 33.

**Wiederklage** in der Berufungsinstanz. **Z.-E.** III. Nr. 32. **IV.** Nr. 82.

— — Zulässigkeit derselben im Concursprocesse. (§§. 14, 630 ff. der b. P.-D.) **Z.-E.** VI. Nr. 205.

— — Zulässigkeit einer nicht rechtzeitig behändigten Wiederklage. **Z.** II. S. 64. Nr. 64.

**Wiederklage.** Unzulässigkeit derselben bei Klagen auf Anerkennung eines Contracts nach §. 6 des Gesetzes vom 16. December 1843. L.-E. II. Nr. 36.

**Windmühlen.** Recht des Windmüllers auf Gewährung des Windes. L.-E. VI. Nr. 22 sb. I.—III. (cf. Nr. 61.) — Gewohnheitsrecht im Herzogthume Bremen. Nr. 23.

**Wirthschaftsinventar.** In wie weit kann das bei einem Meierhöfe vorhandene Allod, namentlich das Inventar mit einer einzigen Klage gefordert werden? (Hoya.) 3. II. S. 358.

— — Hat der Anerbe bei Lüneburg'schen Meiergütern das Recht, das Hofesinventar in natura — unter Anrechnung des Werths — zu behalten? N. M. VII. S. 131. L.-E. IV. Nr. 61 sb. c.

— — Vererbung desselben bei Meierhöfen. (Bremen.) 3. V. S. 131. Nr. 211.

**Wittwe.** Erbrecht der armen Wittwe. L.-E. III. Nr. 8. V. Nr. 50. — steht der, welche ein Leibzuchtsrecht hat, nicht zu. IV. Nr. 62.

— — Die statutarische Portion der Wittwe erfolgt in den Städten Stade und Buxtehude aus dem Vermögen des Mannes. L.-E. VI. Nr. 138.

— — s. Meierswittwe.

**Wursten.** Das eheliche Güterrecht des Landes Wursten. (Ritter.) N. M. VIII. S. 151.

**Zahlung** an einen Wormund ohne oberwormundschaftliche Genehmigung. L.-E. I. Nr. 12. VI. Nr. 46.

— — an einen usufructuarius omnium bonorum vor bestellter cautio usufructuaria. L.-E. VII. Nr. 30.

— — Abschlagszahlungen aus einem Concurse auf Capital oder Zinsen. L.-E. V. Nr. 27, 28.

— — Hingabe an Zahlungsstatt. Anfechtung mittels der act. Pauliana. L.-E. V. Nr. 38, 144 sb. II. — cessio in solutum. 3. III. S. 83. Nr. 85 b.

**Zahlungsanweisung.** Unterbrechung der Klagenverjährung bei Abzahlungen durch Zahlungsanweisungen. 3. V. S. 15. Nr. 164.

**Zahlungsbefehl.** Ueber die Wirkung der Unterbrechung der Verjährung durch einen Zahlungsbefehl im Mahnverfahren bezüglich der Dauer der neu beginnenden Verjährung. (Twele.) 3. I. S. 313.

**Zahlungsgebot.** Im Auslande ist bei der Zwangsvollstreckung der Erlaß eines Zahlungsgebotes nicht erforderlich. (§. 535 der b. P.-O.) L.-E. IV. Nr. 85.

**Zahlungsversprechen** s. Anerkennungsvertrag.

**Zehntrecht.** Rechliche Natur der Zehntrente. L.-E. VII. Nr. 54.

— — Steht dem Zehntherrn auch nach Ablösung des Hauptzehn-

- ten das Recht auf den Rottzehnten zu? (Bremen = Verden.)  
T.-E. II. Nr. 41. §. V. S. 133. Nr. 214.
- Zeugen.** (§. 253 der b. P.-D.) Die Kinder des Erbarts sind im Processe des Curators gegen einen Schuldner der Masse verwerfliche Zeugen. T.-E. I. Nr. 25.
- — Der vom Producenten vorgeschlagene eigene Rechtsbeistand ist nicht als Zeuge verwerflich. (§. 253, Nr. 4 der b. P.-D.) T.-E. III. Nr. 87.
- — Verwerflichkeit der Realgemeindemitglieder im Processe der Gemeinde. (§. 253, Nr. 3 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 114, 115.
- — Die Schulinteressenten sind im Processe über auf dem Verbande ruhende Schullaufen nicht unbedingt verwerfliche Zeugen. T.-E. VI. Nr. 171.
- — Wegfall des Verwerflichkeitsgrundes. T.-E. V. Nr. 115.
- — Anfechtbarkeit der die Zulassung von Zeugen enthaltenden Verfügungen. — Verdächtige Zeugen. T.-E. VI. Nr. 196.
- — Beschwerde gegen die Zulassung von Zeugen. T.-E. V. Nr. 115.
- — Vergütungen derselben in Strafsachen. Min.=Rescr. vom 27. Februar 1869. §. I. S. 437.
- Zeugenvernehmung,** eidliche; im Ermittelungsverfahren durch den Polizeirichter. (Rescr. vom 23. August 1869.) §. I. S. 287.
- — Erforderniß der Buziehung eines vereideten Protocollführers zu allen Abhörungen von Zeugen im Ermittelungsverfahren. Rescr. vom 30. November 1869.) §. I. S. 447. (cf. N. M. VIII. S. 339.)
- Zeugniß.** Verweigerung des Zeugnisses (zu den §§. 251, Nr. 3 u. 260, Abs. 1 der b. P.-D.) (Schwarz.) §. II. S. 429.
- — Weigerungsgrund eines Anwalts nach §. 251, Nr. 2 der b. P.-D. T.-E. V. Nr. 113.
- — Anfechtung der der Weigerung des Zeugnisses stattgebenden Verfügung im Wege der Berufung. (§. 260 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 113, 116.
- — Zeugnißpflicht der Staatsangehörigen und Beweiserhebungspflicht der Richter vor Einleitung des förmlichen Verfahrens in Civil- und Strafsachen nach Hannoverschem Recht. (Francke.) §. III. S. 458.
- — Zeugnißpflicht öffentlicher Behörden. (§§. 319, 326, 251 der b. P.-D.) T.-E. V. Nr. 121.
- Zinsen.** Provisionen in Contocurrentgeschäften haben die Natur von Zinsen. T.-E. VII. Nr. 44.
- — Zinseszinsen in Contocurrenten. T.-E. VI. Nr. 35.
- — Verjährung vertragsmäßiger Zinsen. T.-E. VI. Nr. 9.
- — Ist die Forderung von Verzugszinsen begründet, wenn während bestehender Ehe die Restitution der dos verlangt

werden kann und soche verzögert wird? **Z.** III. **S.** 59.  
**Nr.** 77.

**Zinsen.** Zulässigkeit des sechsten Procent. **T.-E.** VI. **Nr.** 35. (cf.  
**VII.** **Nr.** 44.)

— — Der in den Art. 50 und 51 der D.-Wechselordnung gewährte Anspruch auf 6 pCt. Zinsen beschränkt sich auf die Regressansprüche des Wechselinhabers. **T.-E.** VII. **Nr.** 62.  
sb. 1.

— — Verzinsung der Abfindungen aus Meierhöfen. (Lüneburg.)  
(Stromeyer) **N.** **M.** VII. **S.** 183. — aus freien Höfen.  
(Osnabrück.) **T.-E.** VI. **Nr.** 127. — aus vormals eigen-  
behörigen Höfen. (Osnabrück.) **Z.** IV. **S.** 216. **Nr.** 132.  
sb. g.

— — Mehrjährige Zahlung geringerer Zinsen als der stipulirten begründet nur eine Vermuthung für die Herabsetzung des Zinsfußes. **T.-E.** V. **Nr.** 26.

— — Findet die gesetzliche Bestimmung (Verordnung vom 3. Mai 1829), danach die Zinsen im Concurse nur, soweit sie aus den drei letzten Jahren vor Ausbruch des betreffenden Concurses herrühren, neben dem Capitale zur Befriedigung gelangen sollen, auch Anwendung auf die durch vorbehaltenes Eigenthum gestohlenen Forderungen? (v. Düring) **N.** **M.** IX.  
**S.** 224.

— — Novation von Zinsforderungen durch den Vormund ohne Genehmigung des Obervormundes. **Z.** III. **S.** 78. **Nr.** 84.

— — Verwandlung von Zinsrückständen in ein verzinsliches Darlehn. — Anatocismus. **Z.** V. **S.** 53. **Nr.** 180.

— — Fälligkeit wegen Zinsrückstandes. (Tit. VIII., §. 3 der Bremischen Untergerichtsordnung von 1753.) **T.-E.** VII.  
**Nr.** 45. (cf. **Z.** IV. **S.** 238. **Nr.** 141.)

**Zollvereinsgesetze.** Anwendbarkeit derselben auf Bundesfachen.  
**Z.** IV. **S.** 157.

**Zunft** f. Gewerbeordnung.

**Zunftgenossen.** Ausschließliche Gewerbeberechtigung von Zunftgenossen. (Gesetz vom 17. März 1868.) **Z.** III. **S.** 133.  
**Nr.** 102 d.

**Zunftrechte.** Umfang der einer Tuchhändlergilde zustehenden Zunftrechte. **T.-E.** I. **Nr.** 26.

**Zunftzwangrecht** innerhalb der sog. Gemarkung. (§. 61 der Gewerbeordnung von 1847.) **T.-E.** VI. **Nr.** 144.

**Zusammenlegung** der Grundstücke f. Verkoppelung.

**Zuschlagsbescheid.** Der Zuschlagsbescheid des Concurs- und Substaationsrichters ist nach Hannoverschem Provinzialrechte mit einem Rechtsmittel nicht anzufechten. (Grisebach) **Z.** I.  
**S.** 257.

— — Über die Zulässigkeit der Berufung gegen den Zuschlagsbescheid. (Adickes) **Z.** III. **S.** 441.

Zuschlagsertheilung. Das Recht der Zuschlagsertheilung bei nothwendigen Subhaftstationen im Zwangsvollstreckungs- und Concursverfahren. N. M. VII. S. 418.

Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte in Strafsachen der Militärpersonen. N. M. VII. S. 59.

— — Unzuständigkeit der Civilgerichte für militärische Vergehen, welche im Hannoverschen vor Einführung der Preußischen Militärstrafgesetzgebung begangen sind. (Müller) 3. II. S. 269.

— — der Staatsanwaltschaft (§. 46 der Str.-P.-D. von 1867.) N. M. VIII. S. 295. — im Ermittelungsverfahren (§. 62 a. a. D.) S. 337.

— — der Polizeianwälte. (§. 31 der Str.-P.-D. von 1867.) N. M. IX. S. 365.

— — der Polizeigerichte. (§. 11 u. a. der Str.-P.-D. von 1867.) N. M. VIII. S. 334.

— — ausnahmsweise der Polizeigerichte nach §. 448 der Str.-Pr.-D. von 1867; wird dieselbe dadurch ausgeschlossen, daß neben der sonst verwirkten Strafe auch auf zeitweisen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen ist? N. M. IX. S. 249, 390.

— — der Gerichte nach Entscheidung der Sache durch die Verwaltungsbehörden. T.-E. I. Nr. 43, II. 43. III. Nr. 66. V. Nr. 79. VI. Nr. 149, 150.

— — Ueber die Zulässigkeit des Rechtsweges zur Entscheidung, ob ein Weg ein öffentlicher oder Privatweg sei. (Zum Sande.) 3. IV. S. 365.

— — der Gerichte zur Entscheidung über die Qualität eines Weges als öffentlichen oder Privatweges. (§. 7 des Wegegesetzes von 1851.) T.-E. VI. Nr. 152. (cf. Nr. 130.)

— — der Gerichte nach §. 7 des Gesetzes vom 28. Juli 1851 über Gemeindewege und Landstraßen. 3. II. S. 42. Nr. 55. sb. I.—III. — nach §. 62 a. a. D. V. S. 102, Nr. 201 c.

— — der Gerichte in Gemeindewegesachen. T.-E. VI. Nr. 150. — in Deich- und Wegesachen. Nr. 154.

— — der Gerichte und Verwaltungsbehörden in Deichsachen. T.-E. II. Nr. 43. (cf. Nr. 42.) (Bremische Deichordnung von 1743.) V. Nr. 91. — (Deich- und Sielordnung für Ostfriesland.) VI. Nr. 155.

— — der Gerichte, bezw. Verwaltungsbehörden in Strandungssachen. T.-E. VI. Nr. 153.

— — der Gerichte bei Streitigkeiten über die Höhe des Bergelohns. (§. 41 des Einführungsgesetzes zum H. G.-B.) 3. V. S. 136. Nr. 215.

- Zuständigkeit der Gerichte gegenüber den von den Forstbehörden erlassenen, die Ausübung von Privatrechten in Forsten beschränkenden Anordnungen. T.-E. III. Nr. 78. VI. Nr. 156.
- — Ueber die bestrittene Zuständigkeit eines Schiedsgerichts im Gemeinheitstheilungsverfahren entscheiden die ordentlichen Gerichte, nicht das Schiedsgericht. (§. 35 des Gesetzes vom 30. Juni 1842.) N. M. VIII. S. 271.
- — der Verwaltungsbehörden nach §. 122 des Gesetzes über das Gemeinheitstheilungsverfahren von 1842 bei Streitigkeiten nach ausführter Theilung. N. M. IX. S. 344.
- — Ueber die Competenz der Theilungsbehörden zur Feststellung des den Theilungsmäßstab bildenden Erbesverhältnisses bei der Markentheilung im Bezirke der Landdrostei Osnabrück. (Walbaum.) B. IV. S. 118.
- — der Gerichte und der Auseinandersetzungsbhörde nach §. 49 und 50 des Gesetzes über die Aufhebung und Ablösung gewerblicher Berechtigungen vom 12. März 1868. B. II. S. 46. Nr. 56.
- — der Gerichte nach dem Gesetze von 17. März 1868 über die Aufhebung und Ablösung gewerblicher Berechtigungen ic. B. V. S. 107. Nr. 203.
- — Ueber die Zuständigkeit der Auseinandersetzungsbhörden zur Entscheidung der Streitigkeit, ob eine in der Provinz Hannover auf einem Grundstücke ruhende Abgabe eine nach §. 4 des Gesetzes vom 17. März 1868 in Wegfall kommende Gewerbeabgabe oder eine Grundabgabe ist. (Walbaum.) B. V. S. 194.
- — Ueber die Competenz der einheimischen Gerichte zur Einleitung des Edictalverfahrens behuf Todeserklärung solcher Personen, welche ausgewandert und nachdem sie im Auslande einen festen Wohnsitz begründet haben, verschollen sind, in denjenigen Landesteilen der Provinz Hannover, in denen das Preußische Recht gilt. (Struckmann.) B. II. S. 425.
- — des Hannoverschen Richters, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen eine von einem ausländischen Gerichte erkannte Präclusion zu gewähren. T.-E. III. Nr. 71.
- — zur Entscheidung über gegen die Gerichtsvoigte von den Amtsgerichten erkannte Disciplinarystrafen. Min.-Reser. vom 3. Juli 1868. N. M. IX. S. 395.
- — der Civilgerichte zu Entscheidungen über die Verpflichtungen zur Tragung der Kirchen- und Schullasten. T.-E. III. Nr. 83.
- — bei Streitigkeiten über Entschädigungen bei Parochialveränderungen. (Rasch.) B. IV. S. 64.
- — der Gerichte nach §. 8 der Gewerbeordnung von 1847. T.-E. VII. Nr. 117.

**Zuständigkeit.** Zuständiges Gericht für die Scheidung einer gemischten Ehe. L.-E. IV. Nr. 73.

— — der Amts- resp. Obergerichte bei Rechtsstreitigkeiten über Wegegerechtigkeiten. (§. 4 des Gesetzes vom 31. März 1859.) L.-E. VI. Nr. 151.

— — der Civilsenate des Ober-Appellations-Gerichts zu Celle in prorogirten Sachen. L.-E. VI. Nr. 216. — des O.-A.-G. zu Celle, resp. seiner einzelnen Civilsenate. Nr. 217.

— — der Senate des Appellationsgerichts zu Celle in Ehesachen und Provocationen zu Eheklagen. B. III. S. 163. Nr. 112. — des III. Senats in Ehesachen (Min.-Rescr. vom 18. März 1869.) S. 172. — in Proceszen über die vermögensrechtlichen Nachtheile einer Ehescheidung. V. S. 138. Nr. 216. — für Entschädigungsklagen aus Eheverlöbnissen. S. 139. Nr. 217.

— — der Kirchspielsgerichte des Landes Hadeln für das im Thl. III., Tit. 20 des Hadeler Landrechts vorgeschriebene Verfahren über Erbtheilungen ist aufgehoben. L.-E. V. Nr. 101. — bei Testamentserrichtungen. B. III. S. 113. Nr. 101.

— — der Militairbehörden in Einquartierungssachen. B. II. S. 40. Nr. 54.

**Zustellung** s. Behandlung.

**Zwangsenteignung** s. Enteignung.

**Zwangsberechte** s. Gewerbeberechtigungen.

**Zwangsvollstreckung.** Beiträge zur Lehre von der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen eines Schuldners, dem Vertheilungsverfahren ohne Concurs und dem Concursverfahren. — Bei der Vertheilung vorabzunehmende Kosten des Zwangsvollstreckungs- und Vertheilungsverfahrens. (§. 599 der b. P.-O. (König.) N. M. VII. S. 411.

— — Pfändung ungetrennter Früchte. B. V. S. 231.

— — auf Leistung oder Unterlassung von Handlungen. (§. 549 der b. P.-O.) (Masch.) B. III. S. 455.

— — in Aktivforderungen. Der exquirende Gläubiger braucht nicht stets eine vorgängige Cesslion, um als Cesslionar gegen den debitor debitoris flagbar zu werden. (§§. 555, 556 der b. P.-O.) L.-E. VI. Nr. 203.

— — — ist auf Grund des §. 555 der b. P.-O. nur soweit zulässig, als die betreffenden Forderungen durch Cesslion übertragbar sind. B. V. S. 149. Nr. 224.

— — Beschlagnahme der Gehalte und Pensionen der Staatsdiener. Rescr. vom 16. Juli 1869. B. I. S. 286. II. S. 163.

— — im Auslande. Zahlungsgebot nicht erforderlich. (§. 535 b. P.-O.) L.-E. IV. Nr. 85.

- Zwangsvollstreckung in Verlöbnissachen. B. V. S. 37. Nr. 174.  
— — im Wechselprocesse. — Eidesdeklaration bei Einreden gegen die Zwangsvollstreckung. (§. 575 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 175.  
— — wider Militairpersonen in Schuldsachen. Rescr. vom 29. October 1869. B. I. S. 441.  
— — Vollstreckbarkeit der im alten Procesverfahren geschlossenen, gerichtlichen Vergleiche. (§. 528, sb. 1 der b. P.-D.) T.-E. VII. Nr. 140.  
— — auf Grund gerichtlicher oder notarieller Urkunden der freiwilligen Gerichtsbarkeit. (§. 528, sb. 2 der b. P.-D.) Beweis der Fälligkeit. B. III. S. 157. Nr. 109.  
— — Vollstreckbarkeit von Urtheilen gegen einen Concurscurator. (§§. 616 ff. der b. P.-D.) B. I. S. 158. Nr. 38.  
— — Vollstreckbarkeit von Urtheilen im Wechselprocesse. (§§. 529, 140 der b. P.-D.) T.-E. VII. Nr. 139.  
— — Hat der bessere Pfandgläubiger das Recht, die Veräußerung der ihm verpfändeten Sache im Wege der Zwangsvollstreckung zu hindern? B. IV. S. 337.  
— — Ueber das Verhältniß der Beschlagnahme von Vermögensobjecten zum Rechtstitel auf Eintragung einer Hypothek nach dem Hypothekengesche vom 14. December 1864. (Grisebach.) B. II. S. 398.  
— — Adjudication der Immobilien im Zwangsvollstreckungsverfahren. N. M. VII. S. 431.  
— — Wirkung der dem Schuldner abseiten des Gläubigers nach eingeleiteter Zwangsvollstreckung ertheilten Stundung. B. V. S. 261.  
— — Actio rei judicatae gegenüber der Zwangsvollstreckung nach der b. P.-D. von 1850. T.-E. III. Nr. 60. V. Nr. 8.  
— — Hemmung der Vollstreckbarkeit durch die Berufung im Executivprocesse. (§. 485 der b. P.-D.) B. I. S. 155. Nr. 35.  
— — s. Subhastationsverfahren.

- Zwangsvollstreckungsinstanz. Einwendungen in derselben. (§. 577 der b. P.-D.) T.-E. III. Nr. 86. V. Nr. 139. B. II. S. 74. Nr. 71.  
— — Der juristische Besitz als solcher berechtigt zur Intervention in der Zwangsvollstreckung nach Maßgabe des §. 583 der b. P.-D. T.-E. II. Nr. 56.  
— — Berufungsfrist in der Zwangsvollstreckungs-Instanz. (§§. 549, 580 der b. P.-D.) T.-E. VI. Nr. 193.  
— — Auf die im Zwangsvollstreckungsverfahren vorkommenden Ungehorsamsurtheile ist die Vorschrift des §. 373 der b. P.-D., daß Ungehorsamsurtheile dem Einspruche unterliegen sollen, auch anwendbar. N. M. VII. S. 463.

**Zweite Ehe.** Ueber die Rechtsverhältnisse der zur zweiten oder ferneren Ehe Schreitenden im Amtsgerichtsbezirke Lingen.  
(Koch.) S. IV. S. 110.

— — Nachtheile der zweiten Ehe. T.-E. V. Nr. 46.

— — Die poenae secundarum nuptiarum gelten auch bei der statutarischen Portion, insbesondere nach dem Stader und Buxtehuder Rechte. T.-E. VI. Nr. 140.

— — Begriff der luera nuptialia. — Berechnung, wenn Enkel mit Kindern concurriren. T.-E. VI. Nr. 76.

— — Berechnung des Anteils, welchen Kinder erster Ehe von den an den zweiten Ehegatten gemachten Schenkungen verlangen können. T.-E. IV. Nr. 41.